

**Zigtausende Syrer harren an türkischer Grenze aus; Ankara deutet Öffnung des Übergangs aus humanitären Gründen an. Angela Merkel trifft am heutigen Montag Präsident Erdogan**

Die Welt

Montag 8. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 32

**Length:** 778 words

## **Body**

---

Trotz Winterkälte verwehrt die Türkei auch am Sonntag Zehntausenden syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem umkämpften Aleppo den Einlass. Der türkische Grenzübergang Öncüpinar blieb vorerst dicht, wie Behörden der Grenzprovinz Kilis bestätigten. "Unsere Türen sind nicht geschlossen", betonte Gouverneur Süleyman Tapız an dem Grenzübergang. "Aber momentan besteht keine Notwendigkeit, diese Leute innerhalb unserer Grenzen zu versorgen." Nach unterschiedlichen Angaben harren seit Tagen zwischen 30.000 und 50.000 Menschen in der Nähe der syrischen Stadt Asas aus. Die türkische Führung rechnet laut Medienberichten mit rund 70.000 Schutzsuchenden aus Nordsyrien.

Die Türkei will die **Flüchtlinge** nach Behördenangaben zunächst auf der syrischen Seite der Grenze versorgen. Mustafa Özbek von der regierungsnahen Hilfsorganisation IHH sagte am Sonntag, Helfer lieferten Essen, Decken und Zelte an etwa 50.000 Menschen in der Grenzregion. Ein Vertreter der türkischen Hilfsorganisation Afad sagte: "Im Moment herrscht an der Grenze keine Notsituation, was die Sicherheitslage angeht. Das Wichtigste für sie war, an einen sicheren Ort zu gelangen, und die andere (syrische) Seite der Grenze ist sicher." Es würden Lebensmittel und andere Hilfsgüter verteilt. Für die **Flüchtlinge** bestehe keine unmittelbare Lebensgefahr.

Der Übergang Öncüpinar ist wegen Sicherheitsbedenken der türkischen Behörden seit fast einem Jahr geschlossen und wird nur von Zeit zu Zeit geöffnet, um Flüchtlinge in die Türkei zu lassen. Eine Sprecherin des UN-Nothilfebüros Ocha in Amman beschrieb die Bedingungen an der Grenze hingegen als schwierig. "Es ist kalt, es regnet und die Menschen haben Mühe, Unterschlupf zu finden", sagte sie am Telefon. Das größte Problem sei die medizinische Versorgung. Ein Großteil der Infrastruktur sei durch Luftschläge zerstört worden.

Der türkische Vizeregierungschef Numan Kurtulmus schließt aber offenbar eine Öffnung der Grenze für die wartenden Flüchtlinge aus Syrien nicht aus. Die Türkei sei zwar am Limit ihrer Aufnahmekapazität, sagte Kurtulmus am Sonntag dem Sender CNN-Türk. Doch letztendlich könnten die Flüchtlinge nirgends hingehen. Wenn Ankara die Grenzen nicht öffne, seien sie den Bombenangriffen und dem Tod ausgeliefert. "Wir sind nicht in der Position, ihnen zu sagen, dass sie nicht kommen sollen. Wenn wir das täten, würden wir sie dem Tod überlassen", sagte der

Zigtausende Syrer harren an türkischer Grenze aus Ankara deutet Öffnung des Übergangs aus humanitären Gründen an. Angela Merkel trifft am heutigen Montag Präsid....

stellvertretende Regierungschef. Er schätzt, dass sich bis zu einer Millionen Flüchtlinge in sich Richtung Türkei aufmachen könnten, sollten die Luftangriffe auf Ziele in Syrien nicht enden. Helfer schätzen, dass sich in der Stadt Aleppo und angrenzenden Gebieten rund 150.000 Menschen aufhalten.

Auch der Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan schloss eine Grenzöffnung grundsätzlich nicht aus. Sein Land werde die Flüchtlinge "wenn nötig" passieren lassen, sagte er nach Angaben der Zeitung "Habertürk" auf der Rückreise von Südamerika. Am heutigen Montag will Erdogan mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Ankara über die Begrenzung der Zahl der Flüchtlinge sprechen, die über die Türkei in die Europäische Union weiterziehen. Auch ein Treffen Merkels mit Ministerpräsident Ahmet Davutoglu ist geplant. Brüssel hatte Ankara drei Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe zugesagt, was der Türkei nicht reicht. Das Land hat nach eigenen Angaben 2,5 Millionen Flüchtlinge allein aus Syrien aufgenommen.

Nach Einschätzung der EU-Kommission haben etwa 40 Prozent der Migranten, die zuletzt über die Balkanroute wanderten, keine realistische Aussicht auf Asyl oder Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union. Das berichtet die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" unter Berufung auf einen hohen Kommissionsbeamten in Brüssel. In dieser Zahl schlägt sich nieder, dass laut der Grenzschutzagentur Frontex im Januar nur noch 39 Prozent der Migranten, die von der Türkei nach Griechenland kamen, Syrer waren - verglichen mit 69 Prozent im September vergangenen Jahres.

Dagegen stieg dem Bericht zufolge der Anteil von Irakern von acht auf 25 Prozent, der von Afghanen von 18 auf 24 Prozent. Diese Gruppen haben geringere Anerkennungsquoten als Syrer. Hinzu kam ein größerer Anteil von Maghrebinern, die in aller Regel als Wirtschaftsflüchtlinge eingestuft werden. Im Januar hätten 60.466 Migranten von der Türkei aus Griechenland erreicht, heißt es in dem Artikel weiter. Das entsprach einem Tagesdurchschnitt von 1951 Personen - verglichen mit 3497 Personen im Dezember und 6929 Personen im bisherigen Spitzenmonat Oktober 2015.

Wir sind nicht in der Position, ihnen zu sagen, dass sie nicht kommen sollen Numan Kurtulmus, türkischer Vizeregierungschef

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 8, 2016

## **Ungarn will keine multikulturelle Gesellschaft; Dafür riskiert Budapest Streit mit der EU**

Die Welt

Donnerstag 25. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 145

**Length:** 712 words

**Byline:** Boris Kálnoky

### **Body**

---

Ungarn macht Ernst: Es will um keinen Preis eine nennenswerte Zuwanderung sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge zulassen und greift dafür zu robusten Mitteln. Vor wenigen Tagen wurde die Errichtung eines 175 Kilometer langen Antimigrantenzauns an der Grenze zu Serbien verkündet. Nun setzte die Regierung die Umsetzung des sogenannten Dublin-III-Abkommens, wie es hieß, "vorübergehend", aber "für unbegrenzte Zeit" aus. Ungarn nimmt keine Asylbewerber zurück, die in Ungarn ihren Asylantrag eingereicht haben, aber danach weitergereist sind - was fast alle tun.

Allgemein war in den ungarischen Medien und in amtlichen Verlautbarungen von "Suspendierung aus technischen Gründen" die Rede, am Mittwoch aber sagte Außenminister Péter Szijjártó dann, rechtlich gesehen handele es sich nicht um eine Suspendierung, sondern um eine "Bitte um Geduld". Zuvor waren die Drähte mit Wien und Berlin heiß gelaufen, die österreichische Regierung hatte von Vertragsverletzung gesprochen und Ungarn vor "Konsequenzen" gewarnt. Österreich und Deutschland beriefen die jeweiligen ungarischen Botschafter ein, um Erklärungen zu verlangen und das Fehlen jeglicher Absprache zu tadeln. Die österreichische FPÖ forderte, das Land müsse nun seinerseits die Grenze zu Ungarn dichtmachen. Auch aus Brüssel kamen unerfreute Verlautbarungen und Forderungen nach Erklärungen. Die Wut war in Wien um so größer, als Innenministerin Johanna Mikl-Leitner erst am Montag mit ihrem ungarischen Amtskollegen Sándor Pinter gesprochen, und der kein Wort von der am nächsten Tag bevorstehenden "Suspendierung" verraten hatte.

Szijjártó sagte am Mittwoch, Ursache für die Maßnahme sei eine Ankündigung aus Wien gewesen, dass man demnächst circa 700 Asylbewerber nach Ungarn zurückschicken wolle. Darauf habe Budapest am Dienstagnachmittag mit dem Hinweis an alle Schengen-Staaten reagiert, dass es vorerst keine Rücktransporte von Asylbewerbern annehmen könne. Erstens, so sagte Szijjártó, weil es nur 2500 Menschen in Auffanglagern versorgen könne, und zweitens, weil die Migranten bestimmt nicht in Ungarn zuerst EU-Boden betreten hätten. Das zeige ein Blick auf die Landkarte: Die meisten seien sicher über Bulgarien und Griechenland zur ungarischen Grenze gelangt.

## Ungarn will keine multikulturelle Gesellschaft Dafür riskiert Budapest Streit mit der EU

Das Dublin-III-Abkommen regelt, wie Mitglieder der Schengen-Zone (innerhalb der es keine Grenzkontrollen mehr gibt) mit quer durch Europa reisenden Asylbewerbern umgehen. Im Grunde schützt das Abkommen die reichen Länder im Inneren der Zone (wie Deutschland) davor, dass illegale Migranten an den Außengrenzen hereinkommen, um dann in anderen EU-Ländern ihr Glück zu suchen - nachdem sie in jenem EU-Land, das sie zuerst betraten, Asyl beantragt haben. Das Dublin-III-Abkommen besagt, dass die EU-Staaten Migranten, die zuvor in einem anderen EU-Land Asyl beantragt haben, dorthin zurückschicken dürfen, und dass jenes Land sie auch annehmen muss. Das bedeutet: Die in diesem Jahr bislang 61.000 Asylbewerber, die über Ungarn illegal in die Schengen-Zone eingedrungen sind, können und sollen im Prinzip alle dorthin zurückgeschickt werden. Auslöser der Migrantenwelle - in diesem Jahr bislang 30-mal mehr als im gesamten Jahr 2012 - ist auch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs aus dem Jahr 2012, der die bis dahin in Ungarn gängige Praxis für rechtswidrig erklärte. Diese beinhaltete, dass Asylbewerber in Auffanglagern so lange festsitzen, bis über ihren Antrag entschieden wird. Sie müssen, so die Richter, frei gelassen werden. So wurde Ungarn als Transitroute in die reicheren EU-Länder interessant. In Budapest ist man der EU nicht dankbar, denn es gibt täglich rund 700 illegale Grenzübertritte bzw. Asylgesuche. Wenn diese Migranten in Ungarn bleiben müssen, würde das Land bis Jahresende möglicherweise rund 200.000 Asylbewerber bewältigen müssen. Das entspricht einer Zuwanderung in Höhe von zwei Prozent der bisherigen Gesamtbevölkerung in nur einem Jahr.

Viktor Orbán hat klar gesagt, Ungarn wolle "keine multikulturelle Gesellschaft" werden. Länder wie Deutschland, das ab den 50er-Jahren gezielt "Gastarbeiter" rekrutierte, und die früheren Kolonialmächte müssten natürlich mit der dadurch für sie entstandenen Lage klarkommen. Aber er selbst will eine solche Lage in Ungarn gar nicht erst entstehen lassen.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** June 25, 2015

**Visumfreiheit für Türken in der EU nur unter Vorbehalt; Deutschland und Frankreich wollen ein Sonderabkommen zum Flüchtlingsdeal mit Ankara. Bei Verletzung des Pakts sollen Reiseerleichterungen jederzeit wieder aufgehoben werden**

Die Welt

Montag 18. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 90

**Length:** 571 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

## **Body**

---

Brüssel

Die für Ende Juni geplante Visumfreiheit für Türken soll nach dem Willen zahlreicher EU-Länder, darunter auch Deutschland und Frankreich, nicht unbeschränkt gelten. Entgegen der bisherigen Praxis der Europäischen Union bei der Aufhebung der Visumpflicht für Drittstaaten ist im Fall der Türkei geplant, ein außerordentliches Visumliberalisierungsabkommen abzuschließen.

"Das Abkommen würde eine sogenannte Suspendierungsklausel enthalten, die aktiviert wird, wenn die Türkei sich nicht an die festgelegten Vereinbarungen wie die ordnungsgemäße Rücknahme von Flüchtlingen aus Griechenland, einen ausreichenden Schutz für bedürftige Flüchtlinge oder die Einhaltung von Menschenrechten halten sollte", heißt es aus Diplomatenskreisen. Auch eine Überlastung der EU-Staaten durch einen drastischen Anstieg der Asylanträge ist als Kriterium im Gespräch. Demnach würde die Klausel dazu führen, "dass die Visumfreiheit nach einem geordneten Verfahren relativ schnell auch wieder aufgehoben werden kann".

Entsprechend sollen auch die Vereinbarungen für Visumliberalisierungen mit dem Kosovo, Georgien und der Ukraine gestaltet werden. Eine endgültige Entscheidung über die Pläne ist noch nicht gefallen, sie wird aber in Kürze erwartet. Das Thema wird auch am Rande des Treffens der EU-Innenminister in Luxemburg am kommenden Donnerstag intensiv beraten werden.

Die niederländische Ratspräsidentschaft bemüht sich darum, das Flüchtlingsabkommen auch aufseiten der EU durchzusetzen. Beim Treffen der Innenminister will sie eine Mehrheit der Länder dazu verpflichten, im Rahmen der sogenannten Eins-zu-eins-Lösung syrische Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen. "Das ist ein Akt der Verzweiflung, weil sich bisher viel zu wenige EU-Staaten bereit erklärt haben, der Türkei kurzfristig Syrer abzunehmen", sagte ein Diplomat.

Visumfreiheit für Türken in der EU nur unter Vorbehalt Deutschland und Frankreich wollen ein Sonderabkommen zum Flüchtlingsdeal mit Ankara. Bei Verletzung des P....

Tatsächlich ist der Flüchtlingszustrom von der Türkei nach Griechenland rückläufig; am Samstag kamen 125 Menschen an, in den Tagen zuvor waren es durchschnittlich 80 Flüchtlinge und Migranten. Seit dem 20. März sind insgesamt rund 2400 Syrer in Griechenland gelandet. Sollten diese Flüchtlinge nach Ablehnung ihrer Anträge in wenigen Wochen zurückgeschickt werden, muss die EU laut Abkommen mit der Türkei im Gegenzug für jeden Abgeschobenen einen Syrer aus einem Auffanglager aufnehmen. Die niederländische EU-Ratspräsidentschaft will nun vor allem jene Mitgliedsstaaten wie Polen, Rumänien oder die Slowakei zur Aufnahme von Migranten verpflichten, die sich bisher nicht an den Neuansiedlungen beteiligt haben. Im Juli des vergangenen Jahres hatten die 28 EU-Staaten beschlossen, 22.000 sogenannte Resettlement-Plätze anzubieten.

Der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, hält der Bundesregierung einen Zickzackkurs in der Türkei-Politik vor. "Statt Mitgliedschaft wollten wir Ankara nur noch eine privilegierte Partnerschaft anbieten. Jetzt, wo wir sie wegen der Flüchtlingskrise brauchen, öffnen wir neue Verhandlungskapitel. Ich glaube, wir stünden glaubwürdiger da, wenn wir diese Volten nicht gemacht hätten", sagte Ischinger der "Welt". Er sieht aber auch generelle Versäumnisse in der europäischen Flüchtlingsfrage und die EU als "Schönwetterkonstruktion". Ischinger sagte: "Wir haben die europäischen Strukturen angelegt wie ein Häuslebauer, der nie einen Sturm erwartet. Das war unser Hauptfehler der letzten Jahrzehnte." Siehe Kommentar, Seiten 4 und 8

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 18, 2016

**Junge Männer ante portas; Durch die Flüchtlinge wird der öffentliche Raum maskuliner. Wenn wir die Energie dieser Jungmänner nicht kanalisieren, entsteht hohes Konfliktpotenzial**

Die Welt

Montag 5. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 231

**Length:** 1121 words

**Byline:** Armin Nassehi

## Body

---

Die große Hilfsbereitschaft, die sich derzeit **Flüchtlingen** gegenüber zeigt, ist großartig und spricht für die Weltoffenheit unseres Landes. Doch sie wird spätestens dann in Gefahr geraten, wenn es nicht mehr nur um die Ankunft und die ersten Schritte geht, sondern Probleme längerfristig zu lösen sind. Was jetzt ansteht, ist ein großes politisches Projekt. Vielleicht bietet aber die jetzige Situation jenen Kairos, also eine womöglich so nicht wiederkehrende Gelegenheit, auf Einwanderung und Flucht nicht nur wie in den letzten Jahrzehnten im Nachhinein zu reagieren, sondern sie aktiv zu gestalten. Zwölf Andeutungen dazu.

1. Deutschland wird durch Einwanderer und **Flüchtlinge** nicht "überfremdet". Unsere Lebenswelten sind schon längst auch ohne Einwanderung pluraler und disparater, als man es sich vor zwei Generationen nur vorstellen konnte. Die Beschreibung Deutschlands und Europas als eines kulturell homogenen Raums, der durch Einwanderung korrumpiert würde, ist schlicht falsch.

2. Dennoch wird es auch zu kulturellen Herausforderungen kommen. Es wird womöglich zu einer "Maskulinisierung" öffentlicher Räume kommen - insbesondere durch junge Männer. Es gilt fast kulturunabhängig: Wer die Energie junger Männer nicht zu bündeln und zu kanalisieren weiß, erzeugt ein hohes Konfliktpotenzial. Zumal wenn diese jungen Männer in patriarchalen Traditionen groß geworden sind. Wer vor dieser kulturellen Differenz die Augen verschließt, wird das Risiko von Segregation eingehen.

3. Die Bildung von Migrantennetzwerken ist für sich genommen noch kein Problem, wenn diese Schnittstellen nach außen ermöglichen. Solche Netzwerke sind oft die erste Chance für Einwanderer, Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt zu erhalten.

4. Die entscheidende Bedeutung für die Relativierung solcher Netzwerke wird dann aber Bildungseinrichtungen zukommen. Hier sind erhebliche Anstrengungen vonnöten, die sich aber sicher refinanzieren werden. Sozialer

Junge Männer ante portas Durch die Flüchtlinge wird der öffentliche Raum maskuliner. Wenn wir die Energie dieser Jungmänner nicht kanalisieren, entsteht hohes K....

Einstieg und sozialer Aufstieg ist nur durch Bildung möglich - und zwar passgenaue Bildung für Ausbildungsberufe. Das deutsche duale Ausbildungssystem wäre dafür geradezu prädestiniert.

5. Ökonomen und Sozialwissenschaftler sind sich darüber einig, dass mit den sicher steigenden Wanderungsbewegungen der nächsten Jahrzehnte die Aufnahmeländer, nicht die Herkunftsländer von Migration profitieren werden. Das freilich wird nur gelingen, wenn in den Zielländern nicht einfach abgewartet wird, was mit Migranten passiert, sondern eine aktive Politik gefahren wird, die ich eine "gezielte Inklusion" nennen möchte. Flüchtlinge und Einwanderer dürfen dabei nicht nur das Objekt von Hilfe sein, sondern müssen sich aus eigener Kraft um ihr Leben kümmern können.

6. Dazu bedarf es eines Diskurses, der nicht nur bis zum nächsten Tag reicht, sondern längerfristig ganz unterschiedliche Akteure mit ihren je unterschiedlichen Perspektiven auf Einwanderer und Flüchtlinge zusammenbringt. Neben der politischen Legislative sind das Wirtschaftsverbände, Handelskammern und Unternehmen, Schulen, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen, die Sozialverwaltungen und Wohnungsämter, Investoren für Wohnraum, Sozialhilfeeinrichtungen, Kirchen und andere religiöse Organisationen und bürgerschaftliche Organisationen.

7. Die Bundesrepublik braucht ein Einwanderungsgesetz. Es gehört zu den Lebenslügen der Diskussion, ein Einwanderungsgesetz erleichtere Einwanderung. Vielmehr formuliert es klare Regeln für einen Aufenthaltsstatus. Die Konsequenz heißt dann auch, dass womöglich mehr Menschen abgewiesen werden können und müssen - aber dann mit klaren Regeln und Kriterien und nicht so willkürlich wie heute.

8. Das klassische politische Asylrecht stammt aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und ist stark vom Ost-West-Konflikt geprägt. Heutige Fluchtgründe lassen sich nicht mehr so einfach politisch codieren. Es muss deshalb ein dem Asylgrund vergleichbarer Rechtsstatus entwickelt werden, der besser zu gegenwärtigen Fluchtgründen passt. Dabei müssen auch humanitäre Gründe eine Rolle spielen.

9. Es ist legitim, dass die Bundesrepublik Einwanderung nach selektiven Kriterien regelt. Sollte das Ziel tatsächlich sein, die demografische Schieflage in Deutschland durch Einwanderung zu lösen, haben wir eher zu wenig als zu viel Einwanderung. Mehr Einwanderung freilich darf es nur geben, wenn zugleich eine aktive Integrationsstrategie gefahren wird, die auch von den Ankömmlingen etwas verlangt, denn nur das bricht Lebensformen auf, die sich nur auf Hilfe verlassen.

10. Es gibt nicht nur den "Lieblingsflüchtling" in Gestalt des "gut ausgebildeten Syrers". Viele Flüchtlinge sind ungelernt, zum Teil Analphabeten und deshalb auch weniger im Fokus derer, die sich an positiven Beispielen orientieren wollen oder die an "kultureller Bereicherung" interessiert sind. Auch für diese Personen müssen Nischen gefunden werden, in denen sie mehr sein können als Dauerbezieher von Transferleistungen. Hier ist unternehmerische Kreativität gefragt und zu fördern.

11. Um all dies politisch zu bündeln, braucht es ein Migrations- und Integrationsministerium, das nicht nur symbolisch den politischen Willen zu einer aktiven Einwanderungspolitik zum Ausdruck bringt, sondern Integrationskonzepte entwickelt, die wirklich praxistauglich sind. Eine solche Einwanderungspolitik muss ökonomische, schulische, kulturelle und religiöse Akteure moderieren. Dazu gehört auch eine Neuregelung von Zuständigkeiten und Finanzierungen.

12. Viele sprechen von berechtigten Ängsten der Bevölkerung. Ängste entstehen stets dort, wo Beschreibungsmöglichkeiten fehlen, in denen man sich einrichten kann. Die derzeitige Situation ist deshalb durchaus ein Anlass, offensiv Selbstverständigungsprozesse darüber anzubieten, wie sich die Bundesrepublik als politisches Gemeinwesen sieht. Das wird uns dann auch mit jenem Selbstbewusstsein ausstatten, das nötig ist, von allen jene zivilisatorischen Standards zu verlangen, für die die Bundesrepublik steht.

Diese zwölf Punkte fassen in etwa zusammen, was in naher Zukunft zu bewältigen ist - und interessanterweise könnten manche Punkte auch auf Einheimische in prekären Lebenslagen angewendet werden. Und es könnte sich eine eigentümliche Tradition komplementärer politischer Akteure fortsetzen: Es war ein sozialdemokratischer



Junge Männer ante portas Durch die Flüchtlinge wird der öffentliche Raum maskuliner. Wenn wir die Energie dieser Jungmänner nicht kanalisieren, entsteht hohes K....

Kanzler, der den Linksterrorismus der 70er-Jahre mit großer Härte bekämpft hat; es war ein konservativer Kanzler, der als erster ein Umweltministerium gegründet hat; es war ein sozialdemokratischer Kanzler, der Arbeitsmarktreformen durchgesetzt hat. Vielleicht muss es jetzt eine Kanzlerin aus der Union sein, die für ein Einwanderungsgesetz sorgt.

Der Autor ist ein deutsch-iranischer Soziologe. Er lehrt an der Universität München.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa Picture-Alliance / Horst Gal

**Load-Date:** October 5, 2015

---

End of Document

## Integration ist reine Chefsache

Die Welt

Freitag 30. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Gastkommentar; S. 2; Ausg. 253

**Length:** 558 words

**Byline:** Wolfgang Steiger

## Body

---

Die Herausforderung der **Flüchtlingskrise** wird gerne mit der deutschen Einheit verglichen. Dieser historische Vergleich hinkt. Die Wiedervereinigung war ein Ereignis, das die Mehrheit der Deutschen in Ost und West freudig begrüßt und deshalb Veränderungen mitgetragen hat. In der **Flüchtlingskrise** ist die Stimmung in der Bevölkerung von breiter, offener Hilfsbereitschaft gegenüber den wirklich Verfolgten zu großer Besorgnis über erwartete Millionen von Wirtschaftsflüchtlingen gekippt.

Die tagesaktuelle Politik versucht mit Ad-hoc-Entscheidungen gegenzusteuern, aber die entscheidenden Fragen der Bürger bleiben unbeantwortet: Wie lassen sich die täglichen Einreisezahlen von 10.000 und mehr registrierten Zuwanderern bewältigen und begrenzen? Wie viele Menschen kann unser Land überhaupt aufnehmen? Warum muss Deutschland Millionen Flüchtlinge, andere reiche Nationen wie Frankreich und Großbritannien hingegen weniger als zehn Prozent dieser Zahlen aufnehmen? Warum verfügt unser Land nicht über ein konsistentes Einwanderungsrecht wie die klassischen Einwanderungsländer Kanada und Australien?

Deutschland wird diese Krise nicht meistern können, wenn alle gesetzlichen Rahmenbedingungen für sakrosankt erklärt werden. Das galt übrigens schon 1990, als viele Ausnahmen für die neuen Länder beschlossen wurden. Wenn wir die Flüchtlingskrise aber mit früheren Krisen vergleichen, dann ist unsere Situation heute eher mit der Lage vor der Agenda 2010 vergleichbar, als Deutschland als der "kranke Mann" Europas galt. Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen? Die Bundesregierung rief die wichtigsten Institutionen an einen Tisch und setzte die Hartz-Kommission ein. Das muss jetzt auch erfolgen.

Wir brauchen einen Integrationsrat im Kanzleramt, ein übergreifendes Arbeitsgremium wie die Hartz-Kommission, die echte Handlungsempfehlungen formuliert. Gut gemeinte Dialogveranstaltungen wie die Islamkonferenz reichen nicht mehr. Mit kompetenten Kommissionsmitgliedern wie etwa dem früheren Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, SPD, muss eine kritische Bilanz der bisherigen Integration gezogen werden. Überhaupt müssen Vertreter der Kommunen an den Tisch.

## Integration ist reine Chefsache

Aus Sicht der Wirtschaft muss zudem offen ausgesprochen werden: Der Arbeitsmarkt kann keine Million und mehr Menschen jährlich aufnehmen, wenn sie keine ausreichende Qualifikation mitbringen. Durch die seit Jahren durchgängig doppelt so hohe Arbeitslosenquote von Migranten im Vergleich zu Deutschen wird deutlich, dass pauschale Aussagen wie "Zuwanderer sorgen für sichere Renten" nicht zu halten sind. Für Asylbewerber und Flüchtlinge liegen derzeit viele Hürden in den Arbeitsmarkt wesentlich höher als für deutsche Arbeitslose. Besonders eklatant ist dies zum Beispiel im Bereich der Zeitarbeit oder beim Mindestlohn. Niemand will ein Sonderrecht für Asylbewerber und Flüchtlinge, sondern lediglich vorübergehend leichtere Einstiege.

Es nützt unserem Land nicht, wenn vor einem notwendigen Gesamtprogramm einzelne Themen tabuisiert werden. Das Grundrecht auf Asyl und befristete Hilfe für Kriegsflüchtlinge sind humanitär geboten und im Kern nicht antastbar. Die Politik kann eine breite Akzeptanz für Einwanderung nur gewinnen, wenn sie längerfristig die richtigen Weichen stellt.

Der Autor ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e. V.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Wirtschaftsrat

**Load-Date:** October 30, 2015

---

End of Document

**"Das wäre keine Petitesse, sondern ein sehr ernster Vorgang";  
Hunderttausende Asylsuchende wurden im vergangenen Jahr offenbar  
ungenau kontrolliert. Bosbach fordert, dass alle Altfälle von 2015 wieder  
hervorgeholt werden**

Die Welt

Mittwoch 21. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 222

**Length:** 838 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Christoph B. Schiltz

## Body

---

Die Sonderzüge kamen kaum mit der Verteilung hinterher. Tausende **Asylsuchende** reisten im vergangenen Herbst pro Tag über die Balkanroute in die Bundesrepublik. Wer jedoch in den Waggon saß, das wusste niemand so genau. Es ging zunächst darum, eine humanitäre Notlage zu vermeiden. Jedem ein Dach über dem Kopf, lautete die Losung. Mittlerweile, Monate nach dem Sturm, mehrten sich aber die Stimmen jener, die genauer wissen wollen, wer da ankam.

Noch in dieser Woche soll es eine Bund-Länder-Besprechung auf Expertenebene geben. Das vereinbarten Bundesinnenministerium und die Länder am Montagmittag während einer Telefonkonferenz. Dabei geht es nicht nur darum, genauer herauszufinden, wer 2015 eingereist ist. Im Raum steht auch der Verdacht, das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) habe viele gefälschte Pässe nicht erkannt.

Die Besprechung war kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt worden. Am Wochenende hatte der RBB eine Recherche veröffentlicht, wonach die Brandenburger Generalstaatsanwaltschaft vom Bundesamt die Herausgabe von 18.000 Datensätzen verlangt. Auch Bayern und Mecklenburg-Vorpommern meldeten Fälle, bei denen sich Flüchtlingspässe als Fälschungen herausstellten, obwohl sie zuvor vom BAMF abgesegnet worden waren.

"Seit den Anschlägen von Paris wissen wir, dass sich unter der Masse der Geflüchteten auch IS-Schläfer befinden können", begründete Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg seine Forderung an die Nürnberger Behörde, die dem Innenministerium unterstellt ist. Zugleich erklärte er, dass es ihm nicht um einen Generalverdacht gegen Flüchtlinge gehe, "sondern darum, diesen Verdacht von der Masse der Asylsuchenden abzuwenden".

"Das wäre keine Petitesse, sondern ein sehr ernster Vorgang" Hunderttausende Asylsuchende wurden im vergangenen Jahr offenbar ungenau kontrolliert. Bosbach ford....

Erstaunlich ist die Eile, mit der sich der Bund jetzt über die Sache beugt. Die Brandenburger Generalstaatsanwaltschaft hatte BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise nach eigenen Angaben bereits am 8. April angeschrieben. Ein paar Wochen später kam die Absage - die Forderung sei unverhältnismäßig, weil mögliche Strafverfahren wegen illegaler Einreise von Gerichten in der Regel wieder eingestellt würden.

Auch in Bayern sind die Behörden nicht erst in der vergangenen Woche über die Verdachtsfälle gestolpert. Schon im Juni erfuhr der Bund, dass Fahnder im Freistaat bei einer Stichprobe 19 gefälschte Pässe sichergestellt hatten - vier davon hatte das BAMF zuvor für echt erklärt. Gleichfalls im Juni hatte diese Zeitung das Bundesinnenministerium um eine Stellungnahme zu eigenen Recherchen gebeten, wonach man sich in BAMF-Außenstellen darüber beschwere, dass man deutlich mehr ver- oder gefälschte Dokumente als die zentrale Prüfstelle in Nürnberg feststelle. Das Haus von de Maizière antwortete damals, dass eine solche Beschwerde nicht nachvollziehbar sei.

Klar ist mittlerweile, dass nicht wenige Migranten, die sich als Syrer ausgaben und auf bessere Asylchancen hofften, tatsächlich aus einem anderen Land kamen. In einer vertraulichen Frontex-Analyse heißt es, dass bereits bei recht groben Kontrollen an den EU-Außengrenzen etwa 14 Prozent als falsche Syrer entlarvt wurden.

Für Deutschland gibt es solche Angaben nicht. Wie viele Personen beim BAMF in Gesprächen behaupten, Syrer zu sein und anschließend auffliegen, weiß das Innenministerium nicht. Harte Zahlen wurden bislang nur für gefälschte Dokumente vorgelegt - aber genau diese werden jetzt ja stark hinterfragt.

Nur 20 bis 30 Prozent legen bei der Einreise einen Identitätsnachweis vor. Bei der Überprüfung gibt es verschiedene Ebenen. Auf der ersten zählt man deutlich mehr Beanstandungen: Bei rund acht Prozent wurden zwischen September und Februar zunächst Manipulationen festgestellt. Letztlich, nach Begutachtung durch Sachverständige, beanstandete das BAMF in den ersten drei Monaten des Jahres aber nur noch 412 von fast 100.000 vorgelegten Dokumenten. Die Diskrepanz ist riesig - und nährt die Zweifel an der Korrektheit.

Hinzu kommt, dass niemand weiß, was in den Aktenschränken des BAMF noch schlummert. 2015 kamen rund 350.000 Syrer - und um das BAMF zu entlasten, war die sogenannte Einzelfallprüfung ausgesetzt worden. Im Normalfall reichte damit ein schriftliches Verfahren beim Asylantrag aus. Hier hat de Maizière vor Monaten zwar bereits die Notbremse gezogen - ob 2015 aber ein Missbrauch in größerem Umfang stattfand, ist völlig unklar.

CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach unterstützt die Länder bei ihren kritischen Nachfragen: "Es muss doch schnell feststellbar sein, ob die Papiere mit der notwendigen Sorgfalt überprüft wurden und ob das Prüfungsergebnis sachlich richtig ist", sagte Bosbach der "Welt". Wenn nachträglich Fehler feststünden, wäre das "keine Petitesse, sondern ein sehr ernster Vorgang". Dann müssten auch mögliche Auswirkungen für das Asylverfahren überprüft werden. Bosbach forderte zudem, dass die Altfälle von 2015 wieder hervorgeholt werden: "Natürlich ist dies mit einem großen Aufwand verbunden", sagte der CDU-Politiker. "Aber wir müssen wissen, wer in unser Land kommt und wer versucht hat, durch falsche Papiere die Behörden zu täuschen."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 21, 2016

**Plötzlich sind Roma für die ungarische Regierung von Nutzen; Vor der umstrittenen Flüchtlingsabstimmung spielt Budapest die Minderheiten gegeneinander aus. Selbst durch viele Familien geht ein Riss**

Die Welt

Samstag 1. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 231

**Length:** 725 words

**Byline:** Boris Kálnoky

## Body

---

Budapest

In einer Budapester Dönerbude: "Was ich über das Migrantenreferendum denke? Frag lieber den Chef", sagt der farbige Mann am Tresen. Er ruft ihn auf Arabisch herbei. Der Chef will aber nichts sagen.

Eine junge Ungarin, die dort bedient, ist weniger zurückhaltend. "Natürlich gehe ich am Sonntag abstimmen", sagt sie. Mit "Nein", denn "ich will nicht, dass sie kommen, die Migranten".

Migrantenchef und Migrantenkollege sehen sie an, sie fährt aber unbeirrt fort: "Warum? Weil sie schmutzig sind und stinken." Woher sie das so genau wisse? "Ich musste die Flüchtlingszüge putzen letzten Sommer. Damals arbeitete ich noch bei der Bahn."

Lydia Balogh heißt sie, ist 27 Jahre alt, und die Schreibweise ihres Namens (mit h) deutet an, dass sie vielleicht zur Minderheit der Roma gehört, die in der ungarischen Gesellschaft oft genauso angefeindet wird wie neuerdings Flüchtlinge, Migranten und Muslime.

Aber derzeit sagt die Regierung, dass Geld für Flüchtlinge weniger Geld für die Roma bedeutet. Das soll offensichtlich die Roma in die Wahllokale bringen. Der Minister für Humanressourcen Zoltán Balog (ohne h) sagte dieser Zeitung vor Kurzem, es sei doch absurd, dass man, "statt die 10 Millionen Roma in Europa zu integrieren, lieber Millionen Migranten integrieren will".

Im ganzen Land halten Regierungsvertreter Bürgergespräche, gern in den ärmsten Stadtteilen, und versuchen, die Wähler von den drohenden Gefahren einer Zwangsansiedlung von Migranten durch die Brüsseler Behörden zu überzeugen. Das ist nämlich die Frage des Referendums: Ob die Bürger wollen, dass die EU Ungarn zwingen darf,

Plötzlich sind Roma für die ungarische Regierung von Nutzen Vor der umstrittenen Flüchtlingsabstimmung spielt Budapest die Minderheiten gegeneinander aus. Selbs....

gegen den Willen des Parlaments Flüchtlinge aufzunehmen. Das wollen natürlich die wenigsten. Dass aber diese Pläne, die es tatsächlich einst gab, mittlerweile eigentlich in Brüssel vom Tisch sind, wird nicht gesagt.

Eine landesweite Plakatkampagne suggeriert den Wählern: Migranten schleppen Krankheiten ein, vergewaltigen Frauen und erhöhen die Terrorgefahr. Meinungsumfragen zeigen, dass es funktioniert. Ausländer, Muslime und Migranten werden heute im Volk deutlich negativer gesehen als noch vor einem Jahr. Ungarn war bis vor Kurzem eines der Länder Europas mit den wenigsten Ressentiments gegen Muslime. Das ändert sich derzeit gewaltig.

"Es ist Hetze, eine Hasskampagne", sagt ein Jordanier, der seit 30 Jahren im Land lebt, mit einer Ungarin verheiratet ist und bei einem Budapester Reisebüro arbeitet. Seinen Namen will er nicht nennen, aus Sorge vor möglichen Reaktionen. "Wir haben Angst", sagt er. "Angst vor etwaigen Tötlichkeiten auf der Straße. Angst, etwas Politisches auf Facebook zu posten." Einige seiner Bekannten, auch mit Ungarinnen verheiratet, "wagen nicht einmal in der Familie, das Thema anzusprechen. Denn es kann sein, dass ihre Frauen oder Kinder eine andere Meinung haben und Streit entsteht. Du wirst sehen, alle die hier in der Innenstadt arbeiten - sie werden sich nicht trauen, mit dir zu sprechen."

Tatsächlich. In den zahlreichen Imbissbuden, Internetcafés, Wechselstuben und sonstigen kleinen Betrieben muslimischer Einwanderer in der Budapester Innenstadt versteinern sich die Mienen, wenn man sich als Journalist zu erkennen gibt und nach dem Referendum fragt. Die Menschen geben vor, weder Ungarisch noch Englisch zu können oder kein Interesse zu haben oder nicht zu wissen, worum es geht. Niemand sagt seinen Namen.

Umfragen zeigen, dass rund 80 Prozent der ungarischen Wähler quer durch alle Parteien die Ansiedlung von Flüchtlingen ablehnen. Es ist daher klar, dass die Neinstimmen - Nein zu Flüchtlingen - am Ende die überwältigende Mehrheit darstellen werden. Über Erfolg oder Misserfolg entscheidet aber die Wahlbeteiligung. Sie muss mindestens bei 50 Prozent liegen - und zwar gültige Stimmen, sonst ist das Referendum ungültig. Das wird knapp: Mehrere Meinungsforschungsinstitute prognostizieren eher eine Wahlbeteiligung, die unter 50 Prozent liegt.

"Ich gehe entweder nicht wählen oder gebe eine ungültige Stimme ab", sagt Viki Ilcsik, eine 30-Jährige, die im Gastronomiegewerbe arbeitet. "Das ist so abstoßend, diese Hasskampagne, und das alles nur, damit die Regierung ihre Chancen bei den nächsten Wahlen verbessert. Das darf man nicht durch Teilnahme am Referendum unterstützen."

Es ist Hetze, eine Hasskampagne Ein Jordanier, der seit 30 Jahren im Land lebt und plötzlich Angst hat

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 1, 2016

**Wenn Asylbewerber verschwinden; Der Verbleib vieler Ausländer, die als "freiwillig ausgereist" vermerkt sind, ist völlig unklar. Viele könnten in Deutschland untergetaucht sein. Verlässliche Zahlen zu dieser Gruppe gibt es nicht**

Die Welt

Montag 21. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 68

**Length:** 1210 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## **Body**

---

Hunderttausende **Asylanträge** werden in diesem Jahr abgelehnt werden. 30 Tage bleiben den Betroffenen dann, um das Land zu verlassen. Abgeschoben wird, wer nicht freiwillig ausreist. Von den im vergangenen Jahr etwa 200.000 Ausreisepflichtigen wurden 20.914 abgeschoben.

Deutlich mehr - nämlich 37.220 Ausländer - reisten freiwillig aus. Und entgingen so der oft schmerzhaften Erfahrung, von Polizisten aus dem Land gebracht zu werden, für das man die eigene Heimat zurücklassen wollte.

Doch wirklich freiwillig ist so eine "freiwillige Ausreise" natürlich meistens nicht; eher empfinden es die Betroffenen als geringeres Übel im Vergleich zur Abschiebung. Und auch die Behörden bevorzugen diese Variante, weil sie die knappen Ressourcen der Polizei schont, humaner und kostengünstiger ist. Der Nachteil ist, dass man sich in einigen Fällen nicht sicher sein kann, ob der "freiwillig Ausgereiste" auch tatsächlich ausgereist ist. Wenn jemand die Option in Anspruch nimmt, das Verlassen des Landes selbst zu organisieren, erhält er von der Ausländerbehörde eine Grenzübertrittsbescheinigung (GÜB) zum Nachweis der Ausreise.

Diese GÜB muss an der Grenze bei der Grenzkontrollstelle oder einer deutschen Auslandsvertretung im Heimatland abgegeben werden. Dort wird sie mit einem Bestätigungsvermerk versehen und an die Ausländerbehörde zurückgesandt.

Dies geschieht aber häufig nicht. Auf Anfrage der "Welt" teilte etwa das Land Bremen mit: "Der prozentuale Anteil der rückgesendeten GÜB gemessen an der Gesamtzahl der freiwillig Ausgereisten beträgt mit Stand 29. Februar 2016 59,1 Prozent." Die Zahlen beziehen sich auf negativ abgeschlossene Asylverfahren. Wenn die GÜB nicht zurückgesendet wird, überprüft das Land nach Ablauf der Ausreisefrist, ob sich die Person noch in Bremen aufhält - oder ob die Person in einer anderen Kommune oder einem anderen EU-Land gemeldet ist oder Sozialleistungen bezogen werden. Wenn dies nicht der Fall ist, wird die Person als ausgereist erfasst. "Die bisherigen Kontrollen



Wenn Asylbewerber verschwinden Der Verbleib vieler Ausländer, die als "freiwillig ausgereist" vermerkt sind, ist völlig unklar. Viele könnten in Deutschland unt....

sind nicht aussagekräftig. Es ist nicht auszuschließen, dass viele dieser als ausgereist erfassten Personen unter anderer Identität Asyl beantragen oder untertauchen", sagte der innenpolitische Sprecher der Bremer CDU, Wilhelm Hinners, der "Welt".

Nicht alle Bundesländer antworten so präzise wie die Hansestadt. In vielen Ländern gibt es dazu keine statistischen Erhebungen. So antwortet etwa Niedersachsens Innenministerium: "Die von Ihnen erbetenen Daten liegen uns mangels entsprechender statistischer Erhebungen nicht vor." Für die Bewertung, ob eine Person tatsächlich ausgereist ist, lägen gegenwärtig keine bundesweit einheitlichen Maßstäbe vor. "Um künftig eine verlässliche und vergleichbare Datenbasis zu bekommen, befasst sich eine Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Koordinierungsstelle 'Integriertes Rückkehrmanagement' mit der Frage der einheitlichen Datenerfassung." Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommerns antwortete auf Anfrage der "Welt": "Letztlich stellt lediglich eine abgestempelte Grenzübertrittsbescheinigung einen adäquaten Nachweis für eine freiwillige Ausreise dar. In seltenen Fällen wird im Nachhinein die Ausreise auch dadurch nachgewiesen sein, dass aus dem Ausland ein Visumantrag zur Wiedereinreise gestellt wird." Angaben zu ausgestellten und rücklaufenden Grenzübertrittsbescheinigungen würden allerdings in dem Bundesland bei den zuständigen Ausländerbehörden statistisch nicht erfasst.

Baden-Württemberg teilte mit: "Über den Rücklauf und die Aushändigung von Grenzübertrittsbescheinigungen liegen keine statistischen Daten vor. Erfahrungsgemäß ist der Rücklauf jedoch gering." In Hamburg gilt "als überwachte Ausreise auch die Rückmeldung des Busunternehmens, dass die maßgebenden Personen in den Bus eingestiegen sind und Deutschland damit verlassen haben". Das heißt im Klartext: Wie viele Ausländer noch in Deutschland sind, obwohl sie als "freiwillig ausgereist" vermerkt wurden, weiß niemand. Genauso wenig ist die Anzahl der sich illegal im Land aufhaltenden ausländischen Staatsbürger insgesamt bekannt. Nach Schätzungen der Migrationsforscherin Dita Vogel von der Universität Bremen befanden sich 2014 zwischen 180.000 und 520.000 "irregulär aufhältige" Ausländer in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommen Vogel und ihre Forschungskollegen des Clandestino-Projekts durch Berechnungen auf Grundlage der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verwendet Zahlen der Forscher.

Wie funktioniert das Rechenverfahren? Vereinfacht gesagt, nimmt Vogel die Anzahl der Tatverdächtigen mit Aufenthaltsstatus "illegal" und setzt sie ins Verhältnis zu den Tatverdächtigen mit deutscher Staatsbürgerschaft und aus der Gruppe der legal im Land lebenden Ausländer. Weil bei diesen beiden Kategorien die Gesamtanzahl bekannt ist, lässt sich unter Berücksichtigung verschiedener Annahmen ein Näherungswert bestimmen. Die Obergrenze der Schätzung (520.000) ergibt sich wie folgt: Wenn sich ablesen lässt, dass beispielsweise auf 100 Deutsche ein Tatverdächtiger kommt, multiplizieren die Wissenschaftler die Zahl der "illegalen" Tatverdächtigen in der PKS ebenfalls mit 100.

So kommen sie auf einen Näherungswert, wie viele "illegale" Migranten es insgesamt geben könnte. Es wird dabei angenommen, dass diese im Land lebenden Ausländer im Verhältnis zu Deutschen in der PKS überrepräsentiert sind. Gründe sind etwa, dass ihre Lebensbedingungen eine höhere Wahrscheinlichkeit mit sich bringen, dass sie kriminell werden, und sie wohl öfter von der Polizei kontrolliert werden.

Die Untergrenze (180.000) berechnet sich so: Im Vergleich mit legal in Deutschland lebenden Ausländern sind die "illegalen" unterrepräsentiert. Die Forscher nehmen an, dass Letztere ein noch größeres Interesse daran haben, der Polizei aus dem Weg gehen und Kriminalität zu vermeiden; weil sie bei jeder Straftat zusätzlich fürchten müssen, ausgewiesen zu werden. Diese Schätzung der Wissenschaftler um Dita Vogel bezieht sich allerdings nur auf jene "irregulär Aufhältigen", die nicht in Behördenkontakt stehen. Darunter fallen zwei Gruppen: zum einen Migranten, die noch nie mit einer Behörde in Kontakt standen. Zum anderen die sogenannten Untergetauchten: Ausländer, die nicht mehr in Kontakt mit deutschen Behörden stehen. Zur Gruppe der Ausländer, die noch gar keinen Behördenkontakt hatten, gehören Personen, die ohne gültige Papiere nach Deutschland eingewandert sind, ohne ihren Aufenthalt anzumelden; und die nie durch eine Polizeikontrolle aufgefallen sind. Zu dieser Gruppe zählen etwa durch Menschenhändler eingeschleuste Zwangsprostituierte.

Zu den sogenannten Untergetauchten zählen Asylsuchende, die schon auf dem Weg in die Erstaufnahmeeinrichtung verschwunden sind, und abgelehnte Asylbewerber, die der Abschiebung entgehen

Wenn Asylbewerber verschwinden Der Verbleib vieler Ausländer, die als "freiwillig ausgereist" vermerkt sind, ist völlig unklar. Viele könnten in Deutschland unt....

wollen. Es kann sich aber auch um legal Eingereiste handeln, die nach Auslaufen ihres Visums an unbekanntem Ort im Land bleiben. Eine dritte Gruppe ist in diesen Zahlen nicht enthalten: Jene etwa 200.000 registrierten Ausreisepflichtigen, die mit den deutschen Behörden in Kontakt stehen. Dabei handelt es sich etwa um abgelehnte Asylbewerber, die mit einer Duldung in der Bundesrepublik leben oder deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

PA/dpa/Robert B. Fishman

Wo sind denn alle hin? Wohncontainer einer Flüchtlingsunterkunft in Nordrhein-Westfalen im Abendlicht

dpa Picture-Alliance / Robert B.

**Load-Date:** March 21, 2016

**Sprache ist ein Türöffner auf dem Arbeitsmarkt; Flüchtlinge wünschen sich meist dringend einen Job, doch viele sprechen kein Deutsch. Das macht die Stellensuche fast aussichtslos**

Die Welt

Dienstag 8. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 209

**Length:** 1151 words

**Byline:** Steffen Fründt

Philipp Vetter

Virginia Kirst

## **Body**

---

Ahmed Abdin will arbeiten. "I want to work in Germany", sagt er - und wiederholt es immer wieder. Doch das könnte schwierig werden, denn viel Englisch spricht Abdin nicht. Er versteht die Frage nach seinem Namen, doch schon bei seinem Alter muss er die Finger zur Hilfe nehmen. Abdin ist gerade mit einem Zug aus Österreich am Münchner Hauptbahnhof angekommen. Er stamme aus Damaskus, der syrischen Hauptstadt, sagt er. Zu seiner Gruppe gehören noch ein paar andere Männer, Frauen und Kinder. Wie viele? Auch diese Frage versteht Abdin nicht. Als was er arbeiten will? "Decoration", antwortet der Syrer. Dann hetzt er weiter, seine Gruppe steigt gerade in den Bus, der sie zur Registrierungsstelle an der Münchner Messe bringen soll.

Wer versucht, Kontakt mit den **Flüchtlings** aufzunehmen, die in den vergangenen Tagen in München angekommen sind, stellt fest, dass kaum einer Englisch spricht. Nur etwa jeder 20. beherrscht überhaupt ein paar Brocken. Die fehlenden Englischkenntnisse sind zwar ein großes Hindernis bei der Ankunft der **Flüchtlings** in Deutschland aber eines, das sich überwinden lässt. Denn zu den vielen freiwilligen Helfern gehören auch zahlreiche Dolmetscher. Sie sprechen Kurdisch, Arabisch, Paschtun und viele andere Sprachen.

Später stellen mangelnde Sprachkenntnisse aber ein großes Problem dar. "Der beste Weg der Integration ist die berufliche. Doch die scheitert sehr häufig schon allein an den Sprachkenntnissen", sagt Sönke Fock, Geschäftsführer der Hamburger Agentur für Arbeit. Er dämpft die Erwartungen derer, die in der Flüchtlingswelle eine schnelle Lösung für den Fachkräftemangel im Land sehen. Mit Ausnahme von ein paar IT-Firmen sei gutes Deutsch die Grundvoraussetzung, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt überhaupt vermittelbar zu sein. Selbst

Sprache ist ein Türöffner auf dem Arbeitsmarkt Flüchtlinge wünschen sich meist dringend einen Job, doch viele sprechen kein Deutsch. Das macht die Stellensuche ....

hervorragend qualifizierte Fachkräfte scheiterten an der sprachlichen Hürde, sagt der Chef von Deutschlands größter Arbeitsagentur und schildert den Fall eines syrischen Facharztes, der nur aufgrund seines gebrochenen Deutschen trotz Ärztemangels seit über einem Jahr auf Arbeitssuche sei. "Die Sprache wird bei der Integration von Flüchtlingen in das Arbeitsleben die größte Hürde sein."

Die Praxis scheint diese Sorge zu bestätigen. Das zeigt ein Blick auf die Erfolgsquote von Early Interventions, einem Programm, mit dem die Agentur für Arbeit in mehreren deutschen Städten Menschen mit Migrationshintergrund durch Coaching und Sprachschulung in Beruf und Arbeit zu vermitteln versucht. Seit eineinhalb Jahren läuft das Programm in Hamburg, über 2000 Kandidaten meldeten sich bislang zu der freiwilligen Maßnahme an. Davon erfolgreich in eine Arbeitsstelle vermittelt wurde bis heute keiner. Diese schlechte Bilanz zeigt, dass Ausländer es auf dem deutschen Arbeitsmarkt schwer haben. So zeigt der Vergleich der Arbeitslosenzahlen von August 2014 und 2015 zwar insgesamt einen Rückgang, bei den ausländischen Arbeitssuchenden aber dagegen einen Anstieg.

Während die Zahl der deutschen Arbeitslosen um knapp sechs Prozent auf 3,8 Millionen Arbeitssuchende schrumpfte, wuchs sie im gleichen Zeitraum unter den Arbeitssuchenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit um neun Prozent. Ihre Anzahl beträgt nun rund eine Million Menschen. Damit sind überproportional viele Ausländer arbeitslos. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt bei rund neun Prozent, sie stellen aber 21 Prozent der Arbeitssuchenden. Hinzu kommt, dass in den Zahlen vom August 2015 viele der Flüchtlinge, die vor Kurzem in Deutschland angekommen sind, noch nicht erfasst sind. Über ihren Aufenthaltsstatus wurde noch nicht entschieden, darum erscheinen sie auch nicht in den Statistiken. Dabei sind viele von ihnen hoch motiviert und möchten wie Ahmed Abdin gerne arbeiten.

"Wir haben es mit Menschen zu tun, die unbedingt lernen und arbeiten wollen", sagt Gudrun Stefaniak, Geschäftsführerin von Passage, einer gemeinnützigen Gesellschaft, die in Hamburg seit Jahren für Menschen mit Migrationshintergrund Sprachkurse und Integrationsberatung anbietet. Die Motivation der Kandidaten sei dabei in der Regel nicht das Problem. Bevor ein Flüchtling eine Arbeit aufnehmen kann, müssen jedoch der Aufenthaltsstatus und die Qualifikation geklärt sein. Auch etwas vermeintlich Banales wie das Fehlen eines Girokontos kann zur unüberwindlichen Hürde werden, weil die meisten Banken es aufgrund fehlender Dokumente schlichtweg verweigern.

Die größte und vor allem zeitaufwendigste Barriere aber sei, so sagt auch Stefaniak, die Sprache. Schon ein Basiskurs Deutsch dauert 300 Stunden. Dabei werden nur Grundlagen vermittelt. Je nach Status und Herkunftsland kann es dann sehr lange dauern, bis ein Aufbaukurs mit 600 Stunden oder "Deutsch für das Berufsleben" folgt, Wochen oder Monate, in denen das Erlernte oft gleich wieder vergessen wird. Untergebracht in isolierten Einrichtungen und umgeben von Landsleuten fehlt schlichtweg die Praxis.

Die meisten Asylbewerber begegnen in ihrem Alltag in Deutschland, abgesehen von offiziellen Stellen im Alltag, nur sehr wenigen Deutschen, mit denen sie regelmäßig sprechen. Hinzu komme, so Stefaniak, dass viele Flüchtlinge traumatisiert seien und unter Konzentrationsschwierigkeiten litten. Wenn schon unbelastete und aufnahmefähige Jugendliche Jahre brauchen, um eine einfache Fremdsprache wie Englisch zu erlernen, wird schnell deutlich, dass die nun von Politikern propagierte schnelle Integration in den Arbeitsmarkt in vielen Fällen tatsächlich ein eher zäher und langwieriger Prozess werden wird.

Ein weiteres Problem: Um 800.000 Flüchtlingen Deutsch beizubringen, fehlen schlichtweg die Lehrkräfte. "Wir suchen Deutschlehrer für Integrationskurse", berichtet Stefaniak. Deutschlehrer sind schon jetzt auf dem Arbeitsmarkt praktisch nicht mehr zu finden. Es wird von Fällen berichtet, wo Kommunen in ihrer Not Honorarkräfte von den örtlichen Volkshochschulen abwerben. Pädagogen mit dem Zertifikat "Deutsch als Fremdsprache" können sich ihren Arbeitsplatz derzeit aussuchen.

"Das Fehlen qualifizierter Deutschlehrer droht zum Flaschenhals der Integration zu werden", befürchtet Hamburgs Arbeitsagenturchef Fock. Am vergangenen Freitag präsentierte er gemeinsam mit dem Hamburger Sozialsenator Detlef Scheele die bundesweit erste zentrale Einrichtung, die eigens für die Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeit

Sprache ist ein Türöffner auf dem Arbeitsmarkt Flüchtlinge wünschen sich meist dringend einen Job, doch viele sprechen kein Deutsch. Das macht die Stellensuche ....

und Beruf geschaffen wurde. Noch in diesem Monat sollen die ersten Scouts in die zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen der Stadt gehen und nach geeigneten "Neukunden" suchen, bei denen eine Integration aussichtsreich erscheint. Diese werden dann zu individuellen Beratungsgesprächen geladen.

Denn einen gesicherten Überblick zum Ausbildungsstand der Flüchtlinge gibt es derzeit nicht. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) befragt die Asylsuchenden im Rahmen ihrer Antragstellung zwar zu den Aspekten Bildung und Ausbildung - aber die Beantwortung der Fragen ist freiwillig.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Bernd Settnik

Mohammad Pirayesh (links) floh aus dem Iran. Mit seinem Lehrer Leo Sutyka lernt er jetzt Deutsch in Pätz (Brandenburg)

Bernd Settnik

**Load-Date:** September 8, 2015

---

End of Document

## Tausende ziehen vom Balkan nach Deutschland; Vor allem Albaner kommen in die Bundesrepublik

Die Welt

Montag 18. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 90

**Length:** 683 words

**Byline:** Marcel Leubecher

### Body

---

**Migranten** vom Westbalkan haben im ersten Quartal des laufenden Jahres 10.206 **Asylanträge** in Deutschland gestellt, wie das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) der "Welt" mitteilte. Auf das Jahr hochgerechnet könnten auch 2016 wieder mehr als 40.000 **Asylanträge** von Bürgern der sechs Staaten (Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro) in Deutschland gestellt werden.

Damit lägen die Antragszahlen 2016 weiterhin deutlich über dem Niveau der Jahre nach dem Kosovokrieg 1999 bis 2013. Die Staaten des Westbalkans sind ein zentrales Herkunftsgebiet von Schutzsuchenden in Deutschland. 1994 war die Bundesrepublik das Hauptzielland der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina mit etwa 350.000 Personen. 1998 und 1999 führte der Kosovokrieg zu jeweils fast 60.000 Asylanträgen. Nach Ende der Kampfhandlungen sanken die Antragszahlen vom Westbalkan bis 2008 und 2009 in Deutschland mit jeweils unter 5000 auf das geringste Niveau seit Jahrzehnten.

Allerdings schnellten sie infolge der Aufhebung der Visapflicht für Bürger Mazedoniens, Montenegros und Serbiens (2009) sowie Albaniens und Bosnien-Herzegowinas (2010) wieder in die Höhe. Eine direkte Verbindung zwischen Visa-Liberalisierung und Anstieg der Asylantragszahlen sah auch die EU-Kommission, die die betreffenden Westbalkanstaaten aufforderte, ihre Bürger über die Situation aufzuklären, um den Missbrauch der Visafreiheit zu vermeiden. Seit 2010 ist Deutschland durchgängig mit weitem Abstand vor Frankreich das beliebteste Ziel von Asylbewerbern aus diesen Ländern. Insbesondere gilt dies seit Herbst 2012. Vorangegangen war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012, mit dem Asylbewerbern unter Berufung auf die Menschenwürde ein Existenzminimum in der Höhe des Hartz-IV-Satzes zugesprochen wurde. Weil sich in den darauffolgenden Monaten die Zahl dergestellten Asylanträge aus Westbalkanstaaten vervielfachte, argumentierten die Bundesregierung und die kommunalen Spitzenverbände, dass die Erwartung höherer Geldleistungen infolge des Verfassungsgerichtsurteils für die Zunahme verantwortlich sei. Stieg die Zahl 2013 auf rund 38.000 Anträge, waren es 2014 schon rund 63.000, bis die Situation im vergangenen Jahr eskalierte und mehr als 144.000 Asylanträge gestellt wurden. Besonders extrem war die Auswanderung von Albanern, deren Asylanträge stiegen im Vergleich zu 2014 um 584 Prozent.

Tausende ziehen vom Balkan nach Deutschland Vor allem Albaner kommen in die Bundesrepublik

Doch offensichtlich blieben die deutlichen Signale aus Deutschland nicht ungehört: Schnelle Asylverfahren in speziellen Aufnahmезentren, die Erklärung der Westbalkanländer zu sicheren Herkunftsstaaten, mehr Abschiebungen wie auch die Kontrollen an den Binnengrenzen führten zu einem starken Rückgang. Im ersten Quartal 2015 stellten Bürger der Westbalkanstaaten noch rund 60 Prozent der Asylbewerber, in diesem Jahr waren es im Vergleichszeitraum noch rund fünf Prozent. Verglichen mit der Situation im vergangenen hat sich die Lage beruhigt. Im Vergleich zu den Jahren vor 2013 käme man zu einem anderen Urteil. Auch die ethnische Zusammensetzung hat sich verändert. Bis Ende 2014 stellten Roma die Mehrzahl der Asylbewerber. Hauptgründe für ihre Abwanderung waren niedriger Lebensstandard und gesellschaftliche Marginalisierung. Im vergangenen Jahr suchten dann vermehrt Angehörige anderer Volksgruppen Asyl. Interessant ist auch der hohe Anteil von Asylfolgeanträgen (etwa jeder siebte) unter den Bürgern des Westbalkans. Ein Grund liegt in der niedrigen Schutzquote, nicht einmal jeder hundertste Asylantrag dieser Staatsangehörigen ist erfolgreich, die Bleibeperspektive ist gering.

Mit einem Folgeantrag nach Ablehnung des Erstantrags verlängert sich der Aufenthalt in Deutschland. Außerdem sind Asylfolgeanträge auch durch hohen Zuzug aus diesen Herkunftsländern in der Vergangenheit begründet. Das BAMF teilt der "Welt" mit: "Wenn Personen damals einen Erstantrag in Deutschland gestellt haben, nach einiger Zeit zurück ins Herkunftsland ausgereist sind, jetzt wieder nach Deutschland kommen, um einen Asylantrag zu stellen, dann zählt dieser als Folgeantrag."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 18, 2016

**"Bei Flüchtlingsaufnahme gibt es keine Obergrenze"; Pro-Asyl-Geschäftsführer Burkhardt über den Umgang mit Schutzsuchenden in der EU und richtige Willkommenskultur**

Die Welt

Donnerstag 9. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 157

**Length:** 1573 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## **Body**

---

Günter Burkhardt ist Deutschlands mächtigster **Asyllobbyist**. Wie viele **Flüchtlinge** kommen, ist für den Geschäftsführer von Pro **Asyl** unwichtig - zentral seien gute Integrationschancen. In diesem Zusammenhang wirft er Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) vor, "Rassismus zu fördern". Alarm schlägt Burkhardt auch angesichts der Lage der **Flüchtlinge** in Griechenland. Viele von ihnen würden von den Behörden weder mit Wasser noch mit Nahrung versorgt und regelrecht hungern.

Die Welt:

Herr Burkhardt, seit dem Zweiten Weltkrieg sind noch nie so viele Menschen **geflüchtet**, die meisten Schutzsuchenden in der EU kommen derzeit in Griechenland an.

Günter Burkhardt:

Die Situation ist dramatisch, es fehlt an allem: Essen, Trinken, ein Dach über dem Kopf. Menschen müssen unter freiem Himmel ausharren, es gibt kaum staatliche Hilfe. Die Pro-Asyl-Delegation begegnete am Dienstag auf der Insel Kos hungrigen Flüchtlingen, die nur überleben, weil eine private Helfergruppe Essen bei den Hotels sammelt - davon werden längst nicht alle satt. Bis Dienstag kamen die Flüchtlinge nicht mal an ihr Geld, weil Western Union durch die Bankenschließung nichts mehr auszahlte. Angesichts des Versagens der EU-Staaten fordern wir die deutschen Katastrophenhilfsorganisationen auf, sofort ein Nothilfeprogramm in Griechenland zu starten. Es ist ein Skandal, dass auf europäischem Boden nicht einmal das nackte Überleben von Flüchtlingen gesichert werden kann. Deshalb appelliert Pro Asyl an die EU-Staaten, die Menschen ausreisen zu lassen.

De facto reisen schon lange die meisten weiter nach Norden...



"Bei Flüchtlingsaufnahme gibt es keine Obergrenze" Pro-Asyl-Geschäftsführer Burkhardt über den Umgang mit Schutzsuchenden in der EU und richtige Willkommenskult....

...Flüchtlinge wollen dorthin, wo Familie und Bekannte leben, das ist auch sinnvoll. Integration gelingt schneller, wenn Communitys helfen bei der Job- und Wohnungssuche. Derzeit können sie nicht direkt in die Zielländer im Norden, sondern müssen über den Balkan, Ungarn und Bulgarien, wo es zu massiven Menschenrechtsverletzungen kommt. Europa entwickelt sich im Moment zu einem Europa der Zäune, weil jeder versucht, Flüchtlinge von seinem Territorium fernzuhalten.

So dicht können diese Zäune nicht sein, wenn für 2015 in Deutschland 450.000 Asylbewerber prognostiziert werden, das ist, verglichen mit 2009, eine Verzehnfachung. Gibt es auch in reichen Ländern Grenzen?

Bei Flucht vor Krieg, Terror und Verfolgung gibt es keine Obergrenze. Niemand darf in eine Situation zurückgewiesen werden, wo ihm Folter, unmenschliche Behandlung und Gefahr für Leib und Leben drohen. Das garantiert die Europäische Menschenrechtskonvention.

Das ist die geltende Norm. Doch könnte irgendwann eine Belastungsgrenze erreicht sein, ab der diese Norm von den Gesellschaften abgelehnt wird?

Das Entscheidende ist nicht, wie viele Flüchtlinge kommen, sondern ob es gelingt, sie zu integrieren, ihnen die Sprache zu vermitteln, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Deutschland überaltert und braucht Zuwanderung. Es ist möglich, mehr Menschen aufzunehmen, wenn man sich als Gesellschaft darauf einstellt und Integration organisiert.

Warum sollte die Integration der Neuankömmlinge gelingen, wo sie doch bei vielen Nachfahren früherer Flüchtlinge nicht geglückt ist?

Die Integration in Deutschland ist viel besser gelungen, als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener kultureller Herkunft ist Normalität in Deutschland. Dennoch sehe ich, dass vor allem Rechtspopulisten und -extreme versuchen, Ängste zu schüren und gegen die Aufnahme von Asylsuchenden zu hetzen.

Ängste habe auch andere?

Es wird für die künftige Entwicklung sehr darauf ankommen, ob die Bundestagsparteien die Flüchtlingsaufnahme als lösbare Herausforderung darstellen, was sie ja ist, und aktiv dafür eintreten. Wenn man allerdings anfängt wie Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, vom massenhaften Asylmissbrauch zu schwadronieren, dann untergräbt man diese Aufnahmebereitschaft und fördert populistische und rassistische Tendenzen. Rassisten sehen sich dann bestätigt durch einen Ministerpräsidenten und sagen sich, wir reden nicht, sondern handeln und schreiten zur Tat. Solche Äußerungen bereiten den Nährboden für Brandanschläge auf Asylunterkünfte. Es ist allerdings ein Unterschied, verglichen mit der Diskussion der 90er-Jahre, dass sich Spitzenpolitiker heute in der Regel anders verhalten als Horst Seehofer.

Bei unseren Nachbarstaaten erstarken Parteien, die weit rechts von Horst Seehofer stehen. Ist so eine Entwicklung auch in Deutschland denkbar?

Das hängt auch davon ab, ob die Politik aktiv für die Menschenrechte, die Grundlagen unserer Gesellschaft und damit für die Aufnahme von Flüchtlingen eintritt und ein Integrationskonzept entwickelt. Flüchtlinge sollten eben nicht in großen Sammelunterkünften am Rande der Ortschaften ausgegrenzt leben. Es braucht Sprachkurse, Hilfe bei der Suche nach Wohnung und Arbeit, dann bleibt die Solidarität in der Gesellschaft so groß, wie sie im Moment ist.

Viele Kommunen klagen, sie seien überfordert?

Genau deswegen warnen wir seit Jahren und appellieren an Bund, Länder und Kommunen, sich auf den Anstieg einzustellen. Man wird in Ballungsräumen den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben müssen. Wir dürfen die Fehler der 90er-Jahre nicht wiederholen, Menschen ausgegrenzt in Großlagern unterzubringen und dann mit

"Bei Flüchtlingsaufnahme gibt es keine Obergrenze" Pro-Asyl-Geschäftsführer Burkhardt über den Umgang mit Schutzsuchenden in der EU und richtige Willkommenskult....

privaten Betreibern, die durchaus gutes Geld an der Not der Flüchtlinge verdienen, langfristige Verträge abzuschließen, die in die Isolation der Flüchtlinge führen.

Wie können wir das Sterben im Mittelmeer verhindern?

Es muss eine gesamteuropäische Verantwortung geben. Die Rettung und Aufnahme ist nicht allein die Aufgabe von Italien und Griechenland. Die Flucht über das Meer würde aber nur durch die Öffnung legaler Wege gemindert. Deutschland hat eine besondere Verantwortung, weil hier 130.000 Syrer, 100.000 Iraker und 70.000 Afghanen leben, weit mehr als in allen anderen EU-Staaten. Die große Koalition könnte dafür sorgen, dass deren Angehörige ein Visum für Deutschland erhalten. Doch weil die Bundesregierung die Aufnahmeprogramme nicht fortsetzt und es fast unmöglich ist, ein Visum an einer deutschen Botschaft in den Krisenregionen zu bekommen, bleibt Flüchtlingen, auch aus Syrien, oft nur der gefährliche Seeweg. Handlungsoptionen zur kurzfristigen Beseitigung der Fluchtursachen hat Europa nicht. Eritrea wird vorerst eine Militärdiktatur bleiben. Syrien und der Irak bleiben ein katastrophales Kriegsgebiet. Dort hat übrigens militärisches Eingreifen erst zum Zerfall des Staates und zum Erstarken des IS geführt.

Es kommen viele über das Mittelmeer, die nicht vor dem IS fliehen oder in Eritrea gefoltert wurden. Könnten Anreize gemindert werden, wenn die Boote zurückgeführt und Asylanträge schon in Aufnahmezentren in Afrika bearbeitet würden?

Pro Asyl lehnt dieses Konzept ab, es verletzt die Menschenrechte, wenn jemand in Situationen zurückgeführt wird, wo ihm Gefahr an Leib und Leben droht. So etwas wäre ein glatter Rechtsbruch. Überdies: Nach welchem Recht soll denn in den Aufnahmezentren entschieden werden? Wie und wo soll ein Flüchtling gegen die Entscheidung klagen? Und wenn er anerkannt ist, wer nimmt ihn auf? Die politische Bereitschaft zur Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen ist nicht in Sicht. Dieses Konzept dient eher der Beruhigung des eigenen Gewissens, indem es vortäuscht, legale Wege zu öffnen und etwas gegen das Sterben zu tun.

Also sollen weiterhin auch nicht schutzbedürftige Migranten über die Asylrouten kommen. Wollen Sie das weltweite Elend durch massenhafte Migration aus den kaputten in die stabilen Gesellschaften heilen?

Ich glaube, der erste Schritt wäre es, Handelsbeziehungen mit Nordafrika einzugehen, die fair sind. Derzeit sind etwa aus Europa importierte Hähnchen dort günstiger als die einheimischen, das ruiniert bäuerliche Betriebe in Afrika. Europäische Fangflotten zerstören durch Überfischung die Existenzgrundlage der Fischer in Westafrika. Die Beispiele zeigen: Europa darf nicht nach dem kurzfristigen Profit streben, sondern muss im eigenen langfristigen Interesse eine Politik betreiben, die die wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten fördert.

Bis Europa seinen Unternehmen dies untersagt, sollten aber arme Menschen Grenzen übertreten dürfen? Ihre Vorschläge klingen nach einem weltweiten Schengen.

Nein, das ist nicht die Position von Pro Asyl. Jeder Mensch, der an den Grenzen Europas ankommt, muss ein rechtsstaatliches Asylverfahren bekommen. Das ist in der Praxis aber nicht der Fall, weil etwa in Griechenland und Bulgarien Flüchtlinge brutal zurückgeschickt werden. Das Recht auf ein faires Verfahren führt nicht zur automatischen Anerkennung aller.

In Deutschland wird nur jeder zweite Asylbewerber anerkannt. Die übrigen bleiben aber auch häufig da und reisen nicht freiwillig aus. Sie müssten abgeschoben konsequent werden.

Wir können und dürfen nicht alle Abgelehnten abschieben. Sehr viele, die nicht durch das Asylrecht geschützt werden, erhalten eine Duldung. Zum Beispiel, weil sie aus Ländern wie Afghanistan kommen, in die nicht abgeschoben werden darf. Zwangsweise Abschiebungen sollten vermieden werden, es ist immer besser, eine freiwillige Ausreise zu fördern, als Menschen zwangsweise in ein Flugzeug zu stecken. Das größte Problem sieht Pro Asyl im Moment bei den Flüchtlingen, die über andere EU-Staaten nach Deutschland kommen und nach dem Dublin-Abkommen wieder dorthin sollen, obwohl sie dort keine Lebensperspektive haben, etwa in Ungarn oder Bulgarien.

"Bei Flüchtlingsaufnahme gibt es keine Obergrenze" Pro-Asyl-Geschäftsführer Burkhardt über den Umgang mit Schutzsuchenden in der EU und richtige Willkommenskult....

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Djordje Savic

Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und aus Afrika warten an der mazedonisch-serbischen Grenze auf Reisepapiere

Djordje Savic

**Load-Date:** July 9, 2015

---

End of Document

## Neue Tragödie im Mittelmeer?; Aus Ägypten kommende Boote mit Flüchtlingen sind offenbar gesunken. Möglicherweise Hunderte Tote

Die Welt

Dienstag 19. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 91

**Length:** 644 words

## Body

---

Bei einer erneuten **Flüchtlingskatastrophe** im Mittelmeer sind möglicherweise hunderte Menschen ums Leben gekommen. "Es ist sicher, dass wir es genau ein Jahr nach der Tragödie in libyschen Gewässern wieder mit einer Tragödie zu tun haben", sagte Italiens Außenminister Paolo Gentiloni am Rande eines EU-Ministertreffens in Luxemburg. Der somalische Regierungssprecher Abdisalan Aato sagte in der Hauptstadt Mogadischu, auf den verunglückten Booten seien rund 500 **Migranten** gewesen. "Unseren Informationen zufolge sind viele Somalis in dieser Tragödie ums Leben gekommen." Auch der somalische Staatspräsident Hassan Sheik Mohamud erklärte, viele der Menschen an Bord seien nach Berichten bei dem Unglück umgekommen. Italiens Präsident Sergio Mattarella sprach in Rom von einer "weiteren Tragödie im Mittelmeer", nannte aber keine Details.

Wo exakt sich die Katastrophe ereignet haben soll und ob ein oder mehrere Boote betroffen waren, blieb allerdings zunächst ebenso unklar wie die genaue Zahl der Opfer. Auch zu den Umständen des Unglücks gab es keine präzisen Angaben. Die verunglückten Menschen waren nach Angaben des italienischen Außenministers in Ägypten aufgebrochen. Somalische Behörden erklärten, der Funkkontakt sei einen Tag nach dem Verlassen Ägyptens abgebrochen. Zahlreiche Behörden versuchten am Montag, mehr Informationen zu dem Vorfall zusammenzutragen.

Allerdings konnten weder das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR noch die Internationale Organisation für Migration (IOM) oder die italienische Küstenwache den Schiffbruch bestätigen. Auch Frontex-Sprecherin Izabella Cooper konnte keine Angaben zu dem Vorfall machen. Die EU-Grenzschutzagentur sei nicht beteiligt gewesen und habe weder Zahlen noch eine offizielle Bestätigung. Ansprechpartner seien die ägyptischen Behörden.

Der somalische Regierungssprecher Aato sagte, ungefähr 200 der Bootsinsassen stammten aus Somalia und der autonomen Region Somaliland. Der Präsident Somalilands, Ahmed Mohamed Mohamud Silanyo, betonte in einer Mitteilung: "Dieser Unfall, bei dem viele unserer jungen Männer Berichten zufolge ums Leben kamen, hat uns sehr schockiert." Nach lokalen Medienberichten überlebten nur 23 Migranten das Unglück. Der arabische Dienst des britischen Senders BBC hatte zuvor unter Berufung auf nicht näher genannte ägyptische Berichte gemeldet, bei der Katastrophe seien mehr als 400 Flüchtlinge ertrunken, die meisten von ihnen Somalier. Insgesamt seien vier Boote

Neue Tragödie im Mittelmeer? Aus Ägypten kommende Boote mit Flüchtlingen sind offenbar gesunken.  
Möglicherweise Hunderte Tote

im Mittelmeer gesunken. Die somalische Botschaft in Kairo konnte die Nachricht auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur zunächst nicht bestätigen.

Zugleich gab es Berichte über ein weiteres Bootsunglück. Auf einem im Mittelmeer unweit der libyschen Küste in Seenot geratenen Flüchtlingsboot fanden italienische Rettungskräfte sechs Leichen. 108 weitere Migranten seien gerettet und von einem Schiff aufgenommen worden, nachdem sie zuvor einen Notruf abgesetzt hatten, berichtete die Nachrichtenagentur Ansa am Montag. Mitte April vergangenen Jahres war vor der libyschen Küste ein Flüchtlingsboot mit vermutlich mehr als 700 Menschen an Bord gekentert.

Die EU befürchtet, dass sich wieder mehr Flüchtlinge auf die längere und gefährlichere Reise aus Nordafrika über das Mittelmeer Richtung Europa aufmachen, nachdem die Staatengemeinschaft mit der Türkei ein Abkommen zur Rückführung von Migranten geschlossen hat. Zudem denkt die EU über eine Ausweitung des Marine-Einsatzes im Mittelmeer nach, um die neue Einheitsregierung in Libyen zu unterstützen und einen erneuten Anstieg der Flüchtlingszahlen aus Nordafrika Richtung Europa zu verhindern. Die EU-Außen- und Verteidigungsminister wollten am Montagabend in Luxemburg auch darüber beraten, ob im Rahmen des EU-Einsatzes "Sophia" mehr zur Durchsetzung des Waffenembargos getan werden könne, sagte der niederländische Außenminister Bert Koenders.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 19, 2016

**Flüchtlingslager Idomeni geräumt - und es bleibt ruhig; Griechische Regierung beginnt mit Umsiedlung. Tausende Bewohner des wilden Camps werden mit Bussen in feste Unterkünfte gefahren. Polizei hat die Anweisung, keine Gewalt anzuwenden**

Die Welt

Mittwoch 25. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 120

**Length:** 549 words

## Body

---

Drei Monate lang war es das Sinnbild für Chaos und **Flüchtlingselend** in der EU - am Dienstag begann nun die Räumung des griechischen Lagers Idomeni an der Grenze zu Mazedonien. Bis zum Nachmittag brachten Busse mehr als 1500 **Migranten** aus dem Lager an der mazedonischen Grenze, wie die Behörden berichteten. Sie werden nahe der Stadt Thessaloniki im Norden des Landes untergebracht. Rund 700 Beamte waren beteiligt. Berichte über Ausschreitungen gab es nicht. Der Einsatz soll sieben bis zehn Tage dauern. In dem Lager leben geschätzt 8400 Menschen, darunter Hunderte Kinder.

Sie kommen vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak und haben trotz Schließung der Grenze weiter die Hoffnung, über den Balkan in Richtung der reicheren EU-Länder wie Deutschland oder Schweden zu gelangen. Regierungssprecher Giorgos Kyritsis hatte angekündigt, dass die Polizei keine Gewalt anwenden werde. Insgesamt sitzen in Griechenland etwa 54.000 Menschen fest, die weiter nach Norden ziehen wollen.

Zum Start des Einsatzes am frühen Morgen wurde das Gebiet weiträumig abgesperrt. Journalisten konnten das Lager nicht betreten und wurden bereits in mehreren Kilometern Entfernung an einer Straßenkreuzung von der Polizei gestoppt. Nur Vertreter von Staatsmedien wurden auf das Gelände gelassen. Baufahrzeuge räumten die leeren Zelte. Hilfsorganisationen beschrieben den Verlauf der Räumung als ruhig und reibungslos. Sprecher Adrian Edwards vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR sagte, solange die Flüchtlinge freiwillig auszögen und keine Gewalt angewendet werde, mache er sich keine besonderen Sorgen: "Es ist oft hilfreich, wenn Menschen in besser organisierte Lager umziehen." Die griechische Regierung hat dazu im ganzen Land alte Industriegebäude angemietet und ehemalige Kasernen reaktiviert.

Das wilde Flüchtlingscamp entstand, nachdem Mazedonien seine Grenze dichtgemacht hatte. Zeitweise lebten hier in kleinen Zelten entlang Bahngleisen und auf Feldern mehr als 14.000 Menschen. Hilfsorganisationen versorgten sie in größeren Zelten. Die Behörden schickten Reinigungstrupps und mobile Toiletten. Einige Bewohner errichteten behelfsmäßige Läden, in denen sie Kochgeschirr, Falafel und Brot verkauften. Regenfälle verwandelten

Flüchtlingslager Idomeni geräumt - und es bleibt ruhig Griechische Regierung beginnt mit Umsiedlung.  
Tausende Bewohner des wilden Camps werden mit Bussen in fes....

das Gebiet jedoch zeitweilig in eine Schlammwüste. Schlagzeilen gab es immer wieder: Mehrfach versuchten die Menschen, den Grenzzaun zu stürmen, mazedonische und griechische Grenzbeamte und Polizisten griffen mit Tränengas und Blendgranaten ein, es gab Verletzte. Beim Versuch, über einen Fluss nach Mazedonien zu gelangen, kamen sogar drei Afghanen ums Leben.

Nach der Räumung wollen die Behörden auch die Eisenbahnstrecke ab Ende der Woche wieder in Betrieb nehmen. Sie gilt als wichtigste Trasse für Gütertransporte von Griechenland in Richtung Balkan. Protestler im Camp hatten sie seit dem 20. März blockiert. Nach Angaben der griechischen Verkehrsunternehmen kostete die 66-tägige Schließung rund sechs Millionen Euro. Im März hatte sich die EU mit der Türkei auf einen Flüchtlingspakt geeinigt, um den Andrang zu vermindern. Dem Abkommen zufolge droht jedem nach dem 18. März auf griechischen Inseln angekommenen Migranten die Rückführung in die Türkei, solange er sich nicht in Griechenland erfolgreich um Asyl bewirbt.

Siehe Kommentar und Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** May 25, 2016

## Sie hätten ihn echt verdient; Die Bürgermeisterin

Die Welt

Freitag 9. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 235

**Length:** 240 words

**Byline:** Thilo Maluch

## Body

---

Die kleine italienische Insel Lampedusa steht für menschliches Leid, Flucht, Tod, Hoffnungslosigkeit und die Abwehrschlacht Europas in der **Flüchtlingskrise**. Giuseppina Maria "Giusi" Nicolini, die dort geboren wurde, hat versucht, dieses Bild zu wandeln. Als 23-Jährige wurde sie stellvertretende Bürgermeisterin. Zunächst setzte sie sich für Umweltschutz ein, studierte Politikwissenschaft auf Sizilien und wurde 2012 Bürgermeisterin. Was in den Gewässern vor der Insel geschah, wollte sie nicht länger hinnehmen. "Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint. Ich bin entrüstet über das Schweigen Europas, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat und nichts sagt, obwohl hier die Zahl der Toten daran glauben lässt, es wäre Krieg. Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik den Tod dieser Menschen in Kauf nimmt, um die **Migrationsflüsse** einzudämmen", schrieb Nicolini in einem Brandbrief. Kurz nach der **Flüchtlingstragödie** vor Lampedusa mit über 300 Toten am 3. Oktober 2013 hielt sie eine Rede beim EU-Gipfel, in der sie ein neues europäisches **Asyl-** und Einwanderungsrecht forderte.

Nicolini ist verheiratet, hat aber keine Kinder. "Das ist ganz gut, so fallen sie nicht meiner Arbeit zum Opfer", sagt sie. Unter ihrer Führung entwickelte sich Lampedusa zu einem der effizientesten Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge im Mittelmeerraum.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Getty Images/Stefania D Alessandro

Stefania D Alessandro/Getty Imag



Sie hätten ihn echt verdient Die Bürgermeisterin

**Load-Date:** October 9, 2015

---

End of Document

## Verwaltungsgericht rettet Simon; Zum Christentum konvertierter Mann darf in Deutschland bleiben

Die Welt

Mittwoch 13. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 110

**Length:** 640 words

**Byline:** Wolfgang Büscher

### Body

---

Am Montag wurde vor dem Verwaltungsgericht Augsburg ein Fall verhandelt, über den die "Welt am Sonntag" vor Kurzem ausführlich berichtete: Simon, ein junger Mann aus einem arabischen Land, wird Christ. Eigentlich trägt er einen typisch muslimischen Vornamen, Simon ist sein christlicher Taufname. Er stammt aus einer großen, auf der arabischen Halbinsel bekannten muslimischen Familie, für die ein Abfall vom Islam nicht infrage kommt. Sie sieht sich dadurch entehrt. Erst gibt es Streit, dann folgen Taten. Einer seiner Brüder zündet Simons Bett an, als er schläft. Ein andermal tauchen drei seiner Onkel bewaffnet bei ihm auf und drohen ihn zu erschießen. Simon sieht sein Leben in Gefahr, flieht über Umwege nach Deutschland und stellt einen Asylantrag. Der wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Ende 2014 abgelehnt: Seine Geschichte sei unglaubwürdig, das Land, aus dem er komme, toleriere Christen, er könne seinen Glauben, wenn es ihm denn damit überhaupt ernst sei, dort leben.

In der Tat kommt Simon aus einem "guten" arabischen Land. Die uralten christlichen Kirchen dort werden vom Staat toleriert, es gibt sogar christlich geprägte Orte. Etwas ganz anderes ist es jedoch, wenn ein Muslim zum Christentum übertreten möchte. Selbst wenn er staatlich nicht verfolgt wird, ist ein Leben in der Heimat kaum mehr möglich. Ein Scharia-Gericht, zuständig für Ehe- und familiäre Fragen, kann seine Scheidung veranlassen und ihn zur sozialen Unperson machen. Nicht selten wird er von der eigenen Familie mit dem Tode bedroht, wie es Simon erlebte. Für seine Glaubwürdigkeit spricht: All die Probleme, die er hat, hat er allein darum, weil er Christ wurde. Er führte als Ingenieur ein gutes Leben in seiner Heimat, materielle Sorgen kannte er nicht. Eigentlich ist Simon der Idealtypus des integrierten Einwanderers. Er hat Freunde gefunden, ist in der katholischen Kirche aktiv, und der Unternehmer, für den er arbeitet, ist so angetan von ihm, dass er ihn zum Teilhaber machen möchte. Absurderweise wurden seine Probleme dadurch nicht kleiner, eher größer.

Seit vier Jahren hat er seine Frau und die drei kleinen Kinder nicht mehr gesehen. Sie leben seit seiner Flucht im Jahre 2011 bei Verwandten in äußerst prekären Verhältnissen. Die Familie seiner Frau drohte ihr, sie zwangsscheiden zu lassen und mit einem Muslim zu verheiraten, falls es ihrem Mann nicht gelänge, sie bald zu sich nach Deutschland zu holen. Was aber unmöglich war, denn sein Asylantrag war ja abgelehnt und er selbst aufgefordert worden, Deutschland zu verlassen. In dieser Lage klagte er gegen die Ablehnung seines Asylgesuchs.

## Verwaltungsgericht rettet Simon Zum Christentum konvertierter Mann darf in Deutschland bleiben

Die Verhandlung fand gestern statt. Simons Aussage geriet sehr emotional. Schließlich ging es um alles oder nichts. Dann die Überraschung, mit der niemand gerechnet hatte: Die anwesende Vertreterin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erklärte, das Amt ziehe die Ablehnung des Asylantrages zurück. Eine weitere Verhandlung erübrigte sich. Eben war Simon noch darauf gefasst gewesen, Frau und Kinder nie wiederzusehen und zurück zu müssen in seine Heimat, in der man ihm nach dem Leben trachtete. Nun verließ er das Gericht als einer, der ungehindert in die Zukunft gehen kann.

Der Verfahrensausgang hat Bedeutung über den Fall hinaus. Im Asylbewerberheim traf Simon einen Landsmann, der auch Christ geworden war. Als es sich herumsprach, dass die beiden sonntags zur Kirche gingen, wurden sie von radikalen Muslimen angegangen, dem anderen Konvertiten wurde eine E-Mail auf sein Handy gesandt: die Koransure al-Imran, in der es um die Tötung derer geht, die vom Islam abfallen. Wäre das Verfahren gestern anders ausgegangen, hätte es sein können, dass wir Menschen aufnehmen, die unsere Lebensweise verachten, während wir solche des Landes verweisen, die sich danach sehnen, so zu leben wie wir.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Jörg Fokuhl/Jörg Fokuhl

Man darf ihn nur von hinten sehen: Simon, heute Christ, früher Muslim

Jörg Fokuhl

**Load-Date:** May 13, 2015

---

End of Document

**Die DNA der Integration; Es wird nicht einfach, es wird kostspielig, und es wird dauern. Aber der Umgang mit den Fremden rüstet uns für die Zukunft in einer globalisierten Welt. Abschottung ist keine Alternative, auch wenn das Rechtspopulisten und die Linke erträumen**

Die Welt

Freitag 27. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 122

**Length:** 1129 words

**Byline:** Dr. Ulf Poschardt

## **Body**

---

Zu glauben, das Integrationsgesetz betreffe nur die Ankommenden und Hoffnungsdeutschen, greift zu kurz. Integration geht stets alle etwas an. Wer integriert, klont die DNA der Gesellschaft und pflanzt sie in Biografien und Traditionen ein, die darauf nur zum Teil vorbereitet sind. Dazu muss der Integrierende seine eigene DNA besser kennen, als die Deutschen das bisher tun. Ein erster Schritt wäre schon aufzuhören, vor sich selbst wegzulaufen. Bei den zu Integrierenden gibt es Abstoßungsreaktionen und Autoimmunerkrankungen. Integration ist ein hartes Geschäft. Wer sie mit einem idealistischen Projekt mit Schillerschen Obertönen verwechselt, hat sie nicht verstanden. Es ist eher das Gegenteil. Martin Scorsese hat dazu einen wundervollen Film gedreht: "Gangs of New York". Dort werden die Anfänge New Yorks als eine Abfolge von Aufständen, Bandenkriegen und den Selbstorganisationskräften der Migranten erzählt.

Für Migranten sind die nun auch klar formulierten Anpassungserwartungen besonders dann eine sportliche Herausforderung, wenn sie wenig mehr mitbringen als ihre von Krieg, Vertreibung und Flucht geschüttelte Existenz. Sie sind der Hölle entkommen, freuen sich auf das neue Land und sind - egal wie traumatisiert - aufgefordert, sich neu zu erfinden: als potenzielle Bundesbürger. Als Mitbürger. Als Teil einer global megaerfolgreichen Nation und Gesellschaft. Beim Integrieren lernen die Integratoren viel über sich selbst: über Toleranzpotenziale und Abstoßungstendenzen. Die jahre-, nein, jahrzehntelange Bagatellisierung der Integrationsherausforderung auf der einen Seite und die Unklarheit des Landes über seine Zukunft als Zuwanderungsland auf der anderen Seite haben die Deutschen schlecht vorbereitet auf die Folgen der Globalisierung. Wird die Wirtschaft global, ebenso wie das Wissen und die Kultur, bleibt die Migration nicht aus, die den Waren- und Datenströmen folgt. Jetzt ahnen die Deutschen, dass ihr Erfolg sie zwangsläufig zum Einwanderungsweltmeister machen könnte.

Deswegen adaptieren die Bundesbürger ihre Erwartungs- und Forderungsmuster. Das kann man kritisieren und feststellen, dass zu wenig zu spät geschieht. Oder man betrachtet die Lernkurve seit Beginn der Flüchtlingskrise

Die DNA der Integration Es wird nicht einfach, es wird kostspielig, und es wird dauern. Aber der Umgang mit den Fremden rüstet uns für die Zukunft in einer glob....

und attestiert diesem (durch seine Geschichte in Sachen Asyl, Migration und Fremdenhass schwer durchgeschüttelten) Land eine mehrheitlich beeindruckende Bereitschaft, es zu schaffen. Und zwar gar nicht im Sinne einer Kanzlerinnenhörigkeit oder patriotischen Pflicht, sondern auf ganz banaler Ebene als Geste der Mitmenschlichkeit: in den D-Jugendmannschaften der Fußballvereine, beim Schrebergärtnern oder sehr beeindruckend in den unzähligen Kirchengemeinden.

Kein Land Europas leistet vergleichbares. Und nirgendwo gelingt es gerade besser als hier. Auch wenn die sauerländischen Eckensteher und Nationalnostalgiker jede nicht gezogene U-Bahn-Karte eines Syrers zum Beweis einer Zivilisationsferne hochföhnen, bleibt der stoische Pragmatismus der Bundesbürger weiterhin bestimmend. Zudem erfüllen die Ressentimentdeutschen, besonders viele und migrationsunerfahrene im Osten, systemtheoretisch einen Zweck. Sie dramatisieren jene in aufgeklärten Schichten weitgehend tabuisierten Unsicherheiten, die bei jedem Integrationsprozess zwangsläufig auf allen Seiten auftauchen müssen. Wer behauptet, dass er nie am Erfolg der Integration zweifelt, lügt und betrügt sich selbst. Die Neonationalen erhöhen den Druck auf die Politik, und mit der AfD hat das Land nun einen maulenden Chor von Politikern, die weder Migration noch Integration wollen. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern die Repräsentation dieses Anliegens ist für eine parlamentarische Demokratie eine Selbstverständlichkeit. Deshalb ist es absurd, diese Position immer wieder neu auszugrenzen, wie zuletzt auf dem Katholikentag.

Die Integration kann nur dann gelingen, wenn auch Teile des Ressentiments durch ungewöhnliche Erfolge in sich zusammenbrechen. Die seit 2006 ziemlich bunte Fußballnationalmannschaft ist so ein Promotor, die Popkultur sowieso, Fernsehformate wie Germany's Next Topmodel auch. Die Startup-Szene in Berlin ist ein Biotop mustergültiger Integration: Hier treffen Ehrgeiz, Multikulturalität und eine neu erfundene Marktwirtschaft ideal zusammen. Dort herrscht knallharter Wettbewerb und ein wenig verklausulierter Survival of the Fittest. Die Regeln des Wettbewerbs werden zu Leitplanken der Integration.

Womit wir beim wichtigsten Element gelingender Integration kommen: Zur Teilhabe durch Arbeit und Erfolg. Deutschland ist ein überreguliertes, superbürokratisches, mit absurdem Arbeitsrecht bestrafte Land. Es verhindert viel und ermöglicht zu wenig. Und leider haben die ruhmreichen Reformen der Schröderschen rot-grünen Regierung ausgerechnet unter einer CDU-Kanzlerin kaum überlebt. Das rächt sich jetzt.

Im Zentrum der Integrationsbemühungen sollte die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt stehen. Und bei den Kindern und Jugendlichen das schnelle Einschleusen in ein Schulsystem, das sich mit hohem Aufwand auch als Sozialisationsinstanz ganz basaler Kulturtechniken bewähren muss. Das wird teuer, langwierig und ist doch alternativlos. Den Lehrern muss unser Mitgefühl gelten und den Schülern unser Herz. Flüchtlingskinder sind in einer total fremden, oft genug feindlichen oder reservierten Welt gelandet und müssen nun auch noch performen. Wer von den maulenden, Flüchtlingsbusse bespuckenden Urdeutschen hat vergleichbares geleistet? Wie gesagt: Es wird nicht einfach, es wird kostspielig und es wird dauern. Aber es rüstet uns für die Zukunft - in einer globalisierten Welt. Abschottung ist keine Alternative, auch wenn das Rechtspopulisten ersehnen und die Linke das erträumt, weil es den mächtigen und wundervollen Kapitalismus zum Erliegen brächte.

Die Regierung muss ihre Wirtschaftspolitik überdenken, insbesondere ist das Gewerkschaftsunterstützungsressort von Andrea Nahles gefordert, alles, wirklich alles zu tun, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Außerdem muss unser Rechtsstaat besser funktionieren als bisher. Die Justiz hat bei der Verfolgung von Straftaten migrantischer Täter oft genug (vielleicht aus rührenden Gründen) Rabatte eingeräumt, die sich als Bumerang erwiesen haben. Mit einer funktionierenden Marktwirtschaft wie einer konsequent durchgesetzten Rechtsstaatlichkeit wird die Integration gelingen. Die Politiker, inklusive der Grünen wie der Union, sind über ihre Schatten gesprungen. Die Bürger werden ihnen folgen. Nicht alle, aber viele. Der Rest muss überzeugt werden. Jedes Beispiel gelingender Integration hilft dabei mehr als 100 Kommentare.

Wer behauptet, dass er nie am Erfolg der Integration zweifelt, lügt und betrügt sich selbst

[ulf.poschardt@weltn24.de](mailto:ulf.poschardt@weltn24.de) (mailto: [ulf.poschardt@weltn24.de](mailto:ulf.poschardt@weltn24.de) )

Die DNA der Integration Es wird nicht einfach, es wird kostspielig, und es wird dauern. Aber der Umgang mit den Fremden rüstet uns für die Zukunft in einer glob....

**Load-Date:** May 27, 2016

---

End of Document

**Die Hintergründe; Ökonomie der Flucht; Flüchtlinge haben Ziele, sie handeln rational. Die Politik trägt dem aber nur selten Rechnung. Dabei würden beide Seiten von mehr Pragmatismus profitieren**

Die Welt

Mittwoch 16. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 216

**Length:** 1236 words

**Byline:** Simon Schmid

Seraina Gross

## Body

---

Omar war keine 20 Jahre alt, als er in der Schweizer Gemeinde Chiasso ankam. Auf der Suche nach Schutz vor den Schergen Muammar al-Gaddafis hatte es den Libyer 2009 dorthin verschlagen. Omar fand Unterschlupf - erst in einer Aufnahmeeinrichtung, später in einer WG für **Flüchtlinge** im Kanton St. Gallen. Warum genau ist er geflohen? Was geschähe bei einer Rückkehr? "Kompliziert" seien diese Fragen, sagt Omar. Er ist einer von 38.000 anerkannten **Flüchtlingen** in der Schweiz. 162 von ihnen stammen aus Libyen. 16 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht - mehr als doppelt so viele sind Vertriebene im eigenen Land. Dies besagen Zahlen des UN-Hochkommissariats für **Flüchtlinge** (UNHCR). Ein Teil von ihnen hat sich diesen Sommer auf den Weg nach Europa gemacht. Man kann diesen **Migrationsstrom** so hinnehmen, wie es Europa aktuell tut: Als plötzlichen Exodus einer Masse von Vertriebenen. Oder man kann ihn entlang ökonomischer Kategorien analysieren. Ein Aspekt erschließe sich dann unmittelbar, sagt Roger Zetter, **Flüchtlingsforscher** von der Universität Oxford: Man hätte im Vorfeld wissen müssen, was kommt. "Je länger Konflikte dauern, desto geringer erscheint die Chance, in der Heimat je wieder ein normales Leben zu führen", sagt Zetter. "Mehr Menschen sehen sich dann nach alternativen Lebensgrundlagen um."

"Arbeiten, eigenes Geld verdienen" sei jetzt auch seine oberste Priorität, sagt der libysche Flüchtling Omar, der inzwischen 26 Jahre alt ist. Doch das ist leichter gesagt als getan. Die Schweiz hat über viele Jahre zur Abschreckung Hürden aufgebaut, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen im Asylprozess zu verhindern. 2000 Franken (rund 1825 Euro) Schweizer Sozialhilfe seien zu viel für jemanden, der aus einem Land mit einem Durchschnittslohn von 150 Franken komme, heißt es im konservativen Lager. Besser als Sozialhilfe wäre Beschäftigung: Wer nicht zurückgeschickt wird, solle wenigstens arbeiten dürfen.

Die Hintergründe Ökonomie der Flucht Flüchtlinge haben Ziele, sie handeln rational. Die Politik trägt dem aber nur selten Rechnung. Dabei würden beide Seiten vo....

Doch wer als "vorläufig Aufgenommener" - die größte Kategorie im Schweizer Asylwesen - eine Stelle findet, wird mit Sonderabgaben und Steuern stark belastet. Das macht Arbeit nicht attraktiv. Die Sozialhilfe ist dementsprechend für die Schweiz ein großer Kostenblock im Asylbereich. Im Jahr 2014 entschädigte der Bund die Kantone dafür mit 767 Millionen Franken. Noch höher ist der Preis, den Asylsuchende bezahlen. Die mangelnde Integration auf dem Arbeitsmarkt schmälert ein zweites Mal die Zukunftschancen. 84 Prozent aller Personen im Asylbereich sind sozialhilfeabhängig. Immerhin hat ein Umdenken eingesetzt. An dessen Anfang steht ausgerechnet die Masseneinwanderungsinitiative der rechtspopulistischen SVP. Nach deren Annahme hat der Bundesrat Vorschläge gemacht, wie das inländische Arbeitsmarktpotenzial - zu diesem zählen auch anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene - besser genutzt werden kann. Ziel: Nächstes Jahr sollen 2000 Flüchtlinge mehr erwerbstätig sein als im Jahr 2011.

Einen Schritt weiter geht Deutschland. Die Bundesagentur für Arbeit hat vor, die Qualifikationen von Asylsuchenden von Beginn an zu erfassen: Sprachkompetenz, Ausbildung, berufliche Erfahrung. "Was in den ersten Wochen nach der Ankunft passiert, ist entscheidend", sagt Holger Bonin, Arbeitsmarktforscher im Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung. Die ökonomische Brille aufzusetzen, bedeutet, den Flüchtling als kalkulierendes Subjekt zu begreifen. Zugegeben: Die Perspektive hat etwas Unbehagliches: Jeder Eritreer ein Wirtschaftsflüchtling, jeder Somalier ein Sozialschmarotzer. Doch die Gleichsetzung ist falsch, sagt Zetter. "Der Wohlfahrtstourismus für staatliche Leistungen ist kein Treiber von Flüchtlingsströmen."

Flüchtlinge als rational Handelnde anzusehen, verhilft zu besserer Politik. Etwa beim Schlepperwesen. Menschenschmuggel ist illegal. Gleichzeitig befriedigt er eine Nachfrage, die oft legitim ist: Jene nach Einreise in Länder, die ihre Grenzen für Flüchtlinge geschlossen haben, obwohl sie Menschen in Not nicht in Bürgerkriegsländer zurückschicken. Laut der EU-Kommission werden 75 Prozent der Asylgesuche aus Syrien, Irak und Eritrea anerkannt. Rationale Politik zu betreiben, heißt, sich einzugestehen, dass die Kriminalisierung der Fluchtwege letztlich mehr Schaden als Nutzen stiftet. Ist die Flucht an sich legitim, sollten dafür auch legale Wege existieren. Die Kosten der Illegalität messen sich nicht nur in Euro. Sondern auch in Menschenleben. Allein im Mittelmeer sind dieses Jahr mehr als 2800 Menschen auf der Flucht umgekommen.

"Flüchten kostet", sagt der Wissenschaftler Zetter. Eine Binsenwahrheit. Aber sie gerät in den Zielländern leicht in Vergessenheit. Im Grunde genommen würde sie nahelegen, vermehrt Flüchtlinge direkt aus den UNHCR-Lagern rund um Syrien aufzunehmen - in Jordanien, im Libanon, in der Türkei. Dort landen jene, die am meisten des Schutzes bedürfen. Alleinstehende Frauen mit Kindern, Kriegsversehrte. Doch damit tut sich Europa schwer. Bis zuletzt wurde erst die Aufnahme von etwas über 20.000 Flüchtlingen versprochen. Weitere 20.000 Aufnahmen scheiterten am politischen Willen. Osteuropa blockt. Die Schweiz will im Rahmen eines solchen Umsiedlungen immerhin 3000 Syrer aufnehmen - verteilt über die nächsten drei Jahre. In Großbritannien bedurfte es der Bilder von Aylan Kurdi, dem ertrunkenen syrischen Flüchtlingsjungen, um sich zu etwas höheren Kontingenten durchzuringen.

Eine weitere Tatsache: Flüchtlinge haben Präferenzen. Abdullah Kurdi, Vater von Aylan, wollte nach Kanada auswandern, wo seine Schwester lebt. Viele der syrischen Flüchtlinge wollen nicht nach Ungarn oder Österreich, sondern nach Deutschland. Das Land sei gut zu ihnen, behandle sie korrekt, lässt sie vielleicht in Zukunft auch arbeiten. Der Gedanke ist subjektiv rational. Die Wahl macht aber auch volkswirtschaftlich Sinn: Der deutsche Arbeitsmarkt brummt. Selbst Vertreter der deutschen Arbeitgeberverbände fordern an vorderster Stelle eine bessere Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Dennoch hadern Politiker, hadert die Gesellschaft mit pragmatischen Flüchtlingsgesetzen.

Die Beweglichkeit von Flüchtlingen fördert Gesetze, die auch die wichtigste Erkenntnis aus der Forschung nicht berücksichtigen: Dass es für die meisten Flüchtenden großes Leid bedeutet, sich von Hab und Gut zu trennen. Viele von ihnen wünschen sich nichts mehr als die Rückkehr in eine sichere Heimat. Eine solche Rückkehr ist einfacher aus einer Position der Sicherheit. "Die Flucht ist nichts Eindimensionales", sagt Zetter. Was er damit meint, ist, dass Menschen auf der Flucht selten bloß von A nach B reisen. Sondern, dass sie simultan verschiedene Strategien anwenden. In B eine Basis aufbauen, um sich Rückkehroptionen nach A zu ermöglichen. Ein Familienmitglied nach C zu schicken, um einen Ort zum Weiterziehen zu haben, falls die Basis in B



Die Hintergründe Ökonomie der Flucht Flüchtlinge haben Ziele, sie handeln rational. Die Politik trägt dem aber nur selten Rechnung. Dabei würden beide Seiten vo....

zusammenbricht. Entscheidend ist das Netzwerk zwischen A, B und C. In der Wirklichkeit seien Mobilitätsmuster oft "zirkulär", so der Forscher. Die vernünftige Folgerung daraus lautet: Fördere die Beweglichkeit von Flüchtlingen, damit sie diese in alle Richtungen nutzen können. Doch damit tut sich die Politik schwer. Sie neigt dazu, Asylsuchende einzig als Belastung zu betrachten. Das Resultat sind bürokratische Regelungen. Gesetze, die dazu führen, dass Perspektiven nicht genutzt werden können.

Dieser Artikel erschienen zuerst in der Schweizer "Handelszeitung"

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Darko Dozet

Migranten stoppen am fertig gestellten Zaun an der serbisch-ungarischen Grenze. Experten halten diese Lösung der Krise für falsch

Darko Dozet

**Load-Date:** September 16, 2015

---

End of Document

**"Das ist kein schmutziger Deal"; Politikberater Gerald Knaus verteidigt die Verhandlungen mit der Türkei und sagt, was genau auf dem EU-Gipfel passieren muss**

Die Welt

Donnerstag 17. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 65

**Length:** 1233 words

**Byline:** Robin Alexander

Manuel Bewarder

## **Body**

---

Ein Mann und sein Rollkoffer kämpfen für eine nachhaltige Lösung der **Flüchtlingskrise**. Gerald Knaus ist Vorsitzender des Think Tank "Europäische Stabilitätsinitiative" und reist mit vielen Papieren im Gepäck hin und her zwischen Ankara, Athen, Wien, Brüssel, Berlin und seinem Wohnsitz Paris. Sein Ziel: möglichst viele Politiker von einer engen Kooperation mit der Türkei überzeugen. Im Oktober veröffentlichte der Österreicher einen Aufsatz mit dem zunächst hochtrabenden Namen "Der Merkel Plan". Doch schon kurz danach kämpfte die Kanzlerin in Europa im Grunde für eben jenen von Knaus gemachten Vorschlag.

Wo stehen wir in der **Flüchtlingskrise**? Ist der Durchbruch gelungen, wie Angela Merkel erklärt hat. Oder stecken wir mitten in der Katastrophe?

Die zwei Konzepte in Europa sind aufeinandergestoßen. Es gibt den Orbán-Flügel, der Zäune baut. Und auf der anderen Seite Angela Merkel, die seit Oktober dafür wirbt, das Problem in Zusammenarbeit mit der Türkei und Griechenland nachhaltig zu lösen. Jetzt haben wir eine dramatische Situation. Ausgerechnet in dem Moment, wo wir sehen, wie ein erfolgreicher Deal mit der Türkei aussehen könnte, stellen sich verschiedene europäische Regierungen hin und sagen: Wir haben die Migration auf der Balkanroute gestoppt. Wir sind am Ziel.

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation in Griechenland?

Das Land ist derzeit die größte offene Baustelle in der Krise. Die griechische Verwaltung muss neben der Bewältigung einer humanitären Krise gleichzeitig die Rückführung mit der Türkei organisieren. Wenn diese Probleme nicht gelöst werden, hat keiner der beiden Pläne eine Chance. Das ist meine Angst.

"Das ist kein schmutziger Deal" Politikberater Gerald Knaus verteidigt die Verhandlungen mit der Türkei und sagt, was genau auf dem EU-Gipfel passieren muss

Es heißt immer: Erst muss die illegale Migration über die Ägäis gestoppt werden. Dann ist eine Verteilung von Flüchtlingskontingenten aus der Türkei nach Europa möglich. Sehen Sie das auch so?

Auf dem Meer kann man keine Zäune bauen. Es ist auch eine Illusion, wenn wir annehmen, dass die Türkei in der Lage wäre, ihre sehr lange Küste so zu schützen, dass keine Schlepperboote mehr losfahren können. Auf dieser Grundlage haben wir im vergangenen Spätsommer unseren Plan entwickelt, der mittlerweile von der Kanzlerin in weiten Teilen übernommen wurde. Den Flüchtlingen muss klar sein: Die gefährliche Überfahrt lohnt sich nicht, weil Griechenland nach einem beschleunigten Verfahren wieder zurückschickt. Die einzige Chance für eine Zukunft in Europa ist die Bewerbung für einen Platz im Kontingent, das aus der Türkei von Europa abgenommen wird. So könnte die Zahl der Flüchtlinge in der Ägäis schnell und drastisch zurückgehen.

Das klingt allzu simpel.

Das Tragische ist, dass wir wichtige Zeit verloren haben. Schon im Oktober hat Merkel Grundzüge ihres Plans in der Fernsehsendung "Anne Will" vorgestellt. Im November haben Gabriel und Steinmeier von der Aufnahme von großen Kontingenten gesprochen. Deutschland hat vieles früh erkannt. Man hat aber den Fehler gemacht, sich bei der Umsetzung zu sehr auf die Kommission zu verlassen. Deutschland hätte es früher in die eigene Hand nehmen müssen.

Welche Vorteile hätte das gehabt?

Eine schnelle Kontingentlösung hätte dazu geführt, dass man viel genauer weiß, wer nach Europa kommt. Außerdem wäre die Zahl der Migranten insgesamt wohl wesentlich kleiner gewesen, weil bei dieser Variante ja nur Bürgerkriegsflüchtlinge weiterreisen dürfen. Dadurch wäre auch die Frage hinfällig, was wir mit all denen machen, die keinen Schutzstatus erhalten.

Sie plädieren für eine genaue Auswahl?

Ja. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen ist essenziell. Hätten wir früher mit einer Kontingentlösung gestartet, wäre die Akzeptanz dafür in Europa viel größer als heute. Ich denke, dass auch Schweden und Österreich auf unserer Seite gewesen wären. Leider geriet der Prozess im vergangenen Jahr aber außer Kontrolle. Wir hatten keine Ahnung, wer in unser Land kommt. Das hat Ängste befeuert.

Das ist die Theorie. In der Realität wäre ein deutscher Politiker aber doch auf große Empörung gestoßen, wenn er im vergangenen Sommer offen ausgesprochen hätte: Wir nehmen jetzt 500.000 Asylsuchende auf. Insgeheim haben doch alle gehofft, dass es so viele niemals sein werden.

Für einen Thinktank ist es natürlich sehr viel leichter, eine Zahl hinzuschreiben. Wir haben den Politikern daher auch in den vergangenen Monaten empfohlen: Nennt keine Gesamtzahl für Kontingente aus der Türkei! Sprecht lieber von einem täglichen Kontingent von ein paar Hundert Personen. Unser Vorschlag ist ja mit der Berliner Luftbrücke vergleichbar: Er ist sinnvoll. Aber ein Ende ist zunächst nicht absehbar.

Merkel ist in Europa ausgegrenzt. Wird es in dieser Woche eine Koalition der Willigen geben, die ein festes Kontingent aus der Türkei übernimmt?

Ankara hat ein legitimes Anliegen: Warum sollte die Türkei, die gleich neben dem reichen Europa liegt, alle Syrer aufnehmen? Wir sollten dem Land helfen. Viele Bürgerkriegsflüchtlinge wollen dort bleiben. Das Geld aus Europa ist kein schmutziger Deal. Es würde den Migranten in der Türkei helfen.

Wenn die Türkei bereit ist, alle Migranten aus Griechenland zurückzunehmen. Müsste Ankara dann nicht bereits das feste Versprechen erhalten haben, dass Kontingente abgenommen werden?

Die Türken erwarten es. Das weiß ich. Wenn es gelingt, dass beides in Kürze startet, dann könnte man die Krise schnell in den Griff bekommen. In Gesprächen mit türkischen Beamten und Politikern habe ich in den vergangenen Wochen einen Stimmungswandel mitbekommen. Lange beschwerte man sich über eine EU, die muslimische

"Das ist kein schmutziger Deal" Politikberater Gerald Knaus verteidigt die Verhandlungen mit der Türkei und sagt, was genau auf dem EU-Gipfel passieren muss

Flüchtlinge im Grunde ablehnt und allzu laut jammert, obwohl sie deutlich weniger Menschen aufgenommen hat als man selbst. Dieser EU wollte man nicht helfen. Mittlerweile hat man aber erkannt: Deutschland verfällt nicht wie andere Staaten in eine Anti-Islam-Rhetorik. Gleichzeitig sieht Ankara, in welcher heikler geostrategischer Lage man steckt zwischen muslimfeindlichen Regierungen in Europa und einem starken Putin. Ein erfolgreiches und in Partnerschaft verbundenes Berlin kann für die Türkei und ihre Annäherung an Europa sehr viel wert sein.

Sehen Sie eine neue Berlin-Ankara-Achse?

Man erkennt eine Annäherung, die auf jeweils unterschiedlichen Interessen basiert. Dabei sollte man berücksichtigen: Die Türkei wird sich nur dann wirklich anstrengen, wenn sie fest davon ausgeht, dass die Visa-Liberalisierung kommt.

Wenn die Balkanroute über die Ägäis tatsächlich dichtgemacht wird. Weichen dann viele Flüchtlinge auf andere Wege aus - oder ist es der entscheidende Schritt?

Es ist der entscheidende Schritt. Die Migration nach Europa ist keine Flut, die einfach immer weiter anwächst. Was wir 2015 erlebt haben, hat zwei ganz konkrete Hintergründe: Zunächst die Katastrophe in Syrien. Und dann die Tatsache, dass es vom Land mit den meisten syrischen Flüchtlingen ein Leichtes ist, nach Europa zu kommen. Als 2014 viele die Hoffnung verloren haben, irgendwann wieder in ihre Heimat zurückzukehren, haben sie sich aufgemacht.

Durch die deutsche Brille geguckt: Rechnen Sie damit, dass es in diesem Jahr noch einmal dazu kommen kann, dass wie 2015 10.000 Flüchtlinge pro Tag kommen?

Im Kanzleramt hat man erkannt, wie eine langfristige Lösung aussehen kann. Klar ist: Ein Stau auf der Balkanroute wird an der Gesamtsituation nichts ändern. Wenn sich die Flüchtlinge erst auf den Weg in die EU gemacht haben, werden sie sich schon irgendwie durchschlagen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Europäische Stabilitätsinitiative

Jörn Baumgarten

Europäische Stabilitätsinitiative

**Load-Date:** March 17, 2016

**Merkel verspricht: Flüchtlinge bekommen schneller Arbeit; Übermäßige Bürokratie soll abgebaut werden. Aber der Mindestlohn wird nicht infrage gestellt**

Die Welt

Samstag 27. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 49

**Length:** 640 words

## **Body**

---

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat der deutschen Wirtschaft Erleichterungen bei der Integration von **Flüchtlingen** in den Arbeitsmarkt zugesagt. Merkel stellte unter anderem den Abbau übermäßiger Bürokratie, die Schaffung von Einarbeitungsmöglichkeiten und Erprobungsphasen für **Flüchtlinge** sowie die Verlängerung von Praktika in Aussicht. "Ich verspreche Ihnen, dass wir über die Bundesagentur für Arbeit sehr eng zusammenarbeiten", sagte die Kanzlerin bei einem Treffen mit den vier Spitzenverbänden der Wirtschaft in München. Es seien sich aber alle einig, dass man den Mindestlohn nicht infrage stelle.

Alle vier Verbände - der Arbeitgeberverband (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Handwerksverband - stellten sich im Streit über die Flüchtlingspolitik geschlossen hinter die Kanzlerin. "Sie widersetzt sich diesen populistischen Äußerungen, die in ganz Deutschland immer wieder zum Vorschein kommen, und versucht, mit vielen Einzelschritten dieses Problem in den Griff zu bekommen", sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. Das sei der richtige Weg. "Solch eine Situation kann man nicht durch einen großen Hammerschlag lösen", betonte der Verbandschef. DIHK-Präsident Eric Schweitzer sagte, es könne keine Obergrenzen für Flüchtlinge in Deutschland geben, "weil sie nicht umsetzbar sind".

Merkel zeigte sich erfreut: "Ich möchte mich ausdrücklich bedanken für Ihre positive und konstruktive Haltung gegenüber den Menschen, die zu uns kommen als Flüchtlinge." Die "große Bewährungsprobe" stehe aber noch bevor, "weil ja gerade im letzten Jahr viele gekommen sind". Merkel verwies aber auf die große Zahl junger Flüchtlinge unter 25. "Das zeigt, welches Potenzial da ist, ihnen eine Chance zu geben."

Im Streit über das weitere Vorgehen in der Flüchtlingskrise werden die Gräben in der Europäischen Union immer tiefer. Die griechische Regierung lehnte einen Besuch von Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner ab, nachdem diese Athen mit einem De-facto-Ausschluss aus dem Schengenraum gedroht hatte. Slowenien und Kroatien führten derweil eine Tagesobergrenze von 580 Flüchtlingen ein. EU-Migrationskommissar Dimitris

Merkel verspricht: Flüchtlinge bekommen schneller Arbeit Übermäßige Bürokratie soll abgebaut werden. Aber der Mindestlohn wird nicht infrage gestellt

Avramopoulos warnte vor einem Scheitern des bevorstehenden EU-Gipfels mit der Türkei zur Flüchtlingskrise. Ohne eine Einigung auf eine gemeinsame Vorgehensweise werde die EU auf ein "Desaster" zusteuern.

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) schlug in einem Interview der "Welt" vor, "für jeden Flüchtling, den irgendein Land im Rahmen eines Kontingents in Europa aufnimmt, nehmen wir Deutsche noch einen auf. Damit würden wir 50 Prozent der Aufgabe tragen. Das sollten wir unseren Partnern offensiv anbieten."

Unterdessen ist es in Kiel offenbar zu einem neuen Fall von Belästigung durch Personen mit Migrationshintergrund gekommen. Mehr als 20 Männer hätten in einem Einkaufszentrum drei Mädchen belästigt, berichtete die Polizei. Zunächst hätten zwei Asylbewerber aus Afghanistan die Teenager verfolgt und mit Handys gefilmt. Nach und nach stieg die Zahl der Männer auf 20 bis 30. Zwei Afghanen im Alter von 19 und 26 Jahren und zwei weitere Verdächtige wurden festgenommen, nachdem sie Polizisten bedroht hatten.

Innenminister Stefan Studt (SPD) sagte, es sei nicht hinnehmbar, an einem öffentlichen Ort belästigt zu werden. Sein Mitgefühl gelte den Mädchen. "Das ist schon wirklich ein wahnsinniger Eingriff, eine wahnsinnige Belastung für die Mädchen, eine wahnsinnige Belastung für die Familien." Die Polizei in Kiel habe gut und richtig reagiert.

Es müsse dabei bleiben, dass die Menschen sich in diesem Land weiter im öffentlichen Raum frei verhalten und frei fühlen können. "Dafür müssen wir als Gesellschaft, dafür müssen wir als Staat, dafür muss unsere Landespolizei Sorge tragen." Seiten 4, 5 und 7

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 27, 2016

## Unbekannte attackieren Unterkunft; Asylbewerberheim brennt in Baden-Württemberg. Grünen-Chefin Peter fordert Schutzzonen

Die Welt

Montag 21. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 220

**Length:** 582 words

### **Body**

---

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat mit Besorgnis auf die jüngsten Übergriffe auf **Flüchtlingsheime** reagiert. "Jeder Brandanschlag auf ein **Flüchtlingsheim** ist ein Anschlag auf uns alle, ein Anschlag auf unsere Gesellschaft", schrieb Maas am Sonntag im Kurznachrichtendienst Twitter. Im baden-württembergischen Wertheim war in der Nacht auf Sonntag nach Angaben von Polizei und Stadtverwaltung eine geplante Notunterkunft in Brand gesetzt worden.

Ebenfalls am Wochenende beschmierten Unbekannte die Außenwände eines Flüchtlingsheims in Riedlingen (Baden-Württemberg) mit umgekehrten Hakenkreuzen und rechten Parolen. Zudem zündeten sie am frühen Samstagmorgen zwei Mülltonnen an. Im sächsischen Bischofswerda wird die Flüchtlingsunterkunft nach Protesten rechter Krawallmacher nun besonders geschützt. Die Polizei bildete am Samstag einen Kontrollbereich um die Erstaufnahmeeinrichtung. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), sprach sich für mehr Polizeischutz aus. "Wir müssen die Asylbewerberunterkünfte intensiver bewachen", sagte Mayer den Zeitungen der Essener Funke-Mediengruppe. Zwar könne nicht vor jeder Unterkunft ein Polizist stehen, "aber die Polizei muss regelmäßiger vor den Unterkünften Streife fahren". Mayer betonte, dass es keine 100-prozentige Sicherheit gebe. Allerdings warb er für eine höhere Sensibilität der Behörden. "Wir müssen wesentlich aufmerksamer sein, wenn es erste Hinweise auf Pöbeleien und rechtsradikale Krawalle gibt", erklärte der CSU-Politiker. Grünen-Chefin Simone Peter sprach sich im Notfall für "zeitlich und räumlich befristete Schutzzonen" um die Unterkünfte aus. "Hier muss ohne Zögern gehandelt werden", sagte sie. Peter und Mayer lehnen allerdings beide eine dauerhafte Schutzzone um Flüchtlingsheime ab.

Unbekannte haben in der Nacht zu Sonntag im brandenburgischen Neuhausen zwei Autos von Angehörigen einer Flüchtlingsinitiative angezündet. Die Fahrzeuge brannten aus, ein danebenstehender Multivan wurde am Samstag ebenfalls beschädigt. Verletzt wurde niemand, wie das Brandenburger Innenministerium am Sonntag bestätigte. Es handele sich um Brandstiftung. Die Polizei ermittle in alle Richtungen, aber ein politischer Hintergrund liege nahe, sagte Ministeriumssprecher Ingo Decker am Sonntag. An Haustüren und Laternen in der Umgebung wurden Aufkleber und Wurfzettel mit der Aufschrift "Flüchtlinge nicht willkommen" entdeckt. Die Besitzer der Autos engagieren sich in dem Ort für Flüchtlinge.

## Unbekannte attackieren Unterkunft Asylbewerberheim brennt in Baden-Württemberg . Grünen-Chefin Peter fordert Schutzzonen

Unterdessen wird deutlich, dass die Behörden bei der Registrierung ankommender Flüchtlinge mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Wie die "Welt am Sonntag" berichtete, gibt es bei der Erfassung der Daten gravierende Schwachstellen. Wie aus Regierungskreisen zu erfahren war, können Bundespolizei und Länderpolizeien ihre Datensätze nicht mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) elektronisch austauschen. Der Grund: Die IT-Systeme sind zu unterschiedlich, sodass es keine Schnittstellen gibt. Dies bestätigte das Haus von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) der "Welt am Sonntag". "Aktuell benutzen die verschiedenen Behörden für die Bearbeitung der Asylverfahren unterschiedliche IT-Systeme", teilte das Ministerium mit. Das verursacht erheblich mehr Arbeit. So müssen Mitarbeiter des BAMF bereits erhobene Daten der Polizei momentan per Hand nochmals neu in die Computer eingeben. "Das ist eine unglaubliche Doppelarbeit", sagte ein Bundespolizist.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 21, 2015

---

End of Document



**Terror im Schwarzwald; Ein Flüchtlingsheim in Baden-Württemberg wird mit einer Handgranate attackiert. Kein Einzelfall, aber eine neue Qualität rechter Gewalt**

Die Welt

Samstag 30. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 25

**Length:** 680 words

## **Body**

---

Es ist ein Anschlag gegen die Menschlichkeit": Hinter derartigen Reaktionen verbirgt sich oft ein unfassbares Verbrechen. Betroffen äußerte sich so der baden-württembergische CDU-Spitzenkandidat Guido Wolf über den Anschlag auf eine **Flüchtlingsunterkunft** in Villingen-Schwenningen. Dort hatten Unbekannte in der Nacht auf Freitag eine Handgranate auf die Erstaufnahmeeinrichtung mit 170 **Migranten** geworfen. Glücklicherweise explodierte sie jedoch nicht. So kam niemand zu Schaden.

Die Täter dürften Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) zufolge nicht ungestraft davonkommen. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) betonte die neue Dimension der Angriffe: Jetzt werde quasi mit militärischen Waffen auf Asylsuchende losgegangen. Der Angriff ist bundesweit der erste Fall, bei dem Sprengstoff zum Einsatz kam. Doch auch bei anderen Attacken wurde der Tod von Menschen in Kauf genommen.

Tröglitz, April 2015

Im 2700-Einwohner-Ort Tröglitz in Sachsen-Anhalt brennt in der Nacht zum 4. April ein geplantes Flüchtlingsheim. Wochenlang hatten in Tröglitz zuvor Rechtsextreme gegen die Aufnahme von Asylbewerbern protestiert, der Bürgermeister Markus Niernth trat wegen rechter Anfeindungen zurück. Auch neun Monate danach gibt es weiterhin keinen dringenden Tatverdächtigen.

Freital, Juni 2015

In Freital bei Dresden protestieren seit Wochen Menschen gegen Flüchtlinge, die dort in einem Hotel untergebracht sind. Die Lage eskaliert immer weiter. Ende Juni legen Unbekannte ein Feuer in einer noch unbewohnten Asylbewerberunterkunft in Meißen. In dem Haus sollten 32 Flüchtlinge untergebracht werden. Die Brandstiftung sorgt bundesweit für Empörung. Nach der Reparatur ziehen Flüchtlinge ein.

Wochenende der Schande

## Terror im Schwarzwald Ein Flüchtlingsheim in Baden-Württemberg wird mit einer Handgranate attackiert. Kein Einzelfall, aber eine neue Qualität rechter Gewalt

Am Wochenende des 18./19. Juli kommt es in ganz Deutschland zu Gewaltakten. In Halberstadt in Sachsen-Anhalt bewerfen Jugendliche Rot-Kreuz-Helfer, die Versorgungszelte für Asylbewerber aufbauen, mit Steinen. Mutmaßlich Rechtsradikale bedrohen auf einem Dorffest im Landkreis Rostock in Mecklenburg-Vorpommern sieben Asylbewerber. Im unterfränkischen Waldaschaff brennt ein Papiercontainer in der Garage eines Flüchtlingsheims. Ein geplantes Flüchtlingsheim im baden-württembergischen Remchingen geht in Flammen auf. Verletzt wird niemand.

Heidenau, August 2015

Als im August in einen stillgelegten Baumarkt in Heidenau bei Dresden Flüchtlinge einziehen sollen, gibt es schwere ausländerfeindliche Krawalle. Es fliegen Böller, Flaschen und Steine. Einige Tage später reist Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an und wird ausgepiffen und bepöbelt. Bis Dezember werden 48 Tatverdächtige ermittelt.

Salzhemmendorf, August 2015

In der Nacht zum 28. August erreicht der rechte Terror den kleinen Ort Salzhemmendorf in Niedersachsen. Durch die geschlossene Scheibe einer Wohnung im Erdgeschoss schleudern Täter einen Molotowcocktail. Ein Teppich und eine Matratze geraten in Flammen. Eine Frau aus Simbabwe und ihre drei Kinder, die im Nebenraum schlafen, bleiben unverletzt. Einer der Brandstifter war ein Feuerwehrmann, der beim Löschen half. Gegen ihn, eine Frau und einen weiteren Mann wird Anklage wegen versuchten Mordes erhoben. Der Prozess beginnt am 10. Februar.

Baden-Württemberg, Oktober

In Altheim werfen in der Nacht zum 11. Oktober Unbekannte einen "stark Rauch entwickelnden Gegenstand" durch ein geöffnetes Fenster in die örtliche Asylunterkunft. Am 20. Oktober brennt in Remseck am Neckar ein Haus neben dem Heim aus, in dem 50 Asylsuchende wohnen. Und in Ellwangen wurde ein Flüchtling auf dem Markt von einer Luftdruckwaffe am Kopf getroffen.

Bad Belzig, November 2015

In Bad Belzig in Brandenburg greifen mehrere Personen am 11. November eine schwangere Asylbewerberin aus Somalia an. Die Täter schlagen ihr einen Sack Kartoffeln vom Kopf und stoßen sie zu Boden. Einer soll auch getreten haben. Ermittelt wird gegen zwei Jungen, 14 und 15, sowie ein Mädchen, 14.

Köln, Januar 2016

In Gruppen haben unbekannte Täter in der Kölner Innenstadt mehrere Ausländer angegriffen. Zwei Pakistaner müssen ins Krankenhaus gebracht werden.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 30, 2016

**Schon mehr als 300.000 Asylbewerber dieses Jahr; Im Juli kamen so viele Flüchtlinge wie nie, vor allem aus Syrien, Irak und Afghanistan. Albaner sollen schnell abgeschoben werden**

Die Welt

Samstag 1. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 177

**Length:** 399 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Karsten Kammholz

## Body

---

Die Bundesländer haben in diesem Jahr bereits mehr als 300.000 **Asylbewerber** registriert. Das geht aus dem Telefonprotokoll der Innenministerkonferenz hervor, das der "Welt" vorliegt. Demnach haben die Länder bislang insgesamt 302.415 **Asylsuchende** erfasst und gemeldet.

Die Zahl aus den Ländern geht damit deutlich über die offizielle des Bundes hinaus. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden in den ersten sieben Monaten 258.000 Anträge in Deutschland gestellt. Die Diskrepanz hat damit zu tun, dass es dauert, bis die Zahl der in den Ländern erfassten Asylsuchenden auch in der Statistik des BAMF auftaucht. Der Trend aus den Ländern deutet jedoch darauf hin, dass die Zuwanderung weiter zunimmt und die bisherige Prognose des BAMF in Kürze nach oben korrigiert werden muss.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) sagte der "Welt": "Schon jetzt haben mehr Menschen in NRW um Schutz und Hilfe gebeten, als ursprünglich vom Bund für das gesamte Jahr vorhergesagt wurde." Das Bundesamt werde seine Prognose von insgesamt 450.000 Asylbewerbern für dieses Jahr erneut erhöhen müssen. "Die Bundesländer und Kommunen brauchen Klarheit darüber, welche Kapazitäten sie für den Herbst und den Winter einplanen müssen", sagte Jäger. Das BAMF hatte bereits angekündigt, seine Prognose für 2015 Ende August zu aktualisieren.

Im Juli sind laut dem Bundesamt so viele Asylbewerber nach Deutschland gelangt wie noch nie zuvor in einem Monat. Derzeit kämen sehr viele Asylbewerber aus den Kriegs- und Krisenregionen in Syrien, im Irak und in Afghanistan, sagte der Präsident der Behörde, Manfred Schmidt. Er sprach am Freitag in München von einem

Schon mehr als 300.000 Asylbewerber dieses Jahr Im Juli kamen so viele Flüchtlinge wie nie, vor allem aus Syrien, Irak und Afghanistan . Albaner sollen schnell ....

"Allzeitrekord". Mit 79.000 Menschen habe es im Juli "den höchsten Zugang aller Zeiten" gegeben, betonte auch Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU).

Erste Priorität für den BAMF-Präsidenten hat die beschleunigte "Rückführung" von Asylbewerbern aus Südosteuropa, möglichst innerhalb von vier bis sechs Wochen nach der Ankunft. "Wir werden uns im ersten Schritt auf Albanien konzentrieren." Innerhalb weniger Wochen habe es "über 30.000 Zugänge allein aus Albanien mit einer Schutzquote von nur 0,1 Prozent" gegeben, erklärte Schmidt. Momentan seien 209.000 Asylanträge in Bearbeitung, sagte Schmidt. Davon seien 94.000 vom Balkan und 40.000 aus dem Bürgerkriegsland Syrien. Seiten 3, 5 und 10

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 1, 2015

---

End of Document

## Versprochen, gebrochen

Die Welt

Samstag 19. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; Blick aus Brüssel; S. 1; Ausg. 296

**Length:** 247 words

**Byline:** Florian Eder

## Body

---

Der Dauerkrise müde waren die Teilnehmer auf dem zwölften Gipfel in diesem fürchterlichen Jahr, das Europa mehrfach an den Rand des Zerfalls brachte. Ein Krieg in der Ukraine, einer in Syrien. Griechenland, Terror und: **Flüchtlingskrise**. Ein letzter Gipfel vermag all das nicht aufzulösen. Immerhin ist allen deutlich geworden: Der Schutz der Außengrenzen ist Voraussetzung für ein Europa ohne Binnengrenzen. Die Umsetzung dieses Minimalkonsenses hat aber noch nicht begonnen. Dafür braucht man die Türkei, dafür braucht man eine EU-Liste sicherer Herkunftsländer und gemeinsamen Grenzschutz, damit nicht griechisches Unvermögen alles andere verpuffen lässt, und am besten irgendwann ein europäisches **Asylrecht**. Erst müssen die EU-Staaten aber das wenige tun, auf das sie sich geeinigt haben. Die drei Milliarden Euro, um das Leben syrischer **Flüchtlinge** in der Türkei zu verbessern, sind noch nicht beisammen. Die Grenzschutz-Agentur Frontex sollte längst mehr Personal bekommen haben. Enorm viele **Migranten** kommen derzeit aus Marokko. Mit dem Land gibt es ein Rückführungsabkommen, aber kaum jemand erinnert sich daran. Der Ausbau von Registrierungszentren in Griechenland und Italien ist seit Monaten beschlossen. Nichts ist passiert. Es wäre ein großer Dienst an der Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns, wenn nicht der nächste Gipfel dieselben Absichtserklärungen wieder abgeben würde.

Jeden Samstag: Florian Eder von "Politico" in Brüssel zur Lage Europas.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Amin Akhtar

Versprochen, gebrochen

**Load-Date:** December 19, 2015

---

End of Document

**Abgeschobene dürfen nicht mehr einreisen; Fast alle Asylbewerber vom Balkan bekommen in Deutschland nach der Ablehnung ein Aufenthaltsverbot. Mehr als 90.000 Flüchtlinge betroffen**

Die Welt

Samstag 8. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 183

**Length:** 397 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Karsten Kammholz

## **Body**

---

Mehr als 90.000 **Asylbewerber** müssen mit einer Wiedereinreisesperre nach Deutschland rechnen. Nach Angaben des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) befinden sich derzeit 94.000 Anträge vom Balkan in Bearbeitung. BAMF-Präsident Manfred Schmidt sagte im Interview mit der "Welt": "Fast alle von ihnen werden zusammen mit dem ablehnenden **Asylbescheid** die Mitteilung über die Wiedereinreisesperre und das Aufenthaltsverbot erhalten." Nur 0,1 bis 0,2 Prozent der Antragsteller vom Balkan hätten einen Schutzgrund. "Auch Antragsteller aus Georgien oder Tunesien müssen mit Wiedereinreisesperren rechnen."

Hintergrund ist die Reform des Aufenthaltsgesetzes. Gut integrierte und bisher nur geduldete Ausländer dürfen nun längerfristig in Deutschland bleiben. Menschen, die keine Aussicht auf ein Aufenthaltsrecht haben, sollen dagegen schneller in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Ein Ausländer, der ausgewiesen oder abgeschoben worden ist, darf für maximal fünf Jahre nicht erneut einreisen. Bund und Länder rechnen in diesem Jahr mit mehr als 450.000 Asylanträgen.

Nach Angaben des BAMF stellen 85 Prozent aller Asylbewerber vom Balkan ihren Antrag in Deutschland. "Wir haben inzwischen Familien vom Balkan, die zum vierten Mal in Deutschland sind und um Schutz bitten", sagte Schmidt. Er setzt auf schnellere Verfahren und konsequentes Abschieben von abgelehnten Bewerbern.

Der Präsident verteidigte seine Forderung, einen möglichen Anreiz zu verringern: Künftig solle kein Taschengeld mehr in Höhe von 143 Euro pro Monat ausgezahlt werden. Schmidt befürwortet dafür eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes: "Die Bundesländer könnten bei der Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen zudem konsequent von Geld- auf Sachleistungen umstellen."

Abgeschobene dürfen nicht mehr einreisen Fast alle Asylbewerber vom Balkan bekommen in Deutschland nach der Ablehnung ein Aufenthaltsverbot. Mehr als 90.000 Flü....

Der Präsident des BAMF zeigte sich offen für die Einführung eines Einwanderungsgesetzes: Das könnte helfen, "die notwendige Debatte über unser Selbstverständnis als Einwanderungsland" anzustoßen. Es gehe um die Fragen "Wo wollen wir hin?" und "Wer sind wir?", sagte Schmidt, dessen Behörde dem Bundesinnenministerium zugeordnet ist. Inhaltlich sieht Schmidt jedoch kaum Nachbesserungsbedarf. "Wir haben das liberalste Zuwanderungsrecht der Welt." Man könne jedoch überlegen, ob man die Höhe der Mindestqualifikation für Zuwanderer herabsetzt, sagte Schmidt dieser Zeitung.

Siehe Kommentar und Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 8, 2015

---

End of Document



**Warten auf de Maizières Prognose; Länder bitten Pensionäre,  
Asylbewerbern zu helfen**

Die Welt

Mittwoch 19. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 192

**Length:** 671 words

**Byline:** Andreas Maisch

## Body

---

Die Bundesregierung wird ihre **Flüchtlingsprognose** voraussichtlich stark anheben. Die neue Vorhersage des zuständigen Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge**, die Innenminister Thomas de Maizière (CDU) am heutigen Mittwoch vorstellen wolle, werde "drastisch" höher ausfallen als die bisherige, berichtet das "Handelsblatt" unter Berufung auf Regierungskreise.

Demnach könnten in diesem Jahr 650.000, womöglich sogar 750.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen. Bislang hatte die Bundesregierung mit 450.000 gerechnet. Die bayerische Landesregierung hat ihre Prognose für den Freistaat am Dienstag bereits erhöht und rechnet nun damit, dass in diesem Jahr zwischen 90.000 und 110.000 Asylbewerber in Bayern untergebracht werden müssen.

Deutschlands Behörden hatten 1992 mit etwa 440.000 Asylanträgen den bisherigen Rekordstand gezählt. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte, es sei gut, dass sich die Regierung mit neuen Zahlen ehrlich mache. "Das Innenministerium ist viel zu lange von zu geringen Zahlen ausgegangen", kritisierte sie.

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, hält eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Jobcenter für erforderlich, um die wachsende Zahl Rat suchender Flüchtlinge angemessen betreuen zu können. Er hoffe, dass die Bundesregierung im Haushalt 2016 dafür zusätzliche Mittel bereitstelle, sagte Weise. Es gelte, Flüchtlinge früher und besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, nur so ließen sich die Kosten minimieren. Zudem werde die Arbeit in den von Kommunen und Bundesagentur geführten Jobcentern durch überbordende Bürokratie belastet.

Kommunen in ganz Deutschland klagen seit Monaten, dass sie kaum wissen, wie sie mit den wachsenden Flüchtlingszahlen fertigwerden sollen. Asylbewerberunterkünfte sind überall in Deutschland überfüllt. Auch das Bundesamt, das alle Asylanträge bearbeitet, ist schwer überlastet. Deutlich mehr als 200.000 unerledigte Anträge haben sich dort angestaut.

## Warten auf de Maizières Prognose Länder bitten Pensionäre, Asylbewerbern zu helfen

Das Bundesfinanzministerium kündigte an, dass kurzfristig 50 Zollbeamte für bis zu sechs Monate abgeordnet werden, um das Bundesamt beim Abarbeiten der Anträge zu unterstützen. Pensionäre des Bundeskriminalamts (BKA) sollen nach Informationen der "Welt" gefragt werden, ob sie die Bundesbehörden bei der Abarbeitung von Asylanträgen unterstützen.

Die Länder ziehen nach. Niedersachsen hat Polizeibeamte im Ruhestand dazu aufgerufen, die Behörden bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen. Das teilte das Landesinnenministerium der "Welt" mit. Angesprochen wurden demnach ehemalige Mitarbeiter aus allen Beschäftigtengruppen der Polizei. Die freiwilligen Beamten sollen auf Honorarbasis bezahlt werden.

Das Ministerium betonte, es gehe nicht darum, ehemalige Polizisten zu reaktivieren, um polizeiliche Aufgaben wahrzunehmen. "Es handelt sich ausschließlich um den Versuch einer Unterstützung für die Fachabteilungen beziehungsweise die Landesaufnahmebehörde in einer besonderen Situation", sagte eine Sprecherin.

Zuvor hatten bereits andere Bundesländer pensionierte Beamte um Hilfe gebeten. In Nordrhein-Westfalen haben sich daraufhin mehr als 300 Staatsdiener im Ruhestand gemeldet, in Hessen rund 120 frühere Verwaltungsangestellte und Beamte. Bayern hat ebenfalls Beamte im Ruhestand angeschrieben. Hamburg fragte Beamte aus unterschiedlichen Bereichen, die kurz vor der Pensionierung stehen, ob sie ihre Dienstzeit um ein Jahr verlängern, um bei der Asylkrise mit anzupacken.

Die Polizeigewerkschaften bewerten den Einsatz pensionierter Beamter kritisch. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), sagte dieser Zeitung: "Unsere Pensionäre haben ihre Beamtentugenden nicht bei der Verabschiedung in den Ruhestand abgelegt." Die Pensionäre würden zuverlässig und diszipliniert dem Land dienen, wenn man nach ihnen rufe. "Aber", so mahnte Wendt, "es muss die absolute Ausnahme bleiben, dass sie als Personalreserve herhalten müssen, weil die Politik den öffentlichen Dienst kaputtgespart hat!"

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 19, 2015

**Deutschland Kompakt; Verwaltungsgericht: Asylanträge binnen 15 Monaten entscheiden ++ Bundestag: Strengere Regeln für Leiharbeit beschlossen ++ Berlin: Henkel entschuldigt sich nach Sexismus-Vorwurf ++ AfD: Kritik an Kleidungsstil im Bundestag**

Die Welt

Samstag 22. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 248

**Length:** 462 words

## Body

---

Verwaltungsgericht

**Asylanträge** binnen 15 Monaten entscheiden

**Flüchtlinge** in Deutschland haben ein Recht darauf, dass ihre **Asylanträge** innerhalb von 15 Monaten entschieden werden. Ein entsprechendes Urteil fällte das Verwaltungsgericht in Düsseldorf. Die Richter gaben damit einer Untätigkeitsklage von zwei syrischen **Asylbewerbern** statt. Die beiden Kläger hatten bereits im November 2014 und im April 2015 in Deutschland **Asylanträge** gestellt. Die 17. Kammer des Gerichts wies das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) an, binnen der nächsten drei Monate darüber zu entscheiden, ob die Syrer schutzbedürftig sind und dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben können.

Bundestag

Strengere Regeln für Leiharbeit beschlossen

Die Regelungen für den Einsatz von Leiharbeitern in den Betrieben werden schärfer gefasst. Der Bundestag beschloss ein Gesetz zur Besserstellung der rund eine Million Leiharbeiter in den Betrieben. Sie sollen fortan nach neun Monaten im selben Betrieb grundsätzlich die gleiche Entlohnung erhalten wie die Stammbesatzung. Zeitarbeiter dürfen zudem höchstens 18 Monate an denselben Betrieb verliehen werden. Von diesen Grundregeln dürfen Arbeitgeber und Gewerkschaften aber gemeinsam abweichen, wenn Tarifpartner dies vereinbaren. Das Gesetz soll ab April 2017 greifen.

Berlin

Henkel entschuldigt sich nach Sexismus-Vorwurf

Deutschland Kompakt Verwaltungsgericht: Asylanträge binnen 15 Monaten entscheiden ++ Bundestag: Strengere Regeln für Leiharbeit beschlossen ++ Berlin: Henkel en....

Der scheidende Berliner CDU-Landesvorsitzende Frank Henkel hat sich in der Fraktion im Bezirk Mitte für Äußerungen entschuldigt, die als sexistisch kritisiert worden waren. Die Anrede "große süße Maus" gegenüber der CDU-Politikerin Jenna Behrends habe er nicht belästigend, sondern nett gemeint, habe Henkel versichert. Da dies anders verstanden worden sei, wolle er sich dafür entschuldigen. Den Vorwurf, einen Parteikollegen gefragt zu haben "Fickst du die?" habe der CDU-Chef zurückgewiesen. Das gehöre nicht zu seinem Sprachgebrauch. Behrends hatte ihrer Partei in einem offenen Brief unter anderem Sexismus vorgeworfen, was eine Debatte in dieser bis zur Bundesebene auslöste.

AfD

Kritik an Kleidungsstil im Bundestag

Die 14-köpfige sächsische AfD-Fraktion hat sich nach einem Besuch im Bundestag erschüttert über den dortigen Kleidungsstil gezeigt. "Im Präsidium saßen Abgeordnetendamen in Jeans und Lederjacke", empörte sich Parlamentsgeschäftsführer Uwe Wurlitzer. Eine "laxe Kleiderunordnung" sei vor allem bei Linker und Grünen festzustellen. Auch das Outfit von Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne), die "umhüllt von einem mantelähnlichen Etwas" gewesen sei, gefiel den Besuchern von der AfD überhaupt nicht. Diese Nachlässigkeiten seien "eine Missachtung des Hohen Hauses und ein demonstratives Bekenntnis zum weiteren Verfall von Sitten und Selbstdisziplin".

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 22, 2016

## Flüchtlingspolitik: Union büßt an Zustimmung ein; Magdeburgs OB tritt aus SPD aus, Juden besorgt

Die Welt

Donnerstag 15. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 240

**Length:** 703 words

### Body

---

Wegen des Streits über die **Flüchtlingspolitik** verliert die Union einer Umfrage zufolge an Wählergunst. Wie der im Auftrag des Magazins "Stern" und des Senders RTL ermittelte Wahltrend ergab, büßen CDU/CSU im Vergleich zur Vorwoche einen weiteren Punkt auf 38 Prozent ein, den niedrigsten Wert in diesem Jahr. Der Anteil der Nichtwähler und Unentschlossenen steigt der Erhebung nach auf 34 Prozent. Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, führte dies auch auf die Spannungen zwischen CDU-Chefin Angela Merkel und ihrem CSU-Kollegen Horst Seehofer wegen der Vorschläge aus Bayern zur **Flüchtlingspolitik** zurück. "Der Disput zwischen Seehofer und Merkel irritiert manche Unionsanhänger, die aber nicht zu anderen Parteien abwandern, sondern sich als Unentschlossene deklarieren."

Die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi hat eine der Forderungen aus der CSU, nämlich nach Beschränkung des Familiennachzugs für Bürgerkriegsflüchtlinge, als "Fehleinschätzung" zurückgewiesen. "Für die SPD steht fest: Der Nachzug der Kernfamilie, Ehepartner und Kinder, muss nach Einzelfallprüfung weiter ermöglicht werden", sagte sie der "Welt". Den Nachzug der Kernfamilie rigoros zu stoppen, bedeute, bewusst noch mehr Frauen und Kinder in Schlauchboote zu zwingen.

Leider reihe sich dieser Vorschlag in eine Reihe von zeitraubenden Fehleinschätzungen aus Bayern ein, so Fahimi. "Dem Vater und Ehemann gewähren wir Schutz, aber die Ehefrau soll mit ihren Kindern weiter in Krieg, Terror und Elend festsitzen?" Das Grundgesetz stelle die Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Fahimi schränkte aber auch ein, dass grundsätzlich ein Familiennachzug nicht beliebig ausgeweitet werden dürfe. Aber es sei falsch zu suggerieren, mit den CSU-Ideen könnten akut die Flüchtlingszahlen gesenkt werden. Nachzugsanträge würden zurzeit innerhalb von ein bis drei Jahren und nicht Monaten bearbeitet.

Lange Bearbeitungszeiten waren auch das Thema eines Gerichtsverfahrens. Das Verwaltungsgericht Osnabrück hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dazu verpflichtet, binnen drei Monaten über einen seit Sommer 2014 laufenden Asylantrag zu entscheiden. Es gab damit der Klage eines somalischen Asylbewerbers teilweise statt. Die Behörde sei mit der Vielzahl der Verfahren überlastet, der Bund hätte aber den Belastungszustand ändern müssen. Eine Bearbeitungszeit von 16 Monaten sei nicht mehr angemessen. Die Richter lehnten aber den Antrag

Flüchtlingspolitik: Union büßt an Zustimmung ein Magdeburgs OB tritt aus SPD aus, Juden besorgt

des Asylbewerbers ab, das Verwaltungsgericht solle selbst über das Asylverfahren entscheiden. Gerichtssprecherin Julia Schrader sagte, sie rechne damit, dass sich nach diesem Urteil künftig die Klagen von Asylbewerbern häufen werden.

Unmut über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung gibt es nicht nur in der Union, sondern auch der SPD. Der Magdeburger Oberbürgermeister Lutz Trümper hat aufgrund der Meinungsverschiedenheiten zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in der SPD sein Parteibuch abgegeben, berichtet die "Magdeburger Volksstimme". Der Kommunalpolitiker - seit 2001 in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt im Amt - hatte sich zuletzt für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen ausgesprochen und Äußerungen der SPD-Landesspitze zu dem Thema als realitätsfern kritisiert. Landes- und Fraktionschefin Katrin Budde habe ihm vorgehalten, mit seinen Äußerungen zur Flüchtlingspolitik schade er sowohl der SPD als auch ihr als Spitzenkandidatin für die nächste Landtagswahl. Um Schaden von der SPD abzuhalten, trete er aus, sagte Trümper der Zeitung. Aber: "Ich bin nicht bereit, mir den Mund verbieten zu lassen."

Bei den Juden in Deutschland wächst die Angst vor einem zunehmenden Antisemitismus durch die Flüchtlingszuwanderung. Viele der Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak seien in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der die Vernichtung von Israel und den Juden Staatsdoktrin gewesen sei. Sie in Deutschland zu integrieren, "wird wahnsinnig schwer", warnte die Vorsitzende des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus, Lala Süsskind, in Berlin. In der deutschen Politik kämen die ernststen Sorgen der Juden aber nicht richtig an. "Wir fühlen uns da nicht ernst genommen", kritisierte die frühere Berliner Gemeindevorsitzende.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 15, 2015

## Weniger Bares, dafür mehr Sachleistungen; Die Bundesregierung kürzt Flüchtlingen die Geldzahlungen. Grüne beklagen "Existenzminimum zweiter Klasse"

Die Welt

Donnerstag 8. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 211

**Length:** 875 words

**Byline:** Sabine Menkens

### Body

---

Auf eines hatte vor allem die Union in den Verhandlungen um das Integrationsgesetz immer wieder gepocht: Keine weiteren Anreize für **Flüchtlinge** schaffen, unbedingt Deutschland als Zielstaat anzusteuern.

Manche Politiker von CDU und CSU werteten "Refugees Welcome"-Plakate an Bahnhöfen und Kanzlerinnen-Selfies aus **Flüchtlingsheimen** als solche Anreize, die sich über soziale Netzwerke bis in Krisengebiete verbreiten. Oder aber auch die Kunde von Sozialleistungen, die in Deutschland gezahlt werden. Um Erwartungen mancher **Flüchtlingsgruppen** zu dämpfen, soll deshalb die Unterstützung für **Asylsuchende** künftig stärker über Sachleistungen gewährt werden. Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) hat jetzt einen Gesetzentwurf in die Ressortabstimmung gegeben, der deutliche Kürzungen beim notwendigen Grundbedarf vorsieht. Dieser Satz, der zur Deckung der elementaren Bedürfnisse wie Ernährung und Kleidung gedacht ist, soll von derzeit 219 auf 187 Euro im Monat sinken.

Stattdessen werden die Stromrechnung und die Kosten für Wohnungsinstandhaltung direkt von der zuständigen Behörde übernommen - ebenso wie bisher schon die Kosten für Unterkunft, Heizung und Hausrat. Eine leichte Steigerung gibt es hingegen beim sogenannten Taschengeld für den "notwendigen persönlichen Bedarf" wie die Nutzung von öffentlichem Nahverkehr und Telefon. Dieser Satz wird von 135 auf 145 Euro monatlich angehoben. Die Anpassung war notwendig geworden, nachdem das Statistische Bundesamt seine neue Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorgelegt hatte, die auch Grundlage für die Hartz-IV-Erhöhung war.

Zusammengenommen aber reduziert sich die monatliche Auszahlung an Flüchtlinge, die außerhalb von Sammelunterkünften in der eigenen Wohnung leben, wegen des höheren Anteils von Sachleistungen von 354 auf 332 Euro. Asylbewerber, die in Heimen leben, erhalten nur noch 266 statt 284 Euro. Neu eingeführt wurde die sogenannte Regelbedarfsstufe für Asylbewerber, die in Sammelunterkünften wohnen. Da dort Gemeinschaftsräume geteilt werden und dadurch "Synergieeffekte" entstehen, etwa durch gemeinsame Mediennutzung, erhalten die Flüchtlinge dort künftig nur noch 90 Prozent des Satzes für Alleinstehende. Dasselbe

Weniger Bares, dafür mehr Sachleistungen Die Bundesregierung kürzt Flüchtlingen die Geldzahlungen. Grüne beklagen "Existenzminimum zweiter Klasse"

gilt für Ehepartner in der Familienwohnung. Sie erhalten künftig nur noch 299 statt der bisherigen 318 Euro. Für Kinder und Jugendliche gelten noch weit geringere Sätze. Zum Vergleich: Der Hartz-IV-Satz für Alleinlebende beträgt aktuell 409 Euro.

Einen klaren Anreiz enthält der Gesetzentwurf allerdings für Flüchtlinge, die sich ehrenamtlich engagieren - etwa in Vereinen oder Initiativen. Sie dürfen künftig 200 Euro von ihrer Ehrenamtschale behalten. Damit solle die Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements gestärkt und die Integration vorangetrieben werden, hieß es aus Ministeriumskreisen. Bei der Opposition stoßen die Neuerungen auf scharfe Kritik. Bereits jetzt lägen die Grundleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes deutlich niedriger als die Hartz-IV-Regelsätze, kritisiert Wolfgang Strengmann-Kuhn, sozialpolitischer Sprecher der Grünen. "Wenn die Bundesregierung die Grundsicherungsleistungen für Asylbewerber noch weiter nach unten drücken will, wird dadurch die Integration noch weiter erschwert", sagte er der "Welt".

Im Arbeits- und Sozialministerium hält man sich derzeit mit Kommentaren zurück. "Vor dem Hintergrund der laufenden Ressortabstimmung bitten wir um Verständnis, dass wir zu Einzelheiten der Berechnungen derzeit keine Stellung nehmen können", hieß es dort lediglich.

Der Bundesregierung fehle es schlichtweg am politischen Willen, Asylbewerbern ein menschenwürdiges Leben in Deutschland zu ermöglichen, so Strengmann-Kuhn weiter. "Konsequent wäre die Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes, um dem Existenzminimum zweiter Klasse endlich ein klare Absage zu erteilen."

Der Wirtschaftsrat der CDU lobte den Gesetzentwurf hingegen. "Das ist ein entscheidender und überfälliger Schritt, um die im europäischen Vergleich zu hohen finanziellen Anreize für Migranten und Asylbewerber zu drosseln", sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger.

Zu hohe Bargeldauszahlungen wirkten mittel- und langfristig einer erfolgreichen Integration entgegen, sagte Steiger. "Mit der Reduzierung der finanziellen Leistungen und einem stärkeren Fokus auf Sachleistungen werden die richtigen Weichen gestellt." Er forderte im gleichen Zug die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Zudem müssten die nordafrikanischen Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

Als positives Beispiel für eine gelungene Asylpolitik hob Steiger die Schweiz hervor. "Dank einer wesentlich konsequenteren Asylpolitik, kurzen Bearbeitungszeiten und zügiger Abschiebung wird es unter Asylbewerbern gemieden."

Das Statistische Bundesamt hatte erst am Montag eine neue Statistik zur Zahl der Hilfsbedürftigen herausgegeben. Danach haben zum Jahresende 975.000 Menschen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Dies entspricht einem Plus von 169 Prozent gegenüber dem Vorjahr, als 363.000 Menschen zu dem Empfängerkreis zählten. Es war der sechste zahlenmäßige Anstieg in Folge seit 2010. Die staatlichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 120 Prozent auf fast 5,3 Milliarden Euro an.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 8, 2016



**Tödliche Überfahrt; Internationale Organisation für Migration: Querung des Mittelmeeres ist 2016 gefährlicher geworden. Jeder 85. Flüchtling stirbt. Studie kritisiert Behörden wegen mangelhafter Untersuchung von Todesfällen**

Die Welt

Dienstag 30. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 203

**Length:** 732 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## **Body**

---

Die Flucht über das Mittelmeer wird zu einer immer größeren tödlichen Gefahr. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Organisation für **Migration** (IOM). "Unsere Daten legen nahe, dass es im Jahr 2016 unsicherer für **Flüchtlinge** geworden ist", sagte Frank Laczko, Leiter des IOM-Datenzentrums, dem europäischen Zeitungsnetzwerk Lena (Leading European Newspapers), dem die "Welt" angehört. Jeder 85. **Migrant** hat die Fahrt über die See in diesem Jahr laut Untersuchung nicht überlebt. Im vergangenen Jahr traf es noch jeden 276. **Migranten**. Die Zahlen sind Ergebnis eines Projekts von IOM, der Universität von York und der City University in London, dessen Studie Lena vorliegt.

Die Studienautoren sehen mehrere Gründe für den Anstieg. Die Schleuser sind skrupelloser geworden und schicken mehr Menschen auf Boote, die nicht seetüchtig sind. Zudem kommen mehr **Migranten** aus Ägypten - von dort aus ist die Überfahrt besonders gefährlich.

Die Organisation kritisiert, dass Europa zu wenig unternimmt, um Verbleib und Identifizierung vermisster Migranten aufzuklären. Im Jahr 2015 und in der ersten Hälfte des laufenden Jahres haben Behörden bislang 6600 Menschen gezählt, die bei der Flucht im Mittelmeer ums Leben gekommen sind - das sind allerdings nur die aufgeklärten Fälle. "Hinter der augenscheinlichen Katastrophe mit Schiffswracks und Leichen im Mittelmeer verbirgt sich eine unsichtbare, bei der Tote nicht gefund<sup>u</sup>nden werden und nicht genug unternommen wird, um Leichen zu identifizieren und Hinterbliebene zu benachrichtigen", sagte Simon Robins von der Universität in York, leitender Autor der Studie.

Für die Untersuchung wurden Angehörige interviewt, die bei der Flucht dabei waren oder aber in den Heimatländern zurückgeblieben sind. Die meisten von ihnen hatten zunächst nichts vom Schicksal ihrer Verwandten erfahren. Viele lebten lange in der Ungewissheit, ob ihr Familienmitglied gestorben ist oder nicht - eine Situation, die bei vielen selbst zu gesundheitlichen Problemen führte.

Tödliche Überfahrt Internationale Organisation für Migration: Querung des Mittelmeeres ist 2016 gefährlicher geworden. Jeder 85. Flüchtling stirbt. Studie kriti....

Das internationale Recht sieht vor, dass jeder Staat dem ungeklärten Tod eines Migranten nachgehen und Identität und Todesursache ermitteln muss. "Wir haben allerdings festgestellt, dass der Tod von Migranten nicht untersucht wurde", erklärt Robins. Vor allem die Behörden in den wichtigsten europäischen Ankunftsändern Griechenland und Italien seien nicht ausreichend vorbereitet, um mit der besonderen und in ihrem Ausmaß beispiellosen humanitären Krise umzugehen. Die Berichtersteller kritisieren vor allem die schlechte Abstimmung der Behörden vor Ort. Zudem gebe es keine geregelten Abläufe für den Umgang mit Leichnamen. Bis vor Kurzem habe es noch nicht einmal Standards für das Zählen und Beerdigen toter Flüchtlinge auf Friedhöfen in der Region gegeben. Hinterbliebene wurden zudem nur selten kontaktiert.

Der Report empfiehlt den griechischen Behörden die Einrichtung einer "humanitären Kommission". Sie soll das Vorgehen von lokalen und nationalen Behörden koordinieren. Eine solche Institution könnte zu den Familien von verstorbenen oder vermissten Migranten Kontakt aufnehmen und Informationen sammeln, die bei einer späteren Identifizierung helfen könnten.

In Italien konzentrierten sich die Studienautoren auf Sizilien und Lampedusa. Hier landen viele Migranten, die über die zentrale Mittelmeerroute von Libyen oder Ägypten aus flüchten. Die Analyse spricht auch hier von einer Überforderung der Behörden. Die Ressourcen reichten nicht aus, um sich neben der Versorgung der Flüchtlinge auch noch um den Verbleib der vielen Vermissten zu kümmern. Ermittler würden sich vor allem damit beschäftigen, Schmuggler zu überführen. Die Identifizierung von Leichnamen gerät zur Nebensache.

Die Experten sehen die internationale Gemeinschaft in der Pflicht. Eine globale Architektur sei notwendig, damit Informationen über das Schicksal vermisster Migranten aus mehreren Quellen zusammengetragen werden. Diese müsse von den europäischen Staaten bis zu den Familien in den Herkunftsländern reichen.

Allein in Deutschland werden knapp 9000 junge Flüchtlinge von den Behörden offiziell als vermisst geführt. Das teilte das Bundeskriminalamt in Wiesbaden mit. In vielen Fällen fehlt demnach eine Rückmeldung von Angehörigen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) forderte eine bessere Registrierung alleinreisender minderjähriger Flüchtlinge.

Siehe Kommentar und Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

REUTERS/GIORGOS MOUTAFIS; REUTERS/Aaron P. Bernstein

Flüchtlinge in einem völlig überfüllten Schlauchboot. Der Seeweg zwischen Libyen und Italien ist zur wichtigsten Route auf dem Weg nach Europa geworden

GIORGOS MOUTAFIS

**Load-Date:** August 30, 2016

**Italien fordert in Flüchtlingskrise Euro-Bonds; Alle Mitgliedstaaten sollten sich gemeinsam verschulden, meint Premier Renzi. Berlin lehnt das kategorisch ab**

Die Welt

Dienstag 19. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 91

**Length:** 674 words

**Byline:** Tobias Kaiser

## **Body**

---

Gemeinsame Schulden aller Euro-Länder: Was Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble rundheraus ablehnt, gilt vor allem südeuropäischen Regierungen als konsequente Vollendung der Währungsunion. Und so taucht denn auch seit Ausbruch der Euro-Krise regelmäßig der Vorschlag auf, dass alle Mitgliedstaaten zusammen Schulscheine begeben - sogenannte Euro-Bonds.

Die jüngste Wiedervorlage der Idee kommt von Matteo Renzi. Der italienische Ministerpräsident will, dass die EU-Länder gemeinsam Schulden machen, um Geld für die Lösung der Flüchtlingskrise zu sammeln. Der Vorschlag ist Teil eines Strategiepapiers, das Renzis Büro jetzt an die Spitzen von Europäischem Rat und Europäischer Kommission geschickt hat und der "Welt" vorliegt. In dem Papier mit dem Titel "Migration Compact" ("Migrationspakt") heißt es: Die gemeinsame Migrations-Strategie solle auch finanziert werden durch "gemeinsame EU-Migrationsbonds, die aufgelegt werden sollen, um Migrationsmanagement in Mitgliedstaaten und die Ziele des Migrationspakts zu finanzieren". Auf vier Seiten skizziert Renzi eine Strategie, um in der Flüchtlingsfrage mit afrikanischen Staaten zusammenzuarbeiten. Ziel dieser Kooperation müsse unter anderem sein, dass die afrikanischen Staaten ihre Grenzen verstärken, so dass die Zahl der Flüchtlinge sinkt, die sich auf den Weg nach Europa machen.

Tatsächlich versucht Renzi seit Wochen, das hierzulande umstrittene Abkommen zwischen EU und Türkei zur Blaupause für die künftige Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten zu machen. Italien ist wie Griechenland für viele Flüchtlinge der Eintrittsort in die EU. Das Land kämpft deshalb mit erheblichen Problemen, seine und damit die europäischen Außengrenzen zu sichern. Die Regierung in Rom erwartet für den Sommer einen großen Ansturm von Flüchtlingen aus Afrika, insbesondere aus Libyen. Nachdem Österreich angekündigt hat, seine Grenzen mit Italien zu befestigen, wird in der italienischen Presse bereits vor dem Brenner als neuem Idomeni gewarnt - ein Verweis auf den gleichnamigen Grenzort zwischen Griechenland und Mazedonien, wo Tausende Flüchtlinge unter elenden Bedingungen auf eine Öffnung der Grenze zu Mazedonien hoffen.

Italien fordert in Flüchtlingskrise Euro-Bonds Alle Mitgliedstaaten sollten sich gemeinsam verschulden, meint Premier Renzi. Berlin lehnt das kategorisch ab

In seinem Begleitbrief zu dem Diskussionspapier betont Renzi denn auch, dass es bei der Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten vor allem um die Rückführung von Migranten gehen müsse - und darum, dass die afrikanischen Staaten, die bei der Rückführung kooperieren, finanziell und personell unterstützt werden. Es müsse Pläne für die "juristische, logistische, finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung von Partnerländern" geben, zitiert die Website "Politico" aus dem Brief. Die Ähnlichkeiten mit den Vereinbarungen mit der Türkei sind unverkennbar.

EU-Ratspräsident Donald Tusk begrüßte Renzis Vorschläge. Er stimme zu, dass es nötig sei, im Rahmen der EU, aber auch von G7 und G20 mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge zusammenzuarbeiten. Auch EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker dürfte sich gefreut haben. Denn die EU erwartet zwar, dass die Flüchtlingsströme aus Afrika auch in den kommenden Jahren nicht abreißen werden. Nach der öffentlichen Kritik am umstrittenen Rückführungsabkommen mit der Türkei dürften sich europäische Spitzenpolitiker allerdings zurückhalten, wenn es darum geht, Abkommen mit afrikanischen Staaten vorzuschlagen, die den europäischen Maßstäben von Rechtsstaatlichkeit häufig nicht genügen.

Dass Renzi hier vortprescht, dürfte auch in Berlin für Erleichterung sorgen. Tatsächlich erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert, die Bundesregierung werde die Vorschläge von Renzi "vertieft" prüfen. Die Finanzierung über gemeinsame Schulden der EU-Länder lehnt Berlin allerdings kategorisch ab. "Für eine gemeinsame Schuldenfinanzierung von Ausgaben der Mitgliedstaaten für Migration sieht die Bundesregierung keine Grundlage", erklärte Seibert. Die ablehnende Haltung der Bundesregierung zu Euro-Bonds sei bekannt, und schließlich gebe es auch andere Möglichkeiten, die notwendigen Maßnahmen zu finanzieren.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 19, 2016

## Was hilft gegen Fluchtursachen, Herr Klingholz?

Die Welt

Montag 7. November 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Nachgefragt; S. 6; Ausg. 261

**Length:** 566 words

**Byline:** Klaus Geiger

### **Body**

---

Der **Migrationsforscher** Reiner Klingholz, 63, beobachtet die Wanderungsbewegungen in Afrika seit vielen Jahren. Er ist Chef des wohl renommiertesten deutschen Thinktanks für globale demografische Fragen: des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

Die Welt:

Wie viele Menschen aus Afrika wollen nach Europa?

Reiner Klingholz:

Das ist schwer zu beziffern. Es gibt Befragungen, wonach sich ein Drittel der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 40 Jahren mit dem Gedanken trägt zu gehen. Wir haben 1,2 Milliarden Menschen in Afrika, bald über zwei Milliarden. Der Kontinent wird 2040 die größte Erwerbsbevölkerung der Welt haben, größer als China, größer als Indien. Wenn sich die Lage dieser Menschen nicht verbessert, werden immer mehr über Migration nachdenken oder sich auf den Weg machen.

Was kann man tun?

Erst mal muss man besser steuern. Sinnvoll wären Asylzentren in Nachbarländern von Krisenregionen unter Aufsicht des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen, des UNHCR. Wer bedroht ist und verfolgt, hätte dort das Recht auf einen Asylantrag und könnte bei Anerkennung das Flugzeug nehmen.

Und die Menschen, die keine Chance auf Asyl haben?

Die brauchen eine Perspektive. Die Menschen in den afrikanischen Ländern müssen das Gefühl haben, dass sie ihr Leben in ihrer Heimat lebenswert gestalten können. Dass sie denken: Warum soll ich von hier weg, wo ich ein gutes Leben habe? Was soll ich als benachteiligter Asylsuchender in Bielefeld oder Frankfurt?

Klingt logisch, aber recht utopisch.

## Was hilft gegen Fluchtursachen, Herr Klingholz?

Die Länder sind arm, die jungen Menschen finden keine Beschäftigung. Die Armut führt zu hohen Geburtenraten, weshalb junge Leute noch schwieriger Jobs finden. Deshalb suchen sie anderswo ihr Glück. Das kann man nur mit dem Bekämpfen der Fluchtursachen ändern, auch wenn das schwer und langwierig ist.

Klar. Aber das versucht die Entwicklungshilfe doch seit Jahrzehnten.

Richtig. Und von den Ergebnissen her oft mit bescheidenem Erfolg. Aber viele Staaten dieser Erde haben es in den vergangenen Jahrzehnten geschafft, die Armut zu bekämpfen, vor allem in Asien und oft aus eigener Kraft. Bildung, Gesundheit, Arbeitsplätze - das sind die wesentlichen Investitionen. Dann kann man eine friedliche Entwicklung gar nicht mehr verhindern.

Das klingt schön, aber sehr abstrakt.

Ganz konkret heißt das: Bildung ist das beste Verhütungsmittel. Wenn Frauen eine Sekundarschule besuchen, also bis 16 oder 18 Jahre in die Schule gehen, bekommen sie in Afrika ungefähr halb so viele Kinder wie Frauen, die nur die Grundschule besucht haben.

Gibt es überhaupt Länder in Afrika, die auf einem guten Weg sind?

Die gibt es, auch wenn es nicht viele sind. Äthiopien zum Beispiel, wo die Bundeskanzlerin gerade unter anderem zu Besuch war, erlebt seit über zehn Jahren ein enormes Wirtschaftswachstum. Das Land verfolgt denselben Ansatz, mit dem auch China sich entwickelt hat. Einen entwicklungs-diktatorischen Ansatz, teils direkt von Peking übernommen. Die Chinesen sind sehr präsent in Äthiopien, wie in vielen anderen afrikanischen Ländern auch.

Wie funktioniert dieser Ansatz?

In diesen Ländern gibt es reglementierte Planung. Außerdem gibt es dort langfristig denkende Politiker. China oder Singapur haben sich so atemberaubend schnell entwickelt. Aber in Äthiopien steht der Erfolg zugleich auf tönernen Füßen. Es gibt Unruhen im Land, weil sich viele bei der Entwicklung nicht mitgenommen fühlen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa Picture-Alliance / Maurizio

**Load-Date:** November 7, 2016

## **Nachhilfe in Sachen Integration; OECD mahnt Deutschland an, auch weniger qualifizierten Flüchtlingen Chancen zu bieten**

Die Welt

Freitag 29. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 24

**Length:** 996 words

**Byline:** Tobias Kaiser

### **Body**

---

Die OECD hat die Bemühungen Deutschlands bei der Aufnahme und Integration von **Flüchtlingen** gelobt, mahnt aber an, noch stärker als bisher auf die Bedürfnisse gering qualifizierter **Flüchtlinge** einzugehen. Nötig sei auch, dass die Standards landesweit auf hohem Niveau vereinheitlicht würden.

Bislang seien die Unterschiede zwischen den Integrationsangeboten in den unterschiedlichen Städten und Gemeinden zu groß, schreiben Forscher der Organisation in einer aktuellen Untersuchung. Für die Studie "Erfolgreiche Integration" haben sie die Erfahrungen der OECD-Länder bei der Integration von **Flüchtlingen** verglichen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist ein Forum vorwiegend wohlhabender Industriestaaten. "Im vergangenen Jahr haben Politik und Verwaltung in Deutschland Beeindruckendes geleistet", sagt Stefan Liebig, einer der beiden Autoren der Untersuchung. "Vor der großen **Flüchtlingswelle** im vergangenen Jahr ließ das System zur Integration von **Flüchtlingen** in Deutschland im internationalen Vergleich zu wünschen übrig. Im letzten Jahr hat sich allerdings viel getan."

Das System zu Erfassung, Anerkennung und Integration von Flüchtlingen sei nicht nur ausgeweitet, sondern auch massiv verbessert worden. Deutschland habe sehr rasch und robust auf die Flüchtlingskrise reagiert, etwa beim Angebot von Sprachkursen oder der Analyse von Kompetenzen der Neuankömmlinge. "Wenn in diesen Bereichen alles so umgesetzt wird, wie es sich im Aufbau befindet, wird Deutschland international mit führend sein", lobt Liebig. "Der politische Druck durch die große Zahl von Neuankömmlingen war eine Riesenchance, das System zu verbessern, und die Chance wurde genutzt."

Liebig und Co-Autorin Anne-Sophie Schmidt listen eine ganze Reihe positiver Entwicklungen auf. So könnten Asylbewerber mit guten Aussichten auf Asyl unter bestimmten Bedingungen schon nach einer Wartezeit von drei Monaten einen Job suchen - ein im internationalen Vergleich sehr niedriger Wert. Vorbildlich sei auch, dass Asylbewerber hierzulande bereits Integrationskurse besuchen könnten.

## Nachhilfe in Sachen Integration OECD mahnt Deutschland an, auch weniger qualifizierten Flüchtlingen Chancen zu bieten

Allerdings monieren die Forscher, dass Deutschland sich bei den Maßnahmen zur Integration noch zu sehr auf die Flüchtlinge mit relativ hoher Qualifikation konzentriere. Nötig seien mehr Bemühungen bei den Geringqualifizierten, die einer besonders intensiven Betreuung bedürften. "Einem nicht unwesentlichen Anteil mangelt es an Grundkompetenzen, die für ein eigenständiges Leben in der Gesellschaft des Aufnahmelandes erforderlich sind", schreiben die Autoren. Demnach unterscheiden sich die Bildungsniveaus der Neuankömmlinge je nach Herkunftsland sehr stark. Viele verfügten nicht einmal über das Äquivalent eines Hauptschulabschlusses.

In Schweden beispielsweise hatten nach Angaben der OECD mehr als 40 Prozent der 2014 eingereisten Syrer ein Ausbildungsniveau, das hierzulande einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder dem Abitur entspräche. Unter afghanischen Staatsangehörigen waren es nur 20 Prozent, unter Eritreern gar nur zehn Prozent.

Diese erheblichen Unterschiede machen die Integration nach Ansicht der Forscher schwieriger und teurer, weil die Städte und Gemeinden personalisierte Programme schaffen müssen. So steigt die Gefahr, dass einzelne Gruppen vernachlässigt werden, selbst wenn sie zahlenmäßig groß sind. "Deutschland schenkt den qualifizierten Neuankömmlingen relativ hohe Aufmerksamkeit, darf dabei aber nicht die gering qualifizierten Flüchtlinge vergessen", mahnt denn auch Migrationsexperte Liebig. "Es ist sehr wichtig, in die Ausbildung dieser Menschen zu investieren, damit sie langfristig am Arbeitsmarkt eine Chance haben und sich nicht nur von Hilfsjob zu Hilfsjob hangeln."

Tatsächlich zeigt die OECD-Analyse von Daten aus Skandinavien allerdings, dass es oft Jahre dauert, bis niedrig qualifizierte Flüchtlinge über grundlegende Qualifikationen verfügen und fit für den Arbeitsmarkt sind. Häufig zahlen sich demnach die teuren Integrationsmaßnahmen für den Staat erst nach einer Generation aus - wenn die Kinder der Neuankömmlinge arbeiten und Steuern und Sozialabgaben zahlen.

Eine weitere Gruppe, die besonders intensiver Betreuung bedürfe, seien unbegleitete Kinder und Jugendliche, die in Europa ankommen. In den vergangenen Jahren hätten viele OECD-Länder einen beispiellosen Anstieg der Zahl unbegleiteter minderjähriger Zuwanderer verzeichnet, schreiben die Autoren. Insbesondere in den vergangenen Monaten ist deren Zahl stark gestiegen.

Daten aus Österreich und Skandinavien zeigten, dass deren Integration wegen der intensiven Betreuung drei bis fünfmal teurer sei als die von Erwachsenen. Allerdings integrierten sich diese Jugendlichen anschließend teilweise sehr gut in den Arbeitsmarkt, weil sie häufig sehr motiviert seien zu arbeiten. Durchschnittlich seien sie nach einigen Jahren besser integriert als Kinder, die mit ihren Eltern angekommen sind. "Die Integrationsmaßnahmen sind teuer, aber zahlen sich aus", sagt Liebig. Die Forscher empfehlen Deutschland auch, verstärkt über Maßnahmen nachzudenken, die schnell wirkten, aber nicht viel kosten. In den USA, Kanada und Australien gebe es sehr erfolgreiche Mentorenprogramme, in deren Rahmen Flüchtlinge individuell betreut werden. Ein anderes Beispiel kommt aus Schweden. Dort haben Behörden Lehrer unter den syrischen Flüchtlingen an Universitäten innerhalb eines halben Jahres in schwedischer Pädagogik ausgebildet, sodass die Lehrer arabischsprachige Kinder nach schwedischen Prinzipien und Vorgaben unterrichten können, bevor die Schüler Schwedisch sprechen.

Entscheidend ist nach Ansicht der Experten auch, dass solche Maßnahmen landesweit eingeführt werden und dass die Standards deutschlandweit hoch seien. Anderenfalls würden die Migranten dort hinziehen, wo sie gute Angebote vorfinden, und das seien in der Regel die großen Zentren. Dort kommen ohnehin schon viele Neuankömmlinge an, deshalb sei es nötig, diese Entwicklung nicht noch zusätzlich zu befeuern.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---



Nachhilfe in Sachen Integration OECD mahnt Deutschland an, auch weniger qualifizierten Flüchtlingen Chancen zu bieten

Martin Steinröder

Martin Steinröder

**Load-Date:** January 29, 2016

---

End of Document

**Wie sich Wohnungsgesellschaften auf Zuwanderer einstellen; Wachsende Zahl von Migranten und Flüchtlingen mit Bleiberecht ist für die Unternehmen eine Herausforderung. Sie streben eine gleichmäßige Verteilung an**

Die Welt

Mittwoch 13. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** IMMOBILIEN; IMMOBILIEN; S. 17; Ausg. 110

**Length:** 850 words

**Byline:** Norbert Schwaldt

## Body

---

Wie leben **Migranten** in Deutschland? Welche Städte und Wohnungen bevorzugen sie? Das wird natürlich statistisch nicht erfasst. Doch angesichts steigender Zuwanderung aus den EU-Staaten und des schnell wachsenden Andrangs von **Flüchtlingen** muss sich die Wohnungswirtschaft auf neue Herausforderungen einstellen. Schließlich besteht die Gefahr, dass neue Problemviertel entstehen, in denen sich wirtschaftlich schwache Bewohner ansiedeln. In der Folge ziehen etablierte Anwohner weg, Mieten sinken, und Unternehmen haben dann sogar ein Leerstandsproblem.

Jetzt haben der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) und das Gewos-Institut erstmals Unternehmen nach Mietern befragt, die einen **Migrationshintergrund** haben. GdW-Geschäftsführer Christian Lieberknecht berichtet in einem Gespräch mit der "Welt", dass viele Firmen bei der Belegung ihrer Häuser keine besondere Strategie verfolgten. Andere wiederum hätten bereits früher festgelegt, dass beispielsweise 25 Prozent der Mieter in einem Wohnhaus einen **Migrationshintergrund** haben dürfen. So sollte die Konzentration einzelner Nationalitäten verhindert werden. Doch solche "Belegungsquoten" gehörten überwiegend der Vergangenheit an, sagt Lieberknecht. Es könne auch keine allgemeingültigen Grundsätze für die Belegung geben. "Es bewerben sich Menschen aus den verschiedensten Ländern und sozialen Schichten um eine Wohnung. Das gehört heute zum normalen Vermietungsgeschäft. Das wird sich aber verstärken, wenn jetzt viel mehr **Flüchtlinge** etwa aus Bürgerkriegsländern ein Bleiberecht in Deutschland bekommen", sagt der GdW-Geschäftsführer.

"Die meisten Migranten ziehen ihren Landsleuten hinterher, was zu einer kulturellen Segregation in den Großstädten führen kann", warnt Lieberknecht. Zudem gebe es auch wirtschaftliche Zwänge: "In den Ballungsgebieten gibt es die besten Chancen auf einen Job." So hat die Hamburger Wohnungsgesellschaft Saga GWG in einigen Stadtquartieren eine Mieterschaft, die zu über 50 Prozent aus Menschen mit Migrationshintergrund besteht. In Duisburg-Marxloh gibt es eine Migrantenquote von 60 Prozent.

Wie sich Wohnungsgesellschaften auf Zuwanderer einstellen Wachsende Zahl von Migranten und Flüchtlingen mit Bleiberecht ist für die Unternehmen eine Herausforderung....

Seit Monaten nehmen die Wohnungsgesellschaften jetzt auch Kriegsflüchtlinge auf. In manchem Umfeld, etwa im sächsischen Pirna, ist das nicht immer leicht. Doch in vielen Kommunen hat das auch mit den höheren Leerstandszahlen zu tun. Wohnungen für Flüchtlinge werden meist direkt von den Kommunen angemietet und bezahlt. Für manche Wohnungsgesellschaften ist die neue Mieterschaft eine besondere Herausforderung. So müssen Mitarbeiter geschult und sprachkundige Betreuer beschäftigt werden. Doch "die Flüchtlinge sind die Mieter von morgen", sagt Lieberknecht. Darauf wollen sich die Wohnungsgesellschaften einstellen. Die Unternehmen raten aber, Flüchtlinge mit Bleiberecht nicht in großer Konzentration in Gebiete zu bringen, deren Bewohnerstruktur gerade stabilisiert wurde. Hier hätten die Mitarbeiter im Quartiersmanagement viel Kraft aufgewendet, um solche Wohnungsbestände aufzuwerten. Problematisch sei auch, ein ganzes Haus mit Mietern einer Nationalität oder überwiegend mit Empfängern von Transferleistungen zu belegen.

Kommt es nun zu einer Gettoisierung in den deutschen Großstädten? Die Gefahr sieht Lieberknecht nicht. "Es wird zwar Schwerpunkte geben, aber keine neue Konzentration bestimmter Nationalitäten." Vielmehr strebten die Wohnungsgesellschaften eine gleichmäßige Verteilung der Neuankömmlinge in den Wohnungsbeständen an.

"Zuwanderung muss auch als etwas ganz Normales verstanden werden. Schließlich sind alle großen Städte durch Zuwanderung entstanden", betont Lieberknecht. "Und sie wachsen auch heute noch so." Das solle man positiv sehen. Nenne man ein Viertel mit vielen Migranten "Problemquartier" und "Problemlage", dann führe das zu einer Stigmatisierung und dem Wegzug der angestammten Mieter, so ein Ergebnis der Studie. Die Abwertung des Images könne solche Viertel dann tatsächlich nach unten ziehen. Das negative Image von Vierteln, in denen viele Menschen aus anderen Ländern oder schwächeren sozialen Schichten leben, sei ein "Kommunikationsproblem". Das Thema werde medial und politisch häufig falsch behandelt und teilweise sogar als Problem geschürt, da es Erwartungen bestätige. Eine fehlende Aufklärung über die Neuankömmlinge führe nach wie vor zu Bedenken bei der Bevölkerung vor Ort.

Vielmehr sollten Integrationsleistungen und Beispiele sozialen Aufstiegs publik gemacht werden. Viele Wohnungsgesellschaften wollen keine speziellen Integrationsmaßnahmen nur für die Gruppe der Migranten. Es dürfe nicht um ein "Schubladendenken" gehen, sondern nur um eine prinzipielle Offenheit allen Menschen gegenüber.

Die Wohnungsgesellschaften haben die Akzeptanz von Migranten auf allen Ebenen als wichtigstes Kriterium ausgemacht. Hinzu kommt das Quartiers- und Sozialmanagement. Die Quartiere müssten systematisch beobachtet werden, wichtig seien Mitarbeiter als "Sensoren" direkt vor Ort, heißt es. Gefördert werden sollten interkulturelle Kontakte und bestehende Netzwerke. Zentrale Themen müssten Jugend, Bildung und Sicherheit sein.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Jens Wolf

Plattenbau in Magdeburg: Die Flüchtlinge von heute sind die Mieter von morgen

Jens Wolf

**Load-Date:** May 13, 2015

## Schulz wirft de Maizière Versagen vor; EU-Parlamentspräsident kritisiert Asyl-Bürokratie

Die Welt

Montag 7. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 285

**Length:** 459 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

## Body

---

Brüssel

In dem anhaltenden Streit über die schleppende Bearbeitung von Asylanträgen hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) Versagen vorgeworfen. Schulz, der auch Mitglied des SPD-Parteivorstands ist, sagte der "Welt": "Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat es seit Jahren trotz der Klagen aus Ländern und Kommunen nicht geschafft, dafür zu sorgen, dass die Verwaltungsvorschriften umgesetzt und die Asylanträge zügig bearbeitet werden. Der Minister muss endlich das umsetzen, was die Bundesregierung beschlossen hat, dann laufen die Dinge auch besser."

In den vergangenen Tagen war zunehmend Kritik an der unzureichenden Bearbeitung von Asylanträgen laut geworden. Im Mittelpunkt der Kritik stand dabei der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise. Die Innenminister der Länder warfen ihm vor, nicht genügend zu tun, damit Asylanträge zügig bearbeitet werden. Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Innenminister Roger Lewentz (SPD) aus Rheinland-Pfalz, sagte, es gebe einen Rückstand von 300.000 nicht bearbeiteten Anträgen.

Schulz forderte die EU-Mitgliedsländer zudem auf, mehr zu tun für die Bekämpfung von Fluchtursachen: "Jedem ist doch klar, dass wir die Flüchtlingskrise nicht lösen können, wenn wir die Fluchtursachen nicht endlich bekämpfen." Die Mittel dazu seien vorhanden. "2016 sinken die Beiträge der Mitgliedsstaaten für die EU um 9,4 Milliarden Euro, das heißt, Geld ist da. Und was tun die Mitgliedsstaaten? Anstatt einen Teil davon etwa für die Betreuung von Flüchtlingen in den Nachbarländern Syriens zu verwenden, verplanen sie es in den nationalen Haushalten."

Der EU-Parlamentspräsident verlangte auch, die Beschlüsse der EU-Staats- und -Regierungschefs umzusetzen: "Wir sehen hier leider immer das gleiche Muster: Es werden Gipfeltreffen abgehalten, Beschlüsse gefasst und Gelder versprochen, und am Ende hält sich niemand daran oder überweist kein Geld. Das ist ein unwürdiges Schauspiel, mit dem schleunigst Schluss sein muss." Zugleich appellierte Schulz an die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, bei der Grenzsicherung auf den Bau von Zäunen zu verzichten. Schulz: "Klar ist, dass wir die

## Schulz wirft de Maizière Versagen vor EU-Parlamentspräsident kritisiert Asyl-Bürokratie

Außengrenzen der EU besser schützen müssen, das ist eine gemeinsame Aufgabe. Was nicht geht, ist das Hochziehen von Mauern und Grenzzäunen innerhalb Europas." Dies schade Europa und sei zudem nutzlos. "Menschen, die vor dem sogenannten Islamischen Staat oder den Fassbomben Assads fliehen", so der SPD-Politiker weiter, "die lassen sich nicht von Zäunen aufhalten. Die rennen um ihr Leben." Notfalls würden sie auf andere Wege ausweichen. Das komplette Interview lesen Sie morgen in der "Welt"

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** December 7, 2015

---

End of Document

**Investmentplan für Afrika; EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini über verstärkte Aufbauhilfe in den Heimatländern der Flüchtlinge, die Zusammenarbeit mit der Türkei und Erfolge im Kampf gegen Schleuser**

Die Welt

Donnerstag 19. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 115

**Length:** 1308 words

**Byline:** Christoph B. Schiltz

## Body

---

Brüssel

Berlaymont-Gebäude, die Herzkammer der EU-Kommission, 11. Stock. Federica Mogherini verabschiedet den türkischen Europaminister Volkan Bozkir, dann sagt sie: "Kommen Sie rein." Hinter ihrem Schreibtisch hängen unzählige selbst gemalte Bilder ihrer Kinder und ein Poster von US-Präsident Barack Obama. "Hope" steht darauf. Mogherini schaut aus dem Fenster: "Ich bin sehr glücklich in meinem Amt."

Die Welt:

Frau Mogherini, der türkische Präsident Erdogan hat der EU im Streit um die Befreiung von der Visumspflicht "Scheinheiligkeit" und die Unterstützung von terroristischen Organisationen wie der kurdischen PKK vorgeworfen. Was sagen Sie dazu?

Federica Mogherini:

Meine Botschaft an die Adresse der Türkei ist: Wir haben viele Gemeinsamkeiten und eine breite politische Agenda miteinander - es geht bei Weitem nicht nur um Flüchtlinge. Und wir haben teilweise auch gemeinsame Probleme: Wir wollen beide den Bürgerkrieg in Syrien beenden, wir wollen beide eine Lösung des Zypern-Konflikts und wir werden beide durch Terrorismus bedroht. Wir können Partner in mehreren Bereichen sein und auf der europäischen Seite gibt es den politischen Willen, mit der Türkei konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Aber die schweren Vorwürfe von Erdogan sind doch nicht hilfreich.

Sie wollen, dass ich das sage (lacht).

Ich frage Sie nach Ihrer Meinung.

Investmentplan für Afrika EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini über verstärkte Aufbauhilfe in den Heimatländern der Flüchtlinge, die Zusammenarbeit mit der Tü....

Ich habe Ihnen gesagt, was mir wichtig ist.

Was passiert, wenn sich Erdogan nicht mehr an den Flüchtlingsdeal mit der EU hält?

Wir haben unser Abkommen mit der türkischen Regierung geschlossen, nicht mit einer Person. Wenn die türkische Regierung sich aber zu einem Politikwechsel entschließen sollte, dann müssen wir diskutieren. Aber ich erwarte, dass die neue Regierung die vergangenen Abkommen bestätigen wird.

Erwarten Sie im Jahr 2016 noch eine Öffnung der beiden Rechtsstaatskapitel in den Beitrittsverhandlungen?

Ich hoffe sehr, dass die EU in den Beitrittsgesprächen mit der Türkei noch in diesem Jahr die Kapitel 23 und 24 öffnen wird und dann mit den Verhandlungen über Grundrechte, Justiz und demokratische Freiheiten beginnt. Diese Kapitel sind entscheidend, um bei wichtigen Fragen voranzukommen. Aber bevor wir die Kapitel eröffnen, müssen die notwendigen Kriterien erfüllt sein.

Wie viele Flüchtlinge und Migranten befinden sich in Libyen?

Nach Zahlen der Internationalen Organisation für Migration sind rund 500.000 Migranten und Flüchtlinge in Libyen. Viele von ihnen befinden sich schon seit langer Zeit auf der Flucht und haben eine Form moderner Sklaverei hinter sich. Sie leben oft unter unmenschlichen Bedingungen in Libyen. Wir arbeiten mit internationalen Organisationen zusammen, um ihre Lage zu verbessern.

Was tut die EU in Afrika noch, um die Flüchtlingsströme einzudämmen?

Wir wollen enger mit den Nachbarstaaten Libyens, wie Niger, kooperieren und zugleich die wirtschaftliche Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessern. Wir arbeiten derzeit an einem Investmentplan für Staaten außerhalb der EU, insbesondere für afrikanische Staaten, der nach einem ähnlichen Muster funktionieren soll wie der sogenannte Juncker-Fonds für die EU-Staaten. Konkret: Wir wollen Entwicklungshilfefonds, private Investitionen und Bankgarantien miteinander verbinden. Das könnte die Investitionsbereitschaft in den Ländern deutlich verbessern. Außerdem wird die EU weiterhin konsequent gegen Schleuser vorgehen. Die Mittelmeermission "Sophia" leistet hier einen wichtigen Beitrag.

Das britische Parlament hat dieser EU-Mission gerade ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt.

Ich sehe das anders. Es wurden bisher 69 Schleuser gefasst und mehr als 100 Boote in sechs Monaten zerstört. Die Präsenz von EU-Schiffen im Mittelmeer hat eine abschreckende Wirkung auf Schmuggler gehabt, und die Mission hat einen wichtigen Beitrag in Bezug auf eine bessere Kenntnis dieser kriminellen Netzwerke geleistet. Diese können nicht mehr ungestraft auf hoher See agieren. Hinzu kommt: Rund 13.000 Menschen in Seenot konnten durch unsere maritimen Einsatzkräfte gerettet werden. Das ist etwas, worauf wir als Europäer stolz sein können.

Die EU will das Mandat der Mission erweitern. Was muss passieren?

Wir haben uns am 13. Mai darauf geeinigt, das Mandat der Mission "Sophia" um ein Jahr zu erweitern. Eine weitere Aufgabe wurde hinzugefügt, für welche wir mit der operativen Planung begonnen haben: die Ausbildung von libyschen Küstenwachen, selbstverständlich abhängig von einer Anfrage der libyschen Behörden. Und dies könnte bereits in den kommenden Wochen beginnen.

Wie kann die Nato die Europäische Union im Mittelmeer unterstützen?

Das hängt von den Entscheidungen der Libyer ab. Die EU und die Nato können sich gegenseitig bei der Erfüllung der Aufgaben ergänzen, welche in ihrer Art unterschiedlich sind. Die EU arbeitet mit den libyschen Behörden zusammen an der Möglichkeit, sie beim Aufbau eines funktionierenden Polizei- und Justizapparates und einer Ausbildung der Küstenwache zu unterstützen. Es steht mir nicht zu, die Rolle der Nato zu kommentieren.

Investmentplan für Afrika EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini über verstärkte Aufbauhilfe in den Heimatländern der Flüchtlinge, die Zusammenarbeit mit der Tü....

Wer entscheidet das?

Libyen. Ohne jeden Zweifel. Sie legen fest, was sie wollen und benötigen, und wir können dann entscheiden, ob wir es machen können.

Im vergangenen Jahr sind 153.000 Menschen aus Libyen in Italien gelandet. Erwarten Sie 2016 noch höhere Zahlen?

Das lässt sich seriös nicht prognostizieren. Wir sollten aufhören, immer auf die Wochen- oder Monatswerte zu achten. Wir haben weltweit fast 70 Millionen Flüchtlinge. Europa ist ein attraktiver Platz, eine Insel von Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Wir Europäer müssen endlich begreifen, dass Massenbewegungen von Menschen ein Phänomen unserer Zeit sind. Wir werden die Migration, auch nach Europa, nicht stoppen können, aber man kann sie bewältigen.

Wie denn?

Nationale Alleingänge bringen gar nichts, das ist vielmehr eine europäische Aufgabe. Die Europäer brauchen Instrumente für legale Migration, eine gemeinsame Asylpolitik, Rückführungsvereinbarungen und eine Förderung der Wirtschaftsentwicklung in Afrika.

Themenwechsel: Ist Russland noch ein strategischer Partner?

Wir haben Russland lange Zeit als strategischen Partner betrachtet. Das ist heute nicht mehr der Fall, aber es ist immer noch ein strategisches Land.

Was heißt das konkret?

Zusammen mit den 28 Außenministern haben wir uns entschieden, mit Russland in Bereichen, wo wir gemeinsame Interessen haben, zusammenzuarbeiten, wir nennen das "selektives Engagement". Wir tun das auch schon, beispielsweise in Syrien, beim Nahost-Friedensprozess, im Iran oder in Libyen.

Gibt es einen Weg zurück zur strategischen Partnerschaft?

Das müssen Sie die russische Regierung fragen. Das hängt stark von der Lösung der Ukraine-Krise ab. Für uns ist entscheidend, dass die Minsker Abkommen vollständig umgesetzt und der Konflikt in der Ostukraine friedlich gelöst werden. Das hängt nicht alleine von Russland ab, dazu müssen ebenfalls die Separatisten in der Ostukraine sowie die Regierung in Kiew beitragen.

Wichtige Sanktionen gegen Russland laufen im Juli aus. Werden sie verlängert?

Ich erwarte es. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten eine Aufhebung der Sanktionen an eine vollständige Umsetzung der Minsker Abkommen gekoppelt. Das wurde bisher nicht erreicht. In der zweiten Hälfte dieses Jahres sollten dann jedoch die EU-Regierungen eine grundsätzliche politische Bewertung vornehmen, inwieweit die Minsker Abkommen umgesetzt wurden und wie der weitere Weg zur Lösung des Konflikts in der Ukraine aussieht.

Einige Länder, wie Zypern und Ungarn, tun sich mit einer Verlängerung der Sanktionen schwer oder verlangen zumindest eine Abschwächung.

Es hat immer schon unterschiedliche Auffassungen zu Teilen unserer Sanktionspolitik gegeben. Das wird wohl auch so bleiben. Aber trotz der Differenzen war Einigkeit immer vorhanden. Wichtig ist, dass wir an dieser Einigkeit festhalten und Entscheidungen gemeinsam treffen.

Original Gesamtseiten-PDF



## Graphic

---

AP / Patrick Bar

Flüchtlinge im Mittelmeer in Seenot. Im Hintergrund ein Rettungsschiff

Patrick Bar

**Load-Date:** May 19, 2016

---

End of Document

**Bremen ist für Asylsuchende das Paradies; Kein Bundesland schiebt weniger ab. Nur jeder 70. Ausländer ohne Bleiberecht wurde zurückgeführt. Bayern versteht das nicht**

Die Welt

Dienstag 9. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 33

**Length:** 1551 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## Body

---

Auf den ersten Blick klingt alles so eindeutig: Ein Ausländer, der den erforderlichen Aufenthaltstitel nicht oder nicht mehr besitzt, ist zur Ausreise verpflichtet. Ist die Ausreisepflicht vollziehbar und kommt er ihr nicht freiwillig nach oder erscheint eine Überwachung der Ausreise aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich, wird die Ausreisepflicht durch Abschiebung durchgesetzt (§ 58 Aufenthaltsgesetz). Eine Abschiebung darf nicht in einen Staat erfolgen, in dem politische Verfolgung oder Folter oder Todesstrafe droht (§ 60 Aufenthaltsgesetz). Eine vorübergehende Aussetzung (Duldung) ist unter den Voraussetzungen von § 60a Aufenthaltsgesetz möglich.

Obwohl bundesweit einheitliche Gesetze gelten, gehen die Bundesländer sehr unterschiedlich mit dem umstrittenen Instrument der Abschiebung um. Zunächst einmal ist das Risiko, abgeschoben zu werden, bundesweit überschaubar - im vergangenen Jahr wurden 20.914 Ausländer rückgeführt, bei rund 200.000 Ausreisepflichtigen. Doch wer ganz sicher gehen will, sollte sich in Bremen ansiedeln. Nirgendwo stehen die Bleibechancen besser als in der Hansestadt, wo im Jahr 2015 nur 43 Ausreisepflichtige abgeschoben wurden.

"Wenn man diese Zahl ins Verhältnis zu den über das Gesamtjahr meist etwa 3100 Ausreisepflichtigen setzt, wurde nur rund jeder 70. abgeschoben", sagt der innenpolitische Sprecher der Bremer CDU, Wilhelm Hinners, der "Welt". Wohlbemerkt handelt es sich hier nicht um jeden 70. Asylsuchenden, sondern nur um abgelehnte Asylbewerber und andere Ausländer, die keinen Aufenthaltstitel haben, sich also nicht rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

Genau am anderen Ende Deutschlands, 500 Kilometer weiter südlich, haben es Personen, die ohne Visum und Fluchtgrund nach Deutschland einwandern möchten, unendlich schwerer. Bayern wendet die geltenden Gesetze völlig anders an: Dort wurden im vergangenen Jahr 4195 Ausländer abgeschoben - nach einer vergleichbaren Rechnung wie in Bremen etwa jeder vierte Ausreisepflichtige. "Wir schieben jeden ab, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, wöchentlich gibt es Sammelabschiebungen", sagte ein Sprecher des bayerischen Innenministeriums.

Bremen ist für Asylsuchende das Paradies Kein Bundesland schiebt weniger ab. Nur jeder 70. Ausländer ohne Bleiberecht wurde zurückgeführt. Bayern versteht das n....

Bundesweit haben sich die Abschiebungen 2015 im Vergleich zum Vorjahr (10.884) fast verdoppelt. Während sich in Bayern die Abschiebezahlen im Vergleich zum Vorjahr (1007) vervierfachten, griffen auch andere Bundesländer häufiger auf dieses Instrument der Aufenthaltsbeendigung zurück. Selbst in Bremen war ein starker Anstieg auf sehr niedrigem Niveau von 17 auf 43 zu verzeichnen. Zum Vergleich: Die dreimal größere Hansestadt Hamburg verdoppelte ihre Abgeschobenenzahl auf 612.

Gemessen daran, dass es Ende 2014 etwa 155.000 Ausreisepflichtige gab und 2015 etwa 200.000 - ist die bundesweite Verdopplung der Abschiebungen beachtlich. Andererseits hat sich die Zahl der Asylmigranten im gleichen Zeitraum auf etwa eine Million vervierfacht. Weil sich durch den starken Anstieg die Registrierung und die Asylantragsstellung verzögern, vergrößerte sich die Zahl der Asylanträge und auch der abgelehnten Asylanträge nicht im gleichen Maße. Außerdem erhält ein abgelehnter Asylbewerber zwar eine Ausreiseaufforderung. Gegen diese kann er allerdings Gründe vorbringen - etwa Krankheiten, fehlende Papiere aus dem Herkunftsland, die Geburt von Kindern in Deutschland oder eine geplante Ehe. "Vollziehbar ausreisepflichtig", wie es in Beamtendeutsch heißt, ist ein Ausländer erst dann, wenn keine Gründe mehr gegen die Abschiebung sprechen. Wenn es gute Gründe gibt, erhält er eine sogenannte Duldung. Auch hier gibt es regional auffällige Unterschiede, "ohne dass es hierfür sachliche Gründe gibt", kritisiert der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU). "In Bayern wird nur rund jeder zweite Ausreisepflichtige geduldet. Bundesweit haben dagegen drei von vier Ausreisepflichtigen eine Duldung", sagte Mayer der "Welt".

Die häufigsten Gründe für eine Duldung, die den Unterschied zwischen der Entscheidung "ausreisepflichtig" und dem Vollzug der Ausreise ausmacht, sind Krankheiten oder fehlende Papiere. So waren beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern Ende November 3643 Personen ausreisepflichtig; von ihnen waren aber 844 wegen fehlender Papiere geduldet, und 2120 konnten ein ärztliches Attest vorweisen.

Innenpolitiker Mayer glaubt, dass das nach dreimonatigem Streit von der Regierung auf den Weg gebrachte Asylpaket II "die Möglichkeit der Duldung aus medizinischen Gründen erheblich einschränken" wird. Künftig sollen nur noch lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankungen, die sich durch die Abschiebung verschlechtern würden, als Hinderungsgrund gelten.

Mit dem Asylpaket beschloss das Kabinett vor allem die Beschleunigung von Asylverfahren für Bewerber mit geringer Aussicht auf Anerkennung in "besonderen Aufnahmeeinrichtungen" und die Aussetzung des Familiennachzugs für Flüchtlinge mit eingeschränktem (subsidiärem) Schutz für zwei Jahre. Ob sich der erbitterte Streit über diesen Punkt gelohnt hat, ist fraglich, wenn man beachtet, dass laut Bundesinnenministerium im Januar fast 92.000 Zugänge von Asylsuchenden im dafür vorgesehenen Easy-System registriert wurden und über rund 49.000 Asylanträge entschieden wurde. Davon erhielten gerade einmal 194 Personen (0,4 Prozent) diesen subsidiären Schutz.

Außerhalb des Asylpakets II beschloss die Regierung, Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsländer einzustufen, um Asylanträge von dort schneller ablehnen zu können. Nur einer von 100 Antragsstellern aus diesen Staaten wird als Flüchtling anerkannt. Trotzdem bleiben die meisten in Deutschland, weil die drei nordafrikanischen Staaten bis auf Ausnahmen die Rücknahme ihrer Staatsbürger verweigern - obwohl es mit Marokko und Algerien bereits Rückführungsabkommen gibt. Nordafrikanische Staaten haben ein großes Interesse an Geldüberweisungen ihrer Landsleute aus der Diaspora in Europa an die Heimat, sie machen einen nicht unwesentlichen Anteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung aus. Deswegen sind die von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Länder nicht unbedingt begeistert, wenn sie Auswanderer zurücknehmen sollen. An der Rücknahme von Kriminellen ist ihnen ohnehin nicht gelegen. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) will noch in diesem Monat in den Maghreb reisen, um den Staatshäuptern ins Gewissen zu reden. Schleswig-Holstein wird einer Einstufung als "sichere Herkunftstaaten" im Bundesrat wahrscheinlich doch nicht zustimmen. "Nach Gesprächen innerhalb der Koalition gehe ich derzeit davon aus, dass sich Schleswig-Holstein in dieser Frage voraussichtlich der Stimme enthalten wird", erklärte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner im "Flensburger Tageblatt". Im Norden regiert die SPD gemeinsam mit SPD und SSW.

Bremen ist für Asylsuchende das Paradies Kein Bundesland schiebt weniger ab. Nur jeder 70. Ausländer ohne Bleiberecht wurde zurückgeführt. Bayern versteht das n....

Migrationsexperten verweisen auf den starken Sogeffekt auf nicht schutzbedürftige Migranten, der entsteht, wenn Staaten es nicht schaffen, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. "Deutschland zieht auch wegen des relativ niedrigen Abschiebungsrisikos so viele Asylbewerber an. Die Mängel bei der Aufenthaltsbeendigung sind ein wesentlicher Pull-Faktor", sagte der Ex-Vorsitzende der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Rückführung, Wilfried Burghardt, der "Welt".

Doch bei allen Beschlüssen des Bundes: Nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes sind die Bundesländer für Abschiebungen und freiwillige Ausreisen zuständig. Innenpolitiker Mayer fordert daher, dass die Länder von den vom Bund geschaffenen Möglichkeiten auch Gebrauch machen. Dies setze "den politischen Willen voraus, das geltende Recht auch zu vollziehen". Es könne "nicht sein, dass Abschiebungen in Nordrhein-Westfalen nach wie vor angekündigt werden, obwohl dies gesetzlich untersagt ist, um ein Untertauchen zu verhindern", so der CSU-Politiker weiter. Und: "In einzelnen Ländern wie Bremen finden kaum Abschiebungen statt, obwohl der Vollzug des geltenden Rechts gerade im Interesse der tatsächlich Schutzbedürftigen ist."

Bayerns Innenministerium berichtet hingegen, in diesem Jahr bereits mehr als 350 Abschiebungen umgesetzt zu haben - hauptsächlich in die Westbalkanstaaten. In Hessen wurden im vergangenen Jahr 2658 Ausländer abgeschoben, davon Albaner (1000), Kosovaren (724), Serben (352) und Mazedonier (112). Mit Abstand folgen Rumänen (41). 86 Prozent waren abgelehnte Asylbewerber. Zusätzlich gingen aus Hessen 6666 Ausreisepflichtige freiwillig wieder zurück in die Heimat - ebenfalls zum stark überwiegenden Teil abgelehnte Asylbewerber vom Westbalkan.

Bundesweit reisten 37.220 Ausländer freiwillig aus, davon 32.494 aus den sechs Staaten des Westbalkans, wie das Innenministerium der "Welt" mitteilte. Eine der großen Herausforderungen in der Migrationskrise wird es nun, Abschiebungen und freiwillige Ausreisen der in diesem Jahr voraussichtlich 400.000 abgelehnten Asylbewerber auch in andere Staaten zu ermöglichen. Während aus Bremen mindestens 165 Personen - genaue Zahlen gibt es nicht, weil die Stadt im ersten Halbjahr nur einen Teil der Daten erhob - freiwillig ausreisten, waren es in Bayern 13.390.

Innenpolitiker Mayer sagt: "Je mehr Abschiebungen es gibt, desto mehr Menschen reisen auch freiwillig aus. Ein Bleiberecht für alle, unabhängig davon, ob sie berechtigt Anspruch auf Asyl oder auf Anerkennung als Flüchtling haben, darf es nicht geben."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

AFP/Getty Images/CS/bb

Polizisten eskortieren auf dem Flughafen München eine Familie vom Balkan, die kein Bleiberecht erhalten hat und Deutschland wieder verlassen muss

CS/bb

**Load-Date:** February 9, 2016

**Zahl der Asylbewerber aus Tschetschenien steigt drastisch;  
Sicherheitsbehörden: Hinter dem Ansturm könnte eine Machtdemonstration  
des Kreml stecken. Warnung vor radikalen Salafisten unter den Eingereisten  
aus der russischen Nordkaukasus-Republik**

Die Welt

Montag 30. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 124

**Length:** 522 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Florian Flade

Julia Smirnova

## **Body**

---

Die Zahl der Eingereisten aus der Russischen Föderation ist in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Das erklärte das Bundesinnenministerium auf Anfrage der "Welt". Im April landete Russland bei den Hauptherkunftsländern von **Asylbewerbern** bereits auf dem fünften Platz.

Nach Zahlen des Bundesinnenministeriums gaben zwischen Januar und dem 23. Mai 82,3 Prozent der russischen Erstantragsteller unter ethnischer Zugehörigkeit "tschetschenisch" an. Insgesamt waren das 2244 von 2728 Asylbewerbern. Bei den 335 Russen, die einen Folgeantrag in diesem Zeitraum stellten, lag der Anteil der Tschetschenen sogar bei 87,2 Prozent.

Bereits seit der zweiten Jahreshälfte 2015 verzeichnet das Innenministerium einen erhöhten Zugang von Flüchtlingen aus Russland. Monatlich wurden demnach etwa 800 bis 1200 Asylsuchende im Easy-System (Erstverteilung der Asylbegehrenden) gezählt. Nach einem deutlichen Rückgang im Januar auf unter 600 ist die Zahl wieder auf das Vorjahresniveau gestiegen und lag im April bei 915. Die Easy-Datenbank zeigt am ehesten einen Echtzeitstand, weil hier auch Einreisende aufgenommen werden, bevor sie einen Termin für das offizielle Stellen eines Antrags erhalten.

Die Anerkennungsquote für Asylbewerber aus der Russischen Föderation ist jedoch gering. Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf Anfrage der "Welt" erklärte, lag die Gesamtschutzquote in den ersten vier

Zahl der Asylbewerber aus Tschetschenien steigt drastisch Sicherheitsbehörden: Hinter dem Ansturm könnte eine Machtdemonstration des Kreml stecken. Warnung vor ....

Monaten des Jahres bei 5,8 Prozent. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), fordert in diesem Zusammenhang, dass die Dublin-Verordnung "konsequent angewendet wird". Sie sieht vor, dass ein Asylbewerber seinen Antrag in dem EU-Land stellen muss, das er als Erstes betreten hat. "Asylbewerber aus Tschetschenien reisen meistens über Polen in die EU ein und müssen dorthin zurückgeführt werden", sagt Schröder. Ursachen für die erhöhte Zuwanderung sind der Bundesregierung derzeit nicht bekannt. Auch aus der Bundespolizei hieß es, man habe keine Erkenntnisse zu den Gründen. Nach hiesiger Erkenntnislage habe sich die Situation in der Russischen Föderation "nicht gravierend verschlechtert".

Die russische Republik Tschetschenien liegt im Nordkaukasus. Die Lebensverhältnisse in dem von zwei Bürgerkriegen zerrütteten Land sind bedrückend. Neben einer schlechten wirtschaftlichen Situation wirkt sich vor allem die Politik des von Moskau installierten Machthabers aus. Ramsan Kadyrow geht brutal gegen Oppositionelle vor. Wer ihn kritisiert, wird geschlagen, entführt, öffentlich erniedrigt; die Häuser werden angezündet.

Deutsche Sicherheitsbehörden betrachten den Anstieg mit Sorge. Zum einen äußern sie die Vermutung, dass der Kreml die "Tschetschenentür" erneut geöffnet habe, um seine Macht zu demonstrieren. In Moskau wurde die Unruhe in Deutschland durch die Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr genau registriert. Die Beamten für die öffentliche Sicherheit beobachten seit einiger Zeit, dass Russland diverse Möglichkeiten nutzt, um hierzulande Unruhe auszulösen. Zum anderen gebe es bei einigen Tschetschenen den Verdacht, es handle sich um radikale Salafisten. Seite 6

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** May 30, 2016

## **Türken stellen größte Gruppe der Asylberechtigten; Wegfall der Visumpflicht könnte Lage verschärfen**

Die Welt

Samstag 7. Mai 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 106

**Length:** 1006 words

**Byline:** Marcel Leubecher

### **Body**

---

Das Grundrecht auf Asyl ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht. Weder Krieg noch Hunger noch Krankheit noch Perspektivlosigkeit begründen den in Artikel 16 des Grundgesetzes festgeschriebenen Anspruch auf Asyl. Er ist den politisch Verfolgten vorbehalten - das waren 0,7 Prozent aller Asylbewerber, deren Verfahren im vergangenen Jahr abgeschlossen wurde.

Von den insgesamt 39.557 Asylberechtigten in Deutschland waren zum Stichtag 29. Februar 11.606 türkische Staatsbürger, teilte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf Anfrage der "Welt" mit. Mit großem Abstand folgen Iraner (5765) und Syrer (5390), Afghanen (2270) und Iraker (1633). Wesentlich mehr Antragssteller erhielten Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention: 260.381 Ausländer mit Flüchtlingseigenschaft zählt das Bundesamt, davon mehr als die Hälfte Syrer.

Die Türkei zählte durchgängig von 1986 bis 2011 zu den Hauptherkunftsländern von Asylsuchenden in Deutschland. Innenpolitiker fürchten, dass nach dem geplanten Wegfall der Visumpflicht die Zahl der türkischen Schutzsuchenden massiv ansteigen könnte. Wenn Ankara die noch offenen Kriterien erfüllt und der Rat der Europäischen Union und das EU-Parlament zustimmen, dürfen Türken ab Juni nur mit ihrem Personalausweis frei in alle Mitgliedsstaaten reisen und sich dort drei Monate lang aufhalten.

"Potenziell könnten 400.000 bis 500.000 türkische Flüchtlinge, vor allem Kurden, Asyl beantragen", sagte etwa der Türkei-Experte Gareth Jenkins vom Institut für Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Jenkins geht davon aus, dass angesichts der eskalierenden Gewalt im Kurdenkonflikt viele dieser Asylbewerber Aussicht auf Anerkennung hätten. Sie könnten einfach als Touristen ins Flugzeug steigen, um nach der Landung einen Antrag auf Asyl zu stellen. Falls dies massenhaft genutzt würde, können betroffene Staaten allerdings beantragen, dass die Reisefreiheit wieder ausgesetzt wird.

Die kurdische Gemeinde in Deutschland kritisierte die geplante Visumfreiheit "als ein weiteres unwürdiges Zugeständnis an das Erdogan-Regime". Die Vertreibung der Kurden werde damit belohnt. Wer nicht wolle, dass

Türken stellen größte Gruppe der Asylberechtigten Wegfall der Visumpflicht könnte Lage verschärfen

Kurden ihre Heimat verlassen, der solle sich vehement für die Einhaltung der Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Ohne diese beiden zentralen Bedingungen würden die Menschen in ihrer Heimat unterdrückt und zwangsläufig das Land verlassen.

Für einen Anstieg der Asylanträge nach Einführung der Visumfreiheit sprechen die Erfahrungen mit einem weiteren zentralen Herkunftsgebiet von Asylsuchenden in Deutschland, den Staaten des Westbalkans. Nachdem die Bundesrepublik mit etwa 350.000 Schutzsuchenden das Hauptzielland der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina war, der Kosovokrieg 1998 und 1999 zu jeweils fast 60.000 Asylanträgen führte und die Antragszahlen vom Westbalkan nach Ende der Kampfhandlungen bis 2009 in Deutschland gesunken waren, schnellten sie infolge der Aufhebung der Visumpflicht wieder in die Höhe. Seit 2010 ist Deutschland durchgängig mit weitem Abstand vor Frankreich das beliebteste Ziel von Asylbewerbern aus Balkan-Ländern. Insbesondere gilt dies seit Herbst 2012. Vorgegangen war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem Asylbewerbern ein Existenzminimum in der Höhe des Hartz-IV-Satzes zugesprochen wurde.

An den Zahlen, die das Bundesamt der "Welt" mitteilt hat, ist aber noch ein weiterer Aspekt interessant: Neben den insgesamt 39.557 Asylberechtigten (laut Grundgesetz) und den 260.381 anerkannten Flüchtlingen (laut Genfer Konvention) wird der dritte Schutzstatus noch seltener als in früheren Jahren vergeben; nicht einmal 4000 Ausländer genießen derzeit in Deutschland den schwächeren subsidiären Schutz.

Das ist vor allem deswegen überraschend, weil Innenminister Thomas de Maizière (CDU) im Herbst gegen starken Widerstand der SPD angekündigt hatte, syrische Asylsuchende - die mit Abstand größte Gruppe - sollten nur noch subsidiären Schutz bekommen. Im ersten Quartal 2016 endeten gerade einmal 0,9 Prozent der rund 150.000 abgeschlossenen Asylanträge mit diesem Titel: Das sind 1335 Ausländer. Der Hauptnachteil des subsidiären Schutzes ist, dass er nach einem und nicht erst nach drei Jahren verlängert werden muss.

Das mit der Verfassungsgarantie versehene deutsche Asylrecht ist das Ergebnis geschichtlicher Erfahrungen mit politischer Verfolgung während des Nationalsozialismus. Die Verfasser des Grundgesetzes gewährten dem einzelnen Berechtigten einen persönlichen, absoluten Anspruch auf Schutz und damit das Grundrecht auf Asyl. Mit der Gewährung eines Individualanspruchs auf Asyl geht das Grundgesetz über das Völkerrecht hinaus, das einen solchen Anspruch nicht kennt. Es gilt allein für politisch Verfolgte, also für Personen, denen im Herkunftsland mit hoher Wahrscheinlichkeit eine staatliche Verfolgung droht.

Im Gegensatz dazu regelt das zwischenstaatliche Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Konvention) nicht das Recht auf Asyl, sondern im Asyl. Das Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft bleibt jedem Unterzeichnerstaat selbst überlassen. Nach der Konvention gilt als Flüchtling, wer sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung etwa wegen seiner Rasse, Religion oder Nationalität außerhalb seines Herkunftslandes befindet.

Allgemeine Notsituationen - wie Armut oder Arbeitslosigkeit sind entgegen weitverbreiteten Vorstellungen als Gründe für eine Asylgewährung oder die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Konvention ausgeschlossen. Ein Ausländer, der die Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung nicht erfüllt, bekommt aber subsidiären Schutz, wenn stichhaltige Gründe bestehen, dass ihm im Herkunftsland Folter oder willkürliche Gewalt droht.

Das würde eigentlich auf die meisten Bürgerkriegsflüchtlinge zutreffen, doch wie die verschwindend wenigen "subsidiären" Syrer und Iraker belegen, ist das Bundesamt dazu übergegangen, Bürgerkriegsflüchtlingen meist die Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Konvention zuzuerkennen.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** May 7, 2016



## Italien wehrt sich gegen den Flüchtlingsstrom; Lokalpolitiker im Norden wollen keine Migranten mehr aufnehmen, doch der Druck wächst

Die Welt

Mittwoch 22. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 93

**Length:** 1068 words

**Byline:** Tobias Bayer

Andre Tauber

### **Body**

---

Mailand

In der Ecke oben links scheint die Sonne. Unten schwimmt ein blaurotes Holzboot mit winkenden **Flüchtlingen**. Links daneben reckt ein Afrikaner mit Sonnenbrille und Halskette den Daumen nach oben: "Matteo Renzi präsentiert: Ferien in Italien. 35 Euro pro Tag. Verpflegung und Übernachtung inklusive. Eine SIM-Karte zum Telefonieren. Zigaretten", steht daneben. Das Flugblatt kursiert seit Mitte März in den Untiefen der sozialen Netzwerke. Seit Sonntag ist es landesweit bekannt.

Nach dem Bootsunglück vor der libyschen Küste, das bis zu 800 Menschen das Leben gekostet haben könnte, postete es Alessandro Casali, stellvertretender Bürgermeister von Luino am Lago Maggiore, auf Facebook. Ein Aufschrei der Empörung folgte. Eine lokale Bürgerbewegung forderte Casali, der zur rechtskonservativen Partei Lega Nord gehört, zum Rücktritt auf. Doch der harrt auf seinem Posten aus. Der Facebook-Eintrag mag eine Entgleisung sein. Aber er gibt einen Eindruck davon, wie sehr die **Flüchtlingswelle** viele Italiener ängstigt.

Die Notlager auf Sizilien, aber auch in Apulien oder Kalabrien, sind überfüllt. Die Bootsflüchtlinge müssen also schnell über das ganze Land verteilt werden. Das Innenministerium in Rom startet über die Präfekten Rundrufe und bietet Hoteliers 35 Euro pro Tag, wenn sie Flüchtlinge aufnehmen. Doch viele Städte, insbesondere im wohlhabenden Norden des Landes wie in der Lombardei oder Venetien, wehren sich vehement dagegen, den Menschen Obdach zu gewähren. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen geht davon aus, dass seit Jahresbeginn rund 31.500 Personen über das Meer nach Italien und Griechenland übergesetzt sind.

Die Welle dürfte in den kommenden Monaten anhalten. Maurizio Scalia, Staatsanwalt in Palermo, befürchtet einen regelrechten Exodus aus Nordafrika: "Die Daten in unserem Besitz deuten daraufhin, dass rund eine Million Menschen darauf warten, von der libyschen Küste nach Europa überzusetzen", sagte Scalia. Italien ist für viele

Italien wehrt sich gegen den Flüchtlingsstrom Lokalpolitiker im Norden wollen keine Migranten mehr aufnehmen, doch der Druck wächst

Migranten nur das Sprungbrett nach Nordeuropa. Doch die europäischen Regeln verbieten eine Weiterreise. Die Dublin-Verordnung schreibt vor, dass die Flüchtlinge im Land ihrer Ankunft Asyl beantragen und dort auch bleiben müssen. Um den Ansturm zu bewältigen, schauen die italienischen Behörden allzu gerne weg. Die italienische Polizei versäumt es häufig, Fingerabdrücke zu nehmen, und lässt die Flüchtlinge unregistriert passieren.

Europa sucht nach der Bootstragödie vom Sonntag nach gemeinsamen Antworten. EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos präsentierte am Montag nach einem Treffen der EU-Innen- und Außenminister einen Zehn-Punkte-Plan.

Die Staats- und Regierungschefs werden die Ideen auf einem Sondergipfel am Donnerstag, zu dem Ratspräsident Donald Tusk geladen hat, debattieren. "Die Zeit der Sprüche ist vorbei", sagte Herbert Reul, Vorsitzender von CDU und CSU im Europaparlament. "Europa muss seine humanitäre Verantwortung nun beherzt wahrnehmen und auch ganz konkret gegen die Schleuserkriminalität aktiv werden." Vorgesehen ist, die Grenzschutzmission Triton auszubauen und entschlossen gegen Schleuserbanden vorzugehen. Vereinbart wurde, Flüchtlinge in Europa endlich konsequent zu registrieren - das versprochen die südlichen Länder allerdings auch schon Ende vergangenen Jahres auf dem Rat der EU-Innenminister. Umstritten ist der Plan der Europäischen Union, Boote von Schlepperbanden zu zerstören, bevor sie in See stechen. Experten bezweifeln, dass es so einfach sein wird, Fischerboote von Schlepperbooten zu unterscheiden.

Reul befürwortet ein solch hartes Vorgehen: "Die EU muss diese Aufgabe offensiv angehen und international die Führungsrolle übernehmen." Darüber hinaus sollen EU-Beamte Italien und Griechenland bei der Prüfung von Asylanträgen helfen. Ein erster, vorsichtiger Schritt hin zu einer fairen Verteilung der Flüchtlinge in Europa wird in einem Pilotprojekt gewagt: 5000 Flüchtlinge sollen von verschiedenen Ländern nach einem festen Verteilungsschlüssel aufgenommen werden. Derzeit wird jeder zweite Asylantrag der EU in Schweden, Frankreich und Deutschland gestellt.

Die Teilnahme an dem Pilotprojekt ist allerdings freiwillig. Italien begrüßt die Vorschläge, lässt aber Skepsis durchscheinen. Sandro Gozi, als Staatssekretär zuständig für die Europabeziehungen, nannte den Sondergipfel einen "wichtigen Schritt": "Er geht in die richtige Richtung. Europa hat verstanden, dass die Tragödien im Mittelmeer eine echte humanitäre Notsituation darstellen. Die EU muss nun vereint ein entschlossenes Signal aussenden."

Deutlich zurückhaltender bewertete Ex-Premier Romano Prodi den EU-Plan. Die Vorschläge seien "bescheiden", aber "positiv", sagte Prodi. "Triton" erhalte statt drei nun sechs Millionen Euro monatlich. Dabei dürfe man nicht vergessen, dass der italienischen Vorgängermission "Mare Nostrum" neun Millionen Euro zur Verfügung standen.

Schlüsselthema für Italien bleibt neben der Seenotrettung die Aufnahme der Flüchtlinge. Sie stößt auf immer größeren Widerstand. Beispielhaft ist die Situation in der nordöstlichen Region Venetien. Regionalpräsident Luca Zaia von der Lega Nord stellt sich stur. In Venetien würden bereits 514.000 Immigranten leben. Das entspreche elf Prozent der Bevölkerung. 42.000 seien arbeitslos. "Wir sagen nein. Wir stellen uns gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge", sagte Zaia. Der Präfekt von Venedig, Domenico Cuttaia, trommelte die Bürgermeister zu einem runden Tisch zusammen. Doch viele Stadtoberen ließen sich aus Protest entschuldigen oder von Assessoren vertreten. "In Venetien sind 50 Flüchtlinge eingetroffen. Sie werden über unser Territorium verteilt", sagte Cuttaia. Natürlich sei es den Bürgermeistern gestattet, nein zu sagen. "Meine Aufgabe besteht aber darin, mich davon nicht aufhalten zu lassen und den Menschen einen Platz zu bieten." Städte wie Padua, Treviso oder Verona winkten schon einmal ab. Doch nicht der ganze Norden sperrt sich. In dem Skiort Bormio im Veltlintal an der Grenze zur Schweiz werden Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Carlo Montini, 70, Eigentümer des Hotels "Stella", stellt seine Herberge zur Verfügung. "Die Touristen kommen nicht. Also habe ich entschieden, in meinem Hotel Flüchtlinge aufzunehmen", sagte Montini. Sieben seien bereits eingetroffen. Alle 45 Schlafplätze will er belegen. Der Hotelier handelt auch aus Eigennutz. Die 35 Euro pro Tag je Flüchtling kann er gebrauchen.

Italien wehrt sich gegen den Flüchtlingsstrom Lokalpolitiker im Norden wollen keine Migranten mehr aufnehmen, doch der Druck wächst

## Graphic

---

dpa/Alessandro Di Meo

Ein Überlebender des vor Libyen gekenterten Flüchtlingsboots geht in Sizilien an Land. Italienische Küstenwache und Polizei nehmen den Mann in Empfang

Alessandro Di Meo

**Load-Date:** April 22, 2015

---

End of Document

**Abschiebungen fast nur in Balkanstaaten; Im ersten Halbjahr gab es gerade einmal 166 Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern nach Nordafrika. CDU dringt auf Gipfel von Bund und Ländern**

Die Welt

Mittwoch 10. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 186

**Length:** 765 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## Body

---

Nur langsam nähert sich die Bundesregierung ihrem Ziel, mehr abgelehnte **Asylbewerber** zurückzuführen. Im ersten Halbjahr wurden 13.743 **Migranten** abgeschoben, im gesamten Vorjahr waren es 20.888 und 2014 noch 10.884. Allerdings stiegen in dem gesamten Zeitraum die Zahlen der Schutzsuchenden und der abgelehnten **Asylanträge** weit stärker an.

Wie aus einer der "Welt" vorliegenden Antwort der Bundesregierung hervorgeht, entfielen 75 Prozent (10.301) der Abschiebungen alleine auf die sechs Staaten des Westbalkans, die nach langem Ringen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt worden waren. Entscheidend für eine solche Kategorisierung sind sehr geringe Anerkennungsquoten der **Asylanträge**. Bei einer anderen Gruppe von meist unbegründet Schutzsuchenden gelingen Abschiebungen nur selten. Wie aus der Antwort der Bundesregierung hervorgeht, wurden in den ersten sechs Monaten nur 166 **Migranten** nach Marokko, Tunesien und Algerien zurückgebracht, davon 57 im ersten Quartal. Obwohl weniger als zwei Prozent der **Asylanträge** von Maghrebbürgern anerkannt werden, gelten ihre Herkunftsländer noch nicht als sichere Herkunftsstaaten. Vor allem die Grünen verhindern dies im Bundesrat.

Der Großstadtbeauftragte der Unionsfraktion im Bundestag, Kai Wegner (CDU), sagte: "Die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer darf nicht länger an einer rot-grünen Blockadehaltung im Bundesrat scheitern." Es sei notwendig, weitere Länder mit einer sehr geringen Anerkennungsquote zu sicheren Drittstaaten zu klassifizieren. "Es ist schwer nachvollziehbar, Menschen, die mit 98-prozentiger Wahrscheinlichkeit keine Schutzberechtigung erhalten, längeren Aufenthalt in unserem Land zu ermöglichen", sagte Wegner der "Welt". Auch zeige die geringe Rückführungsquote abgelehnter Asylbewerber, dass die bisherigen Regelungen zur Abschiebung deutlich nachgebessert werden müssten. "Wir brauchen einen Abschiebegipfel von Bund und Ländern, um gemeinsam und konsequent die vollziehbar Ausreisepflichtigen wieder in ihre Länder zurückzuführen. Der Bund steht in der Pflicht, die Länder logistisch zu unterstützen und eine einheitliche Abschiebep Praxis zu gewährleisten", sagte Wegner. Vor allem Ausländer, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdeten,

Abschiebungen fast nur in Balkanstaaten Im ersten Halbjahr gab es gerade einmal 166 Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern nach Nordafrika. CDU dringt auf ....

müssten schnellstmöglich ausgewiesen werden können. "Die Absenkung der rechtlichen Hürden bei Abschiebungen ist eine Maßnahme, die im Interesse eines gemeinsamen Vollzugs mit weiteren Vorschlägen bei einem Abschiebegipfel zentral gebündelt werden sollte", sagte der CDU-Politiker.

NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hatte im "Spiegel" mehr Unterstützung vom Bund für die Länder bei Abschiebungen und eine Nachbesserung der Rücknahmeabkommen gefordert. Alleine in ihrem Bundesland leben etwa 2000 ausreisepflichtige Nordafrikaner. Ihr Genosse und Innenminister Ralf Jäger kritisierte wiederholt mangelnden Einsatz des Bundes und der Maghrebstaaten bei der Rücknahme eigener Bürger. "Wenn das in dem Tempo weitergeht, dann ziehen sich die anstehenden Abschiebungen noch 25 Jahre hin", sagte er im Juni. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte im Februar nach einem Besuch in den nordafrikanischen Staaten verkündet, die Regierungen hätten sich zur Rücknahme ihrer Bürger bereit erklärt.

Doch die Bundesländer gehen unterschiedlich mit dem Instrument der Abschiebung um. Während NRW im ersten Halbjahr 2625 Migranten zurückbrachte, kam Schlusslicht Bremen nur auf 14 Abschiebungen. Im vergleichbaren Nachbarstadtstaat Hamburg waren es 435.

Wesentlich mehr Ausländer reisen aber freiwillig aus. 34.005 abgelehnte Asylbewerber verließen laut Ausländerzentralregister im ersten Halbjahr das Land. Davon 84 Prozent (28.535) aus den sechs Westbalkanstaaten, aber auch 378 Algerier und 341 Marokkaner. Allerdings hielten sich laut de Maizière "Ende Mai dieses Jahres über 220.000 vollziehbar Ausreisepflichtige auf, davon etwa 52.000 sogar ohne eine Duldung".

Die Gründe für einen Verbleib in Deutschland trotz bestehender Ausreisepflicht reichen von fehlenden Identitätsnachweisen über unkooperative Herkunftsstaaten bis zu tatsächlichen oder vorgetäuschten Krankheiten. Manchmal scheitert eine Abschiebung aber auch an "Widerstandshandlungen" der Migranten. 121-mal war dies im ersten Halbjahr bei Abschiebungsversuchen auf dem Luftweg der Fall. Besonders Eritreer und Iraker leisteten heftigen Widerstand. 67-mal weigerte sich der Pilot oder die Fluggesellschaft, einen widerständigen Migranten zu transportieren.

Der Bund steht in der Pflicht, die Länder logistisch zu unterstützen Kai Wegner, CDU

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 10, 2016

**Migration als Menschenrecht?; Dass die Grünen sich vehement dagegen wehren, Staaten Nordafrikas als "sichere Herkunftsländer" zu erklären, ist Teil ihrer Lebenslüge, dass jeder Armutsflüchtling bei uns aufgenommen werden muss**

Die Welt

Dienstag 14. Juni 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 6; Ausg. 137

**Length:** 1106 words

**Byline:** Dirk Schümer

## **Body**

---

In einem einzigen Punkt haben die Grünen Recht: Es gibt keine sicheren Herkunftsländer. Sogar Luxemburg oder die Schweiz, welche die Aufdeckung von deutschem Steuerbetrug mit Strafverfolgung beantworten, sind für die Informanten sehr unsicheres Gelände. Wenn die Bundesrepublik nun abgewiesene, vielleicht gar straffällige **Asylbewerber** aus Marokko, Algerien, Tunesien in ihre Heimat überführen will, dann kommen diese in keine geölten Rechtsstaaten. Die grüne Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt begründet den Widerstand ihrer Partei gegen die Umwidmung der Maghrebstaaten nach gewohntem Muster: Es gebe in diesen Ländern "massive Menschenrechtsverletzungen". Genau das aber ist die Krux der pauschalen Einteilung in sichere und unsichere Herkunftsländer: Was den einzelnen Menschen dort erwartet, lässt sich auf der Ebene der deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit sowieso nicht entscheiden.

In Wahrheit ist die saubere Scheidung der Herkunftsländer ein rein pragmatischer Akt. Wenn über Jahre so gut wie kein Antragsteller anerkannt wurde, spricht die Empirie dafür, nicht mehr jeden Einzelfall über Monate oder Jahre auf dem teuren Rechtsweg abzuwägen. Das ist für manche Betroffene hart. Auch manche Romafamilie vom Balkan hätte gerne aus den Slums ihrer Heimat herausgefunden, um für ihre Kinder eine bessere Zukunft in Deutschland aufzubauen. Doch außer sozialer Diskriminierung im Alltag spricht im heutigen Serbien oder Kosovo eben wenig für drohende Folter, Vergewaltigung, Inhaftierung der Antragsteller. In Nordafrika ist das nicht anders, sonst würden die **Asylanträge** nicht bereits massenhaft abgewiesen.

Damit können die Grünen sich nicht abfinden, weil in ihrem Weltbild die Armutsmigration aus Afrika oder Vorderasien als Menschenrecht erscheint. Wer es mit dubiosen Schleuserbanden übers Meer zu uns geschafft hat, der soll auch bleiben und soziale Dienstleistungen einfordern dürfen. Die Prüfung individueller Gefährdungen Einzelner sind in Deutschland meist sowieso nicht möglich und dienen nur dazu, die Verfahren in die Länge zu ziehen und wenigstens den Rechtstitel einer Duldung zu erlangen. Oder die Anwarter tauchen nach dem Verfahren

Migration als Menschenrecht? Dass die Grünen sich vehement dagegen wehren, Staaten Nordafrikas als "sichere Herkunftsländer" zu erklären, ist Teil ihrer Lebensl....

in die Illegalität ab, zumal ihre Herkunftsländer die Repatriierung meist verhindern. So bleibt selbst die Kriminalität vieler im Polizeijargon sogenannter "Nafris" ein deutsches Problem. Und illegale Zuwanderung wird irgendwann automatisch legal.

Wohin das führt, das schildert selbst der sozialdemokratische Justizminister Jäger aus Nordrhein-Westfalen drastisch: junge Intensivtäter, die in Düsseldorf oder Köln ganze Stadtteile molestieren und sich über die Machtlosigkeit der Polizei nach jeder Freilassung mehr kaputtlachen. Wer diesen rechtsfreien Raum durch die Menschenrechtslage in Nordafrika kleinredet, dem sind die Menschenrechte zahlreicher deutscher Bürger wurscht. Lieber das Phänomen von Armutswanderung und Überbevölkerung ins Asylrecht packen, als sich der rauen Wirklichkeit wenigstens ansatzweise stellen.

Marokko, das sich bei der Repatriierung dreist der Kooperation mit mitteleuropäischen Behörden verweigert, ist mit gewaltigen Phosphatvorkommen eines der reichsten Länder der Welt. Doch dieser Reichtum kommt, wie in fast allen undemokratisch-islamischen Staaten, eher einer kleinen Elite um den Monarchen zugute. Da wirkt es, als exportiere Marokko seine hoffnungslosen Problemjugendlichen wohlwollend ins deutsche Sozialsystem. Auf die naheliegende Idee, dagegen politischen Druck auf zynische Potentaten in Nord- oder Mittelfrika auszuüben, kommen deutsche Politiker sonderbarerweise nicht.

Dabei ist völlig klar, dass sich die Migration aus Dutzenden von Staaten, deren Jugend oft zu Millionen nach Mitteleuropa strebt, über das Asylrecht nicht dauerhaft wird regeln lassen. Hier einfach weiterzumachen wie zu Zeiten, da ganz wenige verfolgte Schriftsteller und gefolterte Oppositionspolitiker aus der Dritten Welt in Deutschland um Asyl nachsuchten, ist nichts anderes als Heuchelei. Asyl ist längst der brüchige Hebel für ein viel größeres Problem, das über Quoten nach deutschen Anforderungen und europäischen Bedürfnissen per Zuwanderungsgesetz geregelt gehört. In den armen Ländern haben die Menschen diese Lücke viel besser begriffen als alle Grünen-Politiker, sonst würden nicht Hunderttausende aus dem Maghreb, aber auch aus Pakistan, Bangladesch, Ägypten, Somalia, Gabun et cetera ihre Pässe wegwerfen und sich bei uns als kriegsflüchtige Syrer zu tarnen versuchen. Auch dieser Etikettenschwindel spricht unserem ausgehöhlten Asylrecht Hohn, ohne dass dies einen regierenden Politiker - Grüne oder nicht - zu stören scheint.

Solange Europa nicht in der Lage ist, seine Außengrenzen einigermaßen zu schützen und mörderischen Schleppermafiosi die Organisation der Zuwanderung überlässt, muss eben die völlig überforderte Asylbürokratie hektisch entlastet werden, bevor sie zusammenbricht. Daher der Wunsch, den Maghreb zum "sicheren Herkunftsländ" zu erklären. Morgen könnte es bei entsprechendem Andrang auch Eritrea oder sogar ein friedliches Syrien treffen, wohin ohnehin kaum einer der Flüchtlinge zurück will. Vor dieser Zukunft einer aus dem Ruder gelaufenen Massenmigration verschließen Romantikerinnen wie Katrin Göring-Eckardt lieber die Augen, weil sie dafür noch weltfremdere Antworten parat haben als für die Misere von heute.

Für eine Partei wie die Grünen, die sich bei diesem Thema mit Lebenslügen über Wasser hält, lohnt aber ein Blick über Deutschlands Grenzen. Dort ist der Aufstieg des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders eng verwoben mit seiner Kritik an der lange tabuisierten Kriminalität maghrebinischer Zuwanderer der ersten und zweiten Generation. Wilders pauschales Versprechen "Weniger Marokkaner!" bringt ihm derzeit einen Gerichtsprozess wegen Volksverhetzung ein. Gleichzeitig ist seine "Freiheitspartei" bei Umfragen mit knapp 30 Prozent die stärkste politische Kraft in Holland geworden. Von unseren Nachbarn, die inzwischen eine viel härtere Linie gegen Straßenkriminalität von Jugendlichen und Migranten führen, kann man lernen: Es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen dem Versagen des Rechtsstaates und rechtspopulistischen Erfolgen. Wer aber wie die Grünen die Kriminalität im eigenen Land kleinredet und stattdessen Deutschlands angeknackste Liberalität im Maghreb verteidigt, der macht die Unsicherheit daheim nur noch größer. Und tut den undemokratischen und unkooperativen Herrschern in Nordafrika sogar noch einen Gefallen.

Die Kriminalität im eigenen Land wird kleingeredet und stattdessen Deutschlands Liberalität verteidigt

[forum@welt.de](mailto:forum@welt.de) ([forum@welt.de](mailto:forum@welt.de))

Original Gesamtseiten-PDF

Migration als Menschenrecht? Dass die Grünen sich vehement dagegen wehren, Staaten Nordafrikas als "sichere Herkunftsländer" zu erklären, ist Teil ihrer Lebensl....

## Graphic

---

Axel Springer SE

**Load-Date:** June 14, 2016

---

End of Document



## 1200 Fingerabdruckscanner gegen Identitätenswindel; Bundesamt für Flüchtlinge verdoppelt Gerätezahl

Die Welt

Donnerstag 19. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 270

**Length:** 342 words

**Byline:** Gerhard Hegmann

### Body

---

Der Bund rüstet jetzt bei der Technik auf, um die Identität der mehreren Hunderttausend Flüchtlinge im Land zu erfassen. Nach Recherchen der "Welt" hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bis zu 1200 Fingerabdruckscanner für 4,3 Millionen Euro bestellt. Die Geräte werden vom BAMF an seinen Außenstellen bei den Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge genutzt. Zudem sollen sie von mobilen Teams eingesetzt werden, heißt es auf Anfrage beim Beschaffungsamt des Bundesinnenministeriums. Derzeit hat das BAMF etwa drei Dutzend Außenstellen, wo die Flüchtlinge erkennungsdienstlich behandelt und Asylanträge bearbeitet werden.

Die Geräte wurden bis Herbst 2016 bestellt. Ob bis dahin dann die Höchstmenge von 1200 Geräten auch abgenommen wird, ist noch offen. Eine Abnahmeverpflichtung bestehe nicht. Zunächst wurde eine erste Lieferung von 500 Geräten geordert, die bereits geliefert sind. Derzeit hat die Behörde etwa 600 Fingerscanner im Einsatz. Bei den Fingerabdrucklesern handelt es sich um Geräte der Jenaer Firma Cross Match Technologies, die wiederum zum US-Unternehmen Cross Match Holdings gehört. Die Firma hat ihre Wurzeln in der Carl-Zeiss-Gruppe und wurde dann ausgegründet. Cross Match zählt zu den weltweit führenden Anbietern hochwertiger biometrischer Erfassungssysteme und liefert beispielsweise die Fingerabdruck-Erfassungssysteme für die US-Außengrenzen und US-Flughäfen.

Wie ein Firmenexperte sagte, arbeiten die bei der erkennungsdienstlichen Behandlung der Flüchtlinge eingesetzten Geräte nach dem sogenannten 4-4-2-System. Insgesamt werden von den zehn Fingern jeder Person drei Aufnahmen gemacht. Die Aufnahmen seien so hochwertig, dass aufgrund des Automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystems (Afis) mit einem Algorithmus eine klare Fingerabdruckidentität erfolgt.

Bei Afis-Systemen, die auch von der Polizei verwendet werden, kann zeitgleich mit der Erfassung festgestellt werden, ob die Fingerabdrücke schon einmal erfasst wurden. Damit sollen Mehrfachidentitäten aufgedeckt werden.

Original Gesamtseiten-PDF

1200 Fingerabdruckscanner gegen Identitätsschwindel Bundesamt für Flüchtlinge verdoppelt Gerätezahl

**Load-Date:** November 19, 2015

---

End of Document

## Merkel erwartet Ausreise von Flüchtlingen nach Kriegsende; Altmaier will auch in Drittländer abschieben lassen

Die Welt

Montag 1. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 26

**Length:** 559 words

### Body

---

Bundeskanzlerin Angela Merkel erwartet von Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak nach dem Ende der Kämpfe dort die Rückkehr in ihre Heimat. Deutschland gewähre den meisten Flüchtlingen nur vorübergehenden Schutz, sagte die CDU-Chefin am Samstag in Neubrandenburg. Auch nach dem Jugoslawienkrieg in den 90er-Jahren seien 70 Prozent der Menschen zurückgekehrt.

Kaum ein Flüchtling erhalte Asyl. Die meisten bekämen einen auf drei Jahre befristeten Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder einen subsidiären Schutz, der noch kürzer sei, sagte Merkel wörtlich: "Wir erwarten, dass wenn wieder Frieden in Syrien ist, wenn der IS im Irak besiegt ist, dass Ihr auch wieder mit dem Wissen, das Ihr Euch erworben habt, in Eure Heimat zurückgeht." Dies müsse bei allen Anstrengungen zu Integration und Hilfe stärker betont werden, forderte sie.

Fortschritte verlangte Merkel auch in der EU. Etwa beim Schutz der Außengrenzen: "Die Zahlen müssen noch weiter gesenkt werden und dürfen vor allem im Frühjahr nicht wieder ansteigen". Sie sei etwas enttäuscht über die jetzige Zusammenarbeit. Sie verstehe, dass osteuropäische Länder keine so große Last tragen könnten wie Deutschland. Wer aber keine Muslime aufnehmen wolle, verstoße gegen das gemeinsame Werteverständnis. "Dass eine EU mit 500 Millionen Menschen nicht eine Million Syrer aufnehmen kann, das leuchtet mir nicht ein", sagte Merkel.

Zugleich forderte sie, in Deutschland alle Probleme offen anzusprechen. Die "verheerenden" Vorfälle von Köln sollten als Weckruf verstanden werden, um zu prüfen, wo der Rechtsstaat nachsteuern müsse. Dazu gehört aus Sicht der Bundesregierung auch eine konsequentere Abschiebepaxis, die in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt. Bisher dürfen straffällige Migranten nicht abgeschoben werden, wenn ihnen in ihrer Heimat schwerwiegender Schaden droht. Kanzleramtschef Peter Altmaier will sie in diesem Fall nun auch in Drittländer abschieben, etwa in jene, über die sie in die EU eingereist seien. Man verhandele darüber mit der Türkei und anderen Ländern, sagte Altmaier der "Bild am Sonntag".

Der Anteil der Asylanträge von Flüchtlingen ungeklärter Herkunft hat deutlich zugenommen. Im Juli 2015 waren es nur 705 Personen, im November bereits 1618 und im Dezember schon 3349 Anträge. Sie stellten damit nach

Merkel erwartet Ausreise von Flüchtlingen nach Kriegsende Altmaier will auch in Drittländer abschieben lassen

Informationen der "Welt am Sonntag" im vergangenen Monat die größte Gruppe nach Syrern, Irakern und Afghanen. Besonders die Zahl der kurdischen Asylbewerber in Deutschland stieg stark an. Den Angaben zufolge stellen sie die Hauptgruppe derjenigen, die in der Asylstatistik in die Rubrik der ungeklärten Staatsangehörigkeit fallen.

"Sofern sie keine Pässe haben, muss festgestellt werden, ob sie aus Syrien, dem Irak, der Türkei oder dem Iran stammen", erklärte der Ministeriumssprecher. Ähnlich sei es auch bei Palästinensern. Sie haben in vielen Fällen keine syrische Staatsangehörigkeit, selbst wenn sie lange im Land gelebt haben.

Angeichts der weiterhin hohen Flüchtlingszahl fordert der Sprecher der unionsgeführten Innenministerien eine Reduzierung. "Es ist, als ob Mekka in Deutschland wäre. So kann das nicht weitergehen", sagte Lorenz Caffier (CDU), Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, der "Welt am Sonntag". "Selbst Minusgrade haben keinen spürbaren Effekt. Die Flüchtlingssaison kennt offenbar keine Jahreszeiten."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 1, 2016

---

End of Document

**"Bekommt euren Arsch hoch und die Zähne auseinander!"; Die Ereignisse der Silvesternacht stellen Kölns Aktivisten gegen rechts vor Probleme. Das übliche Schwarz-Weiß-Schema ist verrutscht**

Die Welt

Freitag 8. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 6

**Length:** 799 words

**Byline:** Sabine Menkens

## **Body**

---

Arsch huh, Zäng ussenander": Dieser Schlachtruf ist in Köln legendär. Seit in Rostock-Lichtenhagen 1992 die **Asylbewerberheime** brannten, der grölende Mob davor, steht "Arsch hoch, Zähne auseinander" für Zivilcourage und den Aufstand der Anständigen. Von BAP über Bläck Fööss und Brings bis Zeltinger versammelte sich am 9. November 1992 alles, was Rang und Namen hat in der Kölner Musikszene, am Kölner Chlodwigplatz und rockte gegen rechts.

Seitdem steht der Arsch Huh e. V. für Toleranz und gegen Rassismus und Neonazis. Zuletzt konnten sie im Oktober als Teil des Bündnisses Köln stellt sich quer in einer großen Demonstration mit 15.000 Menschen eine Kundgebung der rechtsextremen Hogesa im Keim ersticken. Einmal mehr konnte sich Köln als tolerante, bunte und weltoffene Metropole mit Herz feiern.

Doch seit der Silvesternacht am Kölner Bahnhof ist etwas durcheinandergeraten im Koordinatensystem der Stadt. Dass es mitten in der Dommetropole zu Jagdszenen auf Frauen und Mädchen kommen konnte, nach übereinstimmenden Zeugenberichten massenhaft ausgeübt von enthemmten Männergruppen aus dem arabischen Raum, hat die Kölner schockiert.

Auch jetzt müsste es wieder heißen: "Arsch huh, Zäng ussenander". Doch offenbar sorgt die Tatsache, dass die Gewalttäter diesmal nicht stiernackige Neonazis, sondern randalierende Migranten waren, für Klebstoff im Kiefer.

Die Vorgänge in der Silvesternacht kommentierte Arsch Huh, sonst um klare Worte nicht verlegen, seltsam zahm. "Die reißerische Berichterstattung der Presse suggeriert eine Massendemonstration sexueller Gewalt", heißt es auf der Facebook-Seite des Vereins. "Fakt ist jedoch, dass es sich um Kleingruppen von Kriminellen handelte, die nach Auflösung einer Menschenansammlung durch die Polizei um den Bahnhof herum aktiv waren und neben den sexuellen Übergriffen vor allem für Diebstähle verantwortlich waren!"

"Bekommt euren Arsch hoch und die Zähne auseinander!" Die Ereignisse der Silvesternacht stellen Kölns Aktivisten gegen rechts vor Probleme. Das übliche Schwarz-....

Die Täterbeschreibungen der Polizei würden jetzt dazu benutzt, "um eine Gruppe von Menschen, eben Flüchtlinge und Migranten, haftbar zu machen, obwohl schon sehr schnell von der Polizei verlautbart wurde, dass es sich bei den Tätern eben nicht um Flüchtlinge gehandelt habe", heißt es in dem Posting vom Dienstag. Es wurde auch dann nicht aktualisiert, als nach und nach das ganze Ausmaß der Katastrophe der Silvesternacht herauskam - und auch die anfängliche Beschwichtigungsstrategie der Kölner Polizei. Stattdessen rief der Verein zur Demonstration gegen eine Kundgebung der rechtsextremen Vereinigung Pro NRW auf, die die Silvestervorgänge unter dem Motto "Zuwanderergewalt lässt uns nicht kalt!" für ihre Zwecke instrumentalisieren wollte. Dem "rassistischen Mob" müsse man sich "unüberhörbar und unübersehbar" entgegenstellen.

Die Demonstration fand dann auch statt. Doch diesmal wollten viele Kölner, die sonst im Kampf gegen rechts dabei sind, nicht mittun. Nur 100 Teilnehmer protestierten. "Ich finde eure Aktion dieses Mal leider fehl am Platz und sendet für mein Geschmack das falsche Signal", schreibt Christoph Braem, der sonst schon mehrfach bei Arsch-Huh-Aktionen dabei war. Gabriele Esser beklagt "unerträgliche Scheinheiligkeit gepaart mit Doppelmoral": "Warum müsst Ihr die geschädigten Frauen jetzt noch zusätzlich verhöhnen, indem so getan wird, als habe das alles nicht mit Asylanten und Migranten zu tun? Gibt es für Euch nur schwarz oder weiß, links oder rechts? Das ist gewiss nicht Köln!"

Und Lena Buerger kritisiert: "Ich hätte mir von euch mal nach sechs Tagen klare und deutliche Äußerungen zu den Vorkommnissen erhofft. Das diese immer noch nicht gekommen ist, ist erschreckend und beschämend", kritisiert sie. "Denkt mal drüber nach und bekommt endlich euren Arsch hoch und die Zähne auseinander!"

Diese Kritik allerdings will der Verein nicht auf sich sitzen lassen. Schon am Samstag soll es wieder eine Demo des Bündnisses Köln stellt sich quer geben, zeitgleich mit der Demo der rechtsextremen Pegida. Das Motto: "Pegida NRW stoppen! Nein zu rassistischer Hetze! Nein zu sexueller Gewalt!". Hermann Rheindorf, Vorstandssprecher von Arsch Huh, ist sich bewusst, dass dem Verein in der noch immer unklaren Faktenlage derzeit wenig übrig bleibt, als einen Eiertanz zu vollführen. "Was da passiert ist, ist grauenhaft und absolut schändlich und muss mit aller Härte geahndet werden", sagt er. "Wenn unter den Tätern tatsächlich auch Flüchtlinge sind, erweisen sie unserer Arbeit einen Bärendienst und treten unsere jahrelangen Bemühungen um Ausgleich mit Füßen." Dennoch wehre man sich dagegen, dass die Situation politisch von Rechten ausgeschlachtet und rhetorisch eskaliert werden kann. "Unser Ziel ist es, zivilgesellschaftliches Engagement zu zeigen", sagt Rheindorf. "Wer uns unterstellt, dass wir das Problem aus falsch verstandener Toleranz ignorieren, ist selbst ignorant."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 8, 2016

**Reichlich politischer Sprengstoff; Die Versäumnisse beim Umgang der Behörden mit dem Tatverdächtigen bringen die Verschärfung der Sicherheits- und Migrationspolitik wieder auf die Agenda**

Die Welt

Freitag 23. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 3; Ausg. 301

**Length:** 1117 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## Body

---

Die kriminelle Karriere des verdächtigen Tunesiers Anis Amri zeigt wie der Werdegang von mehreren Paris-beziehungsweise Brüssel-Attentätern, dass es erhebliche Lücken in der **Migrations-** und Sicherheitspolitik gibt. Die politische Debatte über schärfere Gesetze bekommt damit eine neue Dynamik. Was liegt auf dem Tisch? Und: Bietet es wirklich mehr Schutz?

Mehr sichere Herkunftsstaaten festlegen: Auch wenn Amri mehrere Identitäten benutzte und seinen Geburtsort mal als Alexandria in Ägypten angab - mittlerweile gilt es als sicher, dass der Verdächtige aus Tunesien stammt. Bereits im März hat der Bundestag mit den Stimmen von Union und SPD beschlossen, dass die drei nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien und Tunesien zu "sicheren Herkunftsstaaten" erklärt werden.

Weil nur sehr wenige Asylbewerber aus diesen Ländern einen Schutzstatus erhalten (weniger als ein Prozent), will die Koalition mit der Einstufung dafür sorgen, dass die Verfahren beschleunigt und Abschiebungen vereinfacht werden. Was noch fehlt, ist die Zustimmung des Bundesrats - doch dort stehen die Grünen seit Monaten auf der Bremse. Sie verweisen auf Menschenrechtsverletzungen in der Region. Außerdem sehen sie nicht, dass dadurch die Blockadehaltung der Länder bei der Rücknahme ihrer Staatsbürger gelöst wird.

Vor allem die Union fordert den Bundesrat jetzt auf, den Vorschlag abzunicken. Man erhofft sich davon auch ein Signal in die Region, dass es kaum eine Chance gibt, in Deutschland zu bleiben. In der SPD sind die Pläne umstritten. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner zum Beispiel, der dem linken Flügel zugerechnet wird, sagte im ZDF, im aktuellen Fall hätte das nicht geholfen, da der Asylbescheid des gesuchten Tunesiers bereits negativ beschieden worden war.

Dublin durchsetzen: In der Europäischen Union (EU) ist das Land für die Durchführung eines Asylantrags verantwortlich, in dem ein Migrant zuerst ankommt. Im Jahr 2011 wurde Amri nahe der Hafenstadt Catania auf Sizilien verhaftet. Wegen Gewalttaten, Brandstiftung, Körperverletzung und Diebstahl wurde er zu vier Jahren

## Reichlich politischer Sprengstoff Die Versäumnisse beim Umgang der Behörden mit dem Tatverdächtigen bringen die Verschärfung der Sicherheits- und Migrationspoli....

verurteilt. Im Mai 2015 wurde er entlassen und in Italien in Abschiebehaft verlegt. Warum es nicht zur Rückführung nach Tunesien kam, ist noch nicht klar. Nach ein paar Wochen wurde er entlassen und reiste weiter nach Deutschland.

Die Bundesregierung pocht darauf, dass Dublin weiter gelten soll. Blickt man auf die Statistiken der vergangenen Jahre, dann wird aber auch deutlich, dass nur sehr wenige Asylsuchende zurück in jenes europäische Land gebracht werden, das für den Migranten zuständig ist. Italien hat in der Vergangenheit oftmals die Regeln verletzt. Asylsuchenden wurden zum Teil 500 Euro in die Hand gedrückt, damit sie das Land schnell wieder verlassen. Mittlerweile hält sich Italien aber offenbar oft an die Regeln: Mehr als 90 Prozent der Eingereisten werden registriert. Dennoch: Länder wie Österreich, die Schweiz, Frankreich und Deutschland haben sich auch in diesem Jahr in Rom beschwert, dass das Land mehr dagegen unternehmen muss, dass Asylsuchende in die Nachbarländer reisen.

Transitzentren einrichten: Im Herbst 2015 legte das Bundesinnenministerium den Vorschlag für Transitzentren an der Grenze zu Österreich vor. Dort sollten vor Ort Asylgesuche aufgenommen und entschieden werden. Anschließend sollte die Einreise erlaubt werden - oder aber die Rückführung erfolgen. CDU und CSU befürworteten den Plan - die SPD stemmte sich jedoch dagegen. Angesichts von Zehntausenden Migranten sei dies nicht machbar.

Mittlerweile kommen aber deutlich weniger. Und CDU und CSU versuchen es jetzt erneut: CDU-Innenexperte Armin Schuster sagt, dass Amri dann nicht hätte einreisen können. Sein Antrag wäre im Transitzentrum abgelehnt worden. Dort hätte er bis zu seiner Rückführung nach Tunesien bleiben müssen. Die Opposition im Bundestag erteilte dem Vorschlag aber ebenso eine Absage wie der Koalitionspartner SPD. Solche "reflexhaften" Vorschläge hätten die Sozialdemokraten in der Vergangenheit immer wieder abgelehnt, sagte zum Beispiel SPD-Innenpolitiker Uli Grötsch.

Konsequenter Abschieben: Während vor allem rot-grüne Länderbündnisse auf freiwillige Rückreisen von abgelehnten Asylbewerbern setzen, fordert die Union eine deutliche Steigerung bei der Zahl der Abschiebungen - sie sollen den Druck erhöhen, damit Menschen freiwillig in ihre Heimat zurückkehren. Amri sollte offenbar abgeschoben werden. Das war aber letztlich nicht möglich, weil Tunesien ihn nicht als Staatsbürger anerkannte. Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen ließ dabei offen, welche konkreten Maßnahmen die zuständige Ausländerbehörde ergriffen hatte, nachdem die Abschiebung gescheitert war.

Unabhängig von diesem Fall will der Innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU), die Möglichkeit der Abschiebehaft verlängern - zumindest für Ausreisepflichtige, die ihre Ausreise "selbst verschuldet renitent verhindern". Zudem fordert er wie auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) einen neuen Abschiebehaftgrund "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Zum anderen dürften laut Mayer ausreisepflichtige Personen, die sich renitent verhielten, ihre Identität verschleiern oder wie im Fall Amri mehrere Identitäten hätten, keine Duldung mehr erhalten. Das sei dann auch mit geringeren Sozialleistungen verbunden, und die Person könne etwa verpflichtet werden, sich in Ausreisezentren aufzuhalten. Renate Künast (Grüne), Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, bezeichnete die Forderung von Mayer, die Abschiebehaft auf 14 Tage auszudehnen, im Sender Phoenix als "populistisch". "Wenn jemand keine Papiere hat und ein Land nicht aufnahmebereit ist - wie das hier bei Tunesien war - , nützen ihnen 14 Tage auch nichts. Nur, dass sie ihn 14 Tage später erst wieder entlassen", sagte sie.

Islamisten besser observieren: In Deutschland leben zurzeit rund 200 islamistische Gefährder, heißt es in Sicherheitskreisen - ihnen trauen die Behörden zu, dass sie jederzeit einen Anschlag verüben könnten. Zu dieser Gruppe wurde auch Amri gezählt. Allerdings: Die schiere Zahl der Gefährder ist mittlerweile so groß, dass die Behörden die Extremisten nicht mehr genau im Blick haben. "Wir werden uns noch intensiver mit den Personen beschäftigen, die von den Sicherheitsbehörden als Gefährder eingestuft werden", sagte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl. SPD-Vize Ralf Stegner sprach sich im ZDF für mehr Polizeibeamte und einen besseren Datenaustausch in Europa aus. Die Gefährder in Deutschland rund um die Uhr zu überwachen, sei nicht machbar. Auch der Vizefraktionschef der Grünen, Konstantin von Notz, forderte mehr Polizisten.



Reichlich politischer Sprengstoff Die Versäumnisse beim Umgang der Behörden mit dem Tatverdächtigen bringen die Verschärfung der Sicherheits- und Migrationspoli....

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/ Henning Kaiser; dpa/ Marcel Kusch

Die Versäumnisse beim Umgang der Behörden mit dem Tatverdächtigen bringen die Verschärfung der Sicherheits- und Migrationspolitik wieder auf die Agenda

dpa/ Henning Kaiser; dpa/ Marcel Kusch

Die Versäumnisse beim Umgang der Behörden mit dem Tatverdächtigen bringen die Verschärfung der Sicherheits- und Migrationspolitik wieder auf die Agenda

Henning Kaiser

Marcel Kusch

**Load-Date:** December 23, 2016

---

End of Document

## 60.000 Migranten in Griechenland gestrandet; Deutschland hat erst 195 Flüchtlinge aufgenommen

Die Welt

Donnerstag 22. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 7; Ausg. 223

**Length:** 396 words

### **Body**

---

Die vor einem Jahr beschlossene Umsiedlung von 66.400 **Flüchtlingen** aus Griechenland kommt laut Amnesty International kaum voran. "Sie sind in Griechenland gestrandet, die Mehrheit unter entsetzlichen Bedingungen", heißt es in einem am heutigen Donnerstag veröffentlichten Amnesty-Bericht, der den Titel "Unsere Hoffnung ist zerbrochen" trägt. Im September 2015 hatten sich die EU-Staaten darauf geeinigt, besonders belasteten Ländern wie Griechenland und Italien **Flüchtlinge** abzunehmen. Aus Griechenland sollten innerhalb von zwei Jahren jene 66.400 Menschen umverteilt werden.

Deutschland habe von den versprochenen 17.209 Menschen bis zum 14. September nur 195 und damit erst rund ein Prozent aufgenommen, kritisierte die Menschenrechtsorganisation. Insgesamt seien 3734 Flüchtlinge aus Griechenland in andere EU-Staaten umgesiedelt worden. Nach in der Zwischenzeit aktualisierten EU-Zahlen wurden 4077 Männer, Frauen und Kinder in andere Länder gebracht. Die Zahl der nach Deutschland Umgesiedelten blieb aber unverändert.

Zur Veranschaulichung stellt Amnesty Einzelschicksale vor, darunter das des Anwalts K. A. aus Syrien. Er sei mit Sohn, Schwiegertochter und zwei Enkelsöhnen geflohen, nachdem sein Haus zerstört worden sei. Während der Sohn sich nach Deutschland durchschlagen konnte, blieb die übrige Familie in Griechenland. Vom berüchtigten Lager Idomeni habe sie nach Mitteleuropa aufbrechen wollen, dann aber sei die Balkanroute geschlossen worden. "Ich weiß nicht, wohin ich gehen werde. Ich habe keine Träume, keine Hoffnungen mehr", zitiert Amnesty den Anwalt.

Athen sucht unterdessen nach Lösungen für die Flüchtlingskrise auf den griechischen Inseln. Auf Lesbos formiert sich der Widerstand gegen die ständige Überfüllung der Flüchtlingslager. Der Bürgermeister der Insel, Spyros Galinos, mahnte, den Flüchtlingen solle auch weiter geholfen werden, dies dürfe aber nicht auf dem Rücken der Inselbevölkerung erfolgen. Auf Lesbos halten sich derzeit fast 5800 Flüchtlinge und Migranten auf; am Montag war es im überfüllten Hotspot, dem staatlichen Auffanglager der Insel, zu Ausschreitungen gekommen, in deren Folge ein Großteil des Lagers abbrannte. Immer noch seien deshalb etwa 800 Flüchtlinge und Migranten obdachlos. Und von Dienstag auf Mittwoch kamen auf Lesbos erneut 74 Migranten an, die illegal von der Türkei übergesetzt hatten.

60.000 Migranten in Griechenland gestrandet Deutschland hat erst 195 Flüchtlinge aufgenommen

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 22, 2016

---

End of Document

**Deutschland hat aus Misserfolgen bei der Integration gelernt; Flüchtlinge machten jahrelang kaum Fortschritte beim Deutschlernen und brauchten bis zu 20 Jahre, um Arbeit zu finden. Doch eine Studie der OECD lobt nun die deutschen Behörden und Unternehmen**

Die Welt

Donnerstag 8. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 211

**Length:** 1031 words

**Byline:** Tobias Kaiser

## **Body**

---

Die OECD sieht Deutschland bei der Integration von **Flüchtlingen** auf dem richtigen Weg. In den vergangenen 30 Jahren sei zwar hierzulande sehr viel falsch gemacht worden, konfrontiert mit der **Flüchtlingskrise** hätten die zuständigen Behörden aber im vergangenen Jahr wegweisende richtige Entscheidungen getroffen.

"In Deutschland hat sich im vergangenen Jahr sehr viel getan und es gab ganz erhebliche Verbesserungen beim Integrationsprozess", sagt Thomas Liebig, Arbeitsmarktexperte der Organisation. "Die Voraussetzungen für eine gelungene Integration sind heute besser und die wirtschaftliche Situation ist sehr gut. Deshalb glaube ich, dass wir eine schnellere Integration der **Geflüchteten** sehen werden als in der Vergangenheit."

Grundsätzlich haben Flüchtlinge größere Schwierigkeiten als andere Migranten, eine Arbeitsstelle zu finden und damit eine entscheidende Hürde bei der gesellschaftlichen Integration zu nehmen. In der Vergangenheit hat es rund zehn Jahre nach der Ankunft gedauert, bis die Mehrzahl der Geflüchteten in der EU eine Stelle gefunden hatte.

Und erst nach bis zu 20 Jahren war unter den Geflüchteten ein genauso hoher Anteil beschäftigt wie unter den im Land Geborenen. Das sind Ergebnisse einer Untersuchung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der EU-Kommission. Dafür haben Forscher sehr umfangreiche Daten von Flüchtlingen ausgewertet, die vor 2014 eingewandert sind.

Die europaweite Untersuchung zeigt, dass es Deutschland in den zurückliegenden Jahrzehnten teilweise schwerer gefallen ist als anderen EU-Ländern, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierzulande dauerte es demnach weit länger als in anderen europäischen Ländern, bis Flüchtlinge ausreichend gut die Landessprache beherrschten, um eine Stelle zu finden.

Deutschland hat aus Misserfolgen bei der Integration gelernt Flüchtlinge machten jahrelang kaum Fortschritte beim Deutschlernen und brauchten bis zu 20 Jahre, u....

Seitdem habe sich allerdings viel getan: Noch vor zwei Jahren hätten unter den Flüchtlingen, die seit zehn Jahren im Land waren, nur gut 40 Prozent Deutsch auf dem fortgeschrittenen B1-Niveau gesprochen, mit dem die meisten Alltagssituationen bewältigt werden können. In Schweden und Italien beherrschten mehr als 80 Prozent der Geflüchteten nach zehn Jahren die Landessprache auf diesem Niveau; in Spanien waren es sogar praktisch alle. "Deutschland war hier trauriges Schlusslicht", sagt Liebig.

Sprachkenntnisse gelten nicht nur als entscheidender Faktor für die Integration, sondern sind in der Regel auch Voraussetzung, um überhaupt eine Beschäftigung zu finden. Hier habe Deutschland im vergangenen Jahr enorme Fortschritte gemacht, sagt OECD-Experte Liebig. Das zeigten die Ergebnisse von Teilnehmern an aktuellen Integrationskursen. Demnach sprechen inzwischen 60 Prozent der Geflüchteten schon nach kurzer Zeit Deutsch auf fortgeschrittenem Niveau.

Zudem mache es Deutschland den Arbeitssuchenden weit einfacher als früher, ihre in den Heimatländern erworbenen Qualifikationen anerkennen zu lassen. Das war in der Vergangenheit häufig äußerst schwierig, zumal deutsche Arbeitgeber weit stärker als Unternehmen in anderen Ländern Wert auf formelle Qualifikationen und Abschlüsse legten.

Auf der Flucht können Migranten in der Regel die entsprechenden Dokumente nicht nach Deutschland bringen und dementsprechend schwer fällt es ihnen, ihre Qualifikation nachzuweisen. Häufig sind Kenntnisse ohnehin nicht dokumentiert oder die Arbeitgeber können mit den Abschlüssen aus dem Ausland wenig anfangen. Geflüchtete finden deshalb häufig keine Beschäftigung, die ihrer Qualifikation entspricht und arbeiten in Jobs, in denen ein großer Teil ihrer Qualifikation brach liegt.

Die Behörden hierzulande sind deshalb im vergangenen Jahr angesichts der hohen Zahl ins Land gekommener Geflüchteter sehr viel pragmatischer geworden. Die Kompetenzen der Neuankömmlinge werden bereits sehr früh nach der Ankunft erfasst. Flüchtlinge können heute in Tests oder Arbeitspraktika unter Beobachtung von potenziellen Arbeitgebern ihre Qualifikationen und Kenntnisse beweisen, anstatt sie mit Zertifikaten zu belegen. "Gleich nach Beginn der Flüchtlingskrise haben die deutschen Behörden angekündigt, die Kompetenzen rasch zu erfassen und zu nutzen", sagt Liebig.

Die Bundesagentur für Arbeit zählte zuletzt 153.000 Geflüchtete, die sich arbeitslos gemeldet hatten. Außerdem besuchten im August 193.000 Asylbewerber hierzulande Integrations- und Berufseingliederungskurse, um Deutsch zu lernen und sich auf Alltag und Arbeitsleben vorzubereiten. Bundesagentur-Chef Frank-Jürgen Weise rechnet damit, dass die Mehrheit der Flüchtlinge nach fünf bis sechs Jahren eine Stelle haben wird. Migrationsexperte Liebig hält diese Schätzung nach den Verbesserungen bei der Integration für realistisch.

Er und seine Kollegen erwarten auch, dass die gute wirtschaftliche Situation dazu beitragen wird, Flüchtlinge schnell in Arbeit zu bringen. Gegenwärtig sind hierzulande so viele Menschen in Beschäftigung wie noch nie zuvor, und die Arbeitslosigkeit ist auf einem historisch niedrigen Niveau.

In vielen Branchen ist der Arbeitsmarkt sogar leergefegt und die Unternehmen klagen über einen Mangel an Fachkräften - ganz besonders auch im Handwerk. Hier sieht die OECD viele Chancen für Flüchtlinge und verweist auf gute Erfahrungen aus Schweden. Dort würden Flüchtlingen, die qualifiziert sind, um möglicherweise in Engpassberufen zu arbeiten, in einem beschleunigten Verfahren durch verschiedene Integrationsmaßnahmen geschleust.

Trotz der offenbar stark verbesserten Voraussetzungen für eine Integration dürfte es kostspielig und mühsam werden, Hunderttausende von Flüchtlingen auf dem deutschen Arbeitsmarkt unterzubringen. Darauf deuten bereits Prognosen für das laufende Jahr: Das Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW) erwartet beispielsweise, dass der deutsche Staat in diesem Jahr rund 20 Milliarden Euro für Geflüchtete aufwenden wird. "Das ist eine erhebliche Summe", sagt IfW-Experte Jens Boysen-Hogrefe. Mit einem Anteil von rund 1,4 Prozent am gesamten Staatshaushalt seien die Ausgaben allerdings "beherrschbar". Zudem hätten Bundesfinanzminister Schäuble und seine Kollegen in den Ländern und Kommunen trotz dieser Mehrausgaben im ersten Halbjahr 2016 einen Rekordüberschuss erzielt.

Deutschland hat aus Misserfolgen bei der Integration gelernt Flüchtlinge machten jahrelang kaum Fortschritte  
beim Deutschlernen und brauchten bis zu 20 Jahre, u....

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Martin Steinröder

Martin Steinröder

**Load-Date:** September 8, 2016

---

End of Document

**Politik Kompakt I; Migranten: Merkel und Rajoy fordern europäische Lösung**  
**++ Sigmar Gabriel: Bezahlbarer Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge ++**  
**Baden-Württemberg: Spezielle Aufnahmelager für Balkan kein Thema ++**  
**NPD: Rechtsextreme dürfen Heim besuchen ++ Griechenland/Mazedonien:**  
**15.000 warten auf Lesbos, viele Frauen sind schwanger**

Die Welt

Mittwoch 2. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 204

**Length:** 624 words

## Body

---

### Migranten

Merkel und Rajoy fordern europäische Lösung

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy haben sich für eine gemeinsame europäische Lösung in der **Flüchtlingskrise** stark gemacht. In Europa müsse eine "einheitliche **Asylpolitik** durchgesetzt werden", forderte Merkel nach Gesprächen mit Rajoy im Kanzleramt. Dieser betonte: "Was wir hier erleben, ist die größte Herausforderung für Europa in den nächsten Jahren." Zu den gemeinsamen Maßnahmen der Europäer sollten laut Merkel die Einrichtung von Registrierungszentren, die Festlegung sicherer Herkunftsländer, die Rückführung von Wirtschaftsflüchtlingen in ihre Herkunftsländer und eine "faire Verteilung" von **Flüchtlingen** in der Europäischen Union gehören.

Sigmar Gabriel

Bezahlbarer Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge

Die anstehenden Investitionen für Flüchtlinge werden nach Angaben von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel auch anderen Bedürftigen zugutekommen. Bezahlbarer Wohnraum müsse nun für alle gebaut werden, die ihn brauchen, nicht nur für Flüchtlinge, betonte er in Düsseldorf. Bei einem Wirtschaftsforum der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion bekräftigte er die Absicht seiner Partei, die Kommunen mit Bundesmitteln drastisch zu entlasten. Im Entwurf für ein Papier, das auf der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion Ende der Woche in Mainz verabschiedet werden soll, heißt es konkret: Von den zusätzlich 100.000 benötigten Plätzen für Flüchtlinge sollte der Bund 50.000 Plätze selbst bereitstellen.

Politik Kompakt I Migranten: Merkel und Rajoy fordern europäische Lösung ++ Sigmar Gabriel : Bezahlbarer Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge ++ Baden-Württemberg....

## Baden-Württemberg

### Spezielle Aufnahmelager für Balkan kein Thema

Das Integrationsministerium lehnt ein eigenes Aufnahmezentrum nur für Balkan-Flüchtlinge wie in Bayern ab. "Wir machen das nicht, und wir haben das auch nicht vor", sagte ein Sprecher des Ministeriums. Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) hat am Dienstag das bundesweit erste Aufnahmezentrum speziell für Balkan-Flüchtlinge eröffnet. In einer ehemaligen Kaserne bei Ingolstadt sollen 500 Flüchtlinge aus Südosteuropa untergebracht werden, die zumeist keinerlei Chance auf ein Bleiberecht in Deutschland haben.

## NPD

### Rechtsextreme dürfen Heim besuchen

Das Schweriner Innenministerium muss NPD-Landtagsabgeordneten den Besuch in der vom Land betriebenen Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge ermöglichen. Das Landesverfassungsgericht hob nach eigenen Angaben ein Besuchsverbot auf, das Innenminister Lorenz Caffier (CDU) den NPD-Politikern im August auferlegt hatte. Damit habe er die Selbstinformations- und Kontrollrechte der Abgeordneten verletzt, die in der Landesverfassung verankert sind. Allerdings muss laut der Entscheidung jeder Abgeordnete für sich den Besuch in der Flüchtlingsunterkunft beim Innenminister beantragen. Caffier darf bestimmen, wann die Besuche stattfinden, und gewisse Auflagen erteilen.

## Griechenland/Mazedonien

### 15.000 warten auf Lesbos, viele Frauen sind schwanger

Auf der Ägäisinsel Lesbos harren mehr als 15.000 Flüchtlinge aus - und jeden Tag kommen Neuankömmlinge aus der Türkei hinzu. Nach vorläufigen Daten der EU-Grenzschutzagentur Frontex trafen allein in der vergangenen Woche mehr als 23.000 Bootsflüchtlinge in Griechenland ein - ein Anstieg um fast 50 Prozent. Von dort wollen sie über die Balkanroute nach Westeuropa. Auf dieser Route begeben sich nach UN-Angaben auch immer mehr Frauen und Kinder. Von den etwa 3000 Flüchtlingen, die derzeit täglich von Griechenland aus Mazedonien durchqueren, seien rund ein Drittel Frauen und Kinder, teilte das UN-Kinderhilfswerk Unicef mit. Etwa dreimal so viel wie noch vor drei Monaten. Zudem seien etwa 12 Prozent der Frauen schwanger. Laut UN sind seit Juni mehr als 100.000 Flüchtlinge durch Mazedonien geflohen. Etwa die Hälfte habe sich registrieren lassen.

## Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 2, 2015



**"Die Griechen nutzen all die Hilfe nicht"; Sloweniens Premierminister Miro Cerar warnt: Wenn Griechenland Flüchtlinge nur durchwinke, würden die Balkanländer eines nach dem anderen ihre Grenzen dichtmachen. Einen Zustrom wie 2015 könnten sie nicht schaffen**

Die Welt

Mittwoch 7. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 210

**Length:** 1222 words

**Byline:** Sonja Gillert

## **Body**

---

Als im Winter fast eine halbe Million **Flüchtlinge** Slowenien durchquerten, stand das kleine EU-Land an der Schengenaußengrenze plötzlich im Mittelpunkt. Seit Slowenien und die Balkanländer nur noch wenige **Migranten** passieren lassen und das **Flüchtlingsabkommen** mit der Türkei steht, kommen nur noch wenige **Flüchtlinge**. Ausgestanden ist die Krise allerdings nicht. Der slowenische Premierminister Miro Cerar mahnt Griechenland an, die Schengengrenze effektiver zu schützen. Ein weiterer **Flüchtlingsstrom** könne Mitteleuropa und den Westbalkan in einen Konflikt stürzen.

Die Welt:

Es ist etwas mehr als ein Jahr vergangen, seit Angela Merkel angesichts der Flüchtlingskrise verkündet hat: "Wir schaffen das!" Hat Slowenien es geschafft?

Miro Cerar:

Wir waren als Durchgangsland mit einem riesigen Zustrom von Migranten konfrontiert - das war für uns kaum zu bewältigen. Aber mit größter Anstrengung haben wir diese Herausforderung irgendwie gemeistert. Ich bin sehr froh, dass ich sagen kann: Wir haben es geschafft, menschlich zu bleiben. Wir haben die Migranten nicht nur registriert, sondern ihnen auch eine Unterkunft, Essen und medizinische Versorgung geboten. Zugleich haben wir für die Migranten und auch unsere Bevölkerung für Sicherheit gesorgt. Ja, wir konnten den Flüchtlingszustrom managen, aber ich weiß nicht, ob wir eine solche Krise wieder meistern können. Als ein kleines Land mit nur zwei Millionen Menschen können wir so eine Anstrengung nicht immer wieder leisten.

Die Welt:

"Die Griechen nutzen all die Hilfe nicht" Sloweniens Premierminister Miro Cerar warnt: Wenn Griechenland Flüchtlinge nur durchwinke, würden die Balkanländer ein....

Was geschieht, wenn Österreich seine Aufnahmeobergrenze erfüllt hat, wenn das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei in der angespannten Lage doch platzen sollte und wieder mehr Flüchtlinge über den Balkan kommen?

Cerar:

Wenn die Balkanroute wieder offen ist, bricht ein Konflikt in der Region aus - in Mitteleuropa und im Westbalkan. Wenn zu viele illegale Migranten kommen, werden alle Länder ihre Grenzen schließen. Das führt zu Streit. Denn eine Grenzschließung bedeutet zugleich, dass man nicht mehr Menschen aus den Nachbarländern aufnimmt. So entsteht ein Dominoeffekt. Das würde unserer Wirtschaft und dem Tourismus extrem schaden. Wenn wieder mehr Migranten kommen, dann müssen wir die Schengengrenze noch strikter kontrollieren. Denn wenn Österreich seine Grenze schließt, dann hängen alle Migranten in Slowenien fest. Schon jetzt ist deutlich zu erkennen, dass Österreich sich auf eine Grenzschließung vorbereitet.

Die Welt:

Wann könnte es so weit sein?

Cerar:

Es kann im September, im Oktober so weit sein - wann immer Österreich will. Entscheidend ist: Diese Grenzschließung würde innerhalb des Schengenraumes stattfinden. Aber das ist nicht die Idee der Schengenzone. Wir sollten an den europäischen Außengrenzen alles dafür tun, den Balkan vor Konflikten und Schengen vor dem Zerfall zu bewahren. Wenn wir es nicht schaffen, dieses Migrationsproblem innerhalb der EU und mit den Westbalkanstaaten gemeinsam zu lösen, dann haben wir keine gemeinsame Zukunft.

Die Welt:

Mit dem Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist die Zukunft Europas auch ein Stück weit von Ankara abhängig. Eine gefährliche Entscheidung?

Cerar:

Der Deal ist mit anderen Maßnahmen einhergegangen. Aber diese Maßnahmen reichten nicht aus. Meine Initiative, Griechenland zu helfen und eine zweite Grenzkontrolllinie zu schaffen - die mazedonisch-griechische Grenze - hatte einen sofortigen Effekt. Als die Mazedonier ihre Grenze geschlossen haben, waren die Griechen gezwungen, etwas zu unternehmen. Seien wir ehrlich: Die Griechen sichern die Schengengrenze nicht genug. Manchmal transportieren sie die Migranten einfach weiter. Natürlich ist ihre Situation besonders kompliziert, aber sie bekommen finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Polizeiarbeit. Doch die Griechen nutzen all die Hilfe nicht.

Die Welt:

Welche Konsequenzen ziehen Sie daraus? Ein Schengenraum ohne Griechenland?

Cerar:

Wenn Griechenland sich weiterhin nicht verantwortlich und solidarisch zeigt, dann werden die restlichen Schengenmitglieder schon sehr bald alle möglichen Optionen erwägen. Denn da geht es um unsere Existenz. Damit meine ich nicht, dass Europa keine Flüchtlinge aufnehmen soll. Natürlich müssen wir das, denn es ist unsere humanitäre Verpflichtung. Aber wenn zu viele kommen, dann haben wir nicht genug Kapazitäten, um sie zu integrieren und sie werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Zugleich erleben unsere Bürger dann eine extrem hohe Belastung. Das führt zu Unstimmigkeiten zwischen unserer Bevölkerung und den Flüchtlingen.

Die Welt:

Mazedonien will die Grenze mit Griechenland bis Jahresende geschlossen halten. Was passiert, wenn Mazedonien die Grenze öffnet?

"Die Griechen nutzen all die Hilfe nicht" Sloweniens Premierminister Miro Cerar warnt: Wenn Griechenland Flüchtlinge nur durchwinke, würden die Balkanländer ein....

Cerar:

Es wird einen Dominoeffekt geben. Österreich schließt seine Grenze, wir schließen unsere Grenze, dann die Kroaten und die Serben und dann wird Mazedonien seine Grenze wieder schließen müssen. Sonst kommen zu viele Migranten in jedes dieser Länder.

Die Welt:

Es gibt Vorwürfe, dass Flüchtlinge in Mazedonien schlecht behandelt werden. Unterstützt Slowenien Mazedonien, damit die Lage sich verbessert?

Cerar:

Wir unterstützen Mazedonien konkret mit Polizeikräften, die technische Hilfe anbieten. Außerdem stehen wir auch bereit, um Bulgarien zu unterstützen. Ich versuche auch meine Kollegen in der EU dazu zu bewegen, Bulgarien und Mazedonien ihre Hilfe anzubieten. Das sind die Länder, die Grenzkontrollen durchführen müssen, um illegale Migration zu stoppen. Die EU-Kommission muss dabei auch eine Rolle spielen. Mazedonien und Bulgarien müssen finanziell besser unterstützt werden. Wir müssen noch viel mehr machen, um den Ländern an der Grenze zu helfen.

Die Welt:

An der Grenze zu Kroatien hat Slowenien einen Zaun errichtet. Es gibt Beschwerden, dass er Tiere und Tourismus störe. Wird er wieder abgebaut, da jetzt weniger Migranten kommen?

Cerar:

Wir mussten diesen Zaun aufstellen. Nicht wegen der Migranten, sondern weil die kroatische Regierung die Flüchtlinge immer wieder an unterschiedlichen Stellen zur Grenze gebracht hat. Sie haben uns nicht gesagt wo und wann. Aber sie schaden nicht dem Tourismus. Wir haben einige Teile des Zauns entfernt, als er nicht mehr nötig war. Allerdings haben wir auch einige stehen lassen, denn wir müssen auch mit höheren Migrantenzahlen rechnen und da sind wir an der Grenze besonders vorsichtig.

Die Welt:

Grenzsicherungen, durch die weniger Migranten den Schengenraum betreten können, können nur ein Teil einer Lösung sein. Immer noch verdienen Schmuggler Geld damit, Flüchtlinge über immer gefährlichere Routen über das Mittelmeer nach Europa zu bringen. Wie können sie gestoppt werden?

Cerar:

So etwas kann nicht schnell verhindert werden. Aber die EU kann versuchen, die tieferliegenden Gründe für die Flucht anzugehen. Dazu müssen wir als EU in Afrika und in Nahost aktiver werden. Sonst werden wir diesen Menschen nicht helfen können. Das geht am besten, indem wir die Wirtschaft und Bildung in ihren Heimatländern fördern.

Die Welt:

Sehen Sie die EU nach dem Brexit-Votum wieder enger zusammenrücken?

Cerar:

Das ist meine Hoffnung, denn es bleibt nur eine Alternative. Das ist ein geteiltes Europa und wir wissen, dass zwei Weltkriege in einem solchen Europa begannen. Die EU ist deswegen ein Projekt für Frieden. Das ist etwas so Grundlegendes, das wir nicht vergessen dürfen. Wenn die EU zerfällt, dann wird es wieder Grenzen geben und Konflikte.

"Die Griechen nutzen all die Hilfe nicht" Sloweniens Premierminister Miro Cerar warnt: Wenn Griechenland Flüchtlinge nur durchwinke, würden die Balkanländer ein....

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

picture alliance / dpa/Stephanie Lecocq

Der slowenische Ministerpräsident Miro Cerar

Stephanie Lecocq

**Load-Date:** September 7, 2016

---

End of Document

## Deutschland Kompakt; Sachsen: Maas warnt vor Gewalt gegen Flüchtlinge ++ AfD: Gericht soll Beschluss gegen Lucke aufheben ++ Terrorismus: Vier Islamisten in Stuttgart vor Gericht

Die Welt

Freitag 26. Juni 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 146

**Length:** 559 words

## Body

---

Sachsen

Maas warnt vor Gewalt gegen Flüchtlinge

Angesichts der anhaltenden Proteste vor einem Asylbewerberheim im sächsischen Freital hat Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) vor weiterer Stimmungsmache gegen Flüchtlinge gewarnt. "Gewaltaufrufe gegen Flüchtlinge sind völlig inakzeptabel", erklärte Maas am Donnerstag in Berlin. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), nannte die Lage in Freital "äußerst besorgniserregend". Das dritte Mal in Folge hatten am Mittwochabend Gegner des Asylheims demonstriert. Nach Polizeiangaben protestierten rund 160 Menschen gegen die Flüchtlingsunterkunft in der sächsischen Kleinstadt. Ihnen standen rund 80 Befürworter des Asylheims gegenüber. Ein Mann aus den Reihen der Pro-Asyl-Demonstranten wurde den Angaben zufolge am Rande der Proteste durch eine geworfene Glasflasche leicht verletzt. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz und kündigte an, sie werde ab sofort "rund um die Uhr" vor dem Heim präsent sein. Am Dienstagabend hatten sich rund 200 Unterstützer rund um das Gebäude postiert und wurden aus den Reihen der etwa 80 Gegner mit Eiern beworfen und beschimpft. Maas warnte vor weiteren Ausschreitungen. Zwar müssten Sorgen und unbegründete Vorbehalte im Dialog besprochen werden. "Wer bei uns aber Stimmung gegen Ausländer macht und Fremdenhass schürt, dem müssen wir entschlossen entgegentreten."

AfD

Gericht soll Beschluss gegen Lucke aufheben

Der Machtpoker in der Alternative für Deutschland geht in eine neue Runde. Der AfD-Bundesvorstand forderte das Bundesschiedsgericht am Donnerstag per Mehrheitsbeschluss auf, eine einstweilige Verfügung gegen den von Parteichef Bernd Lucke gegründeten Verein "Weckruf 2015" aufzuheben. Ein Richter des Bundesschiedsgerichts hatte zwei Tage zuvor festgestellt, der Verein verstoße gegen die Satzung der AfD und müsse deshalb vom Bundesvorstand aufgelöst werden. Vor allem Luckes größte Rivalin, die Co-Vorsitzende Frauke Petry, hatte die

Deutschland Kompakt Sachsen : Maas warnt vor Gewalt gegen Flüchtlinge ++ AfD: Gericht soll Beschluss gegen Lucke aufheben ++ Terrorismus: Vier Islamisten in Stu....

Vereinsgründung im vergangenen Mai scharf kritisiert. Auch andere führende Mitglieder der AfD bezeichneten den "Weckruf" als Versuch Luckes, eine "Partei in der Partei" zu etablieren. Zum jetzigen Vorstandsbeschluss sagte Lucke: "Damit wird die Verunsicherung beseitigt, die ein einzelner Richter des Bundesschiedsgerichts durch eine Eilmaßnahme ausgelöst hat." Die Mitglieder der rechtskonservativen AfD sollen am 4. Juli bei einem außerordentlichen Parteitag in Essen einen neuen Vorstand wählen. Petry und Lucke treten dann gegeneinander an. Frauke Petry reiste am Donnerstag mit einer AfD-Delegation nach Athen, um sich über die Probleme der Griechen in der Finanzkrise zu informieren.

Terrorismus

Vier Islamisten in Stuttgart vor Gericht

Vier mutmaßliche Islamisten sollen sich vor dem Oberlandesgericht Stuttgart wegen des Verdachts der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung verantworten. Die Bundesanwaltschaft erhob Anklage gegen die Männer im Alter zwischen 29 und 49 Jahren. Die beiden Deutschen und zwei Libanesen sollen Ende 2013 Stiefel, Militärparkas und Hemden für die in Syrien aktive Terrorgruppe "Ahrar al Sham" besorgt und in das Krisengebiet transportiert haben, wie der Generalbundesanwalt mitteilte. Die Organisation sei zumindest bis Mitte 2014 eine der einflussreichsten salafistischen Bewegungen in dem Land gewesen.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** June 26, 2015

**Koalition will Wohnort für Flüchtlinge festlegen; Regierung plant Maßnahmen gegen Gettoisierung in Städten. Grüne nennen das Vorhaben populistisch**

Die Welt

Dienstag 12. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 9

**Length:** 696 words

**Byline:** Günther Lachmann

Thorsten Mumme

## **Body**

---

Nachdem die CDU härtere Gesetze für eine schnellere Abschiebung von straffälligen **Flüchtlingen** forderte, bringt die Bundesregierung nun eine Wohnortpflicht für anerkannte **Flüchtlinge** ins Gespräch. Sie greift damit einen Beschluss des CDU-Parteitages vom Dezember des vergangenen Jahres auf. Darin hieß es: "Wir müssen zusätzliche Wanderungsbewegungen in die Großstädte und Ballungsräume verhindern und eine gleichmäßige Verteilung in Deutschland gewährleisten."

In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage bestätigte das Innenministerium die Pläne der Regierung. Auch Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) hatte sich am Wochenende für eine Residenzpflicht ausgesprochen und vor "Gettoproblemen" gewarnt. Gegenüber der "Welt" bestärkte SPD-Generalsekretärin Katarina Barley diese Haltung: "Eine Wohnsitzauflage ist eine sinnvolle Möglichkeit, um die Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland zu steuern." Der Großstadtbeauftragte der Union, Kai Wegner, sagte: "Wir wollen, dass Integration gelingt. Ein Schlüssel dazu ist eine ausgewogenere Flüchtlingsverteilung in unserem Land."

Auch Kanzleramtsminister Peter Altmaier und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (beide CDU) sprachen sich für eine entsprechende Prüfung aus. Unionsfraktionsvize Thomas Strobl (CDU) rechnet noch in dieser Woche mit einer Einigung auf bestimmte Gesetzesänderungen. "Ich habe einen gewissen Optimismus, dass wir noch in dieser Woche mit dem Koalitionspartner auf konkrete Gesetzgebungsvorhaben verständigen werden", sagte Strobl.

Die Grünen hingegen sprachen von einem populistischen Vorhaben und warnten vor Aktionismus als Reaktion auf die Angriffe auf Frauen in der Silvesternacht. Die Übergriffe müssten schnell aufgearbeitet werden, sagte Parteichef Cem Özdemir. Er warf SPD-Chef und Vize-Kanzler Sigmar Gabriel vor, sich mit "Cowboy-Rufen" als Sprücheklopfer profilieren zu wollen. Das helfe nicht wirklich weiter und sei dem Ernst der Lage nicht angemessen.

Koalition will Wohnort für Flüchtlinge festlegen Regierung plant Maßnahmen gegen Gettoisierung in Städten.  
Grüne nennen das Vorhaben populistisch

Die Grünen seien gesprächsbereit, um über Konsequenzen aus den Übergriffen in Köln und anderswo zu reden. "Wir wollen aber nicht einen Überbietungswettbewerb, sondern praktische Lösungen", sagte Özdemir.

Der Grünen-Innenexperte Volker Beck nannte Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge "völkerrechtlich und europarechtlich unzulässig und integrationspolitisch kontraproduktiv". Sie hinderten Flüchtlinge daran, Arbeitsangebote in anderen Kommunen und Ländern anzunehmen, sagte Beck der "Welt". Der Oldenburger Verfassungsrechtler Volker Boehme-Neßler warnte, eine Wohnsitzauflage auch für anerkannte Asylbewerber verstoße vermutlich gegen das Grundgesetz. Wer anerkannten Asylbewerbern den Wohnsitz vorschreiben wolle, müsse einen tiefen Eingriff in die Verfassung vornehmen, sagte der Jura-Professor. Dies sei nur unter strengen Bedingungen möglich. "Ich habe meine Zweifel, dass solche Umstände hier gegeben sind."

Dem widersprach der Staatsrechtler Rupert Scholz. Es sei möglich, das Recht auf freie Wahl der Wohnung einzuschränken, sagte er der "Welt": "Erstens handelt es sich bei den Flüchtlingen nicht um deutsche Staatsangehörige, zweitens ist die Wohnversorgung der Flüchtlinge eine rein sozialstaatliche Leistung." Er erinnerte an das im Jahr 2009 ausgelaufene sogenannte Wohnortzuweisungsgesetz, das 1989 für etwa eine Million Spätaussiedler erlassen worden war.

Einigkeit bestand hingegen parteiübergreifend darin, straffällige Asylbewerber notfalls auch abzuschieben. Die Taten müssten mit "der ganzen Härte" bestraft werden, betonte Grünen-Parteichef Özdemir. "Wenn es rechtskräftige Urteile gibt, ist auch das Thema Ausweisung - dort wo rechtlich möglich - selbstverständlich nicht ausgeschlossen." Auch die Linke fordert ein konsequentes Vorgehen gegen straffällige Migranten. "Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht eben auch verwirkt", sagte die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht. Ihr Co-Vorsitzender Dietmar Bartsch stellte klar, dass dies bereits geltende Rechtslage sei und keine neuen Gesetze notwendig seien. "Wir müssen die Gesetze, die vorhanden sind, mit großer Konsequenz anwenden", forderte Bartsch. Derzeit gebe es in Deutschland ein Vollzugsdefizit.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 12, 2016



**Politik Kompakt; Flüchtlingskrise: Europa plant "Turbo-Asyl" ++ Griechenland: Zahl der Flüchtlinge steigt kontinuierlich ++ USA: Donald Trump verliert Vorwahl in Wyoming ++ Syrien: IS zieht sich zurück, al-Nusra rückt vor ++ Jemen: 22 Tote bei Kämpfen in Hafenstadt Aden ++ Afghanistan: Extremistengruppe will Friedensgespräche ++ Norwegen: Verhandlung über Breiviks Isolationshaft ++ Israel: 52%**

Die Welt

Montag 14. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 8; Ausg. 62

**Length:** 1063 words

## **Body**

---

### **Flüchtlingskrise**

Europa plant "Turbo-**Asyl**"

Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten an einem beschleunigten Auswahlverfahren, um schnell große **Flüchtlingskontingente** aus der Türkei aufnehmen zu können. Bereits am Montag treffen sich dazu Experten der 28 Staaten zu weiteren Beratungen, wie die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf EU-Verhandlungskreise berichtete. Die in der Vergangenheit praktizierte Auswahl durch das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR wird demnach nicht in Betracht gezogen. Der intensive Auswahlprozess durch das UNHCR würde dazu führen, dass pro Jahr nicht mehr als rund 50 000 geeignete Syrer in der Türkei identifiziert werden könnten. Bei einem beschleunigten Verfahren soll der Fokus dem Bericht zufolge darauf gelegt werden, dass von einem ausgewählten **Flüchtling** keine Gefahr ausgeht.

Griechenland

Zahl der Flüchtlinge steigt kontinuierlich

Seit der Schließung der Grenzen entlang der Balkanroute steigt die Zahl der Migranten in Griechenland kontinuierlich an. Wie die Athener Regierung mitteilte, halten sich 44.000 Menschen im Land auf. Aufnahmekapazität gebe es derzeit für rund 31.000 Menschen. Auf den Inseln warten den Angaben zufolge knapp 9000 Migranten auf die Weiterreise Richtung Festland. In der Region Attika und dort vornehmlich in Athen sind es 11.000 und in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze unverändert 12.000 Migranten. Aus Idomeni wollen die Menschen trotz der schlechten Bedingungen nicht abreisen, weil sie immer noch hoffen, die Grenze

## Politik Kompakt Flüchtlingskrise: Europa plant "Turbo-Asyl" ++ Griechenland: Zahl der Flüchtlinge steigt kontinuierlich ++ USA : Donald Trump verliert Vorwahl i....

könne sich öffnen. Der französische Präsident François Hollande hat vor dem EU-Gipfel zur Flüchtlingskrise am Donnerstag und Freitag mehr "Klarheit und Transparenz" in den Debatten über das mit der Türkei geplante Abkommen gefordert. Er fügte am Wochenende hinzu, die Außengrenzen müssten geschützt werden, um die Rückkehr interner Grenzen im europäischen Schengenraum zu vermeiden.

### USA

#### Donald Trump verliert Vorwahl in Wyoming

Bei den Vorwahlen zur Präsidentschaftskandidatur der US-Republikaner hat Donald Trump zwei klare Niederlagen erlitten. Bei der Vorwahl in Wyoming landete Trump mit 7,2 Prozent abgeschlagen auf dem dritten Platz, der texanische Senator Ted Cruz siegte klar mit 66,3 Prozent der Stimmen. Im Hauptstadtbezirk Washington DC setzte sich der Senator Marco Rubio durch.

Bei den Demokraten gewann Ex-Außenministerin Hillary Clinton die Vorwahl im US-Außengebiet Nördliche Marianen im Pazifik. Clinton gewann laut US-Medienberichten vier Delegiertenstimmen für den demokratischen Parteitag, ihr Rivale Bernie Sanders zwei.

### Syrien

#### IS zieht sich zurück, al-Nusra rückt vor

Die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) hat nach Angaben der irakischen Armee die Stadt Rutba in der westlichen Provinz Anbar aufgegeben. Die Kämpfer hätten sich "vollständig aus Rutba zurückgezogen" und seien "in Richtung al-Kaim abgezogen", hieß es am Sonntag. Die IS-Hochburg al-Kaim liegt nördlich in Anbar an der Grenze zu Syrien. Unterdessen haben Truppen der Al-Nusra-Front in der Nacht zum Sonntag Stellungen der von den USA unterstützten Rebellen der Division 13 im Raum Idlib erobert. Dabei seien Dutzende Rebellen getötet oder gefangen genommen worden, berichtete die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte. US-Außenminister John Kerry sagte mit Blick auf die Syrien-Friedensgespräche: "Alle Beteiligten müssen die Einstellung der Feindseligkeiten respektieren, bei Hilfslieferungen kooperieren und den Verhandlungsprozess einhalten, der auf einen politischen Übergang abzielt." Wenn die syrische Regierung und ihre Verbündeten glaubten, "dass sie die Grenzen austesten können, täuschen sie sich", warnte Kerry. Russland rief die Konfliktparteien zur Kompromissbereitschaft auf. "Wir hoffen, dass sich diesmal ein ausgewogener und realistischer Ansatz bei den Verhandlungen durchsetzen wird", sagte der russische Gesandte bei den Vereinten Nationen Alexej Borodawkin.

### Jemen

#### 22 Tote bei Kämpfen in Hafenstadt Aden

Gefechte zwischen islamistischen Extremisten haben im Süden des Jemens 22 Menschen das Leben gekostet. 17 der Getöteten in der Hafenstadt Aden seien Kämpfer des sunnitischen Terrornetzwerkes al-Qaida und zwei weitere Zivilisten, teilten jemenitische Sicherheitsbeamte mit. Zudem seien drei Kämpfer regierungstreuer Truppen ums Leben gekommen. Sowohl al-Qaida als auch der IS nutzen das seit 18 Monaten herrschende Chaos im Jemen, um ihrerseits Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen.

### Afghanistan

#### Extremistengruppe will Friedensgespräche

Die zweitgrößte afghanische Extremistenbewegung nach den Taliban, Hisb-e Islami, erklärt sich zu Friedensgesprächen mit der afghanischen Regierung bereit. Es werde eine Delegation zusammengestellt, meldete am Sonntag die Nachrichtenagentur Pajhwok unter Berufung auf die Organisation. Ob ihr Anführer Gulbuddin Hekmatjar an Gesprächen teilnimmt, blieb zunächst unklar. Im Rahmen einer neuen Friedensinitiative für das kriegszerrissene Land hatten die Regierungen Afghanistans, Pakistans, Chinas und der USA die Taliban, Hisb-e

Politik Kompakt Flüchtlingskrise: Europa plant "Turbo-Asyl" ++ Griechenland: Zahl der Flüchtlinge steigt kontinuierlich ++ USA : Donald Trump verliert Vorwahl i....

Islami und andere Gruppen jüngst eingeladen, an den Verhandlungstisch zu kommen. Eine erste Runde hatte in der ersten Märzwoche stattfinden sollen. Die Taliban sagten zunächst ab.

Norwegen

Verhandlung über Breiviks Isolationshaft

Der Terrorist Anders Breivik steht gut viereinhalb Jahre nach seiner Tat als Kläger vor Gericht. Bis Freitag soll darüber entschieden werden, ob seine Klage gegen den Staat Erfolg hat und er bessere Haftbedingungen erhält. Nach Angaben seines Rechtsbeistands wirke sich die Isolationshaft auf die "psychische Gesundheit" Breiviks aus. Die behandelnden Gefängnisärzte sehen laut norwegischen Medien jedoch keine Gefahr dauerhafter Schäden. 2011 hatte der Rechtsextremist 77 Menschen in Oslo und auf der Insel Utoya getötet.

Israel

52%

der Palästinenser im Westjordanland sind gegen eine Fortsetzung der Anschlagswelle gegen Israelis. Drei Viertel der Befragten im Gazastreifen sind hingegen für neue Anschläge. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die das Jerusalem Media and Communications Centre (JMCC) veröffentlichte. 51 Prozent aller Palästinenser sprachen sich demnach für neue Friedensgespräche mit Israel aus. Verhandlungen beider Seiten liegen seit fast zwei Jahren brach. Bei einer Gewaltwelle sind seit Anfang Oktober 29 Israelis, mehrere Ausländer sowie mehr als 190 Palästinenser getötet worden. Die meisten Palästinenser starben bei ihren eigenen Attacken.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** March 14, 2016

## Das Pendel der Diplomatie

Die Welt

Samstag 31. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 308

**Length:** 235 words

**Byline:** Thorsten Jungholt

## Body

---

Anfang Mai in Niamey, der Hauptstadt des Niger. Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist mit seinem französischen Kollegen Jean-Marc Ayrault zu Gast im Palast von Präsident Mahamadou Issoufou. Die Delegationen sitzen um einen dieser ovalen Konferenztische. Die Europäer formulieren ihre Erwartungen an den Wüstenstaat, der das wichtigste Transitland von Migranten und Flüchtlingen aus West- und Zentralafrika auf ihrem Weg zum Mittelmeer ist. Waren es 2015 noch 150.000 Menschen, die durch Niger in Richtung Libyen und Algerien reisten, sind es in der ersten Jahreshälfte 2016 bereits 160.000.

Die Forderungen von Steinmeier und Ayrault: Migrationskontrolle, Grenzsicherung, Bekämpfung des Menschen Schmuggels. Ein funktionierendes Grenzregime und ein gesteuertes Flüchtlingsmanagement, so bekommt Issoufou zu hören, seien schon aus Sicherheitsgründen wichtig. Denn wer Migranten einfach so ein- und ausreisen lasse, hole sich auch Terroristen ins Land.

Ich sitze als Journalist am Rande des Konferenzraumes und denke: Ist ja alles richtig. Aber schon interessant, dass die Europäer von einem der ärmsten Länder der Welt verlangen, was sie selbst nicht hinbekommen. In Deutschland hält sich Steinmeier mit Rufen nach Migrationskontrolle und Grenzsicherung übrigens auffallend zurück, dort überlässt er diesen Job Innenminister Thomas de Maizière. Diplomatische Dialektik nennt man das wohl.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Claudius Pflug

## Das Pendel der Diplomatie

**Load-Date:** December 31, 2016

---

End of Document

**"Motor für Integration"; In Teilen der Bevölkerung kippt die Stimmung gegenüber Flüchtlingen. Aber die deutschen Unternehmen widersetzen sich diesem Trend - und starten eine Initiative, um Asylbewerber schrittweise in Arbeit zu bringen**

Die Welt

Donnerstag 11. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 9; Ausg. 35

**Length:** 1139 words

**Byline:** Jan Dams

Manuel Dürer

Michael Gassmann

Gerhard Hegmann

## **Body**

---

Die deutsche Wirtschaft startet eine bundesweite Initiative zur Integration der vielen **Flüchtlinge** in Deutschland. Während Teile der Bevölkerung den Zuzug von Hunderttausenden **Flüchtlingen** kritischer sehen, versuchen zurzeit 36 deutsche Konzerne, die Menschen aus Syrien, dem Irak und anderen Herkunftsländern besser und schneller an das Leben in der Bundesrepublik heranzuführen.

Die Unternehmen hätten daher die Initiative "Wir zusammen" gegründet, die als eine Art Plattform das Engagement der einzelnen Betriebe bündeln und weitere Teilnehmer werben soll, sagte eine Sprecherin von "Wir zusammen" der "Welt". Bei den einzelnen Projekten handelt es sich nach Auskunft der Sprecherin allerdings nicht um Geld und Sachspenden. "Jeder Teilnehmer unterstützt konkrete Projekte, zum Beispiel mit Mitarbeitern." Auf einer eigens dafür eingerichteten Internetseite wollen die Firmen über ihre Projekte unterrichten. Das Ziel sei es, möglichst schnell zu wachsen und die Menschen damit auch besser zu integrieren. "Die deutschen Unternehmen sind sich ihrer Verantwortung bewusst und wollen helfen", sagte die Sprecherin weiter. Die Teilnahme an der Initiative sei kostenfrei für die Firmen. Die Kosten für die Plattform selbst werden über die Stiftung der Unternehmer Ralph und Judith Dommermuth getragen.

"Motor für Integration" In Teilen der Bevölkerung kippt die Stimmung gegenüber Flüchtlingen. Aber die deutschen Unternehmen widersetzen sich diesem Trend - und ....

Die bislang geworbenen Unternehmen starten längst nicht alle mit neuen Projekten. Firmen wie die Deutsche Post, Siemens oder ThyssenKrupp haben bereits im Spätsommer verschiedene hausinterne Projekte ins Leben gerufen - oft auch getragen vom Engagement der Mitarbeiter. Das Überraschende an der neuen Plattform sind oft auch nicht die einzelnen Projekte und Initiativen. Mancher dieser Projekte wirken aus Sicht eines Milliardenkonzerns vielleicht sogar kleinteilig. Das Entscheidende ist, dass sich die Unternehmen der deutschen Wirtschaft hinstellen und ganz öffentlich bekennen, sie wollten etwas für die Integration der vielen Flüchtlinge tun. Das ist ein Statement, eine Demonstration politischen Willens. Deutschlands Top-Firmen - und damit auch deren Spitzenmanagement - bekennen Farbe. Sie wenden sich gegen die zunehmende Ablehnung der Flüchtlinge durch Teile der Gesellschaft.

Das heißt zwar nicht, dass sie den von der Bundesregierung weitgehend ungehinderten Zuzug von Menschen politisch unterstützen. Aber es zeigt zumindest, dass sich die Konzerne auf keinen Fall mit jenen gemeinmachen wollen, die in den Asylbewerbern nur ein Problem sehen, das sich am besten durch geschlossene Grenzen und die Verweigerung von Integration lösen lässt. Im Gegenteil: Die Firmen glauben, dass sich die Probleme durch schnelle Integration am besten angehen lassen.

ThyssenKrupp etwa bietet deshalb rund 140 zusätzliche Ausbildungs- und Praktikumsplätze für Flüchtlinge an. Mehr als 50 seien bereits unter Vertrag. Dem Konzern gehe es darum, das bislang positive Klima in der Diskussion zu erhalten. "Arbeit ist ein entscheidender Motor für Integration", sagte Vorstandschef Heinrich Hiesinger der "Welt". "Deutschland hat mit dieser Formel bereits in der Vergangenheit Millionen von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft erfolgreich integriert." Mit dieser Erfahrung und positiven Einstellung werde es auch heute gelingen, die Flüchtlinge zu integrieren.

Ein großes Engagement zeigt auch die Deutsche Post und ihre Mitarbeiter. Einerseits bietet der Konzern ungenutzte Liegenschaften zur Unterbringung der Flüchtlinge an. Andererseits aber seien mehr als 10.000 Mitarbeiter freiwillig bei der Betreuung der Flüchtlinge in Deutschland dabei. Der Konzern selbst bietet 1000 Praktikumsplätze für Migranten an. Außerdem gibt es im Unternehmen 100 Koordinatoren, die die Hilfe für Flüchtlinge und deren Integration unterstützen sollen. Die Post arbeitet überdies mit verschiedenen Initiativen zusammen, die den vielen Menschen die deutsche Sprache beibringen sollen. Zum Beispiel mit der Stiftung Lesen. Im Kleinen wiederum repariert ein Mitarbeiter der Post Fahrräder für Flüchtlinge, damit die im Alltag etwas mobiler sind. Probleme mit zunehmender Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen gebe es im Unternehmen nicht. Die Post beschäftige ohnehin sehr viele Leute mit Migrationshintergrund, hieß es dort. Der Sportartikelhersteller Adidas wiederum will jeden Mitarbeiter in Deutschland in diesem Jahr drei Tage für ehrenamtliche Tätigkeiten freistellen, um Flüchtlingen zu helfen. Durch Sportaktivitäten und Sprachkurse sollen sie schneller an die deutsche Gesellschaft herangeführt werden. Für etwa 30 Flüchtlinge soll es zusätzlich Kurzzeitpraktika im Unternehmen geben. Der Waschmittel- und Kosmetikkonzern Henkel konzentriert sich nach eigenen Angaben auf die drei Bereiche Soforthilfe, persönliches Engagement von Mitarbeitern und Integration durch Bildung. "Die Initiative 'Wir Zusammen' setzt ein deutliches Zeichen - für die Geschlossenheit unserer Gesellschaft, die für Toleranz und Chancengleichheit steht", sagte Henkel-Chef Kasper Rorsted der "Welt". Er hatte die Initiative für Henkel unterschrieben. "Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, Flüchtlinge nachhaltig in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir stehen zu dieser Verantwortung", so Rorsted.

Praktika und Ausbildungsplätze sind für viele der Firmen in der Initiative "Wir zusammen" das Mittel der Wahl, um den Menschen zu helfen. Siemens will in diesem Jahr bis zu 100 Flüchtlinge als Praktikanten einsetzen. Außerdem richtet der Konzern in Berlin, Düsseldorf, Erlangen und Karlsruhe vier Förderklassen mit je 16 Flüchtlingen ein, die rund sechs Monate dauern sollen. In diesen Klassen geht es vor allem um Sprachförderung, berufsvorbereitende Maßnahmen sowie kulturelle und sportliche Aktivitäten. "Ziel ist es, aus den Förderklassen geeignete Kandidaten für eine Ausbildung zu finden", heißt es bei Siemens. Die Förderklassen sollen am 1. März starten, so dass die Teilnehmer im September nahtlos in eine Ausbildung wechseln könnten.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag rechnet in diesem Jahr mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit durch die Flüchtlinge. Fehlende Sprachkenntnisse und oft geringe oder fehlende Qualifikationen machten die Arbeitsmarktintegration zu einer Aufgabe "für die nächsten fünf bis zehn Jahre", sagte DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben bei der Vorstellung der Konjunkturumfrage der Kammern. Der DIHK sieht in den Ausgaben für

"Motor für Integration" In Teilen der Bevölkerung kippt die Stimmung gegenüber Flüchtlingen. Aber die deutschen Unternehmen widersetzen sich diesem Trend - und ....

die Flüchtlinge in diesem Jahr aber auch einen Konjunkturimpuls. Von den 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum, die der DIHK in diesem Jahr erwartet, gingen 0,3 Prozentpunkte auf die Flüchtlinge zurück.

Verbände wie der DIHK und der zuletzt eher kritisch mit der Politik der Bundesregierung umgehende Industrieverband BDI positionieren sich damit nicht unbedingt in einer Linie wie die Unternehmen selbst. Umso erstaunlicher ist die Initiative der vielen großen Firmen heute.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Ingo Wagner

Eine junge Frau absolviert einen Kurs im Schweißen: Deutschlands Konzerne wollen Asylbewerbern eine Chance geben

Ingo Wagner

**Load-Date:** February 11, 2016

---

End of Document



**Griechenlands Tragödie könnte Merkels Rettung sein; Weil in Südosteuropa eine humanitäre Katastrophe droht, hofft das Kanzleramt auf einen Ruck in der EU. Doch Deutschland sollte nicht darauf setzen**

Die Welt

Freitag 26. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 48

**Length:** 704 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Marcel Leubecher

## Body

---

Die **Flüchtlingszahl** muss "spürbar" und "nachhaltig" gedrosselt werden. So lautet das erklärte Ziel der Bundesregierung. Dahinter kann sie nicht mehr zurück. Über die Gefahr, die für Angela Merkel in dieser Zusage steckt, wird viel geschrieben.

Stand 25. Februar läuft es für die Kanzlerin gar nicht so schlecht. Es kommen nur noch sehr wenige **Flüchtlinge** nach Deutschland. Am Mittwoch zählte die Bundespolizei in Bayern etwa 60. Kein Vergleich also zu den 10.000, die noch im vergangenen Herbst täglich aus Österreich in den Freistaat kamen.

Merkels erste Zielvorgabe, der spürbare Rückgang, nimmt damit ihren gewünschten Verlauf - jedenfalls mit Blick auf die nackten Zahlen. Merkels Kritiker, die sie zum Schließen der Grenze zwingen wollen, müssen sich vorerst zurückhalten. Denn wen soll man an der Grenze zurückweisen?

Und dennoch: Von Entspannung kann im Kanzleramt keine Rede sein. Denn "nachhaltig" ist an der aktuellen Situation voraussichtlich nichts: Die Balkanstaaten haben die Fluchtroute auf eigene Faust verbarrikadiert - gegen den erklärten Willen Merkels. Weil trotzdem oder gerade deswegen ungehindert Flüchtlinge über die Ägäis kommen, gehen alle Experten davon aus, dass die Migranten nicht allzu lange vom mazedonischen Zaun aufgehalten werden. Die Flüchtlingsroute nach Mitteleuropa wird sich wohl schon bald verlagern.

Die Bundesregierung hält daher an ihren langfristigen Plänen fest. Die drei Landtagswahlen am 13. März mögen durch die innenpolitische Brille von großer Bedeutung sein. Entscheidend für den Kurs der Kanzlerin könnten sie aber nicht sein, findet man im Kanzleramt.

Griechenlands Tragödie könnte Merkels Rettung sein Weil in Südosteuropa eine humanitäre Katastrophe droht, hofft das Kanzleramt auf einen Ruck in der EU. Doch D....

Für Deutschland liegt die entscheidende Barriere weiterhin zwischen Griechenland und der Türkei. Daher werde bis zum EU-Gipfel in zehn Tagen "alle Kraft" auf die Kooperation mit der Türkei und den Schutz der dortigen EU-Außengrenze gelegt, sagt Innenminister Thomas de Maizière (CDU). "Bis dahin sollten nationale Alleingänge unterbleiben", fordert er. Wenn man dann jedoch scheitere, solle es "andere gemeinsame, europäisch koordinierte Maßnahmen" geben. Auf die Frage, was für Maßnahmen dies seien, antwortete der Minister: "Das sehen wir dann." Was de Maizière meint, ist jedoch klar: ein abgestimmtes Comeback der Binnengrenzen in Europa. Die Folgen wären ganz ähnlich wie derzeit beim kritisierten einseitigen Vollzug der Balkanstaaten. Und: Auch bei einem abgesprochenen Hochziehen von Europas Grenzen würden in Griechenland Tausende stranden.

Deutsche Sicherheitsbehörden haben ein Schließen der Balkanroute bereits im Herbst durchgespielt. Sie warnten davor, dass "Panik und Chaos" bei Migranten und Behörden ausgelöst werden könnten, wenn die Route ohne gesamteuropäischen Plan (etwa für den Bau von Hotspots oder die Einführung von Kontingenten) zur "Sackgasse" gemacht wird. Weil ein gemeinsames Konzept bislang aber nicht auf den Weg gebracht ist, geht es im mazedonisch-griechischen Grenzgebiet drunter und drüber.

"Es beginnt gerade, was alle verhindern wollten", sagte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt der "Welt". Die EU-Staaten führten eine humanitäre Katastrophe herbei. Tausende würden derzeit "in der Falle" sitzen und das in einem Staat, "der weder akzeptable Unterkünfte und Versorgung für die Flüchtlinge bereitstellt, noch jemals ein Interesse daran hatte, ein funktionierendes Asylsystem mit rechtsstaatlichen Verfahren aufzubauen".

Auch wenn es paradox erscheint - so mancher in Europa und in Berlin hält ein "Volllaufen" Griechenlands nicht nur für unausweichlich, sondern auch für eine Chance: Die Regierung in Athen könnte einsehen, dass ihre Aufgabe nicht das Weiterreichen von Flüchtlingen sei. Die europäische Gemeinschaft wiederum könnte erkennen, dass plötzlich nicht mehr das mächtige Deutschland mahnt, sondern das kleine Griechenland nach Hilfe schreit. Vielleicht geht dann der von Merkel eingeforderte Ruck durch Europa. Dennoch ist man in Berlin besorgt: "Es gibt die Gefahr, dass Griechenland völlig destabilisiert wird", warnt der CDU-Bundestagsabgeordnete und Europapolitiker Karl-Georg Wellmann. "Die Rettung des Euro-Landes Griechenland, das ins Chaos abdriftet, würde uns viel teurer zu stehen kommen als ein solidarischer Weg in der Flüchtlingskrise."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Nake Batev

Flüchtlinge hoffen an der griechisch-mazedonischen Grenze auf ein Weiterkommen. Doch nur, wer aus Syrien oder dem Irak ist, darf derzeit passieren

Nake Batev

**Load-Date:** February 26, 2016

**Seehofer legt sich jetzt mit allen an; CSU-Chef attackiert Österreich in Flüchtlingsfrage. Der Kanzlerin droht er mit neuem Ultimatum. Juncker reagiert genervt auf Kritik aus Bayern**

Die Welt

Mittwoch 28. Oktober 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 251

**Length:** 384 words

## Body

---

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat Kanzlerin Angela Merkel (CDU) mit einem neuen Ultimatum für einen Kurswechsel in der **Flüchtlingspolitik** unter Druck gesetzt. Zudem verlangte der CSU-Chef, dass sie angesichts des ungebremsen Zustroms von **Asylbewerbern** persönlich auf das Nachbarland Österreich einwirkt. Bis Allerheiligen am kommenden Sonntag werde er noch abwarten, ob die bayerischen Forderungen nach Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung in Berlin Gehör fänden, sagte Seehofer der "Passauer Neuen Presse": "Sollte ich keinen Erfolg haben, müssen wir überlegen, welche Handlungsoptionen wir haben."

Angesichts des Ansturms von Flüchtlingen aus Österreich warf Seehofer der Regierung in Wien rücksichtsloses Vorgehen vor: "Dieses Verhalten Österreichs belastet die nachbarschaftlichen Beziehungen. So kann und darf man nicht miteinander umgehen." Am Montagabend waren an der deutsch-österreichischen Grenze wieder ohne Vorwarnung zahlreiche Migranten angekommen.

Bundeskanzlerin Merkel blieb gelassen. Den 1. November nannte sie trocken einen "interessanten Tag" - nicht wegen des Ultimatums, sondern wegen der Wahl in der Türkei. Nach dieser Wahl könne dann der europäisch-türkische Aktionsplan umgesetzt werden und an den Fluchtursachen angesetzt werden. "Wir können den Schalter nicht mit einem Mal umdrehen, sondern müssen Schritt für Schritt vorgehen." Der CDU-Generalsekretär Peter Tauber sagte, die Bundesregierung habe die größten Verschärfungen im Asylrecht seit mehr als 20 Jahren durchgesetzt. "Bis diese wirken, brauchen wir aber noch etwas Geduld."

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte sich deutlich genervt von Seehofers Kritik, wonach seine Behörde zu wenig zur Eindämmung der Flüchtlingskrise unternehme. Es brauche keine "feierlichen Appelle aus Bayern und von sonst wo", sagte Juncker. "Wenn andere so aktiv wären bei der Bekämpfung der Flüchtlingskrise, wie die Kommission dies in täglichem und nächtlichem Einsatz ist, dann wären wir sehr viel weiter."

Seehofer legt sich jetzt mit allen an CSU-Chef attackiert Österreich in Flüchtlingsfrage. Der Kanzlerin droht er mit neuem Ultimatum. Juncker reagiert genervt a....

Am Abend wurde bekannt, dass die Parteivorsitzenden der großen Koalition am Wochenende über die Lage beraten. Am Samstag treffen sich zunächst Merkel und Seehofer. Am Sonntag wollen dann beide mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zusammenkommen.

Siehe Kommentar und Seite 4

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** October 28, 2015

---

End of Document

**"Integration ist ein lebenslanger Lernprozess"; Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) wirft Angela Merkel vor, falsche Signale in der Flüchtlingskrise zu setzen. Und sie bringt einen Vorschlag des türkischen Präsidenten ins Gespräch**

Die Welt

Samstag 13. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 37

**Length:** 2790 words

**Byline:** Thorsten Mumme

Ulf Poschardt

## Body

---

Ich bin wie Chuck Norris - nur als Mädchen". Diesen Schriftzug hatte Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney kurz vor dem Gespräch getwittert. Eine SPD-Ministerin als unbezwingbarer Actionheld? Kraftvolle Worte findet sie jedenfalls auch an diesem Nachmittag.

Die Welt:

Der Wahlkampf in Baden-Württemberg nimmt Fahrt auf. Ihr Ministerpräsident, Winfried Kretschmann (Grüne), betet für Angela Merkel (CDU). Betet er auch ein bisschen für die Sozialdemokraten?

(lacht) Das müssen Sie ihn fragen. Im Moment betet jeder für sich.

Wie ist die Stimmungslage in der SPD angesichts der Gefahr, vielleicht nur viertstärkste Kraft zu werden?

(überlegt) Gemessen daran, dass die SPD Schlüsselressorts besetzt und gute Regierungsarbeit leistet, sind die Umfragewerte nicht erfreulich. Die Erwartungen an die SPD sind allerdings besonders hoch. Denn die SPD steht mit einem Teil ihrer klassischen Wählerklientel für eine Gruppe sozial benachteiligter Menschen, die nun in gefühlte Konkurrenz zu Flüchtlingen gerät. Schon seit zwei Jahren fragen mich die Bürger: "Frau Öney, alle kümmern sich um die Flüchtlinge, wer kümmert sich um mich?" Da ist eine große Sorge, zu kurz zu kommen.

Wo verorten Sie den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel in der Flüchtlingsfrage?

"Integration ist ein lebenslanger Lernprozess" Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) wirft Angela Merkel vor, falsche Signale in der Flüch....

Ich glaube, dass er mit Frank-Walter Steinmeier frühzeitig deutlich gemacht hat, dass man die Sorgen der Bürger ernst nehmen muss.

Wo steht die SPD denn im Moment? Und wo stehen Sie innerhalb der Partei?

In Volksparteien gibt es immer unterschiedliche Meinungen, die im Volk vorkommen. Von linksliberal bis konservativ. Es gibt auch große regionale Unterschiede zwischen den Landesverbänden. Die SPD muss es schaffen, die Stimme der Vernunft zu sein.

Wie würde sich diese Stimme anhören?

Sie sollte Abstand nehmen von gewohnten Ritualen und Sprechhülsen, Formulierungen. Die bringen uns nicht weiter. Man muss sagen, wie wir mit den 1,1 Millionen Flüchtlingen umgehen, die im vergangenen Jahr nach Deutschland gekommen sind. Dazu sind ja noch 500.000 EU-Ausländer gekommen. Die werden im Moment nicht beachtet, aber vor zwei, drei Jahren hatten wir noch eine Diskussion um Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Das ist in den Hintergrund gerückt.

Aber das Problem besteht weiterhin.

Natürlich. Auch EU-Ausländer, die nach Deutschland kommen, sind nicht sofort perfekt in Arbeit und gesellschaftliches Leben integriert. Auch die sind teilweise auf Unterstützung angewiesen. In der politischen Auseinandersetzung rückt das derzeit zwar in den Hintergrund, aber den Bürgern fällt das auf. Die SPD muss versuchen, zwischen Rechtskonservativen

AfD

und den ganz Linken

Merkel

(lächelt) zu vermitteln. Wir haben innerhalb kurzer Zeit so viele Menschen aufgenommen. Aus integrationspolitischer Sicht ist das kein erstrebenswerter Zustand. Denn Integration in diesem Tempo kann so kaum gelingen. Die staatlichen Institutionen sind nicht darauf eingestellt. Das betrifft die Bundespolizei genauso wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Dabei ist es wichtig klarzustellen, wann Flüchtlinge arbeiten dürfen.

Richtig, eine EU-Richtlinie spricht von neun Monaten. In Deutschland haben wir das auf drei Monate gesenkt, damit das Ganze den Steuerzahler nicht zu viel kostet - und auch, um Integration zu fördern. Damit wurde aber auch eine Einwanderung in das Asylsystem attraktiver und möglicherweise ausgelöst. Wir müssen aufpassen, dass das Asylrecht nicht ad absurdum geführt wird.

Sie sprechen von Asylmissbrauch?

Nein, von Zweckentfremdung. Ich würde es vermutlich auch so machen. Sie auch! Wir brauchen mehr Informationen über legale Wege der Einwanderung. Wenn jemand qualifiziert ist, ein Arzt oder ein Ingenieur, muss er nicht in das Asylsystem. Dann muss er nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft mit 20 Männern in einem Zimmer schlafen. Wenn unsere Gesellschaft seine Qualifikationen braucht, soll er über einen anderen Kanal einreisen können. Aber im Moment erscheint Asyl offenbar als der schnellste Weg, nach Deutschland zu kommen.

Glauben Sie also nicht an Merkels Satz "Wir schaffen das"?

Wir schaffen das nicht in diesem Tempo. Das BAMF will seit zwei Jahren Leute einstellen. Aber die Personalstellen wurden erst spät bewilligt. Dazu gibt es arbeitsrechtliche Vorgaben und Verfahren, du musst jeden beteiligen: den Personalrat, den Betriebsrat, die Gleichstellungsbeauftragte. Es ist ja gut, dass es das alles gibt. Aber das dauert, und es sind langwierige Prozesse.

"Integration ist ein lebenslanger Lernprozess" Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) wirft Angela Merkel vor, falsche Signale in der Flüch....

Ist das wirklich gut? Kann man in so einer Lage nicht auf bürokratische Hürden verzichten?

Na ja, wir können jetzt nicht den Rechtsstaat aussetzen. Aber wir sollten flexibler sein und im Krisenmodus arbeiten. Und das gelingt nicht überall.

Dann ist es doch praktisch, dass Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, seit Herbst 2015 auch das BAMF leitet, oder?

Nein, ich fand, das war keine gute Entscheidung. Denn es wird teilweise missverstanden als das Signal: Wir sehen in der Asylpolitik nicht nur eine humanitäre Aufgabe, sondern vor allem ein Instrument zur Bewältigung des Fachkräftemangels. Und das passt nicht!

Was für Fehler gab es noch im Krisenmanagement des Herbstes?

Ich glaube, es war nicht gut, dass nach der Woche, in der die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge nach Deutschland kommen durften, alle Entscheidungskraft zu Peter Altmaier ins Kanzleramt gezogen wurde. Dadurch wurde das von vielen Flüchtlingen so verstandene Signal, die Kanzlerin wolle Flüchtlinge, also können sie alle hingehen, verstärkt. Sie hätte außerdem deutlicher klarmachen sollen, dass niemand wegen der Flüchtlinge zu kurz kommt.

Im April 2015 haben Sie im Interview der "Welt" gesagt, unsere Grenzen seien zu durchlässig. Wie ist Ihre Wahrnehmung jetzt?

Ja, das habe ich gesagt, als der Hype noch ein ganz anderer war. Inzwischen gibt es teilweise Grenzkontrollen, aber im Grunde hat sich nichts geändert. Zudem ist die Finanzkrise zwar in den Hintergrund gerückt, aber sie ist in vollem Gang. Wenn es anderen EU-Ländern schlechter geht, die Jugendarbeitslosigkeit etwa in Italien, Spanien und Griechenland weiter wächst, könnte das zu noch mehr Zuwanderung führen. Und an der EU-Niederlassungsfreiheit will wohl keiner rütteln, auch ich nicht. Also selbst wenn die Flüchtlingsdebatte aufhören würde, werden wir vermutlich andere Zuwanderungsdebatten führen.

Und wir haben noch gar nicht über Integration gesprochen.

Das kommt nach der Zuwanderung. Integration ist ein lebenslanger Lernprozess. Das betrifft nicht nur Flüchtlinge, sondern jeden. Wenn ich als Berliner in nach Stuttgart gehe, muss ich mich anpassen. Wenn ich als Ausländer nach Deutschland komme, muss ich mich auch anpassen, nur dass dann die Unterschiede viel größer sind. Das kann innerhalb kurzer Zeit nicht ganz gelingen. Vor allem nicht, wenn es keinen Druck zur Integration gibt.

Wie erzeugt man Anpassungsdruck?

Man versucht es über aufenthaltsrechtliche Regularien wie: Wer kein geregeltes Einkommen hat, bekommt vielfach nicht den angestrebten Aufenthaltstitel. Das greift allerdings nicht bei EU-Ausländern, denn die haben Niederlassungsfreiheit. Welche Regelungen für Flüchtlinge gelten sollen, diskutieren wir gerade.

Warum ist Deutschland so attraktiv für Flüchtlinge?

Es gab Entscheidungen, die höhere Flüchtlingszahlen zur Folge hatten. Die Leistungsanpassungen durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2012 etwa. Daraufhin stiegen die Flüchtlingszahlen, vor allem aus dem Balkan, rasant an. Und damit die Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, kam es 2014 zum Asylrechtskompromiss, auch mit der Stimme von Baden-Württemberg im Bundesrat. Das Arbeitsverbot wurde auf drei Monate gesenkt. Auch das hat etwas ausgelöst. Denn sofort ging die Information raus: Wenn man als Flüchtling nach Deutschland kommt, kann man arbeiten. Und dann vielleicht auch bleiben.

Hat es Sie überrascht, wie gut die Flüchtlinge informiert sind? Der Durchschnittsdeutsche weiß wohl kaum, was genau im Asylgesetz steht.

"Integration ist ein lebenslanger Lernprozess" Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) wirft Angela Merkel vor, falsche Signale in der Flüch....

Das Asylrecht ist kompliziert und bislang ein Randthema gewesen. Teilweise kennen sich die Flüchtlinge im Asylrecht wirklich besser aus als manch deutscher Politiker. Und so etwas spricht sich sofort herum. Zudem gibt es Gerüchte. Wir leben in einem Technologiezeitalter. Wenn Sie hier eine Nachricht absetzen, wird die via Twitter, Facebook und Co. auf der ganzen Welt sofort gelesen. Aber das braucht es noch nicht einmal: Es reicht schon, wenn jemand aus der Familie, aus dem Dorf schon in Deutschland ist und sagt: "Wenn ihr kommt, gibt es hier eine Wohnung, Arbeit, einen Integrationskurs; kommt!" Es spricht sich alles schnell rum. Die Bilder vom September sind um die Welt gegangen.

Sie meinen das Selfie der Kanzlerin?

Nicht nur das Selfie, sondern auch Informationen über Asylpakete, die hier geschnürt wurden. Nach einem Flüchtlingsgipfel kursierte das Gerücht, dass jeder Flüchtling 670 Euro bekommt, wenn er nach Deutschland kommt. Das war aber nur die Pauschale, die der Bund pro Flüchtling in der Erstaufnahme an die Länder zahlen will.

Denken Sie, dass Maßnahmen, die den Zustrom reduzieren sollen, wie etwas das Asylpaket II, sich genauso schnell herumsprechen wie die Selfies der Kanzlerin?

Das kann sein. Vielleicht kommen auch deshalb gerade jetzt so viele. In Griechenland sind über 70.000 Menschen aufgelaufen, im türkischen Grenzgebiet über 30.000. Vielleicht eine Art Torschlusspanik.

Schnell nach Deutschland, bevor der Familiennachzug begrenzt wird.

Ja, diese Information ging auch umher. Aber genau das, was gerade läuft, ist Familienzusammenführung. Denn es kommen nicht nur junge Männer, sondern viele Frauen und Kinder.

Unterstützt der Bund die Länder ausreichend?

Ich habe schon vor zwei Jahren gefordert, der Bund soll die Erstaufnahme in Eigenregie übernehmen. Denn dann hätte er endlich mehr Druck, die Zahlen zu begrenzen. Das können die Länder nicht leisten. Sie können auch nicht ohne Ende Kapazitäten schaffen. Es gibt sie nicht, und es gibt sie nicht so schnell. Es gibt Grenzen des Machbaren, und wir stoßen natürlich auch an die Grenzen der Toleranz.

Können Sie nachvollziehen, dass es diese Grenzen gibt?

Natürlich, weil manche Entwicklungen einfach zu schnell passieren. Es ist falsch, den skeptischen Bürgern pauschal Rassismus zu unterstellen. Ängste sind vorhanden. Und Vorfälle wie an Silvester in Köln erhöhen die Toleranz der Bürger nicht gerade. Seit Jahren sagen etwa 50 Prozent der Bürger, es gebe zu viele Ausländer in Deutschland. Das muss ja gar nicht ausländerfeindlich sein, sondern ist zunächst nur eine Wahrnehmung.

Sind die Deutschen denn tolerant?

Gemessen daran, dass hier viele Migranten aus aller Herren Länder schon seit Generationen leben, sind die meisten Deutschen sehr tolerant. Aber es gibt eben auch Ängste. Und gerade jetzt wollen die Bürger wissen: Wie lange geht diese Entwicklung noch? Diese Überfremdungsangst gab es immer schon. Aber sie hat zugenommen, seit die Zahlen angestiegen sind. Deswegen muss man Mechanismen finden, um die Zuwanderung zu regeln und zu begrenzen.

Also der Julia-Klößner-Plan?

Nein. Ich habe schon vor zwei Jahren Migrationsberatungszentren in Nordafrika und auf dem Balkan gefordert. Nicht in der EU! Seit zwei Jahren diskutiert die EU darüber, elf Migrationsberatungszentren einzurichten. Bislang gibt es eines in Griechenland, drei in Italien. Nur: Es hilft ja gar nichts, diese Hotspots in Europa zu installieren. Denn wenn die Menschen erst einmal hier sind, werden sie nicht mehr gehen wollen.

Eine andere Art der Sicherung der EU-Außengrenzen?



"Integration ist ein lebenslanger Lernprozess" Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) wirft Angela Merkel vor, falsche Signale in der Flüch....

Gewissermaßen, denn auch da hat die EU Fehler gemacht. Frontex wurde mit Milliarden unterstützt. Aber im Moment arbeitet Frontex hauptsächlich als Seenotrettungsprogramm. Theoretisch bräuchte es auch einen Brüsseler Schlüssel, eine Art Königsteiner Schlüssel für Europa. Aber ich habe zunehmend den Eindruck, dass das vergebene Liebesmüh ist. Es bräuchte ein einheitliches europäisches Flüchtlingsrecht.

Sind Sie enttäuscht von Europa?

Ich bin ein bisschen verärgert, was das Tempo angeht. Und oft trifft man auf die Einstellung: "Was habe ich damit zu tun?" Viele Länder haben überhaupt kein Interesse daran, einen Flüchtlingsschlüssel für Europa zu entwickeln, weil sie dann auch Flüchtlinge aufnehmen müssten. Im Moment kommen etwa 80 Prozent der Flüchtlinge nach Deutschland. Ein langfristiges Ziel der EU müsste daher ein umfassendes europäisches Flüchtlingsrecht sein. Dafür müsste man vielleicht auch in Deutschland bestimmte Standards für Flüchtlinge senken. Denn im Moment sind unsere Standards so hoch, dass viele andere Länder sie nicht erreichen. Generell sind die Standards zwischen den Ländern zu unterschiedlich.

Ein gemeinsames europäisches Flüchtlingsrecht wäre also ein Mittel zwischen portugiesischen und deutschen Sozialleistungen?

Es fängt an mit den rechtlichen Vorgaben der Aufnahme. In einigen Ländern campieren Flüchtlinge auf der grünen Wiese. Und dann kommen sie nach Deutschland und finden ein nahezu perfektes Aufnahmesystem - wenn sie in das richtige Bundesland kommen. Auch was die Anerkennungsquoten angeht, gibt es keine festen Regeln. Es gibt keine einheitliche Liste der sicheren Herkunftsländer. Es geht also nicht nur in erster Linie um Leistungen, sondern vor allem auch um die Umsetzung von rechtlichen Vorgaben.

Wie sehen Sie die Rolle der Türkei in der Flüchtlingsfrage?

Dort leben seit Jahren über zwei Millionen Flüchtlinge. Die Türkei hat offen gesagt, dass sie das allein nicht schaffen kann. Die türkische Regierung hat zudem eine Pufferzone vorgeschlagen. Das sollte man zumindest diskutieren.

Auf türkischem Territorium?

Das müsste man in Absprache mit den Ländern vereinbaren. In Krisengebieten müsste es in jedem Fall eine Sicherheitszone geben. Sehen Sie, die EU-Kommission geht davon aus, dass etwa 60 Prozent der Flüchtlinge Wirtschaftsflüchtlinge sind. Die Menschen wollen alle nach Europa beziehungsweise in dieses Leben. Wenn es gelänge, eine Pufferzone zu schaffen, in der auch ein bisschen was produziert wird, wohin möglicherweise auch deutsche Firmen einen kleinen Teil risikoarmer Produktion verlagern, könnte man einen Teil der Menschen in so einer Sicherheitszone unterbringen. Die Menschen wollen ja alle Sicherheit und sie wollen Arbeit.

Aber irgendwann wird auch eine Pufferzone zu voll.

Perspektivisch wird man auch dort nicht alle Menschen unterbringen können. Und die Ursachen liegen ja woanders. Bei einer Bürgerversammlung wurde ich einmal gefragt: "Wer trägt denn eigentlich Verantwortung für diese Flüchtlingskrise?" Im Grunde trägt jedes Land Verantwortung für sich und seine Bürger. Jedes Land muss dafür sorgen, dass seine Bürger in Sicherheit sind. Egal ob Syrien, Ägypten, Eritrea, Jemen - jedes Land muss dafür sorgen, dass es keinen Massenexodus gibt.

Doch viele arabische Länder kommen dieser Verantwortung nicht nach.

Genau, dabei hat die Region so viele Bodenschätze, viele arabische Länder sind ja reich! Warum stecken sie dieses Geld nicht in Forschung, in Wissenschaft, in Industrie? Einige Länder könnten ja praktisch Europa aufkaufen. Niemand müsste auf Schlauchbooten nach Europa kommen, wenn diese Länder ihren Reichtum anders verteilen und sinnvoll nutzen würden. Aber stattdessen gibt es da Konflikte, die aus dem Islamismus oder dem politischem Islam resultieren.

"Integration ist ein lebenslanger Lernprozess" Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) wirft Angela Merkel vor, falsche Signale in der Flüch....

Dabei ist die vom Islam geprägte Weltregion eine der Wiegen unserer Kultur und Kulturtechniken. Das ist doch eine wahre Tragödie!

Ja, aber wer nicht mit der Zeit geht, ist nicht konkurrenzfähig! Das gilt für jede Organisation, für jede Firma, für jede Partei und auch für jede Religion.

Aber was ist das strukturelle Problem in diesem muslimisch geprägten Kulturraum?

Ich kann nicht sagen, dass der Islam integrationshemmend ist. Denn es gibt ja viele Muslime, bei denen Integration gelungen ist. Es gibt aber auch einige wenige, die Religion und Tradition für so wichtig halten, dass alles andere in den Hintergrund rückt. Aber so kann man in Deutschland, im Herzen von Europa, eben nicht leben. Man wird so nicht erfolgreich sein, weil man sich auf diese Art praktisch selbst ausgrenzt.

Wenn die historische Dialektik recht behält, müsste es zu diesem Neotraditionalismus im Islam ja irgendwann eine Gegenbewegung geben.

Ja, aber solche fortschrittlichen Botschaften müssen von Leuten kommen, die als Vorbilder oder Ikonen gelten.

Von wem denn?

Aus den eigenen Reihen. Ich glaube, dass ein Imam für eine geistliche Gruppe mehr Autorität hat als andere Personen. Die Menschen müssen von Bezugspersonen angeleitet werden. Experten sagen: Der politische Islam hat viel Unheil angerichtet, zum Nachteil dieser Länder. Sie haben sich abgekapselt. Im internationalen Wettbewerb kann man nur bestehen, wenn man mit der Zeit geht. Und nicht, wenn man in das vorvorvorletzte Jahrhundert zurückgeht.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Martin U. K. Lengemann

Bilkay Öney kann die Ängste der Bürger verstehen und warnt davor, ihnen pauschal Rassismus zu unterstellen

Martin U. K. Lengemann, Martin U.

**Load-Date:** February 13, 2016

*Ein Jahr, letztlich schwer zu fassen; Angela Merkel beendet ihr schwierigstes Jahr mit Erfolg. 2016 stehen aber vor allem außenpolitisch noch viel größere Herausforderungen an. Die Lösungen der Kanzlerin für die Asylkrise bleiben vorerst Wunschdenken*

Die Welt

Montag 28. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 301

**Length:** 1363 words

**Byline:** Robin Alexander

## **Body**

---

Zu den politischen Besonderheiten des zu Ende gehenden Jahres gehört auch der Rückblick darauf. Genauer gesagt die Tatsache, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die vom "Time"-Magazin zur "Person des Jahres" gewählte und tatsächlich in Deutschland wie in ganz Europa dominierende Politikerin, ihn nicht wie üblich den Beobachtern überließ, sondern ihren Jahresrückblick selbst schrieb und ihn auf dem CDU-Bundesparteitag Mitte Dezember vorgetragen hat - unter großem Jubel der Delegierten.

So angetan waren die Christdemokraten von Merkels Rückblick auf ihr Jahr, dass sie anschließend die monatelang schwer umstrittene **Flüchtlingspolitik** der Kanzlerin in einer Abstimmung mit Riesenmehrheit rückwirkend legitimierten.

"2015 ist ein unglaubliches Jahr, letztlich schwer zu fassen", hatte Merkel auf dem Parteitag in Karlsruhe ihre Rede begonnen und diese dann tatsächlich lange im Stil eines Rückblicks gehalten. Sie zählte die Angriffe auf die Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" und einen koscheren Supermarkt im Januar in Paris auf, erinnerte an "17 Stunden Verhandlungsmarathon in Minsk für Frieden in der Ukraine" im Februar, nannte für März den Absturz der Germanwings-Maschine über den Alpen, "bewusst vom deutschen Copiloten herbeigeführt", und im April den Sonderrat der Europäischen Union, nachdem "Hunderte Menschen im Mittelmeer ertrunken sind".

Den Mai ließ sie weg. Für Ende Juni, Anfang Juli berichtete sie von den "Verhandlungen mit der griechischen Regierung über den Abschluss des bis dahin geltenden zweiten Hilfsprogramms", streifte den erfolgreichen G-7-Gipfel im bayerischen Schloss Elmau, um schon für August in die Flüchtlingskrise überzuleiten. Deren Anfang legte Merkel nicht auf die legendäre Nacht vom 4. auf den 5. September, als sie nach Rücksprache mit dem österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann und ihrem Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) Tausenden durch Ungarn laufenden Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland erlaubte. Sie nannte die

Ein Jahr, letztlich schwer zu fassen Angela Merkel beendet ihr schwierigstes Jahr mit Erfolg. 2016 stehen aber vor allem außenpolitisch noch viel größere Heraus....

Verdoppelung der Prognose der erwarteten Asylbewerber von 400.000 auf 800.000 durch Innenminister Thomas de Maizière (CDU) als erstes Datum der heißen Phase der Krise.

Wie immer, wenn Mächtige selbst Geschichte schreiben, verfolgen sie damit einen Zweck. Merkel kämpft mit allen Mitteln gegen die Erzählung, sie habe die Asylkrise erst ausgelöst: mit der Ungarn-Entscheidung, aber auch mit Selfies, die in der Woche danach am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entstanden.

Dieses Narrativ ist mächtig: Die mittel- und osteuropäischen Regierungen rechtfertigen damit ihre Weigerung, ihrerseits Flüchtlinge aufzunehmen. Aber auch Wolfgang Schäuble (CDU), Merkels Finanzminister und der einzige deutsche Politiker, der ihre Macht tatsächlich gefährden könnte, redete zeitweise öffentlich so, indem er andeutungsreich von einer "Lawine" orakelte, die ein "unvorsichtiger Skifahrer" auslösen könne.

Für Merkels Blick auf 2015 ist entscheidend, dass es anders war: Sie will nicht die Auslöserin oder auch nur Verstärkerin der Fluchtbewegungen gewesen sein. Deshalb nennt sie de Maizières frühe Warnungen (die in Wirklichkeit zu spät kamen) oder fordert ihren Sprecher auf, eine von der EU-Kommission erarbeitete Grafik zu verbreiten, die eine schon länger anschwellende Fluchtbewegung nach Europa dokumentiert.

Eines ist aber völlig klar: Die Dimension der Fluchtbewegung ist von Merkel genauso unterschätzt worden wie von allen anderen. Ob sie, wenn sie geahnt hätte, was auf Deutschland zukommt, ihr mittlerweile berühmtes "Wir schaffen das" so optimistisch formuliert hätte? Am 31. August prägte sie dieses Leitmotiv ihrer Flüchtlingspolitik - nicht bei einer großen Rede, nicht einmal bei einer Regierungserklärung, sondern auf einer verschobenen Sommerpressekonferenz.

"Ich habe, ehrlich gesagt, überhaupt nicht damit gerechnet", hat sie später über den Zufallstreffer gesagt, den die sonst wenig Wortmächtige in der politischen Begriffsprägung landete. "Wir schaffen das", diese aus dem Arsenal eines Motivationstrainers zu stammen scheinende Ermunterung kann erst einmal alles und nichts heißen: Amerikanische Kinder kannten das "Yes we can" schon von Bob dem Baumeister, bevor es vor sieben Jahren die Wahlparole von Barack Obama wurde. Damals freilich mit dem Zusatz "change" - Wechsel oder besser noch: Wandel - versehen. Gemeint war: Wir schaffen Veränderung. Auf Spanisch heißt "Wir schaffen das" übrigens "Podemos" - der Parteiname der linkspopulistischen Kraft, die vor einer Woche einen Triumph gegen Merkels Musterschüler Mariano Rajoy errang: Auch hier ging es um einen Wechsel.

Bei Merkels "Wir schaffen das" liegen die Dinge komplizierter - hier bekommt der Spruch eine protestantisch-verantwortungsethische Komponente: Wir nehmen eine uns gestellte Aufgabe an. Weil wir stark sind. Weil wir uns nicht wegducken. Ausformuliert hat Merkel dies eigentlich erst Monate später, bei ihrer bemerkenswerten Parteitage, auf der sie ihre Flüchtlingspolitik in die Parteigeschichte der CDU einsortierte und diese geradezu amerikanisch als Geschichte der optimistisch angegangenen großen Aufgaben interpretierte: "Wir wählen die Freiheit" (Adenauer), "Wohlstand für alle" (Erhard), "blühende Landschaften" (Kohl).

Ihrer Partei begründete Merkel die Flüchtlingspolitik explizit christlich: "Die Idee der Gründung der CDU war eigentlich eine ungeheuerliche Idee: eine Partei, die im C ihre Grundlage findet, also in der von Gott gegebenen Würde jedes einzelnen Menschen. Das heißt, dass heute keine Menschenmassen kommen, sondern dass einzelne Menschen zu uns kommen." Damit zog sie eine deutliche Kante zur Rhetorik der "Völkerwanderung", der "Überflutung" und des "Stroms", mit der das Gefühl beschrieben wird, Deutschland sei vielleicht doch überfordert.

Politisch hat Merkel das Jahr spätestens mit dem Parteitag gewonnen: Sowohl ihre Umfragen als auch die Werte für die CDU steigen wieder. Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) ist nur im Osten zweistellig und in Bayern, wo der Provinzfürst und CSU-Chef sich gegen Merkels Flüchtlingspolitik positionierte. Im Rest der Republik bleiben die Rechten ein Phänomen vom Rand der Gesellschaft.

Schwieriger sieht es auf der europäischen Bühne aus: Zwar gelang es der Bundesregierung - wie schon bei der Euro-Rettung -, den EU-Institutionen auch in der Flüchtlingskrise den Kurs vorzugeben. Allein, zu wenige Europäer wollen Brüssel und Berlin diesmal folgen. So bleibt Merkels Plan zur Lösung der Krise bislang Wunschdenken: Die Fluchtursachen mildern? In Syrien und Afghanistan wird es wohl erst noch schlimmer werden, bevor es irgendwann

Ein Jahr, letztlich schwer zu fassen Angela Merkel beendet ihr schwierigstes Jahr mit Erfolg. 2016 stehen aber vor allem außenpolitisch noch viel größere Heraus....

besser wird. Die EU-Außengrenze sichern? Hier ist man auf den immer autokratischer agierenden türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan angewiesen, der zwischen Griechenland und der Türkei leisten soll, was Merkel zwischen Deutschland und Österreich nicht will: dichtmachen. Illegale Migration durch legale Migration ersetzen? Der deutsche Plan von der geordneten Verteilung von Flüchtlingen kommt nur sehr langsam voran - wenn überhaupt.

Die Zugeständnisse, die Merkel den Partnern machen muss, sind jetzt schon gigantisch: Sie ist nach Istanbul gereist und hat sich - mitten im Wahlkampf - von Erdogan als Trophäe präsentieren lassen. Sie musste, um Frankreichs Präsident François Hollande nach den Attentaten der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Paris bei der Stange zu halten, einem Kriegseinsatz zustimmen, den sie selbst nicht für durchdacht hält. Zwar bombt die Bundeswehr nicht mit, aber sie betankt die Flugzeuge der Verbündeten und kundschaftet Ziele aus.

Der Sieg gegen den IS kann freilich nur mit Bodentruppen errungen werden - und immer lauter werden die Stimmen, die doch wieder auf die Truppen des Diktators Baschar al-Assad setzen, der die eigene Bevölkerung mit Fassbomben und Folter erst zur Flucht getrieben hat. Damit entsteht 2016 vielleicht eine historisch einmalige, geradezu paradoxe Situation: Deutschland kämpft an der Seite eines Regimes, dessen Bevölkerung es gleichzeitig als politisch Verfolgte aufnimmt.

So war 2015 sicherlich das Jahr der Angela Merkel. Aber 2016 dürfte das entscheidende Jahr für sie werden.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** December 28, 2015

**Terror, Amoklauf, Asylmissbrauch - Lässt sich das in Deutschland wirksam verhindern?; Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fordert strengere Sicherheitsgesetze und sagt "Besserwissern" den Kampf an. Er ist nicht der einzige Politiker, der mit neuen Forderungen auf die aktuelle Lage reagiert.**  
**Ein Überblick**

Die Welt

Mittwoch 27. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 174

**Length:** 1669 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## **Body**

---

Würzburg, München, Reutlingen, Ansbach: Nach der jüngsten Serie von Anschlägen und Gewalttaten liegen verschiedene Vorschläge für Gesetzesverschärfungen auf dem Tisch.

Bereits seit einem Jahr stellt sich die Bundesregierung zwar im Kampf gegen den Terror wie beim **Asylmissbrauch** besser auf - vielen reichen die Regeln aber nicht aus. CSU-Chef Horst Seehofer plädiert nun insgesamt für mehr Bürgerschutz. Fast alle sind sich einig, dass die Sicherheitsbehörden besser ausgestattet und Informationen besser geteilt werden sollen. Vieles aber ist umstritten. Die "Welt" gibt einen Überblick über die Forderungen.

Bundeswehr auch im Inneren einsetzen

Schon heute kann die Bundeswehr im Inland eingreifen - die Regeln dafür sind jedoch eng gefasst. Das Grundgesetz legt fest, dass die innere Sicherheit zunächst grundsätzlich in der Hand der Polizei liegt. Soldaten können ihr aber zum Beispiel bei der Katastrophenhilfe unter die Arme greifen. Selbst militärische Mittel sind nicht ausgeschlossen; allerdings muss dafür eine außergewöhnliche Ausnahmesituation vorliegen, die einer Katastrophe gleichkommt. Ein Einsatz zur Unterstützung der Polizei kann auch starten, falls die freiheitlich-demokratische Grundordnung ins Wanken gerät. Dann dürfte die Bundeswehr Schulen, Bahnhöfe oder Flughäfen schützen - und auch gegen Aufständische vorgehen.

Doch trotz der blutigen Taten der vergangenen Tage mit dem vermutlich ersten islamistischen Selbstmordanschlag hierzulande - die Armee hätte noch nicht eingreifen dürfen. Bei einem großen Anschlag wie in Paris oder Brüssel wäre das sicherlich anders gewesen. In München war zunächst nicht klar, ob eine Terrorlage vorliegt. Feldjäger der Bundeswehr waren deshalb bereits in Bereitschaft versetzt.

## Terror, Amoklauf, Asylmissbrauch - Lässt sich das in Deutschland wirksam verhindern? Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fordert strengere Sicherheitsgesetz....

Vor allem Politiker der Union fordern aber, dass die Bundeswehr schneller eingesetzt werden kann. Als prominenter Befürworter tritt immer wieder Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (CDU), zugleich Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Bundesrat. Er hält eine Grundgesetzänderung für notwendig.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) machte sich im Frühjahr ebenfalls für einen Einsatz im Innern stark. Bald schon soll es gemeinsame Übungen mit der Polizei geben. Dabei wird es zunächst aber wohl bleiben: Die SPD hält nichts von einer Ausweitung der Bundeswehr-Kampfzone.

### Waffenhandel strenger kontrollieren

Bei Anschlägen der Terrormiliz Islamischer Staat (IS), aber auch bei Amokläufen wie in München, setzen die Täter häufig Schusswaffen ein. Nach den Bluttaten von Erfurt und Winnenden waren die Gesetze bereits verschärft worden. Kauf und Besitz von Waffen oder Munition sind strenger geregelt, zum Beispiel im Bereich der Sportwaffen. Auch Kontrollen wurden verstärkt. Das Waffenrecht hierzulande gehört nach Angaben des Bundesinnenministeriums damit zu den schärfsten in Europa.

Der Münchner Täter benutzte offenbar eine illegal gekaufte, unbrauchbar gemachte Waffe, die jedoch mit wenigen Handgriffen wieder scharfgestellt werden konnte. Das ist bei Pistolen der Fall, die in Theatern benutzt werden. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion erklärte die Bundesregierung, solch umgebaute Waffen würden "einen nicht unerheblichen Teil der Waffenkriminalität" ausmachen.

Seit den Anschlägen von Paris haben die Grünen dieses Problem in den Fokus genommen. Innenpolitiker fordern neben weiteren Verschärfungen bei der Aufbewahrung von Waffen und Munition sowie dem weitgehendes Verbot von halb automatischen Waffen auch, dass eine Deaktivierung der Schussfunktion so gut wie nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Auf EU-Ebene werden solche Veränderungen bereits auf den Weg gebracht: Es geht dabei vor allem um gemeinsame Standards in allen Mitgliedstaaten.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob stark strengere Waffengesetze tatsächlich wirken. Nach Angaben des innenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka, werden 95 Prozent aller Straftaten nämlich mit illegalen Waffen begangen. Im Fall des Täters von München, der sich seine Pistole im Darknet besorgte, einem anonymen und schwer zugänglichen Bereich des Internets, fordert Lischka wie der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), dass die Sicherheitsbehörden besser ausgestattet werden, um Händlern dieser Schattenwelt auf die Schliche zu kommen.

### Videoüberwachung ausbauen

Die Bundesregierung befürwortet einen Ausbau der Videoüberwachung. "An Kriminalitätsschwerpunkten im Aufgabenbereich der Bundespolizei setzen wir mit zusätzlichen Mitteln mehr Videotechnik ein", heißt es im Koalitionsvertrag. Das bezieht sich vor allem auf Bahnhöfe und Flughäfen.

Zusammen mit der Deutschen Bahn baut der Bund die Observation auch bereits aus - wenn auch langsamer als angekündigt. Die Bundespolizei will auf einem Berliner Bahnhof in diesem Jahr zudem "intelligente Videotechnik" erproben. Eine Software analysiert dabei Kamerabilder und meldet automatisch auffällige Bewegungen oder Gegenstände wie Koffer, die einsam herumstehen.

Videoüberwachung soll vor allem dabei helfen, dass Straftaten aufgeklärt und mögliche Folgetaten verhindert werden können. Insbesondere nach den Vorfällen der Silvesternacht in Köln und jüngst nach der Axt-Attacke eines Islamisten in einem Regionalzug bei Würzburg wurden solche Forderungen laut.

Immer wichtiger für die Arbeit der Sicherheitsbehörden werden gleichwohl private Videoaufnahmen: Seitdem fast jeder eine hochauflösende Kamera in seinem Handy integriert hat, versuchen Beamte, solche Aufnahmen zu sichern und auszuwerten.

### Kommunikation überwachen

## Terror, Amoklauf, Asylmissbrauch - Lässt sich das in Deutschland wirksam verhindern? Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fordert strengere Sicherheitsgesetz...

Nach jahrelangem Ringen gab der Anschlag auf die Redaktion des Pariser Satiremagazins "Charlie Hebdo" im vergangenen Jahr den Ausschlag dafür, dass die SPD die Union bei der Einführung der Vorratsdatenspeicherung unterstützte. Mittlerweile fordern Innenpolitiker der Union allerdings eine Ausweitung. Verbindungsdaten - wer hat mit wem wie lange telefoniert? - sollen länger als nur für zehn Wochen gespeichert werden.

Außerdem will die CSU, dass Ermittler leichter auf Dienste wie WhatsApp zugreifen und die Kommunikation dort überwachen können. Datenschutz müsse jetzt hintenanstehen, heißt es in der Union. Konflikte mit den Grünen, die immer wieder als künftiger Koalitionspartner im Bund gehandelt werden, sind damit programmiert.

### Flüchtlinge identifizieren

Niemand weiß, wer sich in Deutschland aufhält. Das ist seit der Einführung des Schengen-Raumes ohne Grenzkontrollen Gewissheit. Auf der anderen Seite meldet sich auch kein Deutscher in Spanien an, wenn er kurz nach Mallorca fliegt. Anders liegt der Fall jedoch bei Flüchtlingen, die in Europa Schutz suchen. Hier versuchen die Behörden, einen Überblick zu bekommen. Im Herbst war das aber angesichts von teilweise 10.000 Einreisenden pro Tag nach Deutschland zum Scheitern verurteilt.

In Würzburg, Reutlingen und Ansbach schlugen Täter zu, die hierzulande Asyl beantragten. Vor allem im Fall des Axttäters zeigte sich, welche Sicherheitslücken im Asylsystem bestehen. Obwohl der Mann bereits seit mehr als einem Jahr in Deutschland war, hatten die Behörden seine Identität noch nicht umfangreich geprüft. Auch eine erkennungsdienstliche Behandlung hatte noch nicht stattgefunden.

Politiker verschiedener Parteien fordern nun, dass viele Flüchtlinge, die 2015 eingereist sind, nachkontrolliert werden. Hunderttausende Syrer wurden im vergangenen Jahr nicht persönlich durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) befragt, sondern trugen ihre Personendaten lediglich auf einem Fragebogen ein. Derzeit allerdings ist das BAMF noch damit beschäftigt, den Berg von ausstehenden Asylanträgen abzuarbeiten.

Selbstverständlich schließt auch eine genaue Überprüfung der Identität nicht aus, dass jemand kriminell wird - sie könnte aber Hinweise darauf geben, wer bereits bei der Einreise schummelt. Außerdem könnte Politik den Kontrollverlust des vergangenen Jahres so gut es geht ausgleichen. Vielleicht würden sogar manche auffallen, die im Ausland bereits Straftaten begangen haben.

Insgesamt reisen rund 70 Prozent der Migranten ohne Personaldokumente ein. Nicht wenige von ihnen täuschen dabei eine falsche Identität vor. Bereits eine grobe Prüfung der Grenzschutzagentur Frontex 2015 in Griechenland ergab, dass 14 Prozent der angeblichen Syrer keine waren. Für eine Nachkontrolle gibt es inzwischen Fürsprecher.

Geringe Chancen hat jedoch die CSU-Forderung nach einem harten Grenzregiment. Die Bayern haben den Vorschlag gemacht, dass Flüchtlinge so lange an der Grenze bleiben sollen, bis ihre Identität geklärt ist. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die vom Bundesinnenministerium vorgeschlagenen Transitzone, ähnlich wie an Flughäfen. Dieses Vorhaben wurde jedoch bereits im vergangenen Jahr abgeräumt. Und auch wenn jetzt viel weniger Migranten kommen und solche Kontrollstellen logistisch sogar möglich wären: Verbrannte Projekte erleben in der Politik nur selten eine Rückkehr.

### Straffällige Ausländer schneller ausweisen

Bereits nach den massenhaften sexuellen Übergriffen von Köln in der Silvesternacht hat die Politik beschlossen, dass straffällige Ausländer und Asylbewerber härter bestraft und abgeschoben werden können. Union und SPD standen damals Seite an Seite - obwohl noch nicht einmal geklärt war, was rund um den Hauptbahnhof am Dom eigentlich passiert war.

Nach den Anschlägen von Würzburg und Ansbach sowie der Attacke von Reutlingen heißt es in der CSU, dass man ernsthaft überlegen müsse, wie man ausländische Personen behandelt, wenn sie mit dem Gesetz in Konflikt kommen und von ihnen Gefahr ausgeht.



Terror, Amoklauf, Asylmissbrauch - Lässt sich das in Deutschland wirksam verhindern? Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer fordert strengere Sicherheitsgesetz....

Ausweisen heißt jedoch nicht gleich Abschieben. Nur ein Bruchteil der unmittelbar ausreisepflichtigen Personen wird tatsächlich abgeschoben. Das liegt vor allem daran, dass die Identität der Migranten oft nicht genau nachgewiesen werden kann oder die mutmaßlichen Herkunftsländer ihre Bürger nicht zurücknehmen wollen. Bislang gibt es für dieses Problem keinen Lösungsansatz, der Erfolg verspricht.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

picture alliance/Peter Kneffel

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer und Innenminister Joachim Herrmann (r.)

Peter Kneffel

**Load-Date:** July 27, 2016

---

End of Document

**Ein Minister probt den Aufstand; Thomas de Maizière legt sich in der Flüchtlingskrise mit der SPD an. Und bereitet Kanzleramtschef Peter Altmaier Probleme**

Die Welt

Montag 9. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 261

**Length:** 1001 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## Body

---

Wer im Duden das Wort "koordinieren" sucht, findet folgende Erläuterung: "(verschiedene Dinge, Vorgänge o. Ä.) aufeinander abstimmen, miteinander in Einklang bringen". Koordination steht damit für das Gegenteil von Durcheinander. Es klingt nach wohlthuender Ordnung - von der die Bundesrepublik derzeit weit entfernt ist. Wenige wissen das wahrscheinlich so gut wie Peter Altmaier.

Der CDU-Politiker ist nicht nur Kanzleramtschef. Seit etwa einem Monat übt Altmaier zudem den Job als **Flüchtlingskoordinator** der Bundesregierung aus. Eine Mammutaufgabe. Spätestens an diesem Wochenende wird er festgestellt haben, wie schwer es tatsächlich ist. Mit der Komplexität der Krise hat das weniger zu tun. Angesichts der Randle zwischen CDU, CSU und SPD muss man jedoch feststellen: Entweder gelingt Altmaier diese Koordination nicht - oder aber man sollte darüber nachdenken, ob die Erklärung im Duden ergänzt werden muss um die Wendung: koordinieren - im Fall einer großen Koalition ein unmögliches Unterfangen.

Im Mittelpunkt des Trubels steht Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Das große Kuscheln des Asylgipfels am Donnerstag war noch nicht einmal 24 Stunden her, da berichtete die "FAZ" nämlich, dass für syrische Flüchtlinge eine deutliche Asylverschärfung auf dem Weg sei. Ein Sprecher des Innenministeriums wurde zitiert: "Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird angewiesen, ab sofort Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien nur subsidiären Schutz zu gewähren." Im Klartext: Syrische Flüchtlinge sollen ihre Familien nicht nachholen dürfen.

Die Maßnahme wäre die bislang strengste in der Flüchtlingskrise. Viele sehnen sich angesichts der überfüllten Flüchtlingsunterkünfte und einem weiterhin unkontrollierten Zugang sogar nach einem solchen Zeichen der Abschreckung, das zudem die Zuwandererzahl deutlich reduzieren würde. Doch nicht nur die Opposition, auch so mancher in der SPD war daraufhin außer sich. Erst am Vortag hatten die Parteivorsitzenden einen Minimalkompromiss vereinbart. Es ging dabei auch schon um eine Aussetzung des Familiennachzugs. Dass davon bald auch ein Teil der Syrer betroffen sein sollte und dass darüber sogar bei dem Spitzentreffen geredet wurde,

Ein Minister probt den Aufstand Thomas de Maizière legt sich in der Flüchtlingskrise mit der SPD an. Und bereitet Kanzleramtschef Peter Altmaier Probleme

davon will zumindest die SPD nichts mitbekommen haben. Die Genossen erklärten nach dem Gipfel stolz, es ginge bei der Einigung um nicht mehr als rund 1700 Balkanflüchtlinge.

Der Frieden in der Koalition war mit de Maizières Ankündigung wieder vorbei. Das Innenministerium schien sein "Hase-und-Igel-Spiel" fortzuführen. Schon vor einem Monat hatte der Innenminister kurz nach einem ersten Asylkompromiss mit der SPD Pläne für Transitzentren angekündigt. Mit der neuen Einstufung der Syrer, für die inhaltlich sogar gute Gründe vorgebracht werden können, schien die Union bei den Gesetzesverschärfungen jetzt wieder einen Schritt voraus zu sein. Sollte die SPD etwa auch hier ihre Position verlassen und sich schließlich doch auf den Koalitionspartner zubewegen?

Erst einmal ist es anders gekommen. Vor allem Altmaier als Flüchtlingskoordinator musste viele Gespräche führen. Und so passierte es, dass de Maizière noch am Freitagabend zurückruderte und erklärte: Es gibt noch keine Entscheidung der Koalition. Der Bundesinnenminister war somit zurückgepiffen, der nächste Streit in der Koalition aber mit einem lauten Knall eröffnet. Die Einigkeit in der Koalition ist mal wieder ganz offiziell dahin - auch wenn Spitzenpolitiker beider Parteien gar nicht so weit entfernt voneinander liegen.

CSU und vor allem Innenexperten der CDU wollen nicht einsehen, dass die SPD das Vorhaben beerdigt. Und auch Thomas de Maizière sagte am Sonntag dem Fernsehsender n-tv, dass er es nach wie vor für richtig hält, "auch bei Syrern wieder in jedem Einzelfall zu prüfen, welcher Schutzstatus angemessen ist, statt pauschal zu verfahren". Er sehe dazu noch "Gesprächsbedarf" in der schwarz-roten Koalition, fügte der Minister hinzu. Der Trubel wird damit weitergehen. Welche Erklärung aber kann es dafür geben, dass ausgerechnet de Maizière für sein Vorhaben trommelt und dafür den Koalitionsfrieden aufs Spiel setzt? Ausgerechnet er, der selbst viele Jahre Kanzleramtschef von Angela Merkel war, weiß schließlich um die Bedeutung der geräuschlosen Zusammenarbeit in einer großen Koalition. Und auch in der Flüchtlingskrise scheint de Maizière bislang keine großen Probleme mit dem offiziellen Regierungskurs zu haben. Was also treibt ihn zu dieser kleinen Revolution an? Am Sonntag erklärte Altmaier im Deutschlandfunk nämlich auf Nachfrage, er sei über die Anweisung des Innenministeriums an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht informiert worden. Warum diese Eskalation?

Zunächst: An den Ausführungen des Innenministers erkennt man, dass er eine veränderte Einstufung der syrischen Flüchtlinge ganz nüchtern als logische Rückkehr zu der bereits für lange Zeit bewährten Praxis betrachtet. Diese Haltung passt zu de Maizière, der viel von Ordnung hält. Als zuständiger Innenminister kennt er die aktuelle Situation in der Flüchtlingskrise genau. Die Zahl der Zuwanderer reißt nicht ab. Niemand hat einen Überblick, wer ins Land kommt. Länder und Kommunen sind am Rand der Belastungsgrenze.

So mancher in der Union - und hinter vorgehaltener Hand übrigens auch in der SPD - ist der Meinung, dass die Flüchtlingszahl schnell und auf längere Sicht begrenzt werden muss. Viele Möglichkeiten, das zu erreichen, gibt es aber nicht. Das härteste Mittel wäre wohl, einen Teil der Flüchtlinge an der Grenze nach Österreich zurückzuweisen. Diese Forderung wird auch bereits seit Wochen geäußert. So weit geht de Maizière aber noch nicht. Die Begrenzung des Familiennachzugs könnte die Situation entspannen und dafür sorgen, dass es erst gar nicht zum Zurückweisen kommt. Allerdings sieht es so aus, als ob der Minister sein Vorhaben selbst torpediert hat. In ein oder zwei Wochen - also deutlich nach dem Gipfel - hätten die Sozialdemokraten sicherlich weniger Bauchschmerzen mit dem Plan gehabt.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Ein Minister probt den Aufstand Thomas de Maizière legt sich in der Flüchtlingskrise mit der SPD an. Und  
bereitet Kanzleramtschef Peter Altmaier Probleme

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (l.) und Kanzleramtsminister Peter Altmaier (beide CDU) unterhalten sich  
am Rande einer Bundestagsdebatte

Kay Nietfeld

**Load-Date:** November 9, 2015

---

End of Document

**Bund muss Prognose bei Asylanträgen anheben; Länder rechnen mit bis zu 600.000 Bewerbern in diesem Jahr und fordern ein nachhaltiges Flüchtlingskonzept**

Die Welt

Donnerstag 6. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 181

**Length:** 828 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## **Body**

---

Der Bund rechnet in diesem Jahr mit mehr als 450.000 **Asylanträgen**. Das erfuhr die "Welt" aus Teilnehmerkreisen einer Telefonkonferenz von Vertretern von Bund und Ländern. Demnach erklärte die beamtete Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Emily Haber, dass die bisherige Prognose noch in diesem Monat nach oben korrigiert werde.

Die Innenminister der Länder hatten bereits in der vergangenen Woche eine Anhebung der voraussichtlichen **Asylbewerberzahl** gefordert. Hintergrund ist, dass interne Erhebungen über Zugangszahlen deutlich über die bisherigen Schätzungen hinausgehen. Länder und Kommunen verlangen eine neue Prognose, um notwendige Kapazitäten für Unterkunft und Versorgung im Herbst bereitstellen zu können. Das Bundesamt für **Migration und Flüchtlinge** (BAMF) geht bislang von 450.000 **Asylanträgen** in diesem Jahr aus. Nach Informationen der "Welt" rechnen mehrere Bundesländer aber damit, dass sich die Zahl auf 600.000 erhöhen könnte. Während man in den vergangenen Jahren in den Sommermonaten einen Rückgang bei den Zugangszahlen verzeichnete, gab es in diesem Jahr mehr Anträge.

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, fordert "eine Art EU-Marshallplan für die Balkanländer". Sonst werde die hohe Zahl der Flüchtlinge aus diesen Staaten nicht sinken, sagte Landsberg der "Bild"-Zeitung vom Mittwoch. "Wir müssen für die Menschen in den Herkunftsländern Perspektiven schaffen", betonte er. Die Balkanstaaten stehen im Fokus der Flüchtlingsdebatte, da rund die Hälfte aller Asylbewerber von dort kommt. Ihre Anträge haben in der Regel keine Aussicht auf Erfolg. Bund und Länder müssten zudem "sofort ein nachhaltiges Flüchtlingskonzept" auflegen, so Landsberg. Den Städten und Gemeinden stehe das Wasser bis zum Hals. Bestandteile des Konzeptes müssten die komplette Übernahme der Kosten für die Flüchtlinge durch den Bund sowie eine Ausnahmeregelung beim Baurecht sein. Landsberg: "Wir brauchen schnell winterfeste Flüchtlingsunterkünfte." Alles, was das verzögere, müsse ausgesetzt werden.

Bund muss Prognose bei Asylanträgen anheben Länder rechnen mit bis zu 600.000 Bewerbern in diesem Jahr und fordern ein nachhaltiges Flüchtlingskonzept

Sachsen will ähnlich wie Bayern ein zentrales Abschiebecamp für Flüchtlinge einrichten, die nur geringe Asylchancen haben. Das kündigte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) in einem Interview im MDR an. Das Wort Abschiebecamp vermied er allerdings wie zuvor schon sein Landesinnenminister Markus Ulbig (CDU). Dieser hatte nach einem Besuch des Zeltlagers für Flüchtlinge in Dresden einem entsprechenden Vorschlag von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) zugestimmt. Die bayerische Regierung will Asylbewerber ohne Bleibeperspektive künftig in speziellen Aufnahmezentren unterbringen, um sie schneller abschieben zu können. Die Folge war eine bundesweite Welle der Kritik. Es gab aber auch Zuspruch.

Tillich erinnerte daran, dass die Bundesregierung die Länder aufgefordert habe, solche Einrichtungen zu schaffen: "Der Bund hat von vier Einrichtungen bundesweit gesprochen, die er selbst schaffen will, und die Länder aufgefordert, das Gleiche in ihren Ländern zu tun - dem folgen wir."

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, befürwortet die gesonderte Unterbringung von Flüchtlingen mit geringen Anerkennungschancen. Über eine solche Konzentration könnten die Asylverfahren schneller abgeschlossen werden, sagte Glück am Mittwoch im Deutschlandfunk. Er bezeichnete das Vorhaben als "christlich", eine Stigmatisierung könne er darin nicht erkennen. Wenn es um die Chancen gehe, in Deutschland zu bleiben, dürften den Flüchtlingen keine falschen Hoffnungen gemacht werden, betonte Glück. Diese Ehrlichkeit sei Teil einer christlichen Einstellung. Bei Asylsuchenden vom Westbalkan beispielsweise liege die Anerkennungsquote bei unter einem Prozent. Bis September soll in Bayern ein Sonderlager für bis zu 1500 Flüchtlinge aus Balkanstaaten eingerichtet werden. Das Asylverfahren soll dort nicht länger als zwei Wochen dauern. Auch die Abschiebungen sollen schnell organisiert werden können.

Nach Ansicht des Europadirektors des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) sollten "Wirtschaftsmigranten", die kaum Chancen auf Asyl haben, schneller in ihre Herkunftsländer zurückgebracht werden. "Es braucht faire und effiziente Systeme, die Asylanträge schnell bearbeiten und nicht schutzbedürftige Menschen zurückschaffen", sagte Vincent Cochetel der Deutschen Presse-Agentur.

In Deutschland sei dies allerdings ein Problem, sagte Cochetel. Dabei "haben nur wenige europäische Länder in den vergangenen zwei Jahren so viel getan wie Deutschland", so der UNHCR-Europadirektor. Laut Cochetel blockierten "viele Asylsuchende aus dem Balkan aber das System, da sie keinen internationalen Schutz benötigen". Sie sollten "schneller zurückgeschafft werden, um Platz für wirklich Schutzbedürftige zu gewähren". Nur so verstehe die Bevölkerung, dass diejenigen, die blieben, wirklich schutzbedürftig seien, so Cochetel. Für ihn ist das auch die beste Antwort an fremdenfeindliche Leute.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 6, 2015

**Jugendhilfe ist nicht für junge Ausländer ausgelegt; Unbegleitete minderjährige Asylsuchende werden teuer betreut - wie verwahrloste deutsche Kinder. Union will Kosten von Eltern zurück**

Die Welt

Dienstag 2. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 27

**Length:** 822 words

**Byline:** Marcel Leubecher

Sabine Menkens

## **Body**

---

Es war so einfach: Wer früher wissen wollte, wie viele **Flüchtlinge** und andere **Migranten** ohne Visum ins Land kamen, musste nur die **Asylantragszahlen** anschauen. Doch mit dem wachsenden Zuzug dehnt sich die Zeitspanne zwischen Grenzübertritt, Registrierung und Antragsstellung aus. Als aussagekräftiger gelten nun die im IT-System EASY registrierten Neuzugänge in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Bundesländer: Fast 1,1 Millionen Neuankömmlinge wurden 2015 gezählt, darunter womöglich bis zu zehn Prozent doppelt Erfasste. **Asylanträge** stellten hingegen "nur" 477.000 Menschen.

Zwei wichtige Gruppen sind weder in den **Asylantragszahlen** noch in den EASY-Zahlen enthalten: zum einen syrische (<http://www.welt.de/themen/syrien-konflikt/>) **Kontingentflüchtlinge**, die ohne **Asylverfahren** aus den **Flüchtlingslagern** ( <http://www.welt.de/themen/fluechtlinge/>) nach Deutschland geholt wurden. Und andererseits unbegleitete minderjährige Ausländer - wenn sie keinen **Asylantrag** stellen, was meist der Fall ist. Nach den "Welt" vorliegenden Zahlen aus den Bundesländern leben 67.864 Personen dieser Gruppe in Deutschland (Stichtag 26. Januar), aber nur 14.439 von ihnen reichten 2015 **Asylanträge** ein. Unbegleitete Minderjährige werden vom Jugendamt in Obhut genommen und durchlaufen nicht das Prozedere der **Asylsuchenden**. Deshalb werden sie nicht im System EASY registriert.

Weil sich die Zahl in den vergangenen Jahren vervielfacht hat - 2008 wurden nur 1099 von ihnen in Obhut genommen - und die Unterbringung teuer ist, werden Rufe nach einer Änderung lauter. "Wir gehen mit diesen Jugendlichen - meist sind es 16, 17 Jahre alte Jungs - so um, als handele es sich um deutsche Kinder, die wegen Kindeswohlgefährdung aus ihren Familien genommen werden müssen, mit Vormund und intensiver Betreuung", sagte Unionsfraktionsvize Michael Kretschmer (CDU) der "Welt". Aber: "Für die Unterbringung minderjähriger Ausländer ist das Jugendhilfesystem nicht ausgelegt, wir müssen es behutsam in ethisch verantwortlicher Weise

Jugendhilfe ist nicht für junge Ausländer ausgelegt Unbegleitete minderjährige Asylsuchende werden teuer betreut - wie verwahrloste deutsche Kinder. Union will ....

reformieren." Viele Jugendliche würden vorgeschickt, um die Familie nachzuholen. Ein regelrechtes Geschäftsmodell habe sich rund um die unbegleiteten Minderjährigen entwickelt, sagt Kretschmer. Die Verantwortung für die allein reisenden Jugendlichen würden zuerst ihre Eltern und nicht der deutsche Staat tragen. "Ich schlage vor, klar zu sagen, dass wir die Betreuungskosten von der Familie ersetzt haben wollen, wenn sie ein Kind nach Deutschland schickt. Dieses Geschäftsmodell auch noch damit zu belohnen, dass die Familie nachziehen darf, ist der falsche Weg."

Der Städte- und Gemeindebund (DStGB) fordert wegen der Zunahme ein eigenes Leistungsrecht für diese Gruppe, um eine Kostenexplosion zu verhindern. Die Versorgung müsse aus dem normalen Kinder- und Jugendrecht herausgenommen werden, sagte DStGB-Sozialexperte Uwe Lübking der "Welt". Derzeit sind die Kommunen verpflichtet, die unbegleiteten Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe oder Wohngruppen unterzubringen, die eigentlich für Minderjährige mit Erziehungsschwierigkeiten, Drogenproblemen, Desorientierung, Gewalterfahrung oder anderer Form familiärer Verwahrlosung geschaffen wurden.

Rund 40.000 bis 60.000 Euro kostet die Unterbringung in einer solchen Einrichtung je nach Bundesland pro Jahr - plus Verwaltungskosten. "Junge Leute, die wochenlang auf der Flucht waren, brauchen aber nicht dasselbe wie diese schwierigen Jugendlichen", sagt Lübking. "Sie brauchen etwas anderes: Unterkunft, Beschulung, Ausbildung und Sprachförderung."

Bereits heute würden viele Kommunen beide Augen zudrücken, weil in Jugendhilfeeinrichtungen kein Platz für die vielen Flüchtlinge sei, sagt Lübking. Auch private Vormünder seien kaum zu finden. "Es ist ein Missverhältnis. Wir können die Regeln der Jugendhilfe nicht anwenden, obwohl die jugendlichen Flüchtlinge eigentlich darunter fallen."

Im zuständigen Familienministerium stößt der DStGB mit seiner Forderung nach einem eigenen Flüchtlingsleistungsrecht auf Widerstand. Die Kommunalverbände arbeiten deshalb an Vorschlägen, wie es innerhalb des bestehenden Kinder- und Jugendhilferechts zu Erleichterungen für die Kommunen kommen kann, die "unseren Forderungen Rechnung tragen", sagt Lübking.

Im Wesentlichen geht es dabei um eine Standardabsenkung bei der Betreuung der unbegleiteten Flüchtlinge. Die Kernforderungen: Die Formen müssten nach Alter differenzierbar sein; die Zusammenführung auch mit entfernten Familienangehörigen innerhalb Deutschlands erlauben und durch erkennungsdienstliche Erfassung auch ermöglicht werden.

Und wer mit entfernten Verwandten einreist, soll nicht mehr als "unbegleitet" gelten. Ein Forderungskatalog soll kommende Woche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt werden und anschließend an die Familienministerkonferenz der Länder verschickt werden.

Dieses Geschäftsmodell ist der falsche Weg Michael Kretschmer (CDU), Unionsfraktionsvize im Bundestag

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** February 2, 2016



**Rückkehrer aus Deutschland? Nein, danke; 17 Staaten weigern sich, abgelehnte Asylbewerber wieder aufzunehmen - und erhalten einen Brandbrief der Bundesregierung**

Die Welt

Dienstag 23. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 45

**Length:** 1849 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Karsten Kammholz

Marcel Leubecher

## **Body**

---

Wer sich aus Deutschland abschieben lässt, ist schön blöd. So ähnlich lautete vor einem Jahr das drastische Fazit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Rückführung (AG Rück). Diejenigen, "die nur hartnäckig genug ihre Identität verschleiern und sich nur beharrlich genug ihrer Ausreisepflichtung widersetzen", seien "am Ende gegenüber den anderen die Bessergestellten". Folge sei, dass der "gesetzestreue Ausländer, der seiner Ausreisepflichtung ... nachkommt, der 'Dumme' ist."

Seit dem Expertenbericht im vergangenen Frühjahr ist viel passiert. Die **Flüchtlingszahl** ist stark angestiegen - und gleichzeitig werden mehr abgelehnte **Asylbewerber** aufgefordert, Deutschland zu verlassen. Die Politik hat bereits an einigen Schrauben gedreht, um die Zahl der Abschiebungen und freiwilligen Rückreisen zu erhöhen. Und dennoch wird die Gruppe der Ausreisepflichtigen immer größer. 2015 wurden 20.914 Ausländer rückgeführt - bei rund 200.000 Ausreisepflichtigen.

Neben den vielen Gründen, die trotz Ausreisepflicht zu einer Duldung führen können, besteht vor allem folgendes Problem: Viele Staaten wehren sich vehement dagegen, ihre eigenen Bürger zurückzunehmen. Die Bundesregierung hat deshalb vor Kurzem Brandbriefe an gleich 17 Staaten verschickt. Das geht aus Unterlagen der Bundesregierung hervor, die der "Welt" vorliegen. Demnach haben das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt sogenannte Demarchen - also diplomatische Schreiben mit deutlicher Kritik - an "besonders problematische Staaten" gerichtet, wie es dort heißt. Diese "umfangreiche" Aktion richtete sich vor allem an Länder

Rückkehrer aus Deutschland? Nein, danke 17 Staaten weigern sich, abgelehnte Asylbewerber wieder aufzunehmen - und erhalten einen Brandbrief der Bundesregierung

in Afrika (Ägypten, Algerien, Marokko, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Nigeria, Tunesien), aber auch an Staaten in Asien (Bangladesch, Indien, Pakistan, Libanon).

Es ist eine Liste, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Ein Sprecher des Innenministeriums sagte auf einer Pressekonferenz zuletzt, man wolle kein "naming and shaming" betreiben. Die Recherchen der "Welt" zeigen jedoch, dass viele der Staaten in der Frage keine Unbekannten sind und seit Jahren Probleme machen. Vor allem die Blockadehaltung der nordafrikanischen Staaten stößt auf Unmut: Ende der Woche wollen deshalb Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Saarlands Ressortchef Klaus Bouillon, und Sachsens Innenminister Markus Ulbig (alle CDU) nach Nordafrika reisen.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärte, dass die Bundesregierung die für die Durchsetzung der Ausreisepflicht zuständigen Bundesländer unterstütze. Neben dem Schreiben von Demarchen umfassten die Bemühungen eine Zusammenarbeit durch politische Dialoge auf allen politischen Ebenen. Ziel sei, die Rückkehrquoten zu erhöhen und die irreguläre Migration einzudämmen, so der Sprecher.

Die Bundesregierung muss sich beeilen. Denn wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) demnächst viel mehr Anträge bearbeitet, wird die Zahl der abgelehnten Bewerber noch einmal deutlich ansteigen. Dann droht ein Stau von vielen Hunderttausend unberechtigt Eingereisten, die Deutschland eigentlich zügig wieder verlassen müssten.

In Sachsen gibt es vor allem mit den tunesischen Behörden Reibereien. Im Freistaat leben überdurchschnittlich viele Menschen aus dem nordafrikanischen Staat. Das liegt daran, dass zwar Asylsuchende aus Hauptherkunftsländern wie Syrien und dem Irak über das gesamte Bundesgebiet verteilt werden. Die übrigen Migranten versucht man jedoch, in bestimmten Bundesländern zu sammeln, um nur dort entsprechende Dolmetscher und Antragsprüfer beschäftigen zu müssen. So wurden Tunesier lange Zeit ausschließlich nach Sachsen geschickt.

Allerdings erhalten nur rund 0,2 Prozent von ihnen auch einen Schutzstatus. Eigentlich müssten fast alle in die Heimat zurückkehren. Aus Sicht von Innenminister Markus Ulbig (CDU) drückt der Schuh an einer Stelle ganz besonders: Es geht um Straftaten, die durch Ausländer verübt werden. Tunesier machen fast ein Viertel aller ermittelten tatverdächtigen Zuwanderer aus - obwohl sie insgesamt nur vier Prozent aller Migranten im Freistaat stellen.

Seit den Silvesterereignissen will die Politik strenger gegen kriminelle Ausländer vorgehen. Wer straffällig wird, muss schneller mit der Ausweisung in seine Heimat rechnen. Oder besser: müsste. Denn auch hier kommt die mangelhafte Kooperation der Heimatstaaten ins Spiel. Das Dilemma lässt sich leicht in Zahlen zusammenfassen: Von den derzeit in Sachsen lebenden 2000 Tunesiern gelten 678 als "vollziehbar ausreisepflichtig", bei ihnen gibt es also keine Duldungsgründe mehr. Im vergangenen Jahr konnten aber nur 66 abgeschoben werden.

In Sachsen hofft man zwar, dass diese Zahl bald ansteigt - zum Beispiel durch die Aufnahme Tunesiens auf die Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Das größte Problem bei der Abschiebung wäre damit aber noch nicht gelöst.

Wie die "Welt" aus Sicherheitskreisen erfuhr, geben nach wie vor rund 70 Prozent der irregulär Eingereisten an, keine Identitätsdokumente zu besitzen. In der AG Rück gilt dies als "zentrales Vollzugshindernis". Denn niemand kann abgeschoben werden, solange seine Identität nicht geklärt ist.

Auch nach offiziellen Angaben des Bundesinnenministeriums ist die mangelnde Kooperation der Auslandsvertretungen der Herkunftsländer ein Haupthindernis für Rückführungen. Vor allem die Ausstellung eines Passes oder von Ersatzpapieren sei problematisch. Trotz völkerrechtlicher Verpflichtungen kommt eine Reihe von Staaten dieser Pflicht nicht nach. Die Zusammenarbeit mit deutschen Behörden werde oft verweigert. Und selbst wenn die entsprechende Staatsangehörigkeit festgestellt werden konnte, wird die Ausstellung von Ersatzpapieren laut Innenministerium behindert und verzögert. Selbst wenn am Ende eigentlich alles klar ist, will so mancher Staat schließlich nur jene zurücknehmen, die Deutschland auch freiwillig verlassen wollen.

Rückkehrer aus Deutschland? Nein, danke 17 Staaten weigern sich, abgelehnte Asylbewerber wieder aufzunehmen - und erhalten einen Brandbrief der Bundesregierung

Auch Pakistan weigert sich besonders vehement gegen die Rücknahme eigener Bürger. Obwohl nur etwa jeder zehnte Asylantragssteller aus dem Land einen Schutzstatus bekommt, bleiben auch die übrigen meist in der Bundesrepublik. Deutlich wird das am Land Hessen, wo fast jeder Dritte der 50.000 zugewanderten Pakistaner lebt. Während zum Jahreswechsel 615 Pakistaner vollziehbar ausreisepflichtig waren, wurden 2015 nur fünf Personen in ihre Heimat abgeschoben, wie das hessische Innenministerium der "Welt" mitteilte.

Zusätzlich wurden 24 Pakistaner gemäß den Dublin-Regeln in ein anderes europäisches Land zurückgeführt, weil sie dort zu einem früheren Zeitpunkt bereits einen Asylantrag gestellt hatten, 36 reisten freiwillig aus.

In den Jahren zuvor bot sich ein ähnliches Bild: 2014 gab es nur zwei, 2013 nur drei Abschiebungen - obwohl jeweils zum Jahresende 580 beziehungsweise 533 Personen "vollziehbar ausreisepflichtig" waren. Häufig scheitern die Abschiebungen am mangelnden Willen der pakistanischen Behörden, berichten Asylanwälte. So gingen etwa lokale Angestellte der deutschen Botschaft in Pakistan oft nicht ernsthaft genug der Identitätsüberprüfung nach, die manchmal auch Reisen in weit entfernte Ortschaften erfordert.

Doch auch das Interesse der höchsten politischen Ebene an der Rücknahme darf angezweifelt werden. EU-Diplomaten wissen zu berichten, dass der 180-Millionen-Einwohner-Staat Pakistan die Auswanderung aus wirtschaftlichen Gründen systematisch fördere. Erhebungen der Weltbank zufolge überwiesen pakistanische Auswanderer im vergangenen Jahr mehr als 20 Milliarden US-Dollar zurück in die Heimat, die Zahlungen machten rund sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Im vergangenen November verkündete Pakistans Innenminister sogar, sein Land habe das seit 2010 bestehende Rücknahmeabkommen mit der Europäischen Union ausgesetzt, weil die Europäer "offenkundigen Missbrauch" damit betrieben hätten.

In Nordrhein-Westfalen bereiten besonders Nordafrikaner große Probleme. In das größte deutsche Bundesland werden traditionell viele Marokkaner und Algerier geschickt. Oder besser gesagt: sie wurden. Denn auf Drängen des Landes hat sich der Bund vor einer Woche dazu entschlossen, zunächst keine weiteren Asylbewerber aus Marokko nach NRW zu schicken.

Die Zahl war zuletzt rapide angestiegen. Im Dezember und Januar wurden rund 85 Prozent aller Asylsuchenden aus dem nordafrikanischen Staat nach Nordrhein-Westfalen geschickt. Hinzu kam, dass die Behörden mit dieser Gruppe ähnliche Erfahrungen wie die Sachsen mit den Tunesiern machen. Probleme gebe es nun einmal besonders häufig mit allein reisenden jungen Männern aus Nordafrika, erklärte ein Sprecher des Innenministeriums.

Und auch für diese Gruppe ist die Chance auf einen erfolgreichen Asylantrag sehr gering. Doch am Ende scheitert eine Rückführung oftmals an der schlechten Kooperation der Heimatstaaten - wo man schlichtweg auch kein großes Interesse daran hat, die problematische Klientel zurückzunehmen, wie es in Sicherheitskreisen heißt.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger hat in einem Schreiben an Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) gerade erst auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Passersatzdokumenten hingewiesen. Der SPD-Politiker erklärt darin: "Die Länder haben ein hohes Interesse daran, dass der Bund durch sein Engagement die zügige Durchführung von Rückführungen verbessert und seine diesbezüglichen Bemühungen im Hinblick auf die Zielstaaten weiter intensiviert."

Beim Bund treffen die Länder auf offene Ohren. "Das Bundesministerium des Innern und das Auswärtige Amt arbeiten intensiv daran, in und mit den Herkunftsstaaten Verfahren zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber zu vereinfachen und zu beschleunigen", erklärte ein Sprecher des Außenministeriums. In einem Brief von de Maizière und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) an dessen algerischen Amtskollegen schreiben sie, wie die Bundesregierung mit Herkunftsstaaten illegaler Migranten umgehen will: Berlin droht und lockt zugleich.

Zum einen verkünden die Minister das Ziel, "gegenüber allen Herkunftsstaaten von irregulär eingereisten Menschen, die in Deutschland keine Bleibeperspektive haben, EU-Laissez-Passer-Dokumente für die Rückkehr zu verwenden". Solche Papiere kann die EU für Ausländer ohne Reisedokumente ausstellen. Dieser Passersatz

Rückkehrer aus Deutschland? Nein, danke 17 Staaten weigern sich, abgelehnte Asylbewerber wieder aufzunehmen - und erhalten einen Brandbrief der Bundesregierung

ermöglicht die freiwillige Ausreise in Länder, die diese Dokumente anerkennen. Um solche Zustimmungen ringen die Minister derzeit.

Die algerische Regierung wird mit der Aussicht umworben, dass die Kooperation in eine "neue Phase" eintreten könnte, die sich später "auch auf andere Bereiche unserer Zusammenarbeit positiv auswirken wird". Einen solchen Brief erhielten auch die Außenminister von Benin, Senegal, Guinea-Bissau, Niger, Nigeria, Sudan und Marokko.

Auf eine Eskalation hat Deutschland bislang verzichtet. Die Drohung, unkooperativen Staaten zum Beispiel die Entwicklungshilfe zu kürzen, ist keine offizielle Regierungslinie. Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte zuletzt aber sehr deutlich gemacht, dass man nichts davon halte, wenn man Entwicklungshilfe entgegennehme - die eigenen Bürger aber nicht.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Mohamed Messara

Arbeitslosenprotest in Tunis: Auch ohne Rückkehrer aus Deutschland gibt es in dem nordafrikanischen Land zu wenig Jobs für alle

Claudia Weidner

Mohamed Messara

**Load-Date:** February 23, 2016

**Gebremste Massenflucht; In Bayern kommen weniger Asylsuchende an.  
CSU-Innenminister Herrmann will aber keine Entwarnung geben und pocht  
auf strenge Asylregeln für Syrer und Afghanen**

Die Welt

Donnerstag 3. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 282

**Length:** 839 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Martin Lutz

## Body

---

War es das mit der **Flüchtlingskrise**? Die Massenflucht nach Europa scheint gebremst. Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** hat im November erstmals in diesem Jahr einen leichten Rückgang auf den Mittelmeerrouten registriert. Ähnliche Zwischenstände meldet Bayern.

Dort, wo sich die beiden wichtigsten **Flüchtlingspfade** des Kontinents vereinen, hat sich die **Flüchtlingszahl** in den vergangenen Tagen halbiert. Anfang November waren es noch 10.000 pro Tag. Am Montag zählte die Bundespolizeidirektion München nur noch 3180 sogenannte illegale **Migranten**. Weniger Menschen kommen. Und immer mehr werden durch die Grenzsicherungen der Balkanstaaten gestoppt.

Bundesländer und Kommunen können endlich ein bisschen verschnaufen. Erstmals seit dem unerwarteten Hochschnellen der **Flüchtlingszahl** in den Monaten Mai und Juni stellt sich die Frage: Ist die Wende geschafft?

Insbesondere Bayern, der Hotspot dieser Krise, mahnt jedoch zur Vorsicht: "Es gibt keinen Grund zur Entwarnung", sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) der "Welt". "Es kommen viel zu viele Flüchtlinge nach Deutschland." Allein im Freistaat seien in den vergangenen Tagen noch immer zwischen 2000 und 3000 Flüchtlinge täglich aus Österreich über die Grenze gewandert. Seit Anfang September, als Deutschland unkontrolliert Flüchtlinge einreisen ließ, hat die Polizei laut Herrmann in seinem Land mehr als 500.000 Einreisende festgestellt. Ins gleiche Horn stößt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer: "Es wäre vorschnell, jetzt von einer Trendwende zu sprechen", sagte der CSU-Politiker dieser Zeitung.

Die Blicke deutscher Politiker richten sich in diesen Tagen in besonderer Weise auf die Mittelmeerregion. Jahrelang galt eine Faustregel: Im Winter, wenn die Stürme toben und die Überfahrt schnell zur Todesfalle werden kann,

Gebremste Massenflucht In Bayern kommen weniger Asylsuchende an. CSU-Innenminister Herrmann will aber keine Entwarnung geben und pocht auf strenge Asylregeln fü....

gehen die Flüchtlingszahlen deutlich zurück. So war es lange. Darauf beruhten auch viele Prognosen. Doch seit dem vorigen Jahr ist alles anders.

Im vergangenen Winter verringerte sich der Zugang über die Mittelmeerrouten nicht. Das spürte vor allem Deutschland, wo sich die Flüchtlinge aus aller Welt mit vielen Asylsuchenden vom Balkan mischten. Die Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik stieg von November 2014 bis Februar 2015 um 44 Prozent. Überträgt man diese Tendenz auf die aktuellen Flüchtlingszahlen, könnten allein im nächsten Februar 288.000 Asylsuchende nach Deutschland kommen - ein bislang unvorstellbarer Wert.

In diesen Tagen drängt der Kampfeinsatz in Syrien die Flüchtlingsfrage in den Hintergrund. Außen- überlagert Innenpolitik. Das Versprechen der Türkei, die Fluchtmöglichkeiten in die EU einzuschränken, feiern einige Politiker, aber kann dies auch tatsächlich eingehalten werden? Währenddessen gibt die Bundesregierung bekannt, dass das AsylpaketII aufs nächste Jahr verschoben wird. Es wird noch gestritten, obwohl sich die Parteivorsitzenden bereits Anfang November auf die Eckpunkte des Pakets geeinigt hatten. Unterschätzt die Berliner Regierungskoalition also immer noch die Wucht der Flüchtlingskrise?

CSU-Mann Mayer sieht Union und SPD in der Pflicht: "Wir müssen alle Kraft daransetzen, die bisher vereinbarten Maßnahmen umzusetzen." Das gelte auch für das Asylpaket II. Die Zuwanderung müsse geordnet und reduziert werden, findet er.

Die weitere Flüchtlingspolitik wird neben der Terrorgefahr nach den Anschlägen von Paris das Hauptthema der Innenministerkonferenz (IMK) von Bund und Ländern heute und morgen in Koblenz sein. Auf der Tagesordnung steht auch die Frage, ob der Familiennachzug für Syrer eingeschränkt werden soll.

Die Bundesregierung hat sich nicht einigen können und will die IMK auf einen einstimmigen Beschluss verpflichten - dagegen aber wehren sich vor allem SPD-regierte Länder. Aus ihrer Sicht ist der Bund verantwortlich, und sie wollen, dass er die nach Ansicht von Sozialdemokraten heikle Entscheidung nicht abgibt. Die CSU sieht den Koalitionspartner SPD angesichts der weiterhin hohen Zugangszahlen dennoch in der Pflicht: "Wir müssen verhindern, dass Syrer allein wegen der großzügigen Möglichkeiten des Familiennachzugs Deutschland als Zielland wählen", sagte Landesinnenminister Herrmann. Er erwartet von dem Treffen in Koblenz "klare Beschlüsse, die zu einer Begrenzung des Massenzustroms an Flüchtlingen führen".

Herrmann plädiert auch dafür, abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan abzuschieben: "Wenn wir unser Asylsystem möglichst denjenigen vorbehalten wollen, die in Deutschland Schutz vor Verfolgung suchen, kommen wir nicht umhin, auch abgelehnte Asylbewerber aus Afghanistan möglichst schnell abzuschieben", sagte er mit Blick auf die aktuellen Zugangszahlen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte bereits Ende Oktober deutlich gemacht, dass die Zahl afghanischer Asylbewerber deutlich reduziert werden müsse. Bislang erhielten viele Afghanen eine Duldung in Deutschland, weil sie aus einer bestimmten Gegend des Landes kämen, die unsicherer sei als andere. Das könne auf Dauer kein Entscheidungsgrund sein.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Claudia Bernhardt

**Load-Date:** December 3, 2015

Gebremste Massenflucht In Bayern kommen weniger Asylsuchende an. CSU-Innenminister Herrmann will aber keine Entwarnung geben und pocht auf strenge Asylregeln fü....

---

End of Document

**Politik Kompakt I; Wohnungsbau: Bund und Länder planen Steueranreize ++  
Halle: Professor unterbricht Merkel-Rede ++ Flüchtlinge: Debatte über Zutritt  
in Diskotheken ++ Registrierung: Wer verfügt über die richtigen Zahlen?**

Die Welt

Dienstag 26. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 21

**Length:** 606 words

## **Body**

---

Wohnungsbau

Bund und Länder planen Steueranreize

Wegen der **Flüchtlingskrise** sollen Investoren mit Steueranreizen in Milliardenhöhe zum Bau preiswerter Wohnungen angeregt werden. Bis zu 4,3 Milliarden Euro wollen sich der Bund und die Länder eine Sonderabschreibung kosten lassen, wie aus Unterlagen des Finanzministeriums hervorgeht. Das wäre mehr als das Vierfache der ursprünglichen Pläne. Bei einem Treffen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskabinett an diesem Donnerstag soll das Fördermodell vorgestellt werden. Strittig ist noch, ob die Länder bereit sind, die Kosten mitzutragen. Mit der Sonderabschreibung für Mietwohngebäude wollen Bund und Länder die Probleme auf dem Wohnungsmarkt lösen. Weil jahrelang zu wenig gebaut wurde, fehlen Experten zufolge rund 800.000 Wohnungen in Deutschland.

Halle

Professor unterbricht Merkel-Rede

Selbst bei Repräsentationsterminen ist Angela Merkel (CDU) nicht vor öffentlicher Kritik an ihrer Asylpolitik sicher. Bei der Eröffnung des neuen Fraunhofer-Instituts in Halle hielt ein Chemieprofessor der Hochschule Merseburg ein Schild mit dem Aufruf "Keine Experimente" hoch. Er habe Angst um die Zukunft seiner Kinder, rief er der Kanzlerin auf dem Podium zu. Und: "Von einer Physikerin erwarte ich verantwortungsvollere Entscheidungen." Merkel antwortete: "Ich werde meiner Verantwortung gerecht und werde auf alles achten, dass Deutschland eine gute Zukunft hat." Das Publikum applaudierte der Kanzlerin. Der Zwischenrufer wurde aus dem Saal geleitet.

Flüchtlinge

Debatte über Zutritt in Diskotheken



Politik Kompakt I Wohnungsbau: Bund und Länder planen Steueranreize ++ Halle: Professor unterbricht Merkel  
-Rede ++ Flüchtlinge: Debatte über Zutritt in Diskoth....

In der Diskussion um verschärfte Einlassregeln in Freiburger Diskotheken hat der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall (SPD) vor übertriebenen Beschränkungen gewarnt. "Wir alle wissen, pauschale Zutrittsverbote sind diskriminierend und nicht zulässig", sagte Gall in Stuttgart. Klubbetreiber in Freiburg hatten nach Recherchen der "Badischen Zeitung" über sexuelle Belästigungen, Diebstähle und Gewalt in ihren Häusern geklagt - und den Zutritt für Migranten begrenzt. Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) sagte der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", er wolle die Vorfälle nicht verharmlosen. Er vermute, dass es sich bei den mutmaßlichen Tätern höchstwahrscheinlich um junge Männer aus den Maghreb-Staaten handeln könnte. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes äußerte sich besorgt. Die aufgeheizte Stimmung nach den Übergriffen in Köln dürfe kein Freibrief sein, Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen, sagte Leiterin Christine Lüders. Clubs könnten Hausverbote aussprechen und aggressive oder alkoholisierte Personen abweisen.

## Registrierung

Wer verfügt über die richtigen Zahlen?

Innenministerium und Polizei streiten über die richtigen Zahlen zur Registrierung der Flüchtlinge: Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) widersprach der Darstellung des Ministeriums, wonach täglich bis zu 3500 Menschen an Grenzen und damit "nahezu vollständig" registriert werden könnten. Gewerkschaftschef Rainer Wendt bezog sich auf Statistiken der Bundespolizei, denen zufolge täglich rund 2000 Flüchtlinge ankommen, und von denen lediglich 500 bis 700 erkennungsdienstlich behandelt werden könnten. Die Ministeriumszahlen seien "maßlos überzogen". "Niemals ist die Bundespolizei derzeit in der Lage, alle Ankommenden zu registrieren", sagte Wendt der "Welt". Das Ministerium wies das zurück. Zu ihren Registrierungszahlen müssten jene Registrierungen hinzugezählt werden, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) an der Grenze erledigt würden. Wendt glaubt jedoch, dass das Ministerium "die Fast-ID-Erfassung mit der Registrierung verwechselt".

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 26, 2016

**Flüchtlingshilfe ist vor allem eines: weiblich; Überall fassen Freiwillige mit an. Ohne sie wäre das Chaos in Asylheimen noch größer**

Die Welt

Freitag 21. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 194

**Length:** 1329 words

**Byline:** Benno Müchler

## Body

---

Es ist irgendwann gegen elf Uhr nachts, als ein Auto heranrauscht. Ein Mann steigt aus. Leila El-Abtah wechselt ein paar Worte mit ihm. Dann winkt sie zwei junge Männer zu sich herüber, die etwas abseits hinter ihr auf einem Gehweg stehen. Sie tragen Rucksäcke. Leila spricht auf Arabisch mit ihnen. Die Männer hören ruhig zu, nicken, danken ihr mehrmals und steigen schließlich ein. Das Auto saust davon, und Leila El-Abtah ist glücklich.

"Hier ist so viel zu tun", sagt die junge Deutsch-Palästinenserin aus Berlin. "Du weißt gar nicht, wo du helfen sollst." Seit Tagen schlägt sie sich hier in Moabit die Nacht um die Ohren. Sie versucht, **Flüchtlinge**, die ansonsten auf der Straße schlafen müssten, privat unterzubringen - und wenn das nicht klappt, zumindest mit Decken und Proviant zu versorgen. "Viele pennen im Park, sogar Familien mit Kindern", sagt sie.

Leila El-Abtah ist eine von Hunderten Freiwilligen, die seit rund zwei Wochen helfen, das Chaos am nach wie vor überlasteten Erstaufnahmezentrum am Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin in Grenzen zu halten. Der Einsatz der Ehrenamtlichen ist gewaltig. Im Handumdrehen reagierten zahlreiche Menschen auf die Facebook-Aufrufe der Initiative "Moabit hilft".

Doch Berlin ist nur ein Beispiel. Deutschlandweit sprießen Initiativen wie Pilze aus dem Boden. Tausende Menschen engagieren sich in der Flüchtlingsarbeit. Wo die Behörden versagen, springen die Helfer ein. Wer sind diese Menschen? Was treibt sie an? Grundsätzlich will jeder von ihnen zunächst einfach nur helfen. Doch wie eine neue Studie der Berliner Humboldt-Universität zeigt, ist die große Mehrheit wie die 30-jährige Leila El-Abtah jung, hat oft selbst einen Migrationshintergrund. Und vor allem sind sie eines: weiblich.

"Vielleicht weil Frauen sensibler sind wie Männer", überlegt Leila El-Abtah. Eingehüllt in eine gold-silberne Wärmefolie, sitzt sie etwas später in der Nacht auf einem klapprigen Bürostuhl an der Straße und wartet auf Flüchtlinge, die mit jeder Stunde eintröpfeln. Neben ihr sitzt ihre Freundin Anna. Auch am Lageso sind es vor allem Frauen, die helfen.

Flüchtlingshilfe ist vor allem eines: weiblich Überall fassen Freiwillige mit an. Ohne sie wäre das Chaos in Asylheimen noch größer

Die im April veröffentlichte Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung fand dafür keine besondere Erklärung. Aus methodischen Gründen will die Studie nicht repräsentativ sein. Jedoch befragte sie immerhin rund 70 Organisationen und 460 ehrenamtliche Helfer. Die Mehrheit der Organisationen gab an, dass die Zahl ihrer Mitarbeiter um mehr als 70 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen sei. Rund ein Drittel der Helfer hat einen Migrationshintergrund.

Leila El-Abtahs Mutter ist Deutsche, ihr Vater Palästinenser. Tagsüber hilft sie am Landesamt mit Übersetzen, verteilt Windeln an junge Mütter und Seife an Menschen, die seit Wochen keine ordentliche Dusche mehr hatten. Die Arbeit geht ihr sehr nahe. "Mir ist es letztens passiert, dass ich vor einer in Tränen ausgebrochen bin. Die kam hierher aus Syrien mit ihren beiden Kindern. Der Mann wurde erschossen. Die hatte nichts mehr. Die beiden Kinder waren verwahrlost und hatten schon Läuse. Das war echt schlimm."

Wenn es Nacht wird am Lageso, macht Leila mit anderen Helfern regelmäßig eine Tour durch den Park gegenüber. Dort liegen dunkle Gestalten auf Matratzen, eingewickelt in Decken, dicht aneinander. Es wird kalt in der Nacht. Äste knacken. Im Gras liegt Hundekot. Es stinkt.

Jeden Abend lässt das Amt die Flüchtlinge mit Bussen in Notunterkünfte fahren. Weil es dort nicht genügend Plätze gibt, verteilt es zusätzlich Hotelgutscheine. Doch viele Herbergen lehnen die Gutscheine ab, sagt Leila. Die offiziellen Notunterkünfte wollten die Flüchtlinge dann aber auch nicht nehmen, weil sie ja Hotelgutscheine hätten. Und so schlafen die Menschen hier. "Die Lage ist sehr unmenschlich, wenn man das mal so sagen darf, und eigentlich eine Schande, was hier gerade vor sich geht."

Viele Helfer haben laut der Studie einen hohen Bildungsabschluss. 88 Prozent der Befragten haben Abitur oder Fachhochschulreife. 61 Prozent einen Studienabschluss. Zwei Drittel aller Befragten schätzten ihre finanzielle Situation als gut oder befriedigend ein.

Reyna Bruns ist 37 und arbeitet als Spielleiterin an der Berliner Staatsoper. "Ich selbst bin ja in einer unheimlich glücklichen Lebenssituation", sagt sie. Bruns lebt mit ihrem Freund in einer schönen Wohnung direkt gegenüber auf der anderen Seite des Parks. "Wir waren im Urlaub, sind zurückgekommen." Dann erfuhr sie von der Lage am Lageso. Zuerst zögerte sie. Soll sie wirklich helfen? Dann sprach sie im Park zwei afghanische Frauen an. Die erzählten ihr, dass sie dort schon mehrere Tage geschlafen hätten. Reyna Bruns war fassungslos, nahm sich ein Herz und bot der Mutter, ihrer Tochter und ihrem Sohn an, bei ihr zu schlafen. "Der Unterschied, wie die Leute aussehen, wenn du sie abends in Empfang nimmst, und wie die einfach nach einer vollen Nacht Schlaf, einer Dusche und einem ordentlichen Frühstück, wie die einfach total andere Menschen sind, das ist wirklich ... Ich hab so was in der Form echt noch nie erlebt." Bruns nahm weitere Menschen auf.

Auch Sigrid Baudisch und ihr Mann sind heute schon zum zweiten Mal am Lageso. "Wir haben alles im Leben, und die haben nichts. Und davon was abzugeben ist eigentlich auch gar nicht so schwer." Baudisch ist 71 und gehört damit zu einer Altersgruppe - 60 und älter -, die sich neben Jüngeren zwischen 20 und 30 Jahren laut der Studie auch besonders stark engagiert. Am Montagabend nahm das Ehepaar zwei junge Ägypter zu sich nach Kleinmachnow. Es ging alles gut, sagt Baudisch, auch wenn es kulturelle Unterschiede gab. Die Männer hätten viel Weißbrot gegessen. Für die nächsten Asylsuchenden ist die Tiefkühltruhe nun vorsichtshalber voll. "Wir sind jetzt besser gerüstet."

Sigrid Baudischs Eltern waren Heimatvertriebene. Baudisch sagt jedoch, dass dies kein Beweggrund für ihr Engagement sei. Sie habe die Flucht nicht selbst miterlebt. Ähnliches fand auch die Studie heraus, in der ein Viertel von Heimatvertriebenen in ihrer Familie berichtete. "Eine Überraschung war für uns, dass genau solche Erfahrungen keine Rolle gespielt haben und Ehrenamtliche vor allem aus humanitären Gründen handeln", sagt Migrationsforscher Olaf Kleist, ein Autor der Studie. Unter den Helfern fanden sich jedoch viele, die genau diese Familiengeschichte als Motivationsgrund sahen. Ein junger Helfer sagt: "Drei meiner Großeltern sind geflohen aus Ostdeutschland damals nach dem Krieg." Eine Großmutter war deutsche Jüdin und wurde verfolgt. "Ich weiß nicht, ich kann nicht weggucken bei Leid, egal welcher Herkunft. Ich ertrage das nicht und möchte es nicht dulden."

Flüchtlingshilfe ist vor allem eines: weiblich Überall fassen Freiwillige mit an. Ohne sie wäre das Chaos in Asylheimen noch größer

So fühlt auch Dorothea Kaprolat. Tagsüber kocht sie Essen in einer Moschee in der Nachbarschaft. Nachts fährt sie es mit ihrem kleinen roten Auto zu den Flüchtlingsunterkünften. "Ich habe selbst als Kind in einem Flüchtlingslager gelebt." Ihre Mutter kam aus Königsberg, ihr Vater aus Niederschlesien. Nach der Vertreibung sei die Familie nach Vlotho bei Bad Oeynhausen gekommen, lebte erst bei einem Bauern, dann in einer Holzbaracke für Flüchtlinge am Waldrand. "Schön weit ab, damit es niemand sieht", sagt Kaprolat.

Auch die Großeltern von Sandra Uhlenbrock, 33, mussten die ehemaligen deutschen Gebiete verlassen. Die Motivation der jungen Berlinerin aus Moabit entspringt aber eher der Teilung Deutschlands: Sie hatte Verwandte in der DDR. "Wir haben Care-Pakete für sie und all so etwas gemacht", sagt sie.

Leila El-Abtah erzählt, sie habe einen Verwandten im Syrien-Krieg verloren. Ein Cousin ihres Vaters lebte als Flüchtling im Lager Yarmouk. Durch den Krieg sich die Lage dort zugespitzt, und das Lager wurde nicht ausreichend versorgt. Der Verwandte sei verhungert. Sie will nach ihrer Ausbildung zur Fremdsprachenkorrespondentin weiter mit Flüchtlingen arbeiten. In dieser Nacht kommt sie erst um vier Uhr ins Bett. Fünf Stunden später ist sie schon wieder auf den Beinen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Jörg Carstensen

Ehrenamtliche von "Moabit hilft" versorgen Flüchtlinge in Berlin mit Essen

Jörg Carstensen

**Load-Date:** August 21, 2015

**"Wir hatten sehr viel Angst, aber jetzt sind wir mutige Frauen"; Auf der Flucht ist Sex eine gängige Währung. In Deutschland suchen Missbrauchte**  
**Zuspruch**

Die Welt

Dienstag 8. März 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 57

**Length:** 1254 words

**Byline:** Thorsten Mumme

## **Body**

---

Die Worte gehen Amal nur schwer über die Lippen. Zu sehr schmerzt die Erinnerung an das, was in ihrer **Flüchtlingsunterkunft** passiert ist. Schließlich bringt sie zwei Worte hervor: "sexuelle Belästigung." Ein **Flüchtling** habe sie angegriffen, fügt sie noch an, dann bricht ihre Stimme ab. Tränen rollen über das Gesicht der jungen Frau. Was genau passiert ist, möchte sie nicht schildern. Ihre Erfahrung ist kein Einzelfall.

Nach Auskunft des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) wurden im Januar 2016 rund zwei Drittel aller Erstanträge für Männer gestellt. Im Umkehrschluss bedeutet das auch, dass 16.736 Frauen seit Jahresanfang nach Deutschland gekommen sind (2015: 150.120 Frauen). Nach UN-Angaben steigt die Zahl der Frauen und Kinder, die über das Mittelmeer nach Europa zu kommen versuchen, seit Monaten rasant auf mittlerweile 55 Prozent an.

Amal stammt aus Somalia. Seit 2010 lebt sie in Deutschland. Nach ihrer Ankunft verbrachte sie einige Monate in Brandenburger Flüchtlingsheimen in Eisenhüttenstadt und Prenzlau. Mittlerweile hat sie einen Aufenthaltstitel und wohnt in Berlin. Sie berichtet, dass auch viele ihrer Bekannten bedroht und sexuell belästigt wurden. Von Wachpersonal, von Ehrenamtlichen, vom eigenen Ehemann. 2011 entschied Amal sich, etwas zu tun. Seitdem engagiert sie sich bei der Organisation Women in Exile, die seit 2002 auf die Belange von geflüchteten Frauen aufmerksam macht. Im vergangenen Sommer besuchte sie mit der Organisation verschiedene Flüchtlingsheime in Brandenburg, um die Zustände zu dokumentieren. Im Abschlussbericht heißt es: "Es gibt keine Frau, die nicht eine Geschichte von aufdringlichen Blicken, widerlichen Kommentaren, unerwünschtem Anfassen oder gar versuchter oder tatsächlicher Vergewaltigung erzählen könnte."

Statistiken zur Gewalt an geflüchteten Frauen gibt es allerdings nicht. Immer wieder werden Fälle bekannt, doch die Dunkelziffer liegt nach Einschätzung der Anwältin Inken Stern um ein Vielfaches höher. Sie vertritt mehrere geflüchtete Frauen in deren Asylverfahren. "Viele Frauen wollen einfach nicht unbequem werden, nicht auffallen", berichtet Stern. "Deshalb werden viele Fälle nicht angezeigt." Manchmal sind es sogar deutsche Gesetze, die

"Wir hatten sehr viel Angst, aber jetzt sind wir mutige Frauen" Auf der Flucht ist Sex eine gängige Währung. In Deutschland suchen Missbrauchte Zuspruch

Frauen daran hindern, ihre Gewalterfahrungen zu melden. "Oft liegt die Fluchtursache, etwa Folter, bei den Männern", so Stern. Wenn der Ehemann nun gewalttätig wird, würden Frauen oft fürchten, im Falle einer Trennung ihren Asylgrund zu verlieren und samt Kindern abgeschoben zu werden. "Das ist zwar stark einzelfallabhängig", stellt die Anwältin klar. "Aber es kann passieren."

Eine weitere Schwierigkeit liegt laut Stern in der Residenzpflicht für Flüchtlinge. Laut der dürfen Flüchtlinge ihren Landkreis während des Erstaufnahmeverfahrens nicht verlassen. "Muss eine Frau in einem Notfall fliehen, liegt das nächste Frauenhaus oft in einem anderen Landkreis", berichtet Stern. Viele Frauen fürchten Auswirkungen auf ihr Asylverfahren, falls sie die Residenzpflicht verletzen und verzichten auf eine Anzeige. "Sollte diese Wohnortauflage auch für anerkannte Flüchtlinge gelten, würde dieses Problem sogar noch ausgeweitet werden", warnt Stern.

Auch Heike Rabe vom Institut für Menschenrechte fordert besseren Schutz. Sie bestätigt, dass Gewalt gegen Frauen in fast jeder Flüchtlingsunterkunft ein Problem ist, Konzepte dagegen allerdings fehlen. "Behörden sind bislang nicht darauf ausgerichtet, dass bei akuten Meldungen schnell gehandelt werden muss", klagt die Juristin. Derzeit gebe es nur einzelne, unkoordinierte Maßnahmen mit Empfehlungscharakter. "Das Ziel muss sein, dass Länder und Kommunen gemeinsame, verbindliche Gewaltschutzkonzepte entwerfen", fordert Rabe.

Doch nicht nur in den Heimen, auch auf der Flucht ist sexuelle Gewalt eine allgegenwärtige Gefahr für die Frauen. "Einige fahren durch Gewalt im Heimatland sogar schon traumatisiert los", berichtet Anwältin Stern. Und auf dem Weg nach Europa wird es nicht besser. Fast jede Frau, die zu ihr komme, habe Gewalterfahrungen auf der Flucht gemacht. Mit der Not der Frauen würden skrupellos Geschäfte gemacht. "Dort wird teilweise Sex als Zahlungsmittel für Schlepper verwendet", so Stern.

Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR bestätigt, dass Sex auf der Flucht eine gängige Währung ist - etwa, um Reisedokumente zu erhalten. Die Begrenzung des Familiennachzugs in Deutschland durch das Asylpaket II wird die Lage der Frauen auf der Flucht noch weiter verschlechtern, vermutet Stern. Weil sich mehr Frauen auf die gefährliche Flucht machen werden. Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), fordert derweil eine gezielte Unterstützung geflüchteter Frauen. Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März erklärte Özoguz, geflüchtete Frauen müssten durch Angebote wie Selbsthilfegruppen und Frauencafés dazu ermutigt werden, in Deutschland ihre "Chancen zu ergreifen". Dazu gehöre, ihnen zu vermitteln, dass sie "hier dem Mann gleichgestellt" seien und "sich keinesfalls unterordnen" müssten, betonte Özoguz.

Gibt es überhaupt geflüchtete Frauen, die trotz dieser Gefahren positiv gestimmt ankommen? Wer das wissen will, muss sich nur mit Zahraa und Samah Elhasoon unterhalten. Die Schwestern flohen im August mit Zahraas Tochter aus dem Irak und wohnen seit rund drei Monaten in einer Unterkunft im Süden Berlins. "Ich bin sehr glücklich, hier zu sein", sagt Samah in einem charmanten Mix aus Deutsch und Englisch. Drei junge Frauen allein auf dem Weg über den Balkan. "Wir haben jede Nacht auf der Straße verbracht", erzählt die 22-jährige Samah. Nirgendwo auf dem ganzen Weg habe man ihnen Respekt entgegengebracht. Am fatalsten sei es in Mazedonien gewesen, fügt Zahraa hinzu und berichtet: "Als Polizisten uns nicht durchlassen wollten, brach Chaos unter den Flüchtlingen aus. Dabei habe ich meine Schwester und meine Tochter verloren." Sie habe geweint und die Beamten um Hilfe gebeten. Doch die hätten sie nur weiter zurückgeschubst. Plötzlich war Zahraa allein inmitten eines Chaos, dessen die Beamten mit Härte Herr zu werden versuchten. Stundenlang suchte die 30-Jährige ihre beiden einzigen Vertrauten. "Doch zum Glück habe ich sie am nächsten Morgen wiedergefunden", sagt Zahraa erleichtert.

Trifft man die Schwestern heute in ihrem Wohnheim, sieht man zwei junge Frauen, die ihr Glück, endlich in Deutschland zu sein, kaum fassen können. Die regelrecht euphorisiert wirken von der Aussicht, hier leben zu können. "Unsere Eltern und unser Bruder sind im Irak geblieben", schildert Zahraa. Sie hätten dort ein geregeltes Leben. "Aber wir als Frauen hätten im Irak keine Zukunft gehabt", sagt sie. "In Deutschland können wir machen, was wir wollen, können ein- und ausgehen, wohin und wann wir wollen. Im Irak nicht." Sie empfindet ihr neues Leben als "leicht wegen der Gleichberechtigung". Ihre Schwester bestätigt: "Ich genieße es, ohne Kommentare von Männern durch die Straßen gehen zu können."

"Wir hatten sehr viel Angst, aber jetzt sind wir mutige Frauen" Auf der Flucht ist Sex eine gängige Währung. In Deutschland suchen Missbrauchte Zuspruch

Die Bedingungen in ihrer Unterkunft sind deutlich besser als der Durchschnitt. 265 Flüchtlinge wohnen in der Einrichtung in Tempelhof, die sich selbst einen "Schwerpunkt auf Familien und schutzbedürftige Frauen" attestiert. Die drei Frauen leben in einem Zimmer. Probleme mit Männern habe es nie gegeben. Zahraas Tochter geht in eine Schule, die beiden Schwestern wollen so bald wie möglich arbeiten. Im Nachhinein beschreibt Samah ihre 28-tägige Flucht sogar als "sehr gute Erfahrung". Sie blickt ihre Schwester an und sagt: "Wir hatten sehr viel Angst, aber jetzt sind wir mutige Frauen."

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/dpa

Zahraa Elhasoon (l.) und ihre Schwester Samah, sind vor sechs Monaten aus dem Irak geflüchtet. Sie fühlen sich in Deutschland sicher

dpa/dpa

Amal ist 2010 aus Somalia geflüchtet. Sie engagiert sich für missbrauchte Frauen

dpa

dpa

**Load-Date:** March 8, 2016

---

End of Document

**Flüchtlinge in die Provinz; Für Stadtstaaten ist die Unterbringung der Asylbewerber besonders schwer. In vielen umliegenden Flächenländern sind Plätze frei. Doch ein Austausch findet nur in ganz wenigen Fällen statt**

Die Welt

Donnerstag 4. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 29

**Length:** 974 words

**Byline:** Thorsten Mumme

Marcel Leubecher

## Body

---

Ergur würde am liebsten in Berlin bleiben. "Das ist eine tolle Stadt", sagt er. "Ich wünschte, ich könnte mit meiner Frau hier ein Leben aufbauen." Doch stattdessen steht er vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso), Tag für Tag. Nachts schläft er in einer Turnhalle. So wie ihm geht es vielen **Flüchtlingen** in der Hauptstadt. Und nicht nur dort. Während die Erstaufnahmen in vielen Bundesländern nicht mehr so stark überlastet sind wie noch vor Monaten, sind die drei Stadtstaaten nach wie vor überfordert.

Vor allem Berlin bekommt die Lage nicht in den Griff. Schon vor der **Flüchtlingskrise** war der Wohnungsmarkt angespannt. Knapp 60 Turnhallen werden inzwischen für die Unterbringung der **Asylsuchenden** genutzt, auf dem Tempelhofer Feld entsteht ein Massenlager für 7000 **Migranten** - gegen den Willen vieler Anwohner und den gesunden Menschenverstand. Noch in diesem Jahr sollen Container zur Unterbringung von 15.000 **Flüchtlingen** entstehen - die Standorte dafür stehen aber noch nicht fest. Das Lageso ist zum Symbol für die Überforderung geworden. Zuletzt wurde bekannt, dass der Senat schon in Verhandlungen mit einer Hotelkette steht, um Zimmer für bis zu 10.000 **Flüchtlinge** anzumieten. 600 Millionen Euro könnte das die Steuerzahler zusätzlich kosten.

Doch wenige Kilometer weiter wären Plätze frei. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark etwa hat im Jahr 2015 gut 800 Personen weniger aufgenommen als geplant. Auch in einigen anderen Kreisen Brandenburgs herrscht "etwas Leerstand" in Flüchtlingsheimen, wie das Innenministerium der "Welt" mitteilte. Dass Brandenburg zumindest zeitweise Flüchtlinge aus Berlin unterbringt, ist jedoch nicht angedacht. Das bestätigten beide Länder auf Nachfrage. "Wir gehen davon aus, dass wir alle Plätze brauchen werden", sagt eine Sprecherin des Innenministeriums in Potsdam.



Flüchtlinge in die Provinz Für Stadtstaaten ist die Unterbringung der Asylbewerber besonders schwer. In vielen umliegenden Flächenländern sind Plätze frei. Doch....

In Hamburg sieht die Situation etwas anders aus. Auch die Hansestadt ist überfordert. Sieben Gewerbehallen sind derzeit als Notunterkünfte belegt, 700 Flüchtlinge leben in Zelten. Zudem gibt es Streit über die Verteilung innerhalb der Stadt. Zahlreiche Menschen demonstrieren am Sonntag im Hamburger Stadtteil Neugraben-Fischbek gegen die ungleiche Verteilung, dabei zeigen sie dem Hamburger Senat die "Rote Karte". Doch im Gegensatz zum Fall von Berlin sind benachbarte Bundesländer wie Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bereit, einige Flüchtlinge während des Erstaufnahmeprozesses zu beherbergen - wenn dafür gezahlt wird.

"Schleswig-Holstein verfügt über freie Kapazitäten und ist grundsätzlich dazu bereit, Flüchtlinge aus Hamburg aufzunehmen", sagt Hendrik Peters, Sprecher des Innenministeriums Schleswig-Holstein. Es wurden Gespräche über einen Vertrag zur Unterbringung von 1000 Flüchtlingen im Levo-Park in Bad Segeberg geführt, so Peters. Bereits seit 2006 existiert die "Wohnaußenstelle" in Nostorf/Horst in Mecklenburg-Vorpommern, wo rund 200 Asylbewerber aus Hamburg wohnen können.

Diese Regelungen bedeuten allerdings keine Aushebelung des Königsteiner Schlüssels, der die Verteilung auf die Bundesländer abhängig vom Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl regelt. Die Flüchtlinge verbleiben im Hamburger Kontingent und müssen von der Hansestadt registriert werden. Sie wohnen nur nicht mehr in Hamburg.

Im kleinsten Stadtstaat Bremen wiederum ist keine Entlastung durch Niedersachsen geplant. Zwar sind auch in Bremen vierzehn Turnhallen und vier Zeltstandorte belegt, doch laut der Integrationsbehörde wird die Stadt selbst damit fertig. "Anders als Hamburg hatten wir relativ viele ungenutzte Büroflächen. Da wird nach und nach einiges umgebaut", schildert Bernd Schneider, Sprecher der Integrationsbehörde.

Behörden und Betreuer bemerken schon seit Längerem, dass es viele Flüchtlinge in große Städte zieht. "Es gibt zwar keine Zahlen", sagt Katharina Mühlbeyer vom Flüchtlingsrat Berlin, "aber aus Gesprächen mit Geflüchteten weiß ich, dass die Vorstellung, in einer Großstadt zu sein, mit sozialen Angeboten, öffentlichen Verkehrsmitteln, Angehörigen der eigenen Communitys, ausschlaggebend für viele ist, sich in Berlin registrieren zu lassen."

Allerdings können die wenigsten, die nach dem Grenzübertritt versuchen, eine Registrierung zu umgehen, um etwa nach Berlin weiterzuziehen, auch dort bleiben. Schließlich werden sie nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer und dort nach eigenen Kriterien auf die Kommunen verteilt.

Das kann auch die Unterbringung in leer stehenden Bauernhöfen oder ehemaligen Landgasthöfen weit von der nächsten Kleinstadt entfernt bedeuten. Mühlbeyer berichtet von "wenig einladenden Einrichtungen" in Unterkünften in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, wo "ohne Auto kein Fortkommen" sei. "Ich war einmal in Finsterwalde, da hausen Flüchtlinge in einem Plattenbau mitten im Wald", sagt die Flüchtlingsexpertin. Deswegen könne sie es nachvollziehen, wenn Asylsuchende lieber in Städte ziehen.

Doch erst nachdem ihr Asylantrag bearbeitet worden ist, dürfen anerkannte Flüchtlinge ihren Wohnort frei wählen. Danach zieht es viele von ihnen in die Ballungsräume. "Es hat sich gezeigt, dass die Menschen nach Abschluss des Asylverfahrens oftmals ihren Wohnsitz wechseln und in die Orte ziehen, in denen bereits Verwandte oder Bekannte wohnen oder eine landsmannschaftliche Verbundenheit vorhanden ist", sagt der Präsident des Landkreistages, Reinhard Sager. Vertreter von Städten und Gemeinden fordern daher seit Wochen die Einführung einer Residenzpflicht für anerkannte Asylbewerber.

Ob das Ergur betreffen wird, ist fraglich. Er kommt aus Mazedonien, einem "sicheren Herkunftsland", dessen Bürger in weniger als einem Prozent der Fälle als asylberechtigt anerkannt werden. Nach eigener Aussage ist er politisch verfolgt. "Ich möchte nicht abgeschoben werden", sagt Ergur. Auch auf ihn übe Berlin eine große Anziehungskraft aus.

Original Gesamtseiten-PDF

Flüchtlinge in die Provinz Für Stadtstaaten ist die Unterbringung der Asylbewerber besonders schwer. In vielen umliegenden Flächenländern sind Plätze frei. Doch....

dpa/Daniel Reinhardt

Hamburger demonstrieren in ihrem Stadtteil gegen die ungleiche Verteilung von Flüchtlingen in der Hansestadt

Daniel Reinhardt

**Load-Date:** February 4, 2016

---

End of Document

**Politik Kompakt; Bischofskonferenz: Kardinal Marx für  
Einwanderungsgesetz ++ Alternativer Nobelpreis: Ehrung geht an Aktivisten  
in vier Länder ++ Brexit: Schulz will Klarheit vor der Europawahl ++  
Afghanistan: Regierung schließt Deal mit Ex-Warlord ++ Terrorverdacht in  
Köln: Bundesanwaltschaft ermittelt nicht**

Die Welt

Freitag 23. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 224

**Length:** 564 words

## **Body**

---

Bischofskonferenz

Kardinal Marx für Einwanderungsgesetz

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, spricht sich für ein umfassendes Einwanderungsgesetz aus. Rund ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland habe mittlerweile **Migrationshintergrund**. Damit sei klar, dass es sich um ein Einwanderungsland handle. Die Politik habe vor dieser Tatsache lange die Augen verschlossen, kritisierte Marx. Ein differenziertes Einwanderungsgesetz hätte laut Marx den Vorteil, dass die unterschiedlichen Motive und Wege der **Migration** geklärt werden könnten. Derzeit kämen viele Menschen über den Umweg des **Asyl-** oder **Flüchtlingsrechts** nach Deutschland, die eigentlich aus wirtschaftlichen Gründen einwandern wollten.

Alternativer Nobelpreis

Ehrung geht an Aktivisten in vier Länder

Der "Right Livelihood Award", besser bekannt als "Alternativer Nobelpreis", geht in diesem Jahr nach Syrien, Ägypten, Russland und in die Türkei. Das gab die Right Livelihood Award Foundation am Donnerstag in Stockholm bekannt. Geehrt werden die Angehörigen der "Syria Civil Defence" (Die Weißhelme), die Ägypterin Mozn Hassan und ihre Organisation "Nazra für feministische Studien", die russische Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina sowie die türkische Zeitung "Cumhuriyet". Die vier alternativen Nobelpreisträger teilen sich das Preisgeld von drei Millionen Schwedischen Kronen (rund 312.000 Euro).

Brexit

Politik Kompakt Bischofskonferenz: Kardinal Marx für Einwanderungsgesetz ++ Alternativer Nobelpreis: Ehrung geht an Aktivisten in vier Länder ++ Brexit: Schulz ....

### Schulz will Klarheit vor der Europawahl

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hält ein Ende der Austrittsverhandlungen mit Großbritannien vor der nächsten Europawahl Mitte 2019 für notwendig. Er habe zwar wegen der extrem komplizierten Materie "Verständnis dafür, dass die britische Regierung sich Zeit lässt". Es wäre aber weder den Bürgern Großbritanniens noch den Bürgern der anderen europäischen Staaten zu vermitteln, wenn die Briten während der laufenden Brexit-Verhandlungen Abgeordnete für das nächste Europäische Parlament wählen sollten. Die nächste Europawahl soll Mitte des Jahres 2019 stattfinden. Die Londoner Regierung müsste spätestens in der ersten Jahreshälfte 2017 Artikel 50 des EU-Vertrages aktivieren.

### Afghanistan

#### Regierung schließt Deal mit Ex-Warlord

Die afghanische Regierung und der frühere Kriegsherr Gulbuddin Hekmatyar haben nach jahrelangen Verhandlungen einen Friedensvertrag abgeschlossen. Beide Parteien hätten das Abkommen unterzeichnet, berichteten afghanische Medien. Die Vereinbarung löste in der afghanischen Hauptstadt Kabul Proteste aus. Der 69-jährige Anführer der Hizb-Islami-Partei steht auf der Terror-Liste der USA und der Vereinten Nationen.

### Terrorverdacht in Köln

#### Bundesanwaltschaft ermittelt nicht

Nach der Verhaftung eines 16-jährigen syrischen Kriegsflüchtlings wegen eines möglichen geplanten Sprengstoffanschlags übernimmt die Bundesanwaltschaft die weiteren Ermittlungen zunächst nicht. "Die bisherigen Erkenntnisse haben keinen Anfangsverdacht einer in unsere Zuständigkeit fallende Straftat ergeben", sagte ein Sprecher. Derzeit lägen keine ausreichenden Anhaltspunkte vor, dass der Tatverdächtige Mitglied oder Unterstützer einer terroristischen Vereinigung sei. Die Kölner Polizei geht davon aus, dass der 16 Jahre alte Flüchtling aus Syrien einen Sprengstoffanschlag plante. Er wurde am Dienstag in einer Kölner Flüchtlingsunterkunft unter Extremismusverdacht festgenommen, in der er mit seiner Familie lebte.

### Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 23, 2016

**Sprunghafter Anstieg beim Kirchenasyl; Bereits 226 Gemeinden wollen Flüchtlinge vor einer Abschiebung schützen. Innenministerium: Niemand kann sich über das geltende Recht stellen**

Die Welt

Montag 23. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 45

**Length:** 400 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Karsten Kammholz

## **Body**

---

Trotz der deutlichen Kritik von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) ist die Zahl der Kirchenasyle deutlich gestiegen. Wie die "Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft **Asyl** in der Kirche" auf Anfrage der "Welt" erklärte, gibt es derzeit 226 Kirchenasyle mit mindestens 411 Personen. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet dies ein Plus von 13 Prozent. Die Steigerung seit Anfang 2014, als die Arbeitsgemeinschaft lediglich 34 Kirchenasyle zählte, beträgt sogar mehr als 500 Prozent. Beim Kirchenasyl nehmen Gemeinden oder Ordensgemeinschaften von Abschiebung bedrohte Menschen auf.

Die Praxis steht derzeit besonders in der Kritik, weil es bei den wenigsten Fällen darum geht, Flüchtlinge vor der Abschiebung in Krisenstaaten außerhalb der Europäischen Union zu bewahren. Vielmehr verhindern Kirchenasyle zunehmend die Rücküberführung von Menschen in jene EU-Mitgliedsstaaten, die laut Dublin-Verordnung für das jeweilige Asylverfahren zuständig sind. Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft handelt es sich bei 187 von 226 Kirchenasylen um sogenannte Dublin-Fälle.

Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche hatten sich gegen die Kritik des Innenministers und weiterer Spitzenpolitiker gewehrt. Für Unmut hatte zudem eine Äußerung de Maizières gesorgt, in der er das Kirchenasyl mit der Scharia in Verbindung gebracht hatte. Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Ole Schröder (CDU), bekräftigte nun: "Ich finde es grundsätzlich problematisch, wenn Gruppen in einem demokratischen Rechtsstaat meinen, sich über das geltende Recht stellen zu können. Das gilt genauso für Kirchen und andere Religionsgemeinschaften." SPD-Vize Ralf Stegner verteidigte die steigenden Fälle des Kirchenasyls: "Die Kirchen gehen verantwortungsvoll mit dem Kirchenasyl um", sagte Stegner der "Welt". Man wisse auch, dass das Handeln der Kirchen meistens zu einem guten Ergebnis führe. "Natürlich gibt es nicht zweierlei Recht. Dennoch tut der Staat gut daran, sich bei diesem Thema zurückzuhalten", mahnte der SPD-Vize an.

Sprunghafter Anstieg beim Kirchenasyl Bereits 226 Gemeinden wollen Flüchtlinge vor einer Abschiebung schützen. Innenministerium: Niemand kann sich über das gelt....

Auch Stegner äußerte Kritik an de Maizière: "Es war der Sache nicht nützlich, dass der Bundesinnenminister das Kirchenasyl mit der islamischen Scharia verglichen hat." In dieser Woche wollen sich Kirchenvertreter mit dem Präsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, zu einem Informationsaustausch treffen.

Kommentar Seite 3 und Seite 5

**Load-Date:** February 23, 2015

---

End of Document

## Geliebte Migranten

Die Welt

Samstag 25. Juli 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** LITERARISCHE-WELT; Punkt für Punkt; S. 2; Ausg. 171

**Length:** 342 words

## Body

---

"Wir brauchen Zuwanderung" - das findet nicht nur der Präsident des BDI. Denn wo wäre die Literatur ohne Migranten? Ein kleiner Atlas der Flüchtlingsheime aus 2000 Jahren Schreiben.

1. Warum, weiß keiner mehr genau, aber im Jahr 8 n. Chr. wurde Ovid von Kaiser Augustus nach Tomi verbannt. Heute, viele Metamorphosen später, liegt das in Rumänien.

2. Falsche politische Partei? "Du wirst erfahren, wie salzig fremdes Brot schmeckt und wie hart sich fremde Treppen steigen". In der "Göttlichen Komödie" brachte Dante seine Exilerfahrung auf den Punkt. Florenz vertrieb ihn 1302. Verona und Ravenna gewährten ihm bis zu seinem Tod Asyl.

3. Er floh aus Stuttgart, denn dort hätte Friedrich Schiller der "Räuber" wegen Festungshaft gedroht. Um die Freiheit der Kunst stand es 1782 im Ländle nicht zum Besten. Bis 1789, als er in Jena unterkam, war Schiller quasi heimatlos.

4. War Józef Korzeniowski ein Wirtschaftsflüchtling? Von Krakau ging er nach Marseille, fuhr zur See, wurde 1886 Brite. Mit 21 lernte er Englisch. Mit 37 schrieb Joseph Conrad Weltliteratur.

5. Flucht eins: vor den Oktoberrevolutionären nach Berlin. Flucht zwei: vor den Nazis nach Nordamerika. Vladimir Nabokov schrieb seit 1940 auf Englisch.

6. Horst Eckert war 15, als er aus Oberschlesien nach Westdeutschland floh. Dort wurde Janosch aus ihm. "Da, wo ich bin, ist Panama" heißt ein Film über ihn. Jetzt lebt er auf Teneriffa.

7. Nach dem Prager Frühling wurde Milan Kundera in der SSR zur Persona non grata. 1975 wechselt er das Land, 1990 auch die Sprache. Die unerträgliche Leichtigkeit des Französischen hätten wir gern.

8. 1953 im rumänischen Nitzkydorf geboren. Aufgewachsen als Teil der deutschsprachigen Minderheit im Banat. 1987 in die Bundesrepublik Deutschland ausgereist. 2009 bekam Herta Müller den Literaturnobelpreis.

## Geliebte Migranten

9. 11. September 1973: In Chile putscht das Militär. Roberto Bolaño emigriert nach einer ersten Inhaftierung. Landet über Mexiko in Spanien, arbeitet als Campingplatzwart, wird wichtigster lateinamerikanischer Erzähler seit Márquez.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** July 25, 2015

---

End of Document



## **Tumulte auf der Weihnachtsinsel; Tod eines Asylbewerbers führt zu Verwüstungen und Bränden in einem australischem Flüchtlingslager**

Die Welt

Dienstag 10. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 262

**Length:** 624 words

**Byline:** Marcel Leubecher

### **Body**

---

Die australische Regierung hat einige wenige Insassen für Tumulte in einem Internierungslager für **Flüchtlinge** auf der Weihnachtsinsel im Indischen Ozean verantwortlich gemacht. Es habe dort aber "keine größeren Ausschreitungen" gegeben, teilte die Einwanderungsbehörde am Montag mit. Einige Menschen, deren Visaanträge abgelehnt wurden, hätten demonstriert, gab das Ministerium in einer Mitteilung bekannt. Das Personal habe sich aus Sicherheitsgründen zurückgezogen. Angaben über Verletzte beim Personal lägen nicht vor. Die Einwanderungsbehörde erklärte weiter, es werde daran gearbeitet, die Situation zu lösen.

Der Aufstand war am Sonntag ausgebrochen, nachdem ein Asylbewerber ums Leben gekommen war. Insassen hätten Teile der Einrichtung zerstört und Zäune niedergetrampelt sowie einige Brände gelegt, hatten australische Medien berichtet. Ein Teil der Anlage soll sich zeitweise unter der Kontrolle der Flüchtlinge befunden haben. "Überall brennt es", sagte ein Augenzeuge dem Fernsehsender ABC. "Es ist außer Kontrolle, und wir fürchten um unser Leben." Die Behörden wollten keine näheren Einzelheiten mitteilen, nach Informationen von Radio Neuseeland (RNZ) bewaffneten sich die Aufständischen aber mit Schlagstöcken und Stangen.

Ian Rintoul von der Flüchtlingsorganisation Refugee Action Coalition (RAC), der nach eigenen Angaben in ständigem Kontakt mit den Migranten auf der Insel steht, sagte der "Welt", dass die Betreuer und das Sicherheitspersonal das Lager verlassen hätten, nachdem Feuer gelegt und Verwaltungsräume und Büros verwüstet worden seien. Die Schlafräume seien jedoch nicht betroffen. "Ich vermute, dass die Polizei morgen einen Versuch unternimmt, das Personal wieder in das Lager zu bringen und die Kontrolle wieder zu übernehmen." Die Einwanderungsbehörde teilte mit, dass die Lage angespannt sei und man sich um Entspannung bemühe.

Zu den Unruhen war es nach dem Tod eines Häftlings am Sonntag gekommen, der aus dem Lager ausgebrochen war. Es soll sich um einen Kurden aus dem Iran handeln. Laut Augenzeugen war er außerhalb des Grenzzauns eine Klippe hinabgestürzt. Einwanderungsminister Peter Dutton betonte am Montag im Parlament in Canberra, dass es keine Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem Todesfall gegeben habe. Pamela Curr von einer

## Tumulte auf der Weihnachtsinsel Tod eines Asylbewerbers führt zu Verwüstungen und Bränden in einem australischem Flüchtlingslager

Organisation für Flüchtlingshilfe sagte, der Kurde soll seit fünf Jahren in dem Lager auf der Weihnachtsinsel inhaftiert worden sein, obwohl die Regierung seinem Asylgesuch seinerzeit zugestimmt haben soll.

Das klassische Einwanderungsland Australien verfolgt neben Israel die härteste Flüchtlingspolitik aller entwickelten Staaten. Flüchtlinge, die es an Land schaffen, werden in Auffanglagern festgehalten, die Australien auch in Papua-Neuguinea oder im mikronesischen Nauru betreibt. Selbst bei Anerkennung als Flüchtling sollen sie nur dort - nicht aber in Australien - ein Aufenthaltsrecht erhalten. Ihnen wird die Einreise verweigert, selbst wenn sie als Flüchtlinge anerkannt werden. Seit dem vergangenen Jahr werden in Australien ansässige Ausländer, die wegen einer Straftat verurteilt wurden, ähnlich behandelt. Neuseeland hat dagegen protestiert und darauf verwiesen, dass viele nach Jahrzehnten in Australien keine Verbindungen mehr zu ihrem Heimatland hätten.

RAC-Mitarbeiter Rintoul bestätigte, dass sich in dem Lager auf der Weihnachtsinsel neben den Schutzsuchenden und anerkannten Flüchtlingen auch viele neuseeländische Staatsbürger befinden, die in Australien gegen Gesetze verstoßen hätten: "Doch nicht nur wegen der teilweise kriminellen Insassen ist die Situation im Lager eskaliert. Auch die Sicherheitsangestellten stehen im Ruf, extrem gewalttätig zu sein. Das macht es nicht einfacher, das Lager wieder zu übernehmen."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** November 10, 2015

**Die Verlierer der Flucht-Lotterie; 45.000 Flüchtlinge sitzen auf dem griechischen Festland fest. Sie kamen zu spät - die Grenzen waren bereits zu. Dabei haben sie oft mehr Chancen auf Asyl als viele andere, die ungehindert nach Deutschland kamen**

Die Welt

Donnerstag 13. Oktober 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 8; Ausg. 240

**Length:** 1412 words

**Byline:** Olivia Kortas

Kasper Goethals

## Body

---

Skaramagas

Murad blickt durch sein Fenster auf die Betonmauern des **Flüchtlingslagers** Skaramagas bei Athen. Hinter der Stacheldrahtkrone kräuselt sich das Meer. "Ich nenne das hier Konzentrationslager", sagt der Iraker. Seit fünf Monaten lebt er in diesem Wohncontainer, vier Quadratmeter groß. Lange konnte Murad dem trostlosen Ort in Tagträumen entfliehen. Er malte sich einen Neuanfang in Deutschland aus.

Doch Murads großer Traum endete in diesem Container. Der 32-Jährige, der seinen Nachnamen nicht nennen will, ist einer von etwa 45.000 Menschen, die seit Monaten auf dem griechischen Festland festsitzen. Seit Murad hierherkam, sind sieben Monate vergangen. Und er ist nun einer der Ersten, die aufgeben. Im großen Rennen über den Balkan hat er verloren.

Der Iraker ist ein Verlierer in der Lotterie der Flucht. Diese kannte anfangs nur Gewinner. Vor gut einem Jahr konnte plötzlich quasi jeder **Flüchtling** über den Balkan ins Herz Europas gelangen. Menschen, die ein Recht auf **Asyl** haben, und Menschen, die es nicht haben, weil sie nicht politisch verfolgt sind. Murad gehört zur religiösen Minderheit der Jesiden. Er hatte gute Chancen auf politisches **Asyl**. Trotzdem blieb für Murad die Grenze geschlossen, er kam zu spät. Er musste in Griechenland bleiben, dort, wo den Menschen jede Perspektive fehlt.

Die Situation in den Flüchtlingslagern ist schlecht. Viele setzen auf das Umverteilungsprogramm der EU, aber das Scheitern ist nahe. Bislang wurden nur etwa 4600 Flüchtlinge in andere Mitgliedstaaten gebracht, obwohl das Programm seit einem Jahr läuft. Geplant sind 66.400 Umverteilungen bis September 2017. Hinzu kommt, dass

Die Verlierer der Flucht-Lotterie 45.000 Flüchtlinge sitzen auf dem griechischen Festland fest. Sie kamen zu spät - die Grenzen waren bereits zu. Dabei haben si....

jemand, der umverteilt werden will, Recht auf Asyl haben muss. Die Hilfsorganisationen haben aber erst 20.000 Menschen in Griechenland für ein Asylverfahren registriert. Die Prüfung der meisten Anträge steht noch aus. Die Flüchtlinge leben in Ungewissheit.

Ein Gefühl, das Murad kennt. Er lebte mit seiner Familie im Sindschar-Gebirge, im Norden des Irak. Die erste Morddrohung erhielt er vor zehn Jahren. "Ein Mann rief an, sagte, ich sei ein Hund der Amerikaner. Wie einen Hund würde er mich schlachten", erzählt er. Von März 2006 bis August 2011 übersetzte Murad im Irakkrieg für die US-Armee. Im Irak dürfe niemand von seiner Arbeit für die Amerikaner wissen, sagt er. "Meine Familie und ich werden in unserer Heimat niemals sicher sein. Ich bin nicht zum Spaß nach Europa gekommen, ich fürchte um unser Leben."

Als Übersetzer der US-Armee hat Murad das Recht auf eine Umsiedlung nach Amerika. Viele seiner ehemaligen Kollegen gingen schon vor Jahren dorthin. Doch Murad hoffte, das Leben im Irak werde sich bessern. Er ist der älteste Sohn, hat sieben Geschwister, er hat die Verantwortung für seine Familie, wollte sie nicht verlassen. Und lange fühlte sich Murad im Sindschar-Gebirge auch sicher. An die Vereinigten Staaten dachte er irgendwann nicht mehr. Bis zu jenem Tag vor zwei Jahren, an dem die Terrormiliz Islamischer Staat seinen Heimatort verwüstete. Murad war es gelungen, kurz vorher zu fliehen, zusammen mit seinen Eltern, Geschwistern und deren Familien. Sie kamen in ein Flüchtlingslager im kurdischen Nordirak. "Die antiamerikanische Atmosphäre im Lager machte uns Angst, wir fühlten uns nicht sicher", sagt Murad. Er beantragte für sich und elf seiner Familienmitglieder die Umsiedlung in die USA. Es dauert Jahre, bis eine solche Prozedur abgeschlossen ist. Dann sah er, wie viele Menschen es in die EU schafften. Und folgte ihnen, der Weg schien ihm leichter. Auf der Suche nach einem sicheren Leben für die Familie verließen Murad, seine Schwester und zwei seiner Brüder den Irak.

Die Flucht nach Griechenland dauerte drei Wochen, 10.000 Euro zahlten sie an Schlepper. Zwei Versuche scheiterten, beim dritten überquerten Murad und seine Geschwister die schmale Meerenge zwischen der Türkei und der griechischen Insel Lesbos. Als Murad das Boot verließ und auf EU-Boden stand, dachte er, er hätte es geschafft. Er dachte, Deutschland sei nicht weit und leicht zu erreichen. Doch Murad täuschte sich. Als sie einige Tage später in Athens Hafen Piräus ankamen, um von dort weiter über den Balkan nach Europa zu reisen, hörten sie die Nachricht, die alles verändern sollte. Die Grenze war geschlossen.

Sie gingen nicht, wie andere, nach Idomeni, an diesen Ort, wo andere Verlierer der Lotterie wochenlang in Kälte und Krankheit ausharrten. Murad und seine Geschwister waren unter den Ersten, die in Athen blieben. Sie warteten 45 Tage im Hafen, bevor die griechischen Behörden sie mit Bussen in das überfüllte Flüchtlingslager Skaramagas transportierten. Die meisten der 45.000 Menschen auf dem Festland leben in solchen Lagern. 15.000 weitere sitzen auf den griechischen Inseln fest, seit das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei gilt. Sie warten auf die Entscheidung über ihre Asylanträge. Die Entscheidung kann Monate dauern.

"Die Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern leben in einer schwierigen Situation", sagt Eleni Kotsoni, die als Psychologin für Ärzte ohne Grenzen in griechischen Flüchtlingslagern arbeitet. "Sie haben sich den Ort nicht ausgesucht, an dem sie jetzt festsitzen." Ihre Situation verändere sich nicht, und sie wüssten nicht, was kommt. Das sei belastend.

Eine abgewetzte Kappe wirft Schatten über Murads Augen und die deutlich sichtbaren Wangenknochen. Sein Gesicht ist schmal geworden, an den Armen schlackert die zu große Trainingsjacke. "Als ich Murad kennengelernt habe, war er gebräunt, stark, eine Führungspersönlichkeit", sagt Kristina Van Hauwaert, Flüchtlingshilfekoordinatorin in Skaramagas.

Es ist August, als Murad seinen Tiefpunkt erreicht. Er liegt in seinem Container. Seit Wochen schon schottet er sich ab, vermeidet Gespräche, reagiert aggressiv. Die Tage lässt er tatenlos passieren. Das Lernen neuer englischer Wörter, lange eine Routine, die ihn klar im Kopf hielt, gibt er auf. Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Aggression. Das seien die häufigsten Symptome, die Menschen in den Lagern zeigten, sagt Psychologin Kotsoni. Die Flüchtlinge lebten in einer zeitlosen Blase. "Um neue Hoffnung zu finden, braucht ein Mensch etwas, an dem er sich festhalten kann", sagt sie.

Die Verlierer der Flucht-Lotterie 45.000 Flüchtlinge sitzen auf dem griechischen Festland fest. Sie kamen zu spät - die Grenzen waren bereits zu. Dabei haben si....

An einem Augusttag klingelt Murads Handy. Die Internationale Migrationsorganisation (IOM) in Jordanien meldet sich. Sein Plan B, die Umsiedlung in die USA. Lange hatte er nichts von der IOM gehört. Murad weiß, dass die Prozedur bis zu fünf Jahre dauern kann. Bis dahin ist unklar, ob er jemals in die Vereinigten Staaten kann und ob er seine Familienmitglieder mitnehmen darf.

Der Antrag komme voran, sagt die Stimme am Telefon, Murad und sechs Familienmitglieder erhielten nun Vorgangsnummern. "Sie erklärten mir, dass ich mich entscheiden muss: Europa oder Amerika", sagt er. Er müsse nun in den Irak, um die nächsten Schritte seiner Umsiedlung abzuwickeln.

Murad fällt die Entscheidung inzwischen leicht. Er steigt ins Flugzeug nach Erbil im Nordirak. Die IOM unterstützte Murad und seine Geschwister, zahlt die Flugtickets und zusätzlich 500 Euro pro Person. "Im Jahr 2016 sind 806 Iraker sicher und mit Würde von Griechenland in ihr Heimatland zurückgekehrt", sagt Christine Nikolaidou, Sprecherin der IOM in Griechenland. Die Organisation versichert, jeder Iraker kehre in ein sicheres Umfeld zurück. Murad sagt: "Es ist gefährlich für mich, wieder in den Irak zu gehen. Aber ich sehe keine andere Option."

Im Irak wird die Unsicherheit weitergehen. Kristina Van Hauwaert hat vor Murad schon andere jesidische Flüchtlinge zurückfliegen sehen. Auch sie hofften auf eine Zukunft in Amerika. Wie Murad hörten sie, ihre Interviews könnten nur im Irak stattfinden. Von anderen Jesiden hört Murad, dass es oft Verzögerungen gibt, dass es eine neue Zeit des Wartens und Bangens ist.

Trotzdem gehört Murad nun plötzlich eher zu jenen Menschen, die in der Lotterie gewonnen haben. Sein Job als Übersetzer hat Murad womöglich am Ende ein Freilos beschert. Dabei soll die Lotterie eigentlich enden. Das war die Idee des Abkommens mit der Türkei. Wer keine Chance auf Asyl hat, sollte sich gar nicht auf den Weg machen - oder wenn doch, zurückgehen in die Türkei. Wer die Chance auf Asyl hat, soll direkt nach Europa geflogen werden. Doch bis jetzt funktioniert das System nicht. Nur wenige Menschen haben einen Plan B, wie Murad ihn hat.

Kasper Goethals, Olivia Kortas und der Fotograf Johannes De Bruycker sind Mitglieder des Journalistenkollektivs "The Caravan's Journal"

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Johannes De Bruycker/The Caravan's Journal

Heute heißt Piräus keine Flüchtlinge mehr willkommen. Für viele Migranten ist Griechenland zur Endstation geworden

**Load-Date:** October 13, 2016

**Deutschland Kompakt; G-7-Gipfel: Bayerns Einsatzpolizei mit neuen Uniformen ++ Sachsen: Amtsgericht Dresden stellt Verfahren gegen Ramelow ein ++ Zuwanderung: Özoguz: Gesundheitskarte für alle Asylbewerber**

Die Welt

Freitag 10. April 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 83

**Length:** 436 words

## Body

---

### G-7-Gipfel

#### Bayerns Einsatzpolizei mit neuen Uniformen

Rechtzeitig zum G-7-Gipfeltreffen bekommen die Polizisten in Bayerns Einsatzeinheiten neue Uniformen zur besseren Abwehr gewalttätiger Demonstranten. Die Anzüge böten Schutz vor Feuer, Schlägen und Stichen, sagte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) bei der Vorstellung der neuen Kleidung in Nürnberg. Die Ausstattung für die 2800 Beamten sei zudem bequemer. Bayern befürchtet, dass es am Rande des Treffens der sieben führenden westlichen Industrienationen am 7. und 8. Juni auf Schloss Elmau in Oberbayern zu gewalttätigen Protesten kommt. Die neue Ausstattung im bundesweit einheitlichen schwarz-blauen Farbton koste rund 5,5 Millionen Euro. Das sei "gut investiertes Geld", um "die zu schützen, die uns schützen", betonte Herrmann. Bei der Eröffnung der Europäischen Zentralbank im März in Frankfurt habe sich wieder gezeigt, wie brutal und gezielt Randalierer inzwischen gegen Polizisten vorgehen.

### Sachsen

#### Amtsgericht Dresden stellt Verfahren gegen Ramelow ein

Das Amtsgericht Dresden hat ein Strafverfahren gegen Thüringens Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linke) wegen seiner Teilnahme an einer Anti-Neonazi-Demo im Jahr 2010 wegen Geringfügigkeit eingestellt. Das bestätigte eine Gerichtssprecherin. Der Beschluss sei bereits am Montag mit Zustimmung der Beteiligten ergangen. Die Kosten des Verfahrens und die Auslagen Ramelows muss die Staatskasse tragen. Das Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz war bereits im Frühjahr 2014 eingestellt worden. Dagegen hatte der Regierungschef aber erfolgreich Beschwerde eingelegt, da er die Anwaltskosten selbst hätte tragen sollen.

Deutschland Kompakt G-7 -Gipfel: Bayerns Einsatzpolizei mit neuen Uniformen ++ Sachsen : Amtsgericht  
Dresden stellt Verfahren gegen Ramelow ein ++ Zuwanderung: ....

## Zuwanderung

### Özoguz: Gesundheitskarte für alle Asylbewerber

Für die Einführung einer regulären Krankenkassen-Chipkarte für alle Asylbewerber tritt die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD), ein. "Ich werbe sehr dafür, dass wir diesen Weg überall einschlagen und die entsprechenden Möglichkeiten dafür prüfen", sagte die Staatsministerin in Düsseldorf. Die Ausstattung der Flüchtlinge in Bremen und Hamburg mit einer elektronischen Gesundheitskarte habe sich als "effiziente und menschenfreundliche Lösung" erwiesen. Beide Stadtstaaten haben Verträge mit der AOK geschlossen, die lediglich die Durchführung der Krankenbehandlung übernimmt. Es entsteht keine echte Mitgliedschaft. Die Behandlungskosten erstattet der Staat der Kasse. In den übrigen Ländern müssen Flüchtlinge derzeit noch jeden Arztbesuch bei den Gesundheitsbehörden beantragen. Dies führe zu einem enormen Verwaltungsaufwand und stigmatisiere auch Asylbewerber bei Arztbesuchen, so Özoguz.

**Load-Date:** April 10, 2015

---

End of Document

**Image-Kampagne gegen Rechts; Die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge haben dem Ansehen Sachsens geschadet. Jetzt versuchen die Unternehmen des Landes, das Bild ihres Standorts wieder aufzupolieren**

Die Welt

Samstag 12. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 213

**Length:** 1004 words

**Byline:** Martin Pirkel

## **Body**

---

Vier Brandanschläge, 49 fremdenfeindliche Demos, 61 Angriffe auf Unterkünfte und 32 Fälle von Körperverletzung. Sachsen ist trauriger Spitzenreiter bei Gewalt gegen **Flüchtlinge** in diesem Jahr. Die sächsische Landesregierung reagierte auf die Vorfälle rechtsextremistischer Übergriffe auf **Flüchtlingsheime** - mit Ernüchterung: Der Freistaat stellte seine Imagekampagne "So geht sächsisch" weitgehend ein. Das Land verzichtet mittlerweile auf Großplakate sowie TV- und Kinospots in deutschen Städten, New York und London. "Eine Kampagne muss immer die Wirklichkeit abbilden, und da ist es bei den derzeitigen Bildern aus Sachsen schwer, das andere, weltoffene Sachsen zu zeigen", sagt der sächsische Regierungssprecher Christian Hoose.

Umso mehr bemüht sich nun aber die sächsische Wirtschaft, den Imageschaden ihres Standortes auszubügeln. Die Unternehmen setzen sich verstärkt für mehr Toleranz ein und zeigen Flagge gegen Rechtsextremismus. Den Firmen geht es dabei auch darum, Sachsen nicht zur Tabuzone für dringend benötigte Fachkräfte von außerhalb werden zu lassen. So startete der Bass-Gitarrenbauer Warwick Anfang September eine T-Shirt-Kampagne gegen Rassismus. Für 9,90 Euro zuzüglich Versandkosten können Interessierte seither im Onlineshop von Warwick ein T-Shirt mit der Aufschrift "Bassists against Racists" beziehungsweise "Guitarists against Racists" kaufen. Zwei Euro pro verkauftem T-Shirt gehen direkt an die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl. "Es ist eine Verpflichtung eines jeden Einzelnen, etwas zu tun", sagt Hans-Peter Wilfer, Gründer und Inhaber von Warwick. Sein Ziel: Am Ende der Kampagne Pro Asyl einen Scheck in Höhe von 50.000 Euro zu überreichen. Der Bass-Gitarrenbauer sitzt in Marktneukirchen im Vogtlandkreis. Etwa 70 Prozent der Mitarbeiter haben einen Migrationshintergrund.

Die Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft (Mibrag), die im Süden von Leipzig Großtagebaue betreibt, legt bereits bei der Ausbildung ihrer Nachwuchskräfte Wert auf Toleranz. Seit 20 Jahren veranstaltet die Mibrag Seminare für ihre Auszubildenden zum Thema Weltoffenheit. So sollen Vorurteile bei den Mitarbeitern ausgeräumt werden. Außerdem bildet das Unternehmen jugendliche Flüchtlinge aus, insofern diese einen entsprechenden Schulabschluss haben und deutsch sprechen.



Image-Kampagne gegen Rechts Die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge haben dem Ansehen Sachsens geschadet. Jetzt versuchen die Unternehmen des Landes, das Bild ihr....

Der Autobauer Porsche setzt in Leipzig musikalisch Akzente gegen Rassismus. Das Unternehmen ist Hauptförderer der Konzertreihe "Leipzig. Courage zeigen", die seit 1998 jährlich veranstaltet wird. Dort treten die Musiker für mehr Weltoffenheit und Toleranz ein. Zudem gibt es einen Preis für Engagement gegen Rechtsextremismus, der 2015 an Vertreter des Leipziger Flüchtlingsrats und der Initiative "No Legida" ging. "Porsche ist seit jeher ein weltoffenes Unternehmen. Für uns steht das Menschsein im Mittelpunkt, ohne Ansehen von Herkunft, Religion oder Geschlecht", sagt Joachim Lanla, kaufmännischer Geschäftsführer von Porsche Leipzig. Der Konzern unterstützt auch den Schülerwettbewerb "Schule der Toleranz", der das Demokratieverständnis der Kinder fördern soll. Für die besten Ideen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit erhalten die Schüler einen Preis.

"Wir ticken international. Nein zu rechtem Gedankengut. Ja zu Toleranz und Weltoffenheit - und Menschen, die jetzt unsere Hilfe brauchen", steht auf einem 5 mal 1,50 Meter großen Plakat auf dem Firmengelände der Uhrenmanufaktur Nomos in Glashütte, etwa 20 Kilometer von Heidenau entfernt. "Wir verkaufen international. Weltoffen zu sein ist für uns überlebenswichtig: Allein mit Sachsen könnten wir in Schönheit sterben", sagt Nomos-Geschäftsführerin Judith Borowski. Deshalb unterstützt das Unternehmen finanziell auch eine Plakat-Kampagne der Stadt Glashütte.

Einige große Arbeitgeber in Sachsen achten nicht nur darauf, dass fremdenfeindliche und rechtsradikale Gesinnungsträger vor den Werktoeren bleiben, sie bemühen sich teilweise auch darum, aktiv in die Gesellschaft hineinzuwirken. So gilt im Energiekonzern Vattenfall "Null-Toleranz gegenüber rechter Gesinnung oder rechten Tendenzen". Das Unternehmen betreibt in den sächsischen Orten Boxberg und Lippendorf große Kraftwerke und fördert in der Region Braunkohle in Tagebauen.

Die Deutschlandtochter des schwedischen Staatskonzerns hat in einem Verhaltenskodex nicht nur Chancengleichheit unter den Mitarbeitern, sondern ausdrücklich auch "Vielfalt" als oberstes Unternehmensziel festgeschrieben: "Wir erachten Vielfalt als Chance, die zur Verbesserung unserer Leistung beiträgt", heißt es dort: "Wir wollen das Wissen über dieses Thema in unserem Unternehmen erweitern sowie die Akzeptanz und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit fördern." Um das "interkulturelle Denken zu fördern" hat Vattenfall etwa einen Azubi-Austausch mit Frankreich und Polen organisiert und "Brückenmaßnahmen" für die Integration von jungen Ingenieuren mit Migrationshintergrund eingerichtet.

Jetzt steht gemeinsam mit der Universität Cottbus die Umsetzung eines "Diversity-Konzeptes zur Unterstützung eines interkulturell geprägten Arbeitsumfeldes" an, bei dem es ebenfalls um die Einbindung internationaler Praktikanten und Werksstunden geht. Darüber hinaus ist Vattenfall schon seit 2008 Kooperationspartner des Konzepts "Tolerantes Brandenburg", mit dem das Land Brandenburg extremistischen, fremdenfeindlichen und undemokratischen Entwicklungen aktiv entgegenwirken will. Auch den lokalen Aktionsplänen der Stadt Cottbus und des Spree-Neiße-Kreises im Rahmen des Bundesprogramms "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" hat sich der Konzern angeschlossen.

Damit handelt das Unternehmen natürlich auch im Eigeninteresse: Die deutschlandweit knappen Facharbeiter und Ingenieure sind oft nicht leicht dazu zu bewegen, ihren Lebensmittelpunkt in die Lausitz oder ins ländliche Sachsen zu verlegen. In der Integration ausländischer Arbeitskräfte sieht das Unternehmen eine Möglichkeit, dem Fachkräftemangel zu begegnen.

"Weltoffen zu sein ist für uns überlebenswichtig" Judith Borowski, Geschäftsführerin des Uhrenherstellers Nomos

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Image-Kampagne gegen Rechts Die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge haben dem Ansehen Sachsens geschadet. Jetzt versuchen die Unternehmen des Landes, das Bild ihr....

Der Bass-Gitarrenbauer Warwick startete Anfang September eine T-Shirt-Kampagne gegen Rassismus. Mit dem Verkaufserlös wird die Organisation Pro Asyl unterstützt

Marc Mennigmann

**Load-Date:** September 12, 2015

---

End of Document

**Bürger fordern Sanktionen gegen Integrationsunwillige; Deutschlandtrend: Mehrheit für Kürzung von Sozialleistungen, wenn Flüchtlinge sich nicht anpassen. Jeder zweite AfD-Anhänger lehnt Aufnahme politisch Verfolgter ab**

Die Welt

Donnerstag 4. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 29

**Length:** 729 words

**Byline:** Johannes Wiedemann

## **Body**

---

Wenn **Flüchtlinge** in Deutschland Integrationsangebote ablehnen, sollen ihnen die Sozialleistungen gekürzt werden: Dieser Ansicht sind Anfang Februar fast neun von zehn Bundesbürgern. Das geht aus dem Deutschlandtrend hervor, den Infratest Dimap im Auftrag der "Welt" und der ARD-"Tagesthemen" erhoben hat. 88 Prozent unterstützen somit den Vorstoß von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) für ein "Integrationsfördergesetz".

Ein Vorhaben, auf das sich die schwarz-rote Koalition im Rahmen des **Asylpakets II** geeinigt hat, stößt ebenfalls auf große Zustimmung der Deutschen: dass die Regierung Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern erklären will. Als Konsequenz sollen **Asylsuchende** aus diesen Ländern schneller in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Das finden fast acht von zehn Bürgern richtig. Ähnlich beliebt ist die Idee, Zentren an der deutschen Grenze einzurichten, um Zuwanderer ohne Chance auf **Asyl** sofort zurückweisen zu können. Der Zuspruch hierfür steigt im Vergleich zum Wert vom November um acht Punkte auf 77 Prozent.

Die jährliche Flüchtlingszahl mit einer Obergrenze zu deckeln - eine Forderung, die vor allem die CSU erhoben hat - , fänden rund zwei Drittel der Deutschen richtig. Etwas mehr als die Hälfte ist für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Union. Im Rahmen des Asylpakets II ist auch die Beschränkung des Familiennachzugs auf zwei Jahre für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz - darunter ein Teil der syrischen und irakischen Asylsuchenden - festgelegt worden. Diesen Schritt unterstützen 44 Prozent der Bürger; hingegen ist die Hälfte dagegen.

Infratest Dimap hat in diesem Monat auch die Akzeptanz von Fluchtgründen abgefragt. Obwohl die Bundesregierung wegen ihrer Flüchtlingspolitik scharf kritisiert wird, ist die Bevölkerung dennoch fast geschlossen für die Aufnahme von Asylbewerbern aus Kriegsgebieten: 94 Prozent sprechen sich dafür aus. Die Bereitschaft in

## Bürger fordern Sanktionen gegen Integrationsunwillige Deutschlandtrend: Mehrheit für Kürzung von Sozialleistungen, wenn Flüchtlinge sich nicht anpassen. Jeder z....

dieser Hinsicht ist damit genauso hoch wie Anfang des vergangenen Jahres. Selbst unter AfD-Anhängern sprechen sich etwa drei Viertel für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus.

Bei der Aufnahme von Asylsuchenden, die in ihren Heimatländern aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden, geht die Hilfsbereitschaft der Bürger schon zurück. Zwar sind 73 Prozent der Gesamtbevölkerung dafür; der Wert liegt allerdings um neun Prozentpunkte niedriger als im September 2015. Bei den AfD-Unterstützern lehnt etwa die Hälfte Asyl für diese verfolgten Menschen ab. Wirtschaftliche Gründe werden nur von einem Viertel der Bundesbürger als Fluchtgrund akzeptiert. 71 Prozent lehnen hingegen eine Aufnahme von Menschen, die in ihrer Heimat kein Auskommen haben, ab. Bei den AfD-Anhängern haben gerade mal fünf Prozent Verständnis für Wirtschaftsflüchtlinge.

Anlässlich des am Donnerstag beginnenden Straßenkarnevals im Rheinland und anderen Regionen in Deutschland befragten die Demoskopien die Bürger auch nach ihrem Sicherheitsgefühl - natürlich mit Blick auf die sexuellen Übergriffe gegen Frauen in der Silvesternacht in Köln. Vor allem Migranten sind tatverdächtig. Die Furcht vor großen Ansammlungen hat im Vergleich zum Januar jedoch nachgelassen: Aktuell erklärt etwa jeder fünfte Bürger, wegen der Exzesse größere Menschengruppen zu meiden; ein Minus von acht Prozentpunkten. 71 Prozent hingegen wollen Großveranstaltungen nicht fernbleiben. Vor allem Frauen fühlen sich offenbar wieder deutlich sicherer: Im Januar hatten noch 37 Prozent angegeben, größere Ansammlungen meiden zu wollen; inzwischen ist es nur noch ein Viertel. Dagegen sagen 67 Prozent der Frauen (plus 18 Punkte), sie würden sich in Menschenmassen begeben.

Angesichts der Probleme auf EU-Ebene bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist die Europaskepsis der Bürger etwas gewachsen. Derzeit sind 30 Prozent der Meinung, das Land ziehe aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher Vorteile; das sind sieben Punkte weniger als im Juli 2015. Dass sich Vor- und Nachteile in etwa die Waage halten, glauben 43 Prozent. Rund ein Viertel ist hingegen der Auffassung, dass die Bundesrepublik vor allem Nachteile durch ihre EU-Mitgliedschaft erleidet.

Für den Deutschlandtrend hat Infratest Dimap am 1. und 2. Februar 1004 wahlberechtigte Bürger ab 18 Jahren telefonisch befragt. Die Erhebung ist repräsentativ.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

bn

**Load-Date:** February 4, 2016

## Wieder nur ein touristischer Ausflug?; Frankreichs Premier Valls und EU-Vize Timmermans besuchen in Calais den "Dschungel"

Die Welt

Dienstag 1. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 203

**Length:** 836 words

**Byline:** Martina Meister

## Body

---

Paris

Einen solchen Tross von dunklen Limousinen haben sie hier im Dschungel von Calais noch nicht gesehen, auch nicht ein derartiges Aufgebot von schwerbewaffneten Polizisten und Personenschützern. Es ist das erste Mal, dass sich Frankreichs Premierminister Manuel Valls im Flüchtlingslager zeigt. Er kam am Montag in Begleitung des Vizechefs der EU-Kommission, Frans Timmermans, und des EU-Migrationskommissars Dimitris Avramopoulos. Auch der französische Innenminister Bernard Cazeneuve war mit von der Partie. Man wollte wohl ein Zeichen setzen. "Wir sind gekommen, um zu zeigen, dass wir da sind, dass Europa da ist", sagte Valls in die ausgestreckten Mikrofone hinein. Die Bürgermeisterin von Calais, Natacha Bouchart, hat schon viele solche symbolischen Besuche erlebt und erwiderte bitter, sie hoffe nur, dass es sich nicht um einen "rein touristischen Ausflug" handele: "Nicht Frankreich nimmt die Flüchtlinge auf, es ist einzig und allein Calais", sagte Bouchart, die der konservativen Partei Les Républicains angehört.

Für die meisten Migranten ist die nordfranzösische Hafenstadt nur eine letzte Station von dem erhofften Sprung nach Großbritannien, der immer schwieriger, ja fast unmöglich geworden ist. Obwohl das Problem in Calais seit Jahren besteht, ist der sogenannte neue Dschungel erst in den vergangenen Sommermonaten zum Symbol des Scheiterns der europäischen Flüchtlingspolitik geworden. Auf 3000 bis 3500 wird die Zahl derer geschätzt, die derzeit im Lager hausen. Bis zu tausend pro Nacht versuchten im Juli, die Barrikaden zu überwinden und sich in Lastern oder auf Schiffen mit Ziel Großbritannien zu verstecken. Die Einfahrt zum Hafen von Calais und der Eingang zum Eurotunnel gleichen inzwischen einer Hochsicherheitszone. Vier Meter ist der Metallzaun hoch, seine Maschen sind so eng, dass kein Fuß, keine Hand darin Platz findet. Als die "Mauer der Schande" haben ihn Menschenrechtsorganisationen bezeichnet, was Frankreichs Außenminister Laurent Fabius am vergangenen Wochenende nicht daran hinderte, den ungarischen Stacheldrahtzaun scharf zu kritisieren. "Die europäischen Werte werden nicht respektiert, indem man Zäune hochzieht, die man selbst für Tiere nicht errichten würde", sagte Fabius und löste damit einen diplomatischen Zwischenfall aus. Die Wahrheit ist: Das Flüchtlingsproblem wird in

Wieder nur ein touristischer Ausflug? Frankreichs Premier Valls und EU-Vize Timmermans besuchen in Calais den "Dschungel"

Europa wie ein Schwarzer Peter hin und her geschoben. Respektvoll blickt man inzwischen aus Frankreich nach Deutschland: Nicht 800.000 Flüchtlinge nimmt Frankreich auf, sondern nur 60.000.

Im durchgeschwitzten Hemd hatte Valls am Sonntag auf dem Sommertreffen der sozialistischen Partei in La Rochelle für "Härte" und "Menschlichkeit" plädiert. Am Tag darauf konnte er sich bei Platzregen und Nebel vor allem ein Bild über die Härte machen. Nur noch zwei- bis dreihundert Menschen riskieren inzwischen Nacht für Nacht ihr Leben, um auf illegalem Weg nach Großbritannien überzusetzen. Aber Valls' Botschaft war unmissverständlich: "Wer nach Calais kommt, der landet in einer Sackgasse."

In Calais sprach Valls angesichts des Dschungels von "menschenunwürdigen Bedingungen", dabei hatte man ihm und den Brüsseler Kommissaren nur das bessere Gesicht des Lagers gezeigt: Ihr Besuch beschränkte sich auf das sogenannte Tageszentrum Jules Ferry, ein ehemaliges Sommerlager für Schulkinder, das Anfang des Jahres mit EU-Geldern ausgebaut wurde, um immerhin ein Minimum an Versorgung zu gewährleisten. 100 Frauen und Kinder haben hier immerhin ein festes Dach über dem Kopf. Die Warteliste ist lang. Für die restlichen mehr als 3000 Bewohner des Dschungels öffnet das Zentrum erst mittags. Sie können dann die Toiletten benutzen, duschen und sich zu 17 Uhr für die einzige Mahlzeit des Tages anstellen. Im Dschungel hausen sie in meist selbst gebauten Verschlägen aus Pappe und Planen. Sie schlafen auf Kartons oder direkt auf dem Boden. Seit einigen Monaten gibt es Wasserstellen, aber die wenigen Campingtoiletten reichen nicht aus. Der Müll sammelt sich neben den Zelten. Die meisten Menschen, die in Calais stranden, stammen aus Äthiopien, Eritrea, Syrien und dem Sudan. Viele sind über das Mittelmeer nach Europa gekommen und an den Küsten Italiens oder Griechenlands gelandet. Als sie die Boote bestiegen, wussten die meisten nicht, wohin die Reise geht. Calais ist die Sackgasse, in der sie gelandet sind.

Besinnt sich Europa jetzt auf seine Ideale, zeigt es sich von seiner menschlichen Seite? Bislang wurde die gemeinsame Lösung verweigert. Die Konferenz, auf der sich Mitte September die 28 Vertreter der Union treffen wollen, soll jetzt konkrete und schnelle Lösungen bringen. "Wir brauchen die Kooperation aller Mitgliedsstaaten", sagte Timmermans in Calais, "niemand kann sich mehr verstecken." Zugleich kündigte der EU-Vize Hilfe in Höhe von fünf Millionen Euro für die Stadt Calais an. Das Geld soll in ein Aufnahmelager fließen, das 1500 Migranten aufnehmen kann. Auch eine Verteilung Asylsuchender auf andere französische Heime soll damit finanziert werden.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

REUTERS/PHILIPPE WOJAZER

Frankreichs Premier Manuel Valls mit Polizisten am Eurotunnel

PHILIPPE WOJAZER

**Load-Date:** September 1, 2015

## Innenminister planen Abweisung im Schnelldurchgang; Stark beschleunigte Asylverfahren beschlossen. Flüchtlinge steckten Schleusern "Geld in den Rachen" - ohne Aussicht auf Erfolg

Die Welt

Samstag 14. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 38

**Length:** 864 words

**Byline:** Manuel Bewarder

### **Body**

---

Erneut schlagen sich die Innenminister mit einem Märchen herum. So wie 2013, als viele Tschetschenen das verheißungsvolle Gerücht aufschnappten, in Deutschland bekämen sie ein sicheres Leben, ein hohes Begrüßungsgeld und ein Grundstück.

Tausende saßen damals Gaunern und Schleppern auf und machten sich auf den Weg. Am Ende des Jahres kamen sogar aus keinem Staat mehr Asylbewerber als aus Russland - 14.000 insgesamt. Laut Schätzungen stammten 90 Prozent davon aus Tschetschenien. Ihre Chancen auf Asyl lagen nahezu bei null.

Nach ein paar Monaten hatte sich der große Bluff zulasten der Flüchtlinge herumgesprochen. Mittlerweile taucht die Russische Föderation in den Top-10-Herkunftsländern der Asylbewerber nicht mehr auf. So soll es nun auch beim Kosovo laufen.

Nachdem die Zahl der Asylsuchenden aus dem Balkanstaat zuletzt wie aus dem Nichts hochgeschneit ist und im Januar nur noch aus Syrien mehr Schutzsuchende kamen, wollen Bund und Länder gegen den Zustrom wirken. Ob der Plan gelingt? Das ist ungewiss. Scheitert er, kommt es im ohnehin angespannten Asylsystem zur Blockade.

Bei einer 45-minütigen Telefonkonferenz am Freitagmorgen einigten sich die Innenminister des Bundes und der Länder darauf, die Asylverfahren zu beschleunigen und den Menschen im Kosovo klarzumachen, dass sie hierzulande keine Bleibeperspektive besitzen. Stattdessen droht angesichts einer Anerkennungsquote von derzeit 0,3 Prozent fast allen eine Ausweisung und Abschiebung. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums betonte, dass es nicht darum gehe, die Einreisenden zu stigmatisieren. Man zielen vielmehr auf eine Bekämpfung der Schleuserbanden, die Kosovaren falsche Hoffnungen machten und viel Geld verlangten. Es ist nicht der Normalfall, dass sich die Innenminister über die Parteigrenzen hinweg einig sind. In der Flüchtlingspolitik klappt weiterhin ein tiefer Graben zwischen Union und SPD. Und selbst wenn die Vertreter der Länder einen Konsens gefunden haben, senkt oftmals der Bund den Daumen. In der Kosovo-Frage herrscht nun jedoch in weiten Teilen Einigkeit.

Innenminister planen Abweisung im Schnelldurchgang Stark beschleunigte Asylverfahren beschlossen.  
Flüchtlinge steckten Schleusern "Geld in den Rachen" - ohne Au....

In der Konferenz schilderte die beamtete Staatssekretärin im Innenministerium, Emily Haber, zunächst die dramatische Lage: Die Zahl der Flüchtlinge, die sich aus dem Land zumeist über Serbien und Ungarn nach Deutschland durchgeschlagen haben, beträgt allein seit Jahresanfang 18.000. Mehr als 3000 stellten im Januar bereits einen Asylantrag. Im gesamten Jahr 2014 waren es lediglich 7000, die sich aus dem Armenhaus Europas aufmachten, um in Deutschland wenigstens die kalten Wintermonate bis zur Abschiebung zu verbringen. Nun flüchtet auch die Mittelschicht.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius, der auch Sprecher der SPD-geführten Länderressorts ist, erklärte: "Alleine in den ersten 13 Februartagen sind annähernd so viele Menschen aus dem Kosovo nach Niedersachsen gekommen, wie im gesamten Januar aus allen Staaten zusammen Asyl bei uns beantragt haben. Das ist eine völlig neue, kaum zu bewältigende Größenordnung." Dubiose Quellen verbreiteten Informationen, wonach in Deutschland finanzielle Hilfe und Arbeit locke. Neben Niedersachsen gehören laut Behörden Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zu den am meisten betroffenen Ländern.

Schnellere Asylverfahren für die Flüchtlinge seien "das Gebot der Stunde", erklärte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). Sachsens Ressortchef Markus Ulbig sieht darin eine Voraussetzung für eine Trendwende: "Nur wenn schnell abgelehnte Rückkehrer im Kosovo eintreffen, entsteht dort ein klares Bild", erklärte der CDU-Politiker.

Laut Bundesinnenministerium sollen die entsprechenden Asylverfahren künftig binnen zwei Wochen bearbeitet werden - bislang dauert das im Schnitt 4,5 Monate. Das Haus von Minister Thomas de Maizière (CDU) hatte bereits am Mittwoch "Sofortmaßnahmen" sowie eine Beschleunigung der Bearbeitung angekündigt, um die bundesweit verteilten Aufnahmeeinrichtungen zu entlasten.

Nach Angaben von Konferenzteilnehmern haben sich die Landesinnenminister konkret für einen weiteren Stellenaufbau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ausgesprochen. Angesichts der allgemein steigenden Flüchtlingszahl war die Nürnberger Behörde bereits im vergangenen Jahr um 650 Stellen aufgestockt worden. Das Bundesinnenministerium wollte dies jedoch zunächst nicht bestätigen. Erst muss mit dem Finanzministerium gesprochen werden. Zudem ist geplant, die serbisch-ungarische Grenze besser zu sichern. 20 Beamte der Bundespolizei werden dafür auf den Balkan geschickt. Vor Ort soll zudem über das Internet, soziale Netzwerke und Flugblätter über die minimale Asylchance in Deutschland aufgeklärt werden. Diese Information müsse die Menschen erreichen, bevor sie ihr Hab und Gut, Job und Familie zurückließen und Schleusern "Geld in den Rachen" steckten, sagte der Sprecher des Innenministeriums.

Nur kurz spielte die von Bayern angestoßene Forderung eine Rolle, das Land als sicheren Herkunftsstaat zu deklarieren und Asylgesuche somit schneller abzulehnen. Während die Unionsminister das befürworten, bleibt die SPD kritisch. Eine solche Gesetzesänderung würde zudem Monate dauern - und müsste im Bundesrat von den skeptischen Grünen mitgetragen werden.

**Load-Date:** February 14, 2015



## Alle zurücktreten!

Die Welt

Freitag 11. Dezember 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Kommentar; S. 3; Ausg. 289

**Length:** 357 words

**Byline:** Rainer Haubrich

## Body

---

Berlin kann endlich aufatmen: Der Chef des **Flüchtlingsamtes** Lageso ist zurückgetreten. Er kam seiner Entlassung zuvor, die der Regierende Bürgermeister Müller öffentlich gefordert hatte. Von einer "humanitären Katastrophe" beim Landesamt war die Rede, dazu ein Neonazi im Sicherheitsdienst und albanische Übersetzer, die Wartemarken verkauften. Skandalös das alles! Wer trägt die Verantwortung? Müller hat sich jetzt den Schuldigen ausgesucht. Wie einfach. Dabei sah die gesamte Berliner Verwaltung nicht gut aus, auf allen Ebenen - bis zum Regierenden selbst.

Aber nicht nur in Berlin, in ganz Deutschland agieren die Behörden am Rande der Überforderung. Es müssen in großer Zahl ganz schnell Unterkünfte her und Ärzte, Psychologen, Traumaexperten, Sprachlehrer und Betreuer für die Kinder. Woran kein Mangel herrscht, sind Experten, die bei jedem Missstand hierzulande "schon seit Langem" davor gewarnt haben.

Berlin greift jetzt durch: Eine neue Behörde nur für Flüchtlingsfragen wird aufgebaut. Alles ruckzuck versteht sich, aber auch ganz gewissenhaft, denn man muss ja jedem Einzelfall gerecht werden. Unterdessen geht die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zurück. Zuletzt trafen in Berlin an einem Tag 270 Asylbewerber ein, Anfang November waren es täglich etwa 800. Werden die Zahlen weiter sinken? Keiner weiß es. Aber man hört schon die Kritiker, die in einigen Monaten sagen werden, sie hätten "schon seit Langem" vor den Überkapazitäten beim neuen Berliner Flüchtlingsamt gewarnt, viel zu viele Mitarbeiter seien dort ohne Beschäftigung. Was für eine Verschwendung von Steuergeldern!

Oder schwillt der Strom erneut an, im Frühjahr, wenn es milder wird oder ein bockiger Erdogan wieder mehr Flüchtlinge durchlässt? Niemand kann es vorhersagen. Aber für den Fall, dass der Ansturm wieder losgeht, stehen bereits Kritiker bereit, die "schon seit Langem" vor einer neuen Migrationswelle gewarnt haben. Die Ausstattung des neuen Berliner Flüchtlingsamtes sei vollkommen unzureichend gewesen. Und dann wird wieder irgendjemand seinen Hut nehmen müssen.

[rainer.haubrich@weltn24.de](mailto:rainer.haubrich@weltn24.de) ([rainer.haubrich@weltn24.de](mailto:rainer.haubrich@weltn24.de))

Alle zurücktreten!

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Reto Klar u. Martin U. K. Lengemann

**Load-Date:** December 11, 2015

---

End of Document

## Das Meer hat keinen Zaun

Die Welt

Samstag 31. Dezember 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Forum; S. 2; Ausg. 308

**Length:** 228 words

**Byline:** Manuel Bewarder

## Body

---

Die Bundesregierung hat sich in diesem Jahr einen Trick ausgedacht. Weil die **Flüchtlingskrise** die Republik völlig wuschig gemacht hat, reden Kanzlerin und Minister darüber fast nur noch in der Vergangenheitsform. So sehr man diesen Worten vielleicht glauben möchte - sie sind nur politisches Blendwerk.

Im Herbst stehe ich in einem Flüchtlingslager auf Sizilien. Idiakhena Zaccheaus erzählt mir seine Geschichte. Der Nigerianer sagt, dass er vor den Bomben von Boko Haram geflüchtet ist. Durch die Wüste nach Libyen. Im Flüchtlingsknast habe man ihn und die anderen fast zu Tode geprügelt. In einem überfüllten Schlauchboot mit 170 Migranten stach er schließlich in See. Er sagt, er sei einfach nur froh, noch am Leben zu sein.

Eine besonders krasse Schilderung ist das übrigens nicht. Rund 180.000 Migranten haben sich dieses Jahr in Afrika in ein Boot gesetzt. Fast 5000 sind bei der Fahrt gestorben. Beim Untergang der Titanic waren es rund 1500 Tote. Das Meer, an dessen Stränden wir unsere Handtücher ausbreiten, ist ein Massengrab.

Ich stehe im Hafen von Catania und schaue auf die graue See hinaus. Bis nach Deutschland kommen tatsächlich viel weniger Migranten als noch 2015. Auf der Balkanroute stemmen sich neue Grenzzäune gegen die Flüchtlinge. Gelöst ist das Problem damit nicht. Über die Flüchtlingskrise muss man im Präsens sprechen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Fotos der Autoren in der Ausgabe: Claudius Pflug; MArtin U.k. Lengemann, Reto Klar; Massimo Rodari; Amin Akhtar; Alex Kraus; Carolyn Strover, Privat

Das Meer hat keinen Zaun

Claudius Pflug

**Load-Date:** December 31, 2016

---

End of Document

**Europa muss weiter mit Grenzkontrollen leben; CSU-Innenexpertin Monika Hohlmeier: "Es ist keine Zeit für Blauäugigkeit". Untersuchungsbericht spricht drei große Problemfelder an**

Die Welt

Donnerstag 29. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 229

**Length:** 799 words

**Byline:** Andre Tauber

## **Body**

---

Brüssel

Mit dem Walserberg sind Österreicher und Bayern gut vertraut. Den Sommer über vermeldeten die Radiosender, wenn die Wartezeiten am Grenzübergang nach Deutschland mal wieder überhandnahmen. Spediteure und die Tourismusindustrie beklagten Einbußen des Geschäfts - doch es änderte nichts.

Eigentlich sollten die Grenzkontrollen, die in Österreich, Deutschland, Dänemark, Schweden sowie Norwegen im Zuge der **Flüchtlingskrise** erlassen wurden, bald enden. Bis Jahresende, so war es der Plan der Europäischen Kommission, sollten die EU-Bürger endlich wieder frei reisen können.

In Brüssel würde man gerne das Symbol setzen, dass Europa die Lage nach der **Flüchtlingskrise** wieder im Griff hat. Das Gefühl, die Kontrolle sei verloren gegangen, hatte doch erheblich zum Ansehensverlust der Europäischen Union und zum Erfolg der europakritischen Rechtspopulisten beigetragen.

Doch es deutet wenig darauf hin, dass die Grenzkontrollen noch in diesem Jahr fallen. "Wir können auf die Grenzkontrollen nicht verzichten. Es ist keine Zeit für Blauäugigkeit. Europa hat noch nicht die volle Kontrolle über die Außengrenzen erlangt", sagt Monika Hohlmeier, CSU-Innenexpertin im Europaparlament der "Welt".

Der Politikerin zufolge soll zunächst sichergestellt werden, dass die EU die Lage an den Außengrenzen im Griff hat. "Europa muss Sicherheit gewährleisten und sicherstellen, dass es nicht zu einer unkontrollierten Zuwanderung kommt", sagt sie. "Die Menschen sind verunsichert. Wer jetzt nicht für Recht und Ordnung sorgt, leistet Rechtsaußenparteien Vorschub."

Europa muss weiter mit Grenzkontrollen leben CSU-Innenexpertin Monika Hohlmeier: "Es ist keine Zeit für Blauäugigkeit". Untersuchungsbericht spricht drei große ....

Sie reagiert damit auch auf einen Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission, in dem untersucht wird, ob die EU mittlerweile in der Lage ist, die Flüchtlingsströme zu kontrollieren. Der Bericht spricht von Fortschritten, benennt allerdings auch Bereiche, in denen es noch etwas zu tun gibt. Die "Welt" nennt die drei wichtigsten Baustellen:

1. Die Umverteilung der Flüchtlinge muss schneller gehen.

Europa verlangt, dass sich die Staaten an die Regeln halten. Die besagen, dass sich die Länder um die Aufnahme der Flüchtlingen kümmern, in denen sie zum ersten Mal europäischen Boden betraten. Im Gegenzug sagt die EU den besonders betroffenen Staaten, darunter Italien und Griechenland, die Abnahme von 160.000 Flüchtlingen zu. Allerdings kommt die Umverteilung nur schleppend voran. Bislang wurden erst 5651 Personen verteilt.

2. Das Abkommen mit der Türkei muss sich noch beweisen

Das Abkommen mit der Türkei wirkt, ist man in Brüssel überzeugt. Zumindest kommen weniger Menschen an, seitdem es geschlossen wurde. Im vergangenen Sommer erreichten noch 7000 Flüchtlinge pro Tag die Strände der griechischen Inseln. Mittlerweile sind es nur noch 85 Flüchtlinge täglich. Wie stabil das Abkommen mit der Türkei ist, ist eine offene Frage. Die Regierung in Ankara beharrt darauf, dass türkische Staatsbürger künftig auch ohne ein Reisevisum in die EU einreisen können sollten. Noch immer wird über den Punkt verhandelt. Eine Lösung des Streits zeichnet sich aber noch nicht ab.

3. Griechenland muss das Asylsystem auf Vordermann bringen.

Athen erhält Lob, aber auch Mahnungen. Griechenland nimmt mittlerweile von allen Flüchtlingen die Fingerabdrücke und nimmt ihre Asylanträge auf, statt sie einfach in den Norden weiterreisen zu lassen.

Doch man ist noch weit von einer Situation entfernt, in der Deutschland Flüchtlinge direkt wieder nach Griechenland schicken könnte. "Es wird weitere Fortschritte brauchen, vor allem bei den Aufnahmeeinrichtungen, dem Zugang zu Asylverfahren sowie Einrichtungen für besonders verwundbare Asylbewerber, bevor eine Wiederaufnahme von Dublin-Transfers nach Griechenland erwogen werden kann", heißt es im Bericht.

Und damit bleibt unklar, wann die Grenzkontrollen fallen werden. Die EU-Kommission legt sich bislang nicht fest, ob sie am 12. November den EU-Staaten die Verlängerung empfehlen wird. Sicher ist nur, dass der Druck der betroffenen Staaten hoch ist, sie aufrechtzuhalten. Deutschland und Dänemark etwa sprachen sich bereits für die Verlängerung aus.

Bis dahin dürfte ein anderes Thema im Vordergrund stehen: Sicherheit. "Wir wissen nicht, wer in den Schengenraum einreist und wer ihn wieder verlässt", sagte Hohlmeier. "Ein Frontex-Beamter in Griechenland kann noch immer nicht auf Datenbanken zu Straftätern und Gefährdern zugreifen", sagt sie. "Es gibt noch viele Fragen zu regeln." Die Europäische Kommission hat bereits Vorschläge gemacht. Nun ruft die Behörde alle Beteiligten zur stärkeren Zusammenarbeit auf. "Wir können Asyl und Migration in Europa nur dann effektiv managen und gleichzeitig den Schengen-Raum schützen, wenn wir alle miteinander im Geist der Solidarität und des Verantwortungsbewusstseins handeln", mahnt der erste EU-Kommissionsvize Frans Timmermans.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 29, 2016

**Sogar Gefängniswärter arbeiten an Ungarns Grenzzaun; Der fast fertige Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze soll bereits Wirkung zeigen. In Belgrad warten 7000 Migranten auf die Weiterreise**

Die Welt

Dienstag 25. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 197

**Length:** 674 words

**Byline:** Boris Kálnoky

## Body

---

Budapest

Jeden Tag veröffentlicht die ungarische Polizei die Zahl der am Vortag registrierten illegalen Grenzübertritte. Am Sonntag waren es 1245 - sehr viel, aber doch die niedrigste Zahl seit Mitte Juli. Liegt das an dem Zaun, den die Regierung an der ungarisch-serbischen Grenze installieren lässt? Die Behörden teilten mit, an jenen Abschnitten, die fertiggestellt sind, würden kaum noch **Flüchtlinge** die Grenze überqueren. Der Zaun ist noch nicht fertig, erst am 31. August soll er die Grenze komplett sichern. Nach ungarischen Medienberichten werden mittlerweile neben der Armee sogar Gefängniswärter eingesetzt, um die Bauarbeiten zu beschleunigen. Der Innen- und der Verteidigungsminister informierten sich am Sonntag an der Grenze über den Stand des Aufbaus und gaben bekannt, alles gehe seinen vorgeschriebenen Gang, bis zum 31. August werde der Zaun komplett stehen und zeige bereits Wirkung.

Der Zaunbau hatte zunächst eine gegenteilige Wirkung ausgelöst. Nach Bekanntwerden des Projekts waren Migranten aus aller Welt verstärkt über die Grenze gekommen, um den Sprung in die Schengenzone noch zu schaffen, bevor es zu spät ist. Viel spricht allerdings dafür, dass es in den nächsten Tagen zu einer weiteren Verschärfung der Lage kommen wird. Nachdem Tausende Migranten die mit Stacheldraht gesicherte griechisch-mazedonische Grenze überquert hatten, kamen am Sonntag mehr als 7000 Migranten und Flüchtlinge in Serbien an, berichtet der Belgrader Radiosender B92. Von dort aus wollten sie versuchen, mit Bussen und Zügen weiter nach Ungarn zu fahren.

Nun ist die große Frage: Werden die Flüchtlinge sich vom neuen Grenzzaun aufhalten lassen, nachdem sie monatelang zum Teil unter Lebensgefahr bereits Tausende Kilometer zurückgelegt haben und sich nun fast am Ziel wähnen? Oder werden sie wie in Mazedonien notfalls mit Gewalt durchbrechen? Und wie würde Ungarn darauf reagieren? Die Beschädigung des Zauns und auch illegaler Grenzübertritt sollen in Ungarn künftig als Straftat

Sogar Gefängniswärter arbeiten an Ungarns Grenzzaun Der fast fertige Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze soll bereits Wirkung zeigen. In Belgrad warten 7000....

gelten. Illegalen Migranten drohen demnach dann eine Verhaftung und Gefängnis. Aber viele Tausende solcher Verfahren können weder die Gerichte noch die Gefängnisse verkraften.

Die Behörden hoffen, dass die strenge Gesetzeslage allein die Migranten abschreckt und sie dazu bringt, andere Routen und Wege nach Nordeuropa zu suchen. "Die internationalen Erfahrungen zeigen, dass der Zaun die Zahl der illegalen Grenzübertritte auf ein Fünftel bis ein Siebtel der bisherigen Werte senken dürfte", sagte Regierungssprecher Zoltán Kovács dem Sender ATV. Er sei sich aber sicher, dass die Entwicklung in der nahen Zukunft weitere Entscheidungen der Regierung nötig machen werde.

Von der serbischen Polizei bekommen die Migranten Transitpapiere, die ihnen 72 Stunden Zeit geben, um das Land wieder zu verlassen. Von dort gelangen sie oft nach Ungarn, von wo aus die meisten nach Deutschland und in andere wohlhabende EU-Länder weiterreisen wollen. Wie groß dieser Wunsch ist, zeigte sich am Budapester Ostbahnhof, als Polizisten 150 Migranten aus einem Zug nach München holten - anderen Berichten zufolge sollte er nach Zürich fahren. Die Passagiere hatten Fahrkarten, aber keine gültigen Papiere. Einige von ihnen riefen: "Erschießt uns lieber, als uns in Ungarn zu halten!" Danach begannen sie einen Sitzstreik auf dem Bahnsteig. Der Zug konnte erst mit mehrstündiger Verspätung aufbrechen.

Schon seit längerer Zeit ist es schwer, insbesondere die preiswerteren Spartickets nach Deutschland zu bekommen, alles ist auf Wochen hinaus ausverkauft, weil Migranten als neue Kunden der Bahn für verstärkte Nachfrage sorgen. Auch an den Fahrkartenschaltern kommt es zuweilen zu langen Wartezeiten, wenn große Gruppen von Migranten mit übellautigen Bahnbediensteten über Tickets verhandeln, unter weitgehender Abwesenheit von Sprachkenntnissen auf beiden Seiten. Derweil belebt die Flüchtlingskrise den Arbeitsmarkt: Die Behörde für Einwanderung und Staatsbürgerschaft hat 485 neue Stellen ausgeschrieben, um den Migrantenansturm verwalten zu können.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Arpad Kurucz/Getty Images

Ein ungarischer Soldat neben dem fertig gestellten ersten Abschnitt des Grenzzauns

Arpad Kurucz/Getty Images

**Load-Date:** August 25, 2015



## Behörden sind mit jungen Flüchtlingen überfordert; Ein Vormund betreut bis zu 100 Jugendliche

Die Welt

Samstag 16. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 89

**Length:** 721 words

**Byline:** Marcel Leubecher

Annelie Naumann

Marcel Pauly

### **Body**

---

Seit fünf Wochen kümmert sich Christian S. um den 15-jährigen Ramy aus der syrischen Stadt Aleppo. Fast täglich steht der Berliner Jurist als Vormund seinem Mündel zur Seite - vor allem bei der Unterstützung des laufenden **Asylverfahrens**. "Die Herausforderung ist, die richtige Entscheidung zu fällen", sagt der zweifache Familienvater. Doch selbst als Jurist tut er sich schwer, alle Fallstricke zu verstehen. Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer hat sich innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt - auf rund 70.000. Dadurch gelangen viele jugendliche **Asylsuchende** erst mit monatelanger Verspätung in das für sie vorgesehene System der Jugendhilfe. Bis dahin werden sie oft in Herbergen oder Hotels untergebracht. Ohne intensive Betreuung durch Sozialpädagogen, wie es eigentlich für sie vorgesehen ist.

Doch auch wenn sie in die Jugendhilfe aufgenommen werden, fehlt vielerorts geeignetes Personal. Deswegen haben Familiengerichte vor Monaten damit begonnen, Juristen als ehrenamtliche Vormünder zu bestellen - so wie Christian S. "Oft betreut ein Vormund 50 Minderjährige, in Einzelfällen können es aber auch mehr als 100 sein", sagt Tobias Klaus vom Bundesfachverband unbegleiteter minderjähriger **Flüchtlinge**. Nicht das einzige Problem: "Viele von ihnen sind unerfahren und wissen nicht, ob sie einen **Asylantrag** stellen sollen oder nicht."

Auch dies führte dazu, dass im vergangenen Jahr nur 14.439 Unbegleitete - davon 71 Prozent älter als 15 Jahre - einen Asylantrag stellten. Drei Mal so viele wanderten zu. Doch nicht nur von der Einreise bis zur Asylantragstellung vergehen Monate; auch die Bearbeitung der Anträge dauert mehr als einen Monat länger als bei den übrigen Asylsuchenden. 2015 waren es durchschnittlich 6,7 Monate, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervorgeht. Dabei müsste es eigentlich

Behörden sind mit jungen Flüchtlingen überfordert Ein Vormund betreut bis zu 100 Jugendliche

umgekehrt sein: Wegen ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit müssten nach geltender Gesetzeslage Anträge der Unbegleiteten priorisiert werden.

Die Bundesregierung antwortet den Grünen: "Die Vormünder stellen Anträge vor allem bei Herkunftsländern mit guten Erfolgsaussichten." Diese seien Afghanistan, Syrien, Eritrea, der Irak und Somalia. Dazu kommt: Soziale Dienste und NGOs raten irregulär eingereisten Minderjährigen häufig von einer Asylantragstellung ab. "Minderjährigen fällt es oft schwer, Asylgründe geltend zu machen beziehungsweise nachvollziehbar vorzutragen", erklärt eine Sprecherin des Innenministeriums auf Anfrage der "Welt". Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geht im Sinne des Kindeswohls davon aus, dass es in vielen Fällen sinnvoll sein kann, Minderjährigen die belastende Situation eines möglicherweise erfolglosen Asylverfahrens zu ersparen.

Dies ist allerdings selten der Fall. Unbegleitete Minderjährige haben deutlich höhere Chancen als erwachsene Asylbewerber, in Deutschland bleiben zu dürfen. 2015 wurden 93 Prozent der Asylanträge dieser Gruppe genehmigt, wie aus einer internen BAMF-Aufstellung hervorgeht. Eine Abschiebung müssen die Unbegleiteten wegen der besonderen Schutzverpflichtung gegenüber Minderjährigen aber auch bei einer Ablehnung nicht fürchten. 2015 wurden 21 Personen an der Grenze zurückgewiesen und zehn "zurückgeschoben", weil sie die Grenze unerlaubt überschritten oder schon in einem anderen Staat einen Asylantrag gestellt haben. "Abschiebungen von allein reisenden minderjährigen ausländischen Staatsangehörigen sind nicht vollzogen worden", heißt es in einer Antwort der Regierung an die Linke-Bundestagsfraktion.

Auch weil die Unterbringung jährlich je nach Bundesland zwischen 40.000 und 60.000 Euro pro Person kostet und die meist männlichen Jugendlichen häufig in die Kriminalität abrutschen, hoffen Kommunen, dass in diesem Jahr nicht so viele ankommen.

"Das deutsche Jugendhilferecht ist für diese Aufgabe weder quantitativ noch qualitativ ausgelegt", sagt Unionsfraktionsvize Michael Kretschmer (CDU) der "Welt". Derzeit gebe es zwar keinen anderen Weg, als die ohne Eltern Eingereisten zu betreuen und auszubilden, aber: "Die Arbeit mit den Jugendlichen ist so anspruchsvoll und aufwendig, dass Deutschland in Zukunft nur eine sehr begrenzte und auf jeden Fall viel kleinere Zahl von unbegleiteten Minderjährigen als heute aufnehmen kann."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** April 16, 2016

## Wo Flüchtlinge Jobs finden; 350.000 Asylbewerber suchen Arbeit. Viele Branchen brauchen dringend Nachwuchs

Die Welt

Dienstag 16. Februar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 39

**Length:** 1004 words

**Byline:** Stefan Von Borstel

### Body

---

Für Optimisten sind sie die Fachkräfte von morgen, für Pessimisten die nächste Generation Hartz-IV-Empfänger: 350.000 anerkannte **Flüchtlinge** werden in diesem Jahr in Deutschland auf Jobsuche gehen. Ihr Vorteil: Sie sind jung, tatkräftig und motiviert. Ihr Nachteil: Sie sprechen kaum Deutsch und können oft keinen Berufsabschluss vorweisen. Für den deutschen Arbeitsmarkt sind sie schwer vermittelbare "Geringqualifizierte".

Dennoch gibt es Arbeitgeber und ganze Branchen, die die Neuankömmlinge mit offenen Armen aufnehmen. Und das nicht nur aus Solidarität und Menschenliebe, sondern auch aus eigenem Interesse. Es sind Branchen, denen es schwerfällt, offene Stellen und Ausbildungsplätze zu besetzen. Nun sind sie froh, in den jungen **Flüchtlingen** - die Hälfte von ihnen ist noch keine 25 Jahre alt - den dringend benötigten Nachwuchs zu finden: von A wie Altenpflege über die Gastronomie und das Handwerk bis Z wie Zeitarbeit.

Die größte Bereitschaft und auch das größte Potenzial, Flüchtlinge auszubilden und zu beschäftigen, zeigt das Handwerk. Mit flotten Sprüchen wie "Bei uns zählt nicht, wo man herkommt, sondern wo man hinwill" oder "Tatendrang welcome. Das Handwerk begrüßt alle, die mit anpacken wollen", wirbt der Zentralverband des Deutschen Handwerks geradezu um Arbeitskräfte unter den Flüchtlingen. Aus gutem Grund: Das Handwerk klagt über Fachkräfte- und Nachwuchsmangel. Mehr als 180.000 Betriebe müssen in den nächsten Jahren an einen Nachfolger übergeben werden, wenn sich denn einer findet. 17.000 Lehrstellen blieben unbesetzt. Im "Kampf um die besten Köpfe" unterliegen die kleinen Handwerksbetriebe oft den größeren und besser zahlenden Arbeitgebern in Industrie und Handel.

Zusammen mit den Jobcentern und dem Bildungsministerium will das Handwerk nun 10.000 jungen Flüchtlingen zu einem Berufsabschluss verhelfen. "Wir brauchen keine Schubkarrenschieber, wir brauchen Fachkräfte", erklärt Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer. Einige Hundert Flüchtlinge haben die Handwerker bereits qualifiziert, als Metallbauer, Mechatroniker oder Maler und Lackierer. Mit Migrantanten kennt man sich aus: In den 90er-Jahren nahmen die Betriebe Flüchtlinge aus den Balkankriegen und Spätaussiedler auf. Bei der Integration "Hand in Hand", so Wollseifer, helfen im Handwerk "die überschaubare Größe der Betriebe und der beständige Kontakt mit

## Wo Flüchtlinge Jobs finden 350.000 Asylbewerber suchen Arbeit. Viele Branchen brauchen dringend Nachwuchs

den Kollegen". Wenn jeder der 420.000 Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten einen Integrationsplatz zur Verfügung stelle, wäre das Problem gelöst, rechnet die IG Metall vor.

Auf motivierte Mitarbeiter ist auch das Gastgewerbe angewiesen: Seit Jahren wächst die Beschäftigung. Im vergangenen Jahr wurde die Millionengrenze bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung überschritten. Die Kehrseite ist der Mitarbeitermangel: Im Jahresmittel 2015 waren über 32.000 offene Stellen bei den Arbeitsagenturen gemeldet, zu Beginn des Jahres blieben 7000 Ausbildungsplätze unbesetzt, die Abbruchquoten sind hoch. Jeder zweite Koch- oder Kellner-Azubi sucht sich dann doch etwas anderes. Die Flüchtlinge sind daher willkommen. "Die Betriebe des Gastgewerbes wollen gern ihren Beitrag zur bestmöglichen Integration von Flüchtlingen leisten", erklärt der Spitzenverband Dehoga. Schließlich sei man von jeher international aufgestellt und per se für Gastfreundschaft. Hotels und Gaststätten sehen sich quasi als Integrationsschmelztiegel der Nation: Nahezu jeder dritte Beschäftigte in der Branche ist Ausländer. In keinem anderen Wirtschaftszweig ist der Anteil so hoch. "Wer, wenn nicht wir, wäre geeignet, durch Ausbildung und Beschäftigung die Integration von Flüchtlingen konkret zu unterstützen?", fragt Dehoga-Hauptgeschäftsführerin Ingrid Hartges.

Aber auch die unter Personalmangel leidende Pflegebranche hat das Potenzial der Flüchtlinge entdeckt. "Als eine von einer Vielzahl von Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege könnten bei Flüchtlingen ausbildungsbereite Menschen identifiziert werden", beschloss der Deutsche Pflegerat. In ersten Modellversuchen werden Flüchtlinge zu Pflegern ausgebildet. Besonders euphorisch ist die Branche allerdings nicht: Denn bei den Flüchtlingen handelt es sich meist um junge Männer, "die aus einem Kulturkreis kommen, in dem Pflege nicht zu den hoch angesehenen Berufen gehört", wie der Pflegerat vorsichtig formuliert. Pflege ist in diesen Ländern oft Frauensache.

Deutlich einfacher erscheint da eine Integration der Flüchtlinge über die Zeitarbeit. Zwar könne die Branche mit ihren knapp 900.000 Beschäftigten nicht allen Flüchtlingen Jobs anbieten - aber doch einen wichtigen Teilbeitrag bei der effektiven Integration in den Arbeitsmarkt leisten, sagt Thomas Hetz, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes der Personaldienstleister (BAP). Die Zeitarbeitsbranche habe in den vergangenen Jahren immer wieder ihre "Integrationsleistung für Zielgruppen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, seien es Migranten oder Langzeitarbeitslose", unter Beweis gestellt, so Hetz. Allerdings muss der Gesetzgeber dafür den Weg frei machen: Denn Flüchtlinge dürfen zwar nach drei Monaten arbeiten, in der Zeitarbeitsbranche aber erst nach 15 Monaten.

Dabei entspricht das Profil des typischen Leiharbeiters dem des typischen Flüchtlings: Sie sind überwiegend jung und männlich und erfüllen oft "Tätigkeiten mit einem niedrigen Anforderungsniveau", wie die Bundesagentur für Arbeit in einer Analyse über die Zeitarbeit schreibt. Für viele junge Flüchtlinge ohne Ausbildung könnte ein Job als Zeitarbeiter der Einstieg in die deutsche Arbeitswelt sein. Kritiker aus den Gewerkschaften fürchten dagegen, die jungen Männer würden so auf Dauer in einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis im Niedriglohnbereich stecken bleiben. Zwischen 140.000 und 240.000 offene Stellen gibt es derzeit in der Zeitarbeit, sagt BAP-Geschäftsführer Hetz. "Allerdings werden häufig Fachkräfte mit Qualifikationen gesucht, die den Flüchtlingen oftmals fehlen." Das A und O sei zudem die Beherrschung der deutschen Sprache.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Sven Hoppe

Flüchtlinge in Bayern machen in einer Lernwerkstatt Erfahrungen mit dem Handwerk

Sven Hoppe/dpa

Wo Flüchtlinge Jobs finden 350.000 Asylbewerber suchen Arbeit. Viele Branchen brauchen dringend Nachwuchs

**Load-Date:** February 16, 2016

---

End of Document

**EU fühlt sich gewappnet, falls der Deal mit Ankara scheitert;  
Innenkommissar Avramopoulos: Setzen in der Flüchtlingsfrage nicht nur auf  
die Türkei. Juso-Chefin Uekermann warnt: Mit Erdogan darf Deutschland  
keine Geschäfte machen**

Die Welt

Montag 8. August 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TITEL; TITEL; S. 1; Ausg. 184

**Length:** 479 words

**Byline:** Andre Tauber

Daniel Friedrich Sturm

## **Body**

---

Nach Ansicht der Europäischen Kommission ist die EU sogar auf ein Scheitern des **Flüchtlingsdeals** mit der Türkei vorbereitet. "Das Abkommen mit der Türkei ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit bei der Bewältigung der **Flüchtlingskrise**, aber eben nicht der einzige", sagte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos der "Welt". "Wir setzen nicht nur auf eine Karte."

Zuletzt waren erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit des im März geschlossenen Abkommens aufgekommen. Die Türkei hatte gedroht, den Vertrag aufzukündigen, sollte es bis Oktober keine Einigung über eine Visumliberalisierung für ihre Staatsbürger geben. Als Reaktion darauf war diskutiert worden, ob die EU-Staaten einen Alternativplan entwickeln müssten, um dem möglicherweise wieder zunehmenden Flüchtlingsandrang zu begegnen.

In Brüssel sieht man dafür bislang keine Notwendigkeit. Die Arbeiten an der Migrationsagenda seien in den vergangenen zwei Jahren entscheidend vorangekommen. "In einer Rekordzeit von über einem Jahr haben wir Gesetzgebung und finanzielle Hilfen auf den Weg gebracht, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme zu unterstützen und um ein starkes europäisches Migrationsmanagementsystem intern, an unseren Grenzen und mit Partnerländern einzurichten", sagte Avramopoulos. Überdies halte man aber fest am "umfassenden Plan A, und der lautet, das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei sowie den Rest unserer umfassenden europäischen Agenda für Migration erfolgreich umzusetzen".

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker machte deutlich, die EU werde der Türkei im Streit über die Visumfreiheit nicht entgegenkommen. Zugleich bekräftigte er die Notwendigkeit, an der Flüchtlingsvereinbarung

EU fühlt sich gewappnet, falls der Deal mit Ankara scheitert Innenkommissar Avramopoulos: Setzen in der Flüchtlingsfrage nicht nur auf die Türkei.Juso-Chefin Ue....

festzuhalten. Europa habe zu Beginn des Jahres nicht länger zuschauen können, "wie Zehntausende in der Ägäis sterben", sagte Juncker dem "Tagesspiegel". Die EU müsse auch mit schwierigen Nachbarn wie der Türkei zusammenarbeiten. "Nicht, weil wir diese oder deren Regierungen alle besonders lieben", sondern um menschliches Leid zu lindern.

Ein Ende des Flüchtlingsdeals forderte indes die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann. "Deutschland sollte dieses Abkommen jetzt dringend aufkündigen, um deutlich zu machen, dass wir vor Herrn Erdogan nicht kuschen", sagte die SPD-Politikerin der "Welt". Die Rechte der Flüchtlinge seien nicht gewahrt. "Mit dem Despoten Erdogan darf Europa keine Geschäfte auf dem Rücken von Flüchtlingen machen."

FDP-Chef Christian Lindner verglich das Vorgehen Erdogans sogar mit dem der Nationalsozialisten. "Wir erleben einen Staatsputsch von oben wie 1933 nach dem Reichstagsbrand: Er baut ein autoritäres Regime auf, zugeschnitten allein auf seine Person", sagte er der "Bild am Sonntag". Die Nazis machten die Kommunisten für den Brand verantwortlich und gingen brutal gegen politische Gegner vor.

Leitartikel Seite 3, Seiten 6 und 8

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** August 8, 2016

**"Keinesfalls nach Afghanistan abschieben"; Pro-Asyl-Geschäftsführer  
Günter Burkhardt verdächtigt das Innenministerium, Einfluss auf  
Asylentscheidungen zu nehmen**

Die Welt

Montag 26. September 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 226

**Length:** 1320 words

**Byline:** Marcel Leubecher

## **Body**

---

Günter Burkhardt betrachtet die Wirklichkeit beruflich aus der Perspektive der **Asylsuchenden**. Mit der "Welt" spricht der Pro-**Asyl**-Geschäftsführer über die Rhetorik der CSU, den politischen Einfluss auf Schutzanträge und seine Furcht vor einer Erosion der Menschenrechte.

Die Welt:

Herr Burkhardt, wie laufen die Geschäfte in der "Abschiebungsverhinderungsindustrie"?

Günter Burkhardt:

Die Äußerung von Rainer Wendt, Pro Asyl sei Teil einer solchen "Industrie", ist fiese Stimmungsmache. Hier soll ein Klima geschaffen werden, damit Menschen abgeschoben werden, die nicht abgeschoben werden dürfen. Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft diffamiert die Arbeit von Rechtsanwälten und Richtern. In Deutschland gibt es einen Rechtsstaat. Gerichte korrigieren Fehlentscheidungen von Behörden. Das muss Herr Wendt zur Kenntnis nehmen.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer hat von dem "Fußball spielenden, ministrierenden Senegalesen" als dem Schlimmsten gesprochen, was dem abschiebewilligen Staat geschehen kann

Herr Scheuer hat in einer üblen Weise gegen die Integrationsbemühungen der Kirchen polemisiert und Öl ins Feuer gegossen, das von den Rechtspopulisten der AfD gelegt wird. Ist der CSU eigentlich bewusst, was sie mit ihren unsachlichen Beiträgen billigend in Kauf nimmt? Sie führt ein Klima herbei, in dem Menschenrechte zur Disposition gestellt werden und der Rassismus wächst. Das Fundament unserer Gesellschaft droht zu zerbröseln. Die CSU ist doch nicht der verlängerte Arm der AfD!



"Keinesfalls nach Afghanistan abschieben" Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt verdächtigt das Innenministerium, Einfluss auf Asylentscheidungen zu nehmen

Sollten Sie sich nicht auch für die Abschiebung Nicht-Schutzbedürftiger einsetzen, damit die Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme nicht weiter erodiert?

Unser Hauptanliegen ist, dass Verfolgte Schutz bekommen. Wenn der Staat Asylsuchende ablehnt, aber über Jahre hinweg aus guten Gründen nicht abschieben kann, brauchen sie eine Lebensperspektive. Deswegen wurde aus guten Gründen mit Zustimmung der CDU/CSU, also auch Herrn Scheuers Partei, die Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete mit überwältigender Mehrheit im Bundestag beschlossen. Durch die AfD hat sich die Debatte inzwischen stark nach rechts verschoben. Der Streit zwischen CDU und CSU dreht sich im Kern darum, ob ein Europa der Zäune oder der Deal mit der Türkei die Flüchtlinge fernhält.

Welche Änderung der Asylpolitik war am drastischsten?

Das sehen wir in der Praxis. Die Anerkennungsquoten bei den Hauptherkunftsländern Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea sind im freien Fall. Die Gesamtschutzquote von Afghanen ist von rund 80 auf unter 50 Prozent gesunken. Es gab im August sogar Komplettablehnungen. Mehr als 2600 Afghanen haben im August weder Asyl noch Flüchtlingsschutz noch subsidiären Schutz gewährt bekommen.

Es wird nicht jeder dort verfolgt oder lebt in Kampfgebieten, also kann es doch auch Afghanen geben, denen kein Schutz zusteht?

Die Lage in Afghanistan in 2016 ist schlimmer als im Vorjahr, es gibt mehr Binnenvertriebene, Tote und Verletzte, daher ist nicht erklärbar, wieso die Anerkennungsquoten so drastisch sinken. Diese Menschen brauchen Schutz. Man darf auf keinen Fall nach Afghanistan abschieben, wie es der Bundesinnenminister will. Syrer und Eritreer haben im vergangenen Jahr fast immer Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention erhalten, heute erhalten sie zunehmend den schwächeren subsidiären Schutz, es gibt aber keine Änderung der Situation in Syrien und Eritrea, die diesen Einbruch rechtfertigen würde.

Was ist die Ursache für schwankende Anerkennungsquoten oder Schutztitel trotz unveränderter Situation in den Herkunftsländern?

Es drängt sich der Verdacht auf, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei der Anerkennung von Syrern, Eritreern, Irakern und Afghanen Vorgaben des Bundesinnenministeriums folgt. Ressortchef Thomas de Maizière muss offenlegen, wie sein Haus die Entscheidungen über Asylanträge beeinflusst, an der Situation im Herkunftsland kann es ja nicht liegen. Zumal auch die Unterscheidung zwischen subsidiärem Schutz und Flüchtlingsschutz politisch motiviert ist, weil die Bundesregierung mit dem subsidiären Schutz den Familiennachzug blockieren will. Umgesetzt wird dies von unerfahrenen und nicht ausreichend geschulten Mitarbeitern des Bundesamtes, die Anhörungen durchführen und die Protokolle an die Entscheider weiterleiten. Zunehmend wird getrennt zwischen der Person, die anhört, und der, die entscheidet. Der persönliche Eindruck geht so verloren. Zudem werden oft Anhörungen unter extremem Zeitdruck ohne sorgfältige Ermittlung der Fluchtgründe durchgeführt.

Die geplante Reform des europäischen Asylrechts könnte auch zu einheitlicheren Anerkennungskriterien führen. Wäre Dublin IV ein Fortschritt?

Pro Asyl warnt die Bundesregierung, diesen von der EU vorgeschlagenen Weg mitzugehen. Zentrales Element ist, dass Menschen, die über einen Randstaat der EU eingereist sind, ohne zeitliche Begrenzung wieder dorthin zurückgeführt werden. Heute muss spätestens nach sechs Monaten der EU-Staat den Asylantrag bearbeiten, in dem der Flüchtling sich aufhält, wenn nicht - etwa aus Deutschland nach Ungarn - abgeschoben werden kann. Künftig sind die Einreisestaaten, also Italien, Griechenland oder Ungarn, unbegrenzt zuständig. Sie wissen dann: Wenn ich einen Menschen einreisen lasse, bin ich auf ewig für den Asylsuchenden verantwortlich. Das wird zu einer noch stärkeren Abschottung führen und zugleich die ohnehin geringe Bereitschaft dieser Staaten, Flüchtlinge zu schützen, noch weiter reduzieren.

"Keinesfalls nach Afghanistan abschieben" Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt verdächtigt das Innenministerium, Einfluss auf Asylentscheidungen zu nehmen

Die britische Premierministerin Theresa May schlägt sogar eine Art weltweites "Dublin" vor, jeder Flüchtling hat zwar einen Anspruch auf Schutz, aber nur noch im Nachbarland - die reichen Staaten stellen Geld und Personal

Es fliehen bereits heute fast 90 Prozent der Menschen innerhalb des eigenen Landes oder in die Nachbarregionen. Eine solche Idee von Zentren in den Krisenregionen erweckt den Eindruck, dass sich der Westen freikaufen will und dass er das Menschenrecht auf Asyl opfert. Das geschieht schon heute durch den EU-Türkei-Deal. Und die Dublin-IV-Vorschläge der EU-Kommission zeigen, dass man im Moment dabei ist, das individuelle Recht auf Asyl zur Disposition zu stellen und zu ersetzen durch abgeschottete Staaten, in denen nur wenigen Auserlesenen die Aufnahme gestattet wird.

Sie sind gegen ein Kontingentsystem wie in Kanada, USA und Australien?

Solche Kontingentaufnahmen sollten das individuelle Recht auf Asyl ergänzen, aber keinesfalls abschaffen. Wer diesen Weg in Europa gehen will, muss die Genfer Flüchtlingskonvention aufkündigen, sich von der Europäischen Menschenrechtskonvention und damit von den Menschenrechten lösen. Das Flüchtlingsrecht verlangt die individuelle Prüfung, wenn Menschen vortragen, dass sie vor Verfolgung geflohen sind. Und wer Hand an verbriefte Menschenrechte anlegt, zerstört die zivilisatorische Grundlage der Gesellschaften in Europa - auch der deutschen. Diese beruht auf Menschenrechten und nicht auf "Deutschenrechten", wie manche Populisten meinen.

Könnten die Staaten weiterhin Schutz gewähren, wie es die Flüchtlings- und Menschenrechtskonvention vorschreibt, aber nicht mehr innerhalb der eigenen Gesellschaften, sondern in Zentren in den Krisenregionen?

Solch ein auf dem Reißbrett entstandenes, realitätsfernes Konzept lehnt Pro Asyl grundsätzlich ab. In Kriegsgebieten kann es keinen dauerhaften Schutz geben, in von wem auch immer betriebenen Zentren. Die britische Premierministerin und andere wollen keine Flüchtlinge in ihrem Land schützen. Die Folgen solcher Debatten sehen wir bereits jetzt. Die Türkei schließt die Grenze und lässt Syrer nur noch mit Visum einreisen - damit sind Flüchtlinge im Kriegsgebiet gefangen. Kenia wird das weltgrößte Flüchtlingslager in Dadaab auflösen. Wenn Europa sich als reicher Kontinent sukzessive der Verantwortung für Flüchtlinge entzieht, kann das in einer Kettenreaktion zur Erosion der Menschenrechte und des Flüchtlingsschutzes weltweit führen.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Getty Images/Carsten Koall

Afghanische Flüchtlinge spielen Cricket auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. In der ersten Jahreshälfte 2016 kamen rund 60.000 Afghanen nach Deutschland

Carsten Koall

**Load-Date:** September 26, 2016

## Leserbriefe

Die Welt

Mittwoch 16. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leserbriefe; S. 3; Ausg. 216

**Length:** 610 words

## Body

---

Ungarns Zynismus

Zu: "Die gütige Klassenlehrerin der Flüchtlingsrepublik" vom 10. September

Die größte Flüchtlingswelle seit dem Zweiten Weltkrieg ist das Ergebnis von Kardinalfehlern der westlichen Welt. Europas politische Eliten haben auf die Völkerwanderung bisher mit Chaos, nationalstaatlichen Egoismen und Abschottung in beschämender Weise reagiert, statt einen Masterplan für eine nachhaltige solidarische Flüchtlings- und Migrationspolitik für ganz Europa zu beschließen. Im Gegenteil, die Flüchtlingskrise spaltet die Europäer tiefer als je zuvor in eine Art Ost-West-Konflikt und wenn dann auch noch Ungarns Regierungschef Viktor Orbán erzählt, die Flüchtlingskrise sei kein europäisches, sondern ausschließlich ein deutsches Problem, weil ohnehin alle nur nach Deutschland wollten, so ist das in höchstem Maße eine zynische Betrachtungsweise. Gefährlich deshalb, weil diese Worte unwiderruflich die Axt an das Fundament der europäischen Idee legen, denn die gegenseitige Solidarität ist eine der fundamentalen Grundwerte der Europäischen Union. Diese aufzugeben, würde zwangsläufig das Ende der Union bedeuten. Deshalb dürfen die Verantwortlichen in Brüssel auch die verbalen willkürlichen Entgleisungen Orbáns mit dem brutalen Vorgehen der Polizei in Budapest in keiner Weise durchgehen lassen. Die Länder, die sich vehement weigern Flüchtlinge aufzunehmen, obwohl sie selber von der EU profitieren, gehören nicht in die Europäische Union! Dietmar Helmers, Westerheim

Falsche Fährte

Zu: "Kein Schamgefühl" vom 14. September

Jan T. Gross hat wichtige Bücher veröffentlicht. Zum Thema Flüchtlinge in der EU eignen sich seine Vergleiche nicht. Was den Krieg angeht, so sei Feliks Tych zitiert, der kürzlich verstorbene polnisch-jüdische Historiker: "Die Polen wurden durch die erzwungene Zeugenschaft, ich betone Zeugenschaft, nicht Mittäterschaft, während der Besatzung schlimmer demoralisiert als die Deutschen im Bombenkrieg." Die erwähnten zynischen "Schadenfreude"-Äußerungen von Polen zum Holocaust sind wahrlich schlimm. Sie mögen zum Teil der Demoralisierung geschuldet sein; trotzdem sind sie das, was sie sind: zynische Äußerungen. Was die deutschen Besatzer zu verantworten hatten, war dagegen Mord. Und das ist immer noch ein anderes Verbrechen. Mit der

## Leserbriefe

aktuellen Krise hat dies alles nichts zu schaffen. Vielmehr könnte man eventuell die nach dem Krieg in Polen wirksame kommunistische Ideologie bemühen, die vordergründig auf "Freundschaft" setzte, aber in Wirklichkeit auf Separierung und Isolation. Diese Ideologie hat bis heute ihre Spuren hinterlassen. Froben D. Schulz, Nürnberg

## Britisches Befremden

Zu: "Und wie wird man hier Bürger?" vom 14. September

Es ist doch erstaunlich, wie Vernunft in weiten Teilen der Gesellschaft durch Euphorie ausgeblendet werden kann. Ohne Zweifel muss Menschen in Not geholfen werden, aber nicht undifferenziert. Ohne Prüfung kann nicht ermittelt werden, wer tatsächlich hilfsbedürftig ist. Eine Politik der offenen Grenzen macht dies unmöglich. Aussagen wie: "Asyl kann nicht eingeschränkt werden" sind fahrlässig und die Väter des Grundgesetzes haben die gegenwärtige Asylpraxis so sicherlich nicht gewollt. Thomas Schmidts Hinweis auf die britische Asylpraxis ist ganz hervorragend. Ich vermute, die Briten werden die "Willkommenskultur" der Deutschen nicht unbedingt mit Bewunderung verfolgen, sondern eher mit Befremden und Kopfschütteln. Sie werden verwundert zur Kenntnis nehmen, dass die Deutschen noch immer schnell die Bereitschaft zeigen, unüberlegt Freiheiten aufzugeben und eine schleichende Veränderung der Gesellschaft in Kauf zu nehmen. Hans-Joachim Müller, Grönwohld

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 16, 2015

**"Es gibt überall Wartelisten"; Sie leitet Berlitz, die größte Sprachschule des Landes: Annette Mainka muss nun Deutschkurse für Flüchtlinge organisieren**

Die Welt

Dienstag 24. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 10; Ausg. 274

**Length:** 1329 words

**Byline:** Birger Nikolai

## **Body**

---

Flüchtlinge sollen schnell Deutsch lernen - doch es gibt überhaupt nicht genug Kurse für sie. Öffentliche Einrichtungen wie Volkshochschulen sind ebenso überfordert wie private Gesellschaften. Die größte darunter, Berlitz, hat zu Beginn der 2000er-Jahre im Auftrag des Staates Spätaussiedler unterrichtet und viel Erfahrung gesammelt. Jetzt ist die Firma des deutschen Gründers Maximilian Delphinus Berlitz, die heute zum japanischen Konzern Benesse Corporation gehört, wieder gefordert. Deutschlandchefin Annette Mainka spricht über die Herausforderungen durch die Asylbewerber und die fehlenden Lehrer.

Die Welt:

Frau Mainka, Berlitz ist die größte private Sprachschule des Landes. Können Sie im Moment genug Sprachkurse anbieten?

Annette Mainka:

Wir bräuchten noch viel mehr Kurse, wenn der Bedarf gedeckt werden soll. Aber unsere Kapazitäten verdoppeln sich nicht von heute auf morgen, auch wenn das derzeit nötig wäre. Ich denke, dass im Deutschunterricht eine der größten Herausforderungen des gesamten Flüchtlingsthemas liegt. Wenn wir es nicht schaffen, dass die Menschen rasch Deutsch lernen, haben wir bei der Integration große Probleme.

Wie ist denn die Lage vor Ort in Ihren Schulen?

Es gibt fast überall Wartelisten. Wenn wir einen Kurs gestartet haben, geht die Anmeldeliste weiter, und wir müssen Teilnehmer ablehnen. In den Kursen sollen bei uns nicht mehr als 20 Teilnehmer lernen, sonst ist es nicht möglich, den Sprechanteil der Schüler so hoch zu halten, wie wir das wollen. Schließlich steht am Ende eine Prüfung mit dem staatlich anerkannten Zertifikat über den Deutschtest für Zuwanderer. Es dauert im Moment leider lange, bis

"Es gibt überall Wartelisten" Sie leitet Berlitz, die größte Sprachschule des Landes: Annette Mainka muss nun Deutschkurse für Flüchtlinge organisieren

wir einen neuen Kurs aufsetzen können. Die Wartezeiten sind sehr unterschiedlich, sie können zwischen sechs und zehn Wochen betragen.

Gibt es überhaupt noch Deutschlehrer, die Sie anwerben können?

Es wird immer schwieriger, Lehrer zu finden. Wir nutzen unsere Netzwerke, so gut es geht, und fragen zum Beispiel verstärkt unsere Sprachlehrer, ob sie jemanden anderes kennen. Berlitz hat die Rekrutierungsbemühungen überarbeitet und erweitert. Wir wollen auch versuchen, ältere Lehrer anzusprechen. Es gibt eine große Zahl von Frührentnern, die vielleicht als Sprachlehrer arbeiten wollen. Dann könnten wir unsere demografische Entwicklung positiv nutzen.

Was verdienen Sprachlehrer bei Ihnen?

Der Stundenlohn für freie Kräfte beträgt bei uns etwa 20 Euro, das ist vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge so vorgegeben. Ein Teil unserer Sprachlehrer sind aber auch Angestellte. Für sie gilt unser Haustarifvertrag, den wir mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft abgeschlossen haben. Das Einkommen ist unterschiedlich je nach Verfügbarkeit, Standort und Aufgabe. Es beträgt zwischen 1800 und 3000 Euro im Monat.

Und wie viel Geld zahlt der Staat Berlitz für einen Sprachkurs für Flüchtlinge?

Wir bekommen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge derzeit 2,94 Euro je Unterrichtseinheit und Kursteilnehmer.

Ist das viel oder wenig?

Der Betrag ist sehr verhalten, würde ich es nennen. Er ist in den vergangenen Jahren mehrmals um ein paar Cent erhöht worden. Das Geld ist sicher ein begrenzender Faktor. Mit mehr Mitteln könnten wir das Thema Spracherwerb schneller angehen. Die Integrationskurse könnten mehr leisten. Wir könnten den Sprachunterricht mit anderen Ausbildungsmodulen kombinieren, etwa mit Deutschkenntnissen für bestimmte Berufsgruppen oder mit der Wissensvermittlung über kulturelle Bereiche. Immerhin wird in der Politik und den Verbänden darüber diskutiert, welcher Betrag sinnvoll wäre.

Deutschunterricht ist längst nicht alles, was zur Integration der Flüchtlinge notwendig ist. Stellen Sie Ihr eigenes Geschäft nicht zu sehr in den Mittelpunkt?

Es gibt natürlich noch viel mehr zu tun. Deutschland braucht einen Fahrplan für die Integration der Flüchtlinge, den es heute noch nicht hat. Die Aufgabe, die Menschen rasch in Arbeit zu bringen, ist mindestens genauso wichtig wie die Sprachkenntnisse. Zum Glück gibt unser Arbeitsmarkt einiges an Möglichkeiten her. Wir müssen Brüche vermeiden, es muss nach dem Sprachkurs zügig weitergehen. Aber die Welle der Flüchtlinge kam überraschend und schnell, darauf waren wir nicht vorbereitet.

Unter den Sprachschulen muss doch geradezu Goldgräberstimmung herrschen - so wie etwa bei Herstellern von Wohncontainern oder anderen Firmen, die wirtschaftlich profitieren?

Goldgräberstimmung würde ich das für uns nicht nennen. Es gibt Chancen, aber wir müssen sie auch mit unserem Anspruch an die Qualität umsetzen können.

Die Zahl der Berlitz-Kurse für Flüchtlinge wird doch sprunghaft gestiegen sein, oder nicht?

Das ist richtig, wir haben eine Menge zu tun. Während wir 2014 rund 2350 Teilnehmer in 145 Kursen geschult haben, werden es dieses Jahr bis zu 3000 Teilnehmer in etwa 170 Kursen sein. Für nächstes Jahr rechnen wir mit mindestens 200 Kursen. Der Bedarf ist eben sehr groß. Berlitz deckt jedoch, gemessen an der Gesamtzahl an Integrationskursen, nur einen kleinen Teil ab.

"Es gibt überall Wartelisten" Sie leitet Berlitz, die größte Sprachschule des Landes: Annette Mainka muss nun Deutschkurse für Flüchtlinge organisieren

Welche Rolle spielt dabei der Staat? Liegen zum Beispiel die staatlich geforderten Qualifikationen für Sprachlehrer in Deutschland sehr hoch oder gar zu hoch?

In Teilen trifft das zu. Deshalb gibt es im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auch Überlegungen, die Anforderungen zu verändern. Wer pädagogische Erfahrung in der Erwachsenenbildung mitbringt, muss nicht unbedingt ein bestimmtes Zertifikat nachweisen, um Flüchtlinge gut zu unterrichten. Da könnte man sicher Abstriche machen.

Was müssten die Behörden vor Ort verbessern, um mehr Flüchtlinge in Sprachkurse zu bringen?

Gelegentlich fehlen einfach die Unterrichtsräume. Und vor Ort ist manchmal nicht geklärt, welcher Flüchtling einen Anspruch auf die Teilnahme an den Kursen hat. Erst seit Kurzem dürfen zum Beispiel Menschen aus Syrien, Eritrea und dem Iran an Einstiegskursen teilnehmen, auch wenn sie noch nicht als Flüchtlinge anerkannt sind.

In welchen Städten sind die Probleme am größten?

Die Hotspots sind für uns derzeit Berlin, München, in Ostdeutschland Städte wie Erfurt oder Magdeburg sowie ganz Nordrhein-Westfalen.

Müssen Ihre Schüler eigentlich zwingend in einem Klassenraum lernen? Nutzen Sprachschulen heute nicht ganz andere Möglichkeiten?

Wir nutzen natürlich auch virtuelle Klassenzimmer, in denen Kursteilnehmer über das Internet mit unseren Sprachlehrern lernen. Dafür brauchen sie aber eine entsprechende Übertragungsbandbreite, und die ist längst nicht überall im Land vorhanden. Außerdem sprechen wir in unserem Präsenzunterricht mit den Flüchtlingen von Anfang an Deutsch. Unser Prinzip ist es, dass beim Schüler der Übersetzungsmechanismus gar nicht erst aufkommen soll. Unsere Lehrer verbessern, wann es passt, und lehren die Grammatik nebenbei mit. Das geht in einer Gruppe am besten mit dem Sprachlehrer vor Ort.

Wer sind Ihre Konkurrenten um die staatlichen Aufträge für diese Sprachkurse?

Es gibt nicht viele private Anbieter, die wie Berlitz die erforderlichen Zertifizierungen nachweisen können. In der Regel treten wir gegen Volkshochschulen und Firmen wie Inlingua oder lokale Kursanbieter an. Das Geschäft mit dem Sprachunterricht ist in Deutschland sehr kleinteilig. Volkshochschulen haben gegenüber privaten Sprachschulen Vorteile, etwa wenn es um die Beschaffung und Miete von Räumen geht. Auch bei der Steuer werden sie anders behandelt.

Wie weit ist Berlitz in Deutschland verteilt? Und wie kommen Sie an öffentliche Aufträge heran?

Unsere Mitarbeiter in den Sprachschulen machen das vor Ort. Wir werben mit Flyern für unsere Kurse oder bieten Netzwerkveranstaltungen an. Mit 56 Millionen Euro Umsatz und rund 2000 festen und freien Beschäftigten sind wir in unserer Branche zwar groß, aber als Firma nur ein Mittelständler.

Wie wichtig sind die Flüchtlingskurse für die Bilanz von Berlitz?

Berlitz erzielt in Deutschland etwa 70 Prozent des Umsatzes mit Sprachkursen, und davon wiederum stammen rund 30 Prozent der Aufträge von Behörden wie jetzt für die Flüchtlingskurse.

Original Gesamtseiten-PDF

"Es gibt überall Wartelisten" Sie leitet Berlitz, die größte Sprachschule des Landes: Annette Mainka muss nun Deutschkurse für Flüchtlinge organisieren

Getty Images/Sean Gallup

Eine Lehrerin unterrichtet Asylbewerber aus Syrien und Tschetschenien

Sean Gallup

**Load-Date:** November 24, 2015

---

End of Document



**Polizei fordert getrennte Unterbringung von Christen und Muslimen; In Asylbewerberheimen kommt es vermehrt zu Schlägereien. Die Polizei gerät an ihre Grenze und fordert Prävention**

Die Welt

Montag 28. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 226

**Length:** 958 words

**Byline:** Freia Peters

## **Body**

---

Am Freitag war die Situation wieder eskaliert, diesmal in Leipzig. In einer Notunterkunft waren etwa 200 **Flüchtlinge**, darunter Syrer und Afghanen, mit Latten, Tischbeinen, Bettgestellen aufeinander losgegangen. Der Auslöser war eine Nichtigkeit: Man hatte sich nicht darauf einigen können, wer zuerst eine der wenigen Toiletten benutzen durfte. Erst ein Großaufgebot der Polizei hatte die Situation unter Kontrolle bringen können.

Deutsche Polizisten sind in der **Flüchtlingskrise** einer enormen zusätzlichen Belastung ausgesetzt. Sie müssen **Flüchtlinge** registrieren, Auseinandersetzungen in Heimen schlichten, **Asylbewerber** vor rechtsextremen Demonstranten schützen. "Die Polizei ist an ihrer absoluten Belastungsgrenze angelangt", sagt Jörg Radek, Vizechef der Gewerkschaft der Polizei der "Welt". "Unsere Beamte werden vermehrt zu Auseinandersetzungen in **Flüchtlingsheimen** gerufen. Wenn da 4000 Menschen in einem Heim sind, das eigentlich nur 750 Plätze hat, dann führt diese Enge zu Aggressionen, wo selbst eine Winzigkeit wie der Gang zur Toilette zu einer Handgreiflichkeit führt." Weil sich die unterschiedlichen Gruppen solidarisierten, käme es vermehrt zu Massenschlägereien. "Da reicht es nicht, wenn wir einen Streifenwagen hinschicken, da sind dann bis zu 21 Streifenwagen im Einsatz", sagt Radek.

Als Gewaltprophylaxe müsse man die Enge in den Heimunterkünften dringend entzerren. Radek fordert zudem, eine getrennte Unterbringung der Flüchtlinge nach ethnischen Gruppen. "Wir müssen alles tun, um weitere Gewaltausbrüche zu verhindern, eine getrennte Unterbringung auch nach den Religionen halte ich für absolut sinnvoll", sagt Radek.

Das einzige Bundesland, das derzeit versucht, Flüchtlinge getrennt nach Herkunft unterzubringen, ist Thüringen. Das entschied Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) nach dem Gewaltausbruch in einer Unterkunft in Suhl im vergangenen Monat. Auch in Bayern wird versucht, die Unterbringung von Flüchtlingen "konfliktsensibel" zu gestalten. "Wir achten darauf, Familien gemeinsam unterzubringen", sagt die bayerische Sozialministerin Emilia Müller (CSU). "Bei der Unterbringung von Asylbewerbern nehmen wir auch auf Ethnien und Religionen Rücksicht."

Polizei fordert getrennte Unterbringung von Christen und Muslimen In Asylbewerberheimen kommt es vermehrt zu Schlägereien. Die Polizei gerät an ihre Grenze und ....

Ich erwarte jedoch von allen bei uns Schutz Suchenden, dass sie unabhängig von ihrer Religion und Herkunft friedlich miteinander auskommen. Denn wir dulden keinerlei Übergriffe auf Asylbewerber, das gilt auch für Konflikte unter den Asylbewerbern."

Die "Welt am Sonntag" hatte über vermehrte Angriffe auf Christen in Asylbewerberheimen berichtet. Politiker wie der Vorsitzender der Unionsfraktion Volker Kauder (CDU), der ehemalige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und der Vorsitzende der Grünen Cem Özdemir forderten einen besseren Schutz von Christen, Jesiden und anderen religiösen Minderheiten in Asylunterkünften.

In einigen Heimen sind derzeit private Security-Firmen im Einsatz - mit mäßigem Erfolg. Viele Heimbewohner schildern, dass sich die Sicherheitsdienste aus den Streitigkeiten unter den Heimbewohnern meist heraushalten - vor allem, wenn es sich um religiös motivierte Auseinandersetzungen handelt. Viele der Sicherheitsleute stammen aus muslimischen Familien. Radek fordert dennoch mehr Bewachung der Heime durch private Sicherheitsdienste. "Wir brauchen die privaten Sicherheitsdienste, um die Polizei zu entlasten", sagt Radek. "Aber die Kommunen müssen auch klare Standards in den Stellenbeschreibungen setzen: Die Sicherheitsleute müssen interkulturelle Kompetenz besitzen und die kulturellen Eigenarten der Heimbewohner kennen - sonst kann ihr Einsatz leicht zum Brandbeschleuniger werden."

16.000 Stellen wurden in den vergangenen zwölf Jahren bei der Bundes- und Landespolizei eingespart. Die Migrationswelle dieses Sommers trifft auf eine stark ausgedünnte Polizei. Als Sofortmaßnahme wird nun überlegt, pensionierte Polizisten wieder in den Dienst zu holen bzw. die Altersgrenze für die Pensionierung hinaufzusetzen. Besonders dünn ist die Personaldecke in Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. In Bayern und Baden-Württemberg dagegen ist die Anzahl der Beamten in den vergangenen Jahren stabil geblieben. "Wir müssten die 16.000 Stellen, die in den vergangenen Jahren abgebaut wurden, wieder zurück bekommen", fordert Radek. "Nur braucht es eben drei Jahren, bis wir neue Polizisten ausgebildet haben. Die bekommen wir ja nicht von der Stange." Mehr Personal könne aber nur ein Mittel sein, um die aktuelle Notlage zu entschärfen. Radek sieht auch Fehler im System. "Unsere Bürokratie ist für eine Sonnenscheinsituation ausgelegt", sagt Radek. "In der Realität aber wandern an einem Wochenende bis zu 40.000 Flüchtlinge ein - das entspricht einer Kleinstadt. Warum man dann noch immer versucht, die Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer zu verteilen, anstatt zu schauen, wo Leerstände sind, erschließt sich mir nicht."

Radek fordert darüber hinaus, künftig Doppelarbeit zu vermeiden. In Deutschland gilt die unerlaubte Einreise eines Flüchtlings als Straftat. Die Beamten sind also gezwungen, zu ermitteln - obwohl die Staatsanwaltschaft die Verfahren später wegen Geringfügigkeit einstellt. "Die Beamten arbeiten hier nur für die Statistik", sagt Radek und fordert eine europaweite Vereinheitlichung. In Österreich etwa und den meisten anderen europäischen Ländern ist unerlaubte Einreise nur eine Ordnungswidrigkeit, in der der Beamte abwägen kann, ob er einschreitet oder nicht. Bei einer Straftat hingegen muss der Polizist den Fall zur Anzeige bringen - meist völlig umsonst.

"Da reicht es nicht, wenn wir einen Streifenwagen hinschicken, da sind dann bis zu 21 Streifenwagen im Einsatz" Jörg Radek, Vizechef der Gewerkschaft der Polizei

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 28, 2015

## CDU-Stiftung stellt sich hinter Kirchenasyl; Kritik an Gemeinden in wenigen Fällen berechtigt

Die Welt

Mittwoch 25. Februar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 47

**Length:** 681 words

**Byline:** K. Kammholz

M. Bewarder

### **Body**

---

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) distanziert sich von der scharfen Kritik von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Kirchenasyl. In einem der "Welt" vorliegenden Positionspapier der KAS mit dem Titel "Kirchenasyl - Rechtsbruch oder Akt der Barmherzigkeit?" heißt es: "Das Kirchenasyl als Akt christlicher Barmherzigkeit eignet sich nicht als Medium der politischen Auseinandersetzung."

Beim Kirchenasyl nehmen Gemeinden oder Ordensgemeinschaften von Abschiebung bedrohte **Asylbewerber** auf. Schätzungen zufolge können nach weiteren Prüfungen zwischen 80 und 90 Prozent derjenigen, die im Kirchenasyl waren, langfristig schließlich doch in Deutschland bleiben. Einer aktuellen Erhebung der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft **Asyl** in der Kirche (BAG) zufolge gibt es derzeit deutschlandweit 226 Kirchenasyle mit mindestens 411 Menschen. Im Januar 2014 waren es lediglich 34 derartige **Asyle**.

Der Bundesinnenminister hatte aufgrund der stark steigenden Zahl von Kirchenasylen erklärt, er sei "prinzipiell und fundamental" gegen das Instrument. Verständnis zeigte er jedoch für Einzelfälle. Besonders umstritten war sein Vergleich, wonach auch die Scharia als "eine Art Gesetz der Muslime" nicht über deutschen Gesetzen stehen dürfe.

Das Papier der Stiftung resümiert: "Auch wenn es mehr als die von ihm genannten fünf oder sechs sind, so ist das doch bei einer Zahl von maximal 500 Personen angesichts der Gesamtzahl von über 200.000 Asylbewerbern im Jahr 2014 immer noch eine relativ gesehen geringe Zahl." Die Fälle forderten eher dazu auf, "Missstände abzustellen".

Die Stiftung hält in ihrem Papier ebenso fest, dass die Kritik am Kirchenasyl in den wenigsten Fällen voll berechtigt sei: "Die Kritik des Bundesinnenministers an einem leichtfertigen Umgang mit dem Kirchenasyl trifft für alle jene Fälle zu, die glauben, ihre eigene moralische Auffassung höher stellen zu können als die richterlichen

## CDU-Stiftung stellt sich hinter Kirchenasyl Kritik an Gemeinden in wenigen Fällen berechtigt

Entscheidungen. Das trifft auf den (kleinen) Teil der Aktivisten zu, die mit ihren Provokationen weniger Flüchtlinge selbst meinen als ein politisches Ziel verfolgen."

Die "überwiegende" Mehrheit der Unterstützer riskiere den Konflikt jedoch, um im Einzelfall eine Änderung herbeizuführen. Diese versuchten auf der Grundlage von zusätzlichen Informationen einen Aufschub staatlicher Abschiebungsmaßnahmen zu erreichen. Beschwichtigend wird hinzugefügt: "Es gilt daher die jeweils eigene Wahrheit der beiden unterschiedlichen Perspektiven auf die Flüchtlingsproblematik wahrzunehmen und soviel wie möglich dazu beizutragen, die 'unbefriedigende' Situation der Flüchtlinge (Angela Merkel) zu ändern."

So sei auch die Einschränkung von Bundesminister de Maizière zu verstehen, dass er als Christ Verständnis habe, wenn Christen unter dem Gesichtspunkt des Erbarmens Flüchtlinge schützten, er aber als Verfassungsminister genau dieses nicht dulden könne.

Die Kirchen wollen am Kirchenasyl ungeachtet der Kritik festhalten. Zu Beginn der Frühjahrsvollversammlung der katholischen Bischöfe in Hildesheim verteidigte Kardinal Reinhard Marx die gängige Praxis. Das Kirchenasyl sei eine "Tradition, die sich in den letzten Jahren gut entwickelt hat", sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz in Hildesheim. Zugleich betonte er, es bestehe kein Rechtsanspruch auf das Kirchenasyl. Die katholische Kirche wolle nicht als Staat im Staat den Rechtsstaat aushebeln. Vielmehr gehe es darum, die Einzelfälle in den Blick zu nehmen.

Gestern trafen Vertreter der Kirchen sowie der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, zu einem Krisengespräch. Im Gespräch mit der "Welt" äußerte Schmidt sich kritisch zu den gestiegenen Kirchenasylan.

Die Behörden hätten an dieser Stelle "jahrelang gut mit den Kirchen zusammengearbeitet", sagte Schmidt. "Das muss nun wieder gelingen." Früher sei es beim Kirchenasyl "um wenige Einzelfälle" gegangen, bei denen eine Abschiebung verhindert werden sollte. "Heute beobachten wir, dass das Kirchenasyl vermehrt solchen Menschen gewährt wird, für deren Verfahren eigentlich andere EU-Staaten zuständig sind."

**Load-Date:** February 25, 2015

**FDP legt Konzept für eine gesteuerte Zuwanderung vor; Liberale fordern Punktesystem und Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylbewerber. Koalition streitet offen über Einwanderungsgesetz**

Die Welt

Montag 19. Januar 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 15

**Length:** 1107 words

**Byline:** Dorothea Siems

## **Body**

---

In Deutschland gewinnt die Debatte über Zuwanderung immer mehr an Fahrt. SPD-Chef Sigmar Gabriel hält ein Einwanderungsgesetz zur Steuerung der **Migration** für überfällig. Es gehe darum, klar zu machen, "wem wir in der Welt ein Angebot machen wollen, zu uns zu kommen, weil wir wirtschaftlich darauf angewiesen sind". Das Einwanderungsgesetz müsse "aber auch klarmachen, wen wir nicht aufnehmen können oder wollen", schrieb der Vizekanzler in einem Gastbeitrag für den "Tagesspiegel".

Unterstützung erhält der Bundeswirtschaftsminister von den Liberalen. Die FDP hat bereits ein konkretes Konzept für eine "zeitgemäße Einwanderung" ausgearbeitet, das neben einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild auch die Abschaffung des Arbeitsverbots für **Asylbewerber** vorsieht. Deutschland müsse angesichts des wachsenden Fachkräftebedarfs "endlich den klugen Köpfen aus aller Welt den roten Teppich ausrollen", heißt es in dem Antrag, den der FDP-Bundesvorstand am Montag beschließen will und der der "Welt" vorliegt.

Innerhalb der großen Koalition sorgt Gabriels Forderung indes für Streit. Unionsfraktionschef Volker Kauder bekräftigte die Haltung der Union, dass Deutschland kein neues Einwanderungsgesetz brauche. Zuvor hatten schon Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Horst Seehofer (CSU) die bestehenden Regelungen für ausreichend erklärt. Ein Vorstoß von CDU-Generalsekretär Peter Tauber, der sich überraschend für ein Zuwanderungsgesetz ausgesprochen hatte, wurde von der Parteispitze in der vergangenen Woche abgeschmettert. Dennoch geht auch in der CDU die Debatte weiter. Deutschland sei ein Einwanderungsland, das schon "ein ausgeklügeltes Gesetzeswerk zur Zuwanderung" habe, sagte die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) der "Welt am Sonntag". Sie plädiere dafür, "dass wir uns diese Regelungen genau anschauen. Wo es Brüche gibt, sollten wir sie kitten. Ob das alles in ein anderes gesetzliches Regelwerk gegossen wird, muss man dann entscheiden", sagte die CDU-Politikerin. Tauber hatte zuvor schon signalisiert, dass er seine Idee mit Gleichgesinnten in seiner Partei weiterzuführen gedenkt.

## FDP legt Konzept für eine gesteuerte Zuwanderung vor Liberale fordern Punktesystem und Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylbewerber. Koalition streitet offen....

Nach Ansicht der FDP reichen kleinere Änderungen an den bestehenden Regelungen zur Einwanderung von Fachkräften keineswegs aus. Zwar sei Deutschland derzeit nach den USA das beliebteste Zielland für Migranten. 2013 lag die Nettozuwanderung bei fast 440.000. "Hierauf dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen, heißt es in dem FDP-Papier. Denn im Schnitt der letzten Jahre sei Deutschland weit unter den erforderlichen Einwanderungszahlen von mindestens 200.000 pro Jahr geblieben. Nötig sei mehr Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten, da Europa insgesamt ein alternder Kontinent sei und die südeuropäischen Arbeitsmärkte nicht ewig kriseln würden.

Konkret fordern die Liberalen ein Einwanderungsgesetz, dessen Kern ein klares Punktesystem nach kanadischem Vorbild bildet. "Die Einwanderung soll nach Kriterien wie Bildungsgrad, Sprachkenntnis, Alter und Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt flexibel gesteuert werden", heißt es in dem Papier. Dabei gehe es sowohl um Akademiker als auch um qualifizierte Facharbeiter. Ein Punktesystem sende ein klares Signal der Offenheit an qualifizierte Einwanderer. Als ersten Schritt fordert die FDP, das bereits existierende "Jobseeker-Visum" zur Arbeitssuche in Deutschland von derzeit sechs Monaten auf ein Jahr auszudehnen. Außerdem drängen die Liberalen, die geltenden Gehaltsschwellen für Hochqualifizierte aus Drittstaaten, die mit einer EU-Blue-Card nach Deutschland kommen, "auf ein realistisches Maß" abzusenken. Derzeit müssen Akademiker ein Jobangebot nachweisen, bei dem sie mindestens rund 48.000 Euro Jahresgehalt beziehen. Für Fachkräfte ohne Hochschulabschluss aus bestimmten Mangelberufen liegt die Schwelle bei 38.000 Euro.

Dass sich Deutschland in den vergangenen Jahren bereits stark für Hochqualifizierte aus Drittstaaten geöffnet habe, sei weltweit noch viel zu wenig bekannt, moniert die FDP und fordert eine aktive Anwerbestrategie. Ausländerbehörden und Visa-Stellen in den Botschaften seien gefordert, sich überall als Aushängeschilder für die Gewinnung kluger Köpfe zu verstehen, statt als Abwehrbehörden. Nötig seien auch beschleunigte Einbürgerungen nach nur vier Jahren und die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Auch beim Asylrecht, das von der gesteuerten Zuwanderung strikt zu trennen sei, wollen die Liberalen Korrekturen. So sollten die Flüchtlinge, die sich legal im Land aufhalten, von Beginn an arbeiten dürfen. "Wenn Menschen ihren Unterhalt selber erwirtschaften können, sollten sie nicht zum Bezug staatlicher Leistungen gezwungen sein." Außerdem sollten diejenigen, die am hiesigen Arbeitsmarkt gebraucht würden, dauerhaft hier bleiben dürfen. Der Antrag wird unter anderen vom nordrhein-westfälischen FDP-Generalsekretär Johannes Vogel sowie dem niedersächsischen Fraktionschef Christian Dürr eingebracht.

In der Wirtschaft wird die derzeitige Debatte über Zuwanderung mit Interesse verfolgt. Denn die Arbeitgeber weisen seit Langem auf die Notwendigkeit liberaler Regelungen hin. Mit der 2012 eingeführten EU-Blue-Card kommen bislang erst rund 10.000 Fachkräfte aus Drittstaaten pro Jahr - viel zu wenig, um die vorhandene und wachsende Fachkräftelücke zu schließen. Zwar kommen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Im vergangenen Jahr haben mehr als 200.000 hierzulande einen Asylantrag gestellt. Doch ihr oft unsicherer Aufenthaltsstatus lässt viele Unternehmen zögern, Flüchtlinge zu beschäftigen oder als Auszubildende einzustellen. Immerhin hat die große Koalition mit Unterstützung des grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann Änderungen im Asylrecht durchgesetzt. Danach können Flüchtlingen neuerdings schon nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen.

Die Union gerät in der Zuwanderungsdebatte zunehmend unter Druck. SPD und Grüne dringen seit Langem auf ein Zuwanderungsgesetz. Die Alternative für Deutschland hat sich gleichfalls klar für ein Punktesystem ausgesprochen. Die Liberalen gehörten schon in der vergangenen Legislaturperiode zu den treibenden Kräften für eine Liberalisierung und setzten mit der damaligen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) einige Gesetzesänderungen wie die Absenkung der Gehaltsschwellen für Hochqualifizierte oder die Einführung der EU-Blue-Card durch. "Die AfD redet von Steuerung, schürt aber in Wahrheit Ressentiments und will weniger Ausländer", sagt FDP-Arbeitsmarktexperte Vogel: "Bei CDU und CSU geht Parteipolitik vor einem Blick auf die Realitäten - und sie merken nicht, dass die deutsche Wirtschaft längst viel weiter ist als die Konservativen."

## Graphic

---

FDP legt Konzept für eine gesteuerte Zuwanderung vor Liberale fordern Punktesystem und Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylbewerber. Koalition streitet offen....

Jutta Setzer

**Load-Date:** January 19, 2015

---

End of Document

## Flüchtlingswelle erreicht den Arbeitsmarkt; Bisher gelingt nur wenigen, eine Stelle zu finden

Die Welt

Freitag 1. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT; Wirtschaft; S. 12; Ausg. 152

**Length:** 592 words

**Byline:** Dorothea Siems

### **Body**

---

Immer mehr **Flüchtlinge** erreichen den deutschen Arbeitsmarkt. Allerdings gelingt es nur den wenigsten von ihnen, hier rasch eine Stelle zu finden. Zwar steigt die Zahl der Beschäftigten aus den Hauptherkunftsländern Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea. Doch geht die Kurve bei den Erwerbslosen noch weit steiler in die Höhe, wie der erste Integrationsmonitor zeigt, den das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt hat.

Dass mit einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt nicht zu rechnen ist, macht auch eine repräsentative Unternehmensumfrage deutlich. Danach planen lediglich 8,6 Prozent der Betriebe, in den kommenden sechs Monaten Flüchtlinge einzustellen.

Allein im vergangenen Jahr kamen rund 1,2 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland. Gut zwei Drittel der seit 2014 registrierten Schutzsuchenden sind im erwerbsfähigen Alter, wobei die meisten jünger als 35 Jahre alt sind. Flüchtlinge aus den Krisenstaaten Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea erhalten fast ausnahmslos ein Aufenthaltsrecht und stellen in Deutschland mittlerweile knapp drei Viertel aller Asylbewerber. Wie der Integrationsmonitor zeigt, kletterte die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus diesen vier Herkunftsländern seit Anfang 2014 von 35.000 auf knapp 54.000. Allerdings erledigt jeder Zweite von ihnen nur Hilfsarbeiten.

Weitaus dynamischer als die Beschäftigung nahm in den vergangenen zwei Jahren allerdings die Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen zu. Anfang 2014 waren knapp 34.000 Personen aus den vier Herkunftsländern ohne Job. Mittlerweile hat sich ihre Zahl auf 124.000 vervierfacht. Besserung ist nicht in Sicht: Vier von fünf Betroffenen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung und somit nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und so beträgt die Quote der Erwerbslosen unter den Flüchtlingen aus den vier Krisenländern mittlerweile 65 Prozent. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung liegt der Anteil der Arbeitslosen bei 8,4 Prozent.



Flüchtlingswelle erreicht den Arbeitsmarkt Bisher gelingt nur wenigen, eine Stelle zu finden

Das IW verweist darauf, dass Deutschland bereits in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht hat, dass die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen deutlich länger dauert, als dies bei anderen Migranten der Fall ist. Erst nach 15 Jahren haben Asylbewerber im Durchschnitt mit den anderen Zuwanderern gleichgezogen. Angesichts des niedrigen Bildungsniveaus vieler Flüchtlinge aus den vier Krisenländern dürfte die Integration sogar eher noch schwieriger werden, als dies in der Vergangenheit bei anderen Flüchtlingsgruppen der Fall war.

Ernüchternd sind auch die Ergebnisse der IW-Umfrage unter 540 Firmen. Aktuell beschäftigen nur rund acht Prozent der Betriebe Flüchtlinge oder haben dies innerhalb der vergangenen zwei Jahre getan. Dabei sind die großen Unternehmen die Vorreiter: Von den Unternehmen ab 250 Mitarbeitern hat mehr als jedes fünfte schon Flüchtlinge eingestellt. Und offenbar sind die Erfahrungen in aller Regel gut: Von den Betrieben, die schon Flüchtlingen beschäftigt haben, sagen immerhin 37 Prozent, dass sie weitere Einstellungen von Asylbewerbern planen. Von allen Firmen kündigen dagegen lediglich knapp neun Prozent einen solchen Schritt an.

Am häufigsten liebäugeln die Arbeitgeber damit, Flüchtlinge als Praktikanten einzustellen: Eine große Mehrheit kann sich ein solches Angebot vorstellen. Knapp die Hälfte der Betriebe ist auch generell bereit, Flüchtlinge als Auszubildende zu beschäftigen. Bei einer Festanstellung überwiegt dagegen die Skepsis deutlich.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** July 1, 2016

**"Til Schweiger muss gut mit den Behörden arbeiten"; Der Schauspieler will eine "Vorzeige"-Unterkunft bauen. Der Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge reagiert jedoch zurückhaltend**

Die Welt

Samstag 8. August 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 183

**Length:** 1630 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Karsten Kammholz

## **Body**

---

Monat für Monat steigt die Zahl der Asylbewerber in der Bundesrepublik. Für Unterbringung und Versorgung sind vor allem Kommunen und Länder verantwortlich. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) kümmert sich um die Bearbeitung der Asylanträge, die in diesem Jahr voraussichtlich auf den höchsten Wert steigen wird. Nicht die einzige Herausforderung für BAMF-Präsident Manfred Schmidt.

Die Welt:

Herr Schmidt, haben Sie so ein turbulentes Jahr als Chef Ihrer Behörde schon einmal erlebt?

Manfred Schmidt:

So ein Jahr habe ich noch nicht erlebt, erst recht nicht hier im Bundesamt. Ich kann mich allerdings auch an Ausnahmesituationen als Beamter im Katastrophenschutz erinnern, etwa als vor einigen Jahren die Torffelder vor Moskau brannten. Aber so ein turbulenter Dauerzustand wie beim Asylkomplex ist schon neu für mich.

Hadern Sie mit Ihrer Aufgabe?

Nein. Trotz aller Probleme ist meine Aufgabe extrem spannend. Wir im BAMF machen ja noch mehr als nur Asylverfahren. Wir sind eine Integrationsbehörde. Mit unserer Arbeit und unseren Ideen verändern wir die Gesellschaft. Gleichwohl müssen wir feststellen: Wir sind im Krisenmodus. Unsere Herausforderungen sind nicht steuerbar. Dennoch sehen wir, dass wir die Herausforderungen meistern.

"Til Schweiger muss gut mit den Behörden arbeiten" Der Schauspieler will eine "Vorzeige"-Unterkunft bauen.  
Der Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge reagiert je....

Bund und Länder setzten das BAMF erheblich unter Druck: Die Bearbeitung der Asylverfahren dauert zu lange, rund 250.000 Anträge sind unbearbeitet. Was läuft schief?

Klar, wir haben europaweit den größten Antragsstau, aber wir müssen europaweit auch die meisten Anträge bearbeiten. 52 Prozent der anhängigen Verfahren sind jünger als sechs Monate.

Wann ist es zu schaffen, ein Verfahren in drei Monaten abzuschließen? So steht es im Koalitionsvertrag.

Der Koalitionsvertrag stammt aus dem Jahr 2013. Damals hatten wir 127.000 Asylanträge. Für 2015 gehen wir derzeit von mehr als einer Verdreifachung aus. Das Ziel der drei Monate ist aber kein utopisches. Es liegt nicht allein an den Personalressourcen im BAMF - die ja derzeit erheblich ausgebaut werden, sondern auch am Personal der Länder. Sie haben ja versprochen, ihre Strukturen auszubauen. Das setzen sie auch um. Wir brauchen auch mehr Erstaufnahmeeinrichtungen in den Bundesländern.

2000 neue Stellen wurden Ihnen bewilligt. Wie schnell können die überhaupt besetzt werden?

Der Nachtragshaushalt ist seit Anfang Juli in Kraft. Dieses Jahr kann ich 1000 Stellen besetzen, 2016 noch einmal bis zu 1000. Wir haben derzeit 2500 Bewerbungen, wir führen Hunderte Einstellungsgespräche. Wir erschaffen dabei eine dezentrale Struktur. Das BAMF hatte 2010 noch 22 Dienststellen, jetzt sind es schon 30, Ende des Jahres werden es 40 sein. Wenn alles nach Plan läuft, werden wir 2017 in 58 Dienststellen arbeiten.

Der nächste Flüchtlingsgipfel soll auf September vorgezogen werden. Was gehört auf die Agenda?

Was uns wichtig ist, wurde bereits beim ersten Gipfel im Juni auf die richtige Spur gesetzt. Wir brauchen jetzt nochmal die Vergewisserung, dass sich die staatlichen Organe als Verantwortungsgemeinschaft verstehen. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen, die wir gegenwärtig hier und da erleben, nützen gar nichts. Wir verstärken damit nur ein Vorurteil in der Bevölkerung, dass Behörden nach dem Motto verfahren: Schuld sind immer die anderen. Das ist vor allem ärgerlich, weil es auf der Arbeitsebene zwischen Bund und Ländern wirklich hervorragend läuft. Für Streitereien um Zuständigkeiten haben die Menschen kein Verständnis.

Wie soll die Politik mit Asylbewerbern vom Balkan umgehen?

Diese Asylbewerber sollten in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben, schnelle Verfahren erhalten und bei Ablehnung des Antrags, was ja hier der Regelfall ist, konsequent zurückgeführt werden. Das Balkan-Problem werden wir nicht nur mit neuen Ressourcen lösen können. Wir brauchen andere Lösungen. Eine können wir seit dieser Woche umsetzen. Wir haben seit 1. August die Befugnis im Aufenthaltsrecht, für Asylbewerber eine Wiedereinreisesperre und ein Aufenthaltsverbot für den gesamten Schengenraum zu verhängen, wenn deren Asylgesuch offensichtlich unbegründet ist. Wir senden ein spürbares Signal an die Menschen in den Herkunftsländern: Wenn du den Weg des Asylverfahren gehst, dann hast du höchstwahrscheinlich keine Chance, ein zweites Mal legal in unser Land zu kommen.

Wie vielen Menschen, die derzeit hier auf deutsches Asyl hoffen, wird die Wiedereinreise verboten?

Die meisten Fälle betreffen Asylsuchende vom Balkan. Derzeit haben wir 94.000 Anträge vom Balkan im System. Fast alle von ihnen werden zusammen mit dem ablehnenden Asylbescheid die Mitteilung über die Wiedereinreisesperre und das Aufenthaltsverbot erhalten. Nur 0,1 bis 0,2 Prozent der Antragsteller vom Balkan haben einen tatsächlichen Schutzgrund. Auch Antragsteller aus Georgien oder Tunesien müssen mit Wiedereinreisesperren rechnen.

Wäre eine Kürzung des Taschengelds eine wirksame Maßnahme?

Es gibt ein Taschengeld über 143 Euro pro Monat für Asylbewerber. Der Betrag gilt eigentlich als Symbol. Aber diese Leistung wirkt anziehend. Wir haben festgestellt, dass die Summe nach einem Aufenthalt von drei bis fünf Monaten in Deutschland reicht, um davon im Herkunftsland dann neun bis zwölf Monate zu leben. Es gibt da möglicherweise einen Zusammenhang, dass 85 Prozent aller Asylbewerber vom Balkan in Deutschland ihren

"Til Schweiger muss gut mit den Behörden arbeiten" Der Schauspieler will eine "Vorzeige"-Unterkunft bauen.  
Der Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge reagiert je....

Antrag stellen. Auch mehr als die Hälfte der Folgeanträge kommt vom Balkan. Wir haben inzwischen Familien vom Balkan, die zum vierten Mal in Deutschland sind und um Schutz bitten.

Was planen Sie denn konkret?

Schon jetzt wird im Asylbewerberleistungsgesetz eine Anspruchsminderung erwähnt. Ich würde daher vorschlagen festzuschreiben, dass diese insbesondere für sichere Herkunftsstaaten gilt. Die Bundesländer könnten bei der Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen zudem konsequent von Geld- auf Sachleistungen umstellen.

Schafft man damit Asylbewerber zweiter Klasse?

Nein. Wir haben Asylbewerber nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Aber wir haben auch Antragsteller, die ihre Anträge offensichtlich aus anderen Gründen stellen.

Mancher spricht von Sozialmissbrauch.

Mit den Worten Sozial- oder Asylmissbrauch weckt und verstärkt man Stimmungen. Das ist nicht mein Ziel. Als Behörde müssen wir mit der Situation umgehen und Antworten finden.

Der Bund hat den Ländern bereits signalisiert, dass man 2015 mit mehr als 450.000 Asylbewerbern rechnet. Wo landen wir?

Das Bundesamt beobachtet die Entwicklungen ständig und passt die Prognose bei Vorliegen neuer Entwicklungen an. Insgesamt ist es sehr schwer, genaue Vorhersagen zu treffen.

Die Länder fordern eine Erhöhung der Prognose auf bis zu 600.000 Asylanträge, um die Unterbringung und Versorgung in den Wintermonaten vorzubereiten. Schon jetzt gibt es zahlreiche provisorische Zeltstädte.

Angesichts der Situation im Monat Juli ist das eine natürliche Entwicklung. Als Verwaltung haben sie jetzt gar keine andere Möglichkeit, als sich mit Zelten auszuhelfen, wenn so viele Menschen kommen. Die Länder haben derzeit alle Hände voll zu tun, Obdachlosigkeit zu verhindern. Deshalb ist es so wichtig, dass wir beim Balkan aktiv werden und den Zuzug aus dieser Region bremsen. Dann können wir endlich mehr Kapazitäten darauf verwenden, schutzbedürftigen Menschen wie aus Syrien oder dem Nordirak zu helfen. Zeltstädte müsste es dann nicht geben.

Was halten Sie von den Plänen für ein Einwanderungsgesetz für qualifizierte Arbeitskräfte?

Inhaltlich sehe ich derzeit kaum Nachbesserungsbedarf. Wir haben das liberalste Zuwanderungsrecht der Welt. Ein solches Einwanderungsgesetz könnte uns aber helfen, die notwendige Debatte über unser Selbstverständnis als Einwanderungsland anzustoßen. Um die Fragen "Wo wollen wir hin?" und "Wer sind wir?". Man kann überlegen, ob man die Höhe der Mindestqualifikation für Zuwanderer herabsetzt.

In der Flüchtlingsdebatte mischt nun auch Til Schweiger mit. Der Schauspieler will eine "Vorzeige"-Flüchtlingsunterkunft bauen. Wie kommt das bei Ihnen an?

Da setzt sich das große ehrenamtliche Engagement fort, das wir überall im Bundesgebiet mitbekommen. Das fehlte Anfang der 90er-Jahre. Heute sammeln die Menschen Kleider, pensionierte Lehrer geben Deutschunterricht. Herr Schweiger ist nun etwas herausgehoben, weil er prominent ist und andere finanzielle Möglichkeiten besitzt, sich einzubringen. Ich muss aber auch sagen, dass es bereits Vorzeigeunterkünfte gibt. In Ellwangen habe ich eine Einrichtung besucht, die ich als Musterunterkunft bezeichnen würde. Die Verwaltung kann das also auch.

Andere klingen euphorischer, wenn sie über Schweigers Engagement sprechen.

Wenn jemand behauptet, dass er es besser kann, ist die erste Reaktion einer Verwaltung immer zunächst zurückhaltend. Schließlich leisten wir bereits viel und wissen, welche Tücken es gibt. Das Gute ist, dass ein Prominenter wie Til Schweiger der Bevölkerung zeigt: Ich kümmere mich um Flüchtlinge. Das ermuntert viele, sich in dem für sie möglichen Maße einzubringen.

" Til Schweiger muss gut mit den Behörden arbeiten" Der Schauspieler will eine "Vorzeige"-Unterkunft bauen.  
Der Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge reagiert je....

Es bleibt aber das Bild: Der Staat kanns nicht.

Das glaube ich nicht.

Wäre es gut, wenn Schweiger Nachahmer findet?

Ja. Aber ganz ohne die Verwaltung geht es natürlich nicht. Herr Schweiger muss gut mit den Behörden arbeiten, auf dem Gelände muss zum Beispiel auch Platz für die Dienststelle des BAMF sein. Es müssen Büros für die Wohlfahrtsverbände oder die Rückkehrberatung vorhanden sein. Eine Unterkunft hinsetzen und dann läuft es - ganz so einfach ist es dann doch nicht. Aber bei ein paar Dingen hat er es jedenfalls wesentlich leichter als die öffentliche Verwaltung. Er muss bei der Suche nach einem Betreiber zum Beispiel keine europaweite Ausschreibung starten. Ein Privatmann wie Schweiger kann insgesamt wesentlich flexibler agieren. Verwaltungen sind an die strikten Vergabestrukturen gebunden. Ich wünsche ihm jedenfalls das Beste für sein Vorhaben.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

dpa/Stefan Puchner

Der Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, in der Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen

Stefan Puchner

**Load-Date:** August 8, 2015

**Warum Schäuble von der Kanzlerin abrückt; Der Finanzminister verteidigt die Einschränkung des Familiennachzugs für Syrer und erzwingt damit eine härtere Linie in der Union**

Die Welt

Dienstag 10. November 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 262

**Length:** 1001 words

**Byline:** Robin Alexander

Manuel Bewarder

## **Body**

---

Zehn Wochen lang hat Wolfgang Schäuble zugesehen. Zugesehen, wie die **Flüchtlingskrise** nach dem ersten Septemberwochenende dramatische Ausmaße annahm. Zugesehen, wie Angela Merkels Politik in den Unionsparteien für immer stärkeres Befremden sorgte. Nur einmal hatte der erfahrenste Mann in ihrem Kabinett intern erkennen lassen, dass er die Stimmung in der Partei dramatisch einschätzt - aber das war intern. Öffentlich schwieg Schäuble. Bis Sonntagabend.

Da meldete er sich im Fernsehen zu Wort. Im ARD-Interview sprang er Innenminister Thomas de Maizière (CDU) bei, dessen Initiative, syrischen **Flüchtlingen** das Recht auf Familiennachzug zu nehmen, am Wochenende vom Kanzleramt vorerst gestoppt wurde. Aber Schäuble ging noch weiter, indem er genau das aussprach, was Merkel seit Wochen verweigert: "Unsere Aufnahmekapazität ist ja nicht unbegrenzt" formulierte Schäuble. Und er lieferte gleich noch das Signal an die Welt mit, das zuletzt der CSU-Chef Horst Seehofer vergeblich von Merkel verlangt hatte: "Dass wir die Botschaft in die Welt klar senden müssen: Wir sind sehr hilfsbereit, aber auch unsere Möglichkeiten sind begrenzt."

Zur Motivation Schäubles so deutlich in eine Debatte einzusteigen, die nicht in sein Kernressort fällt, gibt es in der CDU unterschiedliche Vermutungen. Einige meinen, Schäuble habe aus Korpsgeist gehandelt: Er habe schlicht nicht zusehen wollen, wie ein CDU-Minister öffentlich vorgeführt werde. Tatsächlich hatte de Maizière auf Anweisung des Kanzleramtes noch am Freitagabend nicht nur seinen Vorschlag zurücknehmen müssen, sondern auch eine bereits Anfang der Woche ans Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ergangene Dienstanweisung. Andere Unionspolitiker glauben - oder hoffen -, Schäuble wolle die Bundeskanzlerin auf einen deutlicheren Kurs in der Flüchtlingspolitik festlegen.

## Warum Schäuble von der Kanzlerin abrückt Der Finanzminister verteidigt die Einschränkung des Familiennachzugs für Syrer und erzwingt damit eine härtere Linie in....

Am Montag hatte er damit jedenfalls Erfolg. Nachdem de Maizière am Wochenende fast nur von der CSU verbale Unterstützung erhalten hatte, stand nun auch die Front in der CDU: Julia Klöckner, stellvertretende Vorsitzende und Wahlkämpferin in Rheinland-Pfalz, sprach sich am Morgen öffentlich für eine Begrenzung des Familiennachzugs aus. In den Sitzungen von Präsidium und Bundesvorstand folgten die Ministerpräsidenten Volker Bouffier (Hessen), Stanislaw Tillich (Sachsen) und Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt). Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, wurde deutlich: "Zum Familiennachzug in der Regel ein klares 'Nein' - auf absehbare Zeit", sagte er nach Teilnehmerangaben. Das erinnert an den September: Da hatte sich die Unionsfraktion gegen eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge gestellt - obwohl sie vom Kanzleramt befürwortet worden war.

Weniger deutlich wurde die Kanzlerin gehört und ihr Flüchtlingskoordinator und Kanzleramtsminister Peter Altmaier vernommen. Generalsekretär Peter Tauber stellte sich nach der Sitzung erst auf Nachfragen deutlich an die Seite des Innenministers: "Der Vorschlag von Thomas de Maizière findet die Zustimmung der Union, muss aber noch mit den Sozialdemokraten abgesprochen werden."

Der SPD blieb keine andere Möglichkeit, als sich gegen den Vorstoß des Bundesinnenministers zu stellen. Dem linken Parteiflügel wurde erst am Donnerstag wieder eine Asylverschärfung aufgedrückt - da wäre es für den Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel unmöglich gewesen, gleich am Freitag erneut an der Daumenschraube zu drehen. Gabriel räumte den Vorschlag ab: Die SPD werde dazu jetzt nicht Ja sagen, weil das nie besprochen worden sei. "Im Gegenteil, es ist das Gegenteil besprochen worden." Auch wenn es der SPD-Chef dabei mit der Wortwahl mal wieder nicht so genau nahm (siehe BND-Skandal und "Teltower" statt "Treptower" Verfahren) und den "subsidiären" mit einem "säkularen" Schutz verwechselte - in der Sache war Vizekanzler Gabriel klar. Nicht mit uns. Oder besser: jetzt noch nicht.

Am Montag versammelte sich die Partei hinter ihrem Vorsitzenden. "Es gibt zum jetzigen Zeitpunkt dazu keinen relevanten Handlungsbedarf", sagte Generalsekretärin Yasmin Fahimi. Mit deutlicher Genugtuung ermahnte sie die Union: "Der Vorstoß des Innenministers stellt die gesamte Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und damit auch der Kanzlerin infrage", sagte Fahimi. Ganz ähnlich erklärten sich die sozialdemokratischen Innenexperten. Ralf Jäger, Ressortchef in Nordrhein-Westfalen und Sprecher der SPD-geführten Innenministerien, sagte der "Welt": "Anstatt immer neue Vorschläge zu diskutieren, sollten wir endlich das eigentliche Kernproblem lösen. Die Asylverfahren dauern viel zu lang, und der Aktenstau wächst von Tag zu Tag." Der Bund müsse das BAMF endlich mit ausreichend Personal ausstatten. "Länder und Kommunen stöhnen unter dieser Last."

Die Äußerungen belegen Glück und Pech zugleich für die SPD in der Sache. Sie ist froh, dass in der Union wieder der Streit um den Kurs in der Krise ausgebrochen ist. Das Problem ist nur: Auch in der SPD wissen viele, dass die Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten irgendwann vergrößert werden sollte.

Die Union versuchte bereits am Montag, genau diesen Widerspruch aufzutun. Das Bundesinnenministerium will die Innenministerkonferenz (IMK) der Länder bei der Entscheidung einbeziehen. Die SPD-Innenexperten sollen sich also festlegen. Der IMK-Vorsitzende aus Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz (SPD), erklärte abwehrend: Man werde den Familiennachzug gern beraten. Aber: Eine Entscheidung liege in der Verantwortung der Bundesregierung.

Die Sozialdemokraten wollen dem Thema so lange wie möglich aus dem Weg gehen. Daher verweist man in der Partei mit Vehemenz auf die Probleme, die mit Einzelverfahren für syrische Flüchtlinge verbunden wären. Die Aussetzung im vergangenen Jahr habe doch gerade das Ziel gehabt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu entlasten. Aufgrund des Antragsstaus, der seitdem noch viel größer geworden ist, würde eine Kurskorrektur im Sinne de Maizières nur eines bedeuten: Das BAMF, die Problembehörde in dieser Krise, würde endgültig absaufen.

Original Gesamtseiten-PDF

Warum Schäuble von der Kanzlerin abrückt Der Finanzminister verteidigt die Einschränkung des Familiennachzugs für Syrer und erzwingt damit eine härtere Linie in....

dpa/Olivier Hoslet

Finanzminister Wolfgang Schäuble hat mit deutlichen Worten in die Flüchtlingspolitik eingegriffen. Einen Tag später beschließt die CDU, den Familiennachzug für syrische Flüchtlinge einzuschränken

Olivier Hoslet

**Load-Date:** November 10, 2015

---

End of Document



**Balkan-Flüchtlinge bleiben im Regensburger Dom; Generalvikar des Bistums spricht von geduldeter Präsenz statt Kirchenasyl. Suche nach politischer Lösung aber geht weiter**

Die Welt

Donnerstag 7. Juli 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 157

**Length:** 805 words

**Byline:** Dirk Johnen

## **Body**

---

Der Regensburger Dom als Zufluchtsort für Balkan-**Flüchtlinge** und Roma: 45 Frauen, Männer und Kinder aus Albanien, Mazedonien, Serbien und dem Kosovo sind seit Dienstag in der Kathedrale inmitten der Altstadt untergebracht.

In zwei Nebenräumen vor der Domschatzkammer verbrachten sie ihre erste Nacht "ohne besondere Vorkommnisse" auf Feldbetten, wie es hieß. Alle hätten ruhig geschlafen, sagte Isen Asanowski aus Mazedonien im Namen der **Flüchtlinge**. Denn keiner habe Angst vor Polizei und nächtlicher Abschiebung haben müssen.

Die **Flüchtlinge** hatten am Dienstag den Dom besetzt, um sich ihrer drohenden Abschiebung zu widersetzen. Mit ihrem stillen Protest wollen die **Flüchtlinge** ein Bleiberecht erreichen, zudem demonstrieren sie gegen die Anerkennung von Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer.

Die Flüchtlinge, darunter viele Kinder, werden auch die nächsten Tage wohl im Dom verbringen. "Die Menschen bleiben hier", sagte der Generalvikar des Bistums, Michael Fuchs, dem Evangelischen Pressedienst. Dabei handele sich nicht um ein Kirchenasyl, sondern um eine "geduldete Präsenz", wie er betonte. Die Kirche werde sich um ihre Belange kümmern, das Humanitäre stehe dabei im Vordergrund. Mit der Polizei sei vereinbart worden, dass die Beamten nicht einschreiten werden. In unregelmäßigen Abständen beobachteten Polizisten die Lage vor Ort, bestätigte ein Polizeisprecher.

Der Generalvikar hatte am Mittwoch mit den Flüchtlingen über ihre Lage gesprochen. Neben Essen und Trinken sicherte er ihnen zu, dass drei Asylsozialberater der Caritas in den Dom kommen werden, die ihre Asylanträge überprüfen sollen und die Betroffenen beraten. Die zuständigen Behörden sind laut Fuchs über die kirchliche Hilfe informiert worden. Der Generalvikar machte jedoch klar, dass die Kirche auf die politische Entscheidung über Asylbewilligung oder Abschiebung nur begrenzt Einfluss habe. Es werde noch nach einer Lösung gesucht. Es sei

Balkan -Flüchtlinge bleiben im Regensburger Dom Generalvikar des Bistums spricht von geduldeter Präsenz statt Kirchenasyl. Suche nach politischer Lösung aber ge....

noch offen, wie es mit den Flüchtlingen weitergehen wird. Auch sehe das Bistum keine Möglichkeit, die Gruppe in anderen Häusern unterbringen zu können.

Flüchtlingssprecher Asanowski hofft dagegen auf kirchlichen Beistand. "Wir haben uns entschlossen, in die Kirche zu gehen, zu Leuten Gottes, damit sie über unsere Zukunft entscheiden." Nach seinen Angaben sollen alle Protestteilnehmer abgeschoben werden. Alle hätten einen Abschiebebescheid erhalten. In ihre Heimatländer könne aber keiner von ihnen zurück. Roma-Kinder könnten dort nicht zur Schule gehen, schwerstkranke Menschen könnten nicht ärztlich behandelt werden oder erhielten nicht die richtigen Medikamente. "Wir sind gekommen, um Hilfe zu erhalten." Asanowski gehört zu der Initiative "Romano Jekipe Ano" aus Hamburg, die sich für die Belange der Roma in Deutschland einsetzt.

Andere Flüchtlinge berichten von schlimmen Zuständen in den bayerischen Rückführungszentren. Haustiere lebten besser als die Menschen dort, sagte eine 27-jährige Frau und zweifache Mutter, die von einem "kasernierten Lagerleben" erzählt. 17 Monate hatte sie mit ihrer Familie zunächst in Eichstätt und später in Manching bei Ingolstadt verbracht. "Wir leben seit Jahren in Angst", ergänzte sie.

Sie wurde in Deutschland geboren und ist hier zur Schule gegangen, mit zwölf Jahren wurde sie mit ihren Eltern erstmals in den Kosovo abgeschoben. Wenn das Land wirklich sicher sei, müssten dort keine fremde Soldaten stationiert sein. "Wir können nicht zurück, wir haben keine andere Chance, als hierzubleiben." Die junge Frau ist nach eigenen Angaben selbst schwer an einem Tumor erkrankt. Über die Aktion der Flüchtlinge informieren freiwillige Helfer Besucher an einem Stand vor dem Dom. Die Gruppe wird in den nächsten Tagen auch Getränke und Essen verteilen, das die Caritas liefert.

Die Flüchtlinge in Regensburg berufen sich auf die Praxis des Kirchenasyls - eine Form der Inobhutnahme, die in der Regel nur in Einzelfällen praktiziert wird. Es geht dabei meist um einzelne Flüchtlinge, die in Ländern wie etwa Bulgarien oder Ungarn Menschenrechtsorganisationen zufolge kein faires Verfahren bekämen oder auf der Straße leben müssten wie teils in Italien. Die Kirchen reichen solche Härtefälle ans Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiter. Dort wird dann entschieden. So haben es beide als Kompromiss zum Kirchenasyl vereinbart, denn diese Praxis ist juristisch nicht unumstritten. Der damit verbundene spezielle Schutz soll nicht als politisches Kampfinstrument missbraucht werden. Im Fall von Regensburg wäre das aber so, schätzen Kirchenasyl-Experten. Es gehe nicht um die Chance auf ein Asylverfahren, sondern um ein pauschales Bleiberecht für Menschen aus sicheren Herkunftsländern, deren Schutzgesuche meist abgelehnt werden.

Die Kirche wird sich um die Belange der Flüchtlinge kümmern Michael Fuchs, Generalvikar des Bistums

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** July 7, 2016

**Antrag ablehnen und abschieben; Asylwünsche von Algeriern, Marokkanern und Tunesiern werden schneller entschieden - und haben meist keine Chance. Doch die zügige Rückführung bereitet Probleme**

Die Welt

Dienstag 19. Januar 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 5; Ausg. 15

**Length:** 876 words

**Byline:** Manuel Bewarder

Peter Issig

## **Body**

---

Das Bundesinnenministerium hat beschlossen, **Asylanträge** von Nordafrikanern schneller zu entscheiden. Wie ein Sprecher erklärte, sollte das zuständige Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) am Montag angewiesen werden, Anträge von Bewerbern aus Algerien, Marokko und Tunesien vorrangig zu bearbeiten. Hintergrund sind die gestiegenen Antragszahlen von **Flüchtlingen** aus diesen Ländern sowie die geringen Chancen zu bleiben. Allerdings machen die Herkunftstaaten nicht richtig mit.

Laut Innenministerium zählten die Bundesländer im Juli noch 674 **Flüchtlinge** aus Algerien. Im Dezember waren es 2296. Aus Marokko kamen im Juni 2015 genau 368 Personen und im Dezember 2896. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) nannte das Anschwellen dieser **Asylbewerberzahlen** kürzlich einen "Grund zur Sorge".

Neben der gestiegenen Zahl der Asylsuchenden aus Nordafrika haben die massiven Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln dazu beigetragen, dass Zugezogene aus dieser Region derzeit im öffentlichen und politischen Fokus stehen. Frauen waren von Männergruppen sexuell belästigt und bestohlen worden. Der Verdacht richtet sich vor allem gegen Nordafrikaner.

Die Bundesregierung hat als Reaktion bereits die Regeln für kriminelle Ausländer und Asylbewerber verschärft. Jetzt dreht sich die Diskussion vor allem darum, wie es gelingen kann, dass weniger Asylsuchende aus diesen Ländern kommen, um sich besser um tatsächlich Schutzbedürftige kümmern zu können. Im vergangenen Jahr lag die sogenannte Schutzquote bei Algeriern bei 1,7 Prozent. Für Asylsuchende aus Marokko betrug sie 3,7 Prozent, für Tunesier sogar nur 0,2 Prozent. Laut Innenministerium sind es vor allem wirtschaftliche Gründe und insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit, dass sich viele junge Männer von dort auf den Weg nach Europa machten.

Antrag ablehnen und abschieben Asylwünsche von Algeriern, Marokkanern und Tunesiern werden schneller entschieden - und haben meist keine Chance. Doch die zügige....

Die Bundesregierung hofft mit seiner Priorisierung von Asylanträgen aus diesen Ländern "höhere Rückführungszahlen zu erreichen", wie ein Sprecher erklärte. Es gebe mit Marokko und Algerien zwar Rückführungsabkommen. In der Praxis sehe die Bundesregierung hier Bedarf, "zu besseren Ergebnissen zu kommen". Der "Spiegel" hatte am Wochenende mit Bezug auf ein Papier der Bundesländer aus dem vergangenen Jahr vorgerechnet, wie wenige abgelehnte Asylsuchende tatsächlich zurückreisten. Demnach waren Ende Juli 5500 Algerier, Marokkaner und Tunesier ausreisepflichtig. Allerdings wurden im ersten Halbjahr 2015 nur 53 in ihre Herkunftsstaaten abgeschoben.

Insbesondere aus der Union kommen Forderungen, Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern zu machen. Einen entsprechenden Beschluss fasste die Parteispitze am Montag, wie CDU-Generalsekretär Peter Tauber mitteilte. Er erwarte, dass die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Landesregierungen dies mittragen würden, sagte Tauber weiter. Nach Angaben von Regierungssprecher Steffen Seibert will die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene darüber reden, "ob eine solche Einstufung infrage kommt". Auch in der SPD gibt es bereits Zustimmung dafür.

"Es ist richtig, dass die Bundesregierung das Problem mit den nordafrikanischen Ländern erkannt hat und die Rahmenbedingungen für eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge verbessern will", sagte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) der "Welt".

Die Erfolgchancen für eine erneute Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftstaaten sind allerdings gering, weil dafür die Zustimmung der Grünen im Bundesrat notwendig ist. Die Grünen stufen Forderungen nach einer raschen Rückführung von Flüchtlingen aus Nordafrika angesichts der bisherigen Praxis als bloße Augenwischerei ein. Zudem seien Algerien und Marokko keine sicheren Herkunftsländer, sagte Grünen-Chefin Simone Peter. Dort gebe es eklatante Menschenrechtsverstöße, Minderheiten würden verfolgt, die wirtschaftlichen sowie sozialen Perspektiven seien schlecht. Das Instrument "sichere Herkunftsländer" aber sei Symbolpolitik.

Union und SPD setzen derzeit besonders auf Maßnahmen, die sie selbst in der Hand haben. In Bayern könnten Nordafrikaner demnächst in die sogenannten Ankunfts- und Rückführungszentren ziehen, in denen bislang vor allem Asylsuchende vom Westbalkan untergebracht sind. An dem Standort wäre die Möglichkeit für ein Schnellverfahren mit Einbeziehung des BAMF und Justizvertretern bereits heute gegeben.

SPD-Chef Sigmar Gabriel verlangte von nordafrikanischen Staaten die Rücknahme von abgelehnten Asylbewerbern. In der ARD drohte er indirekt mit einer Kürzung von Geldern. Es könne nicht sein, dass die Länder deutsche Entwicklungshilfe annähmen, aber ihre eigenen Bürger nicht. Auch Justizminister Heiko Maas (SPD) sprach sich für härtere Verhandlungen aus.

Das Entwicklungsministerium bewertete den Vorschlag allerdings skeptisch. "Entwicklungsgelder zu kürzen, halte ich für nicht zielführend, das führt nur zu mehr Flüchtlingen", sagte Minister Gerd Müller (CSU). Natürlich müssten die Länder abgelehnte Asylbewerber wieder aufnehmen. Ziel der Entwicklungsarbeit sei es aber, Fluchtursachen wie Hunger, Armut, geringe Bildungschancen oder eine schwache wirtschaftliche Entwicklung zu bekämpfen. Müller: "Diese Zusammenarbeit passiert auf Augenhöhe und gemeinsam mit den Regierungen in den Partnerländern."

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** January 19, 2016

**Wir sitzen alle in einem Boot; Europas Solidarität mit den Flüchtlingen ist verlogen. Immer noch regieren nationalstaatliche Interessen, und es wird weggeschaut. Das Elend auf dem Wasser aber ist auch Ergebnis fehlender europäischer Struktur**

Die Welt

Dienstag 5. Mai 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 103

**Length:** 1092 words

**Byline:** Dirk Schümer

## Body

---

Ein Huhn hat in Europa mehr Rechte als ein **Flüchtling**. Diese Feststellung wirkt vielleicht zynisch, aber sie lässt sich beweisen. Wie viel Zentimeter Platz das Geflügel braucht, wie viel Bodenkontakt und Distanz zum Nachbartier - all das ist in europäischen Verordnungen detailliert geregelt und wird von Beamten kontrolliert. Schippen aber Tausende von **Migranten** in Europas Gewässer, kentern sie womöglich und ertrinken oder kommen mit knapper Not ans rettende Ufer, dann lernen sie eine Staatengemeinschaft kennen, die sich darum drückt, Ursachen und Folgen dieses humanitären Desasters auch nur wahrzunehmen.

Weil Politiker heute auf Bilder und Schlagzeilen in Echtzeit reagieren, waren Rührung und Aktionismus groß, als vor nicht einmal drei Wochen an die tausend **Migranten** elendig im Golf von Messina ertranken. Europas Regierungschefs von Matteo Renzi bis Angela Merkel dämpften die Empörung und die Trauer durch Versprechen: Europa werde den Schleppern das Handwerk legen. Die Seelenverkäufer sollten, notfalls mit Militärgewalt, am Auslaufen gehindert und an den Küsten Nordafrikas zerstört werden. Und an den Fluchtwegen in der Sahara sollten europäische Eingreiftruppen die Grenzen besser sichern. Die Beschlüsse auf dem folgenden **Flüchtlingsgipfel** der EU waren im Vergleich mit den Ankündigungen erbärmlich mickrig. Etwas mehr internationale Patrouillenfahrten rund um Lampedusa, etwas Militärhilfe im Sahel. Das war's dann auch schon.

Und so geht die unregelte und chaotisch-tödliche Menschenwanderung übers Mittelmeer ungebrems weiter. Am Wochenende griffen Kräfte der italienischen und französischen Küstenwache, aber auch ein privat finanziertes Rettungsboot siebentausend Menschen auf - in acht Gummibooten und fünf maroden Holzschaluppen. Wie seit Monaten sind die Auffanglager auf Lampedusa und in Sizilien hoffnungslos überfüllt. Und hätten nicht klare Sicht und Windstille geherrscht, dann hätte sich die Zahl der Ertrunkenen dieses Wochenende auf über zwanzigtausend erhöht. Dass zehn Flüchtlinge die Seefahrt auch diesmal nicht überlebt haben, ist angesichts der Normalkatastrophe nurmehr eine Meldung fürs Kleingedruckte.

Wir sitzen alle in einem Boot Europas Solidarität mit den Flüchtlingen ist verlogen. Immer noch regieren nationalstaatliche Interessen, und es wird weggeschaut.....

Wer gerne in euroskeptische Nörgelei einstimmt, wer sich über die Brüsseler Beamten und deren Normierungssucht aufregt, der hat hier ein prächtiges Beispiel dafür, was der Kontinent ohne eine funktionierende Staatenordnung zu erwarten hat: kriminelle, ja apokalyptische Zustände. Denn durch die Untätigkeit und Unfähigkeit Europas ist das Schlüsselressort Zuwanderung derzeit faktisch in den Händen der Schleusermafia. Ob hier Menschen - etwa die Christen des Orients - blutig für ihre Überzeugung verfolgt werden oder verkappte IS-Terroristen an Bord steigen, das kontrollieren nicht die europäischen Behörden, sondern Kriminelle. Und weder Europas Bürger noch die von ihnen gewählten Regierungen können noch entscheiden, wie viele Zuwanderer und wie viele - überlebende - Zurückgewiesene ihnen der Exodus aus verarmten oder vom Krieg verwüsteten Regionen wert ist.

Das ist eine fürchterliche Bilanz der europäischen Politik des Nichtstuns und des Wegschauens. Doch für die notwendigen Taten fehlt es in Europa schlicht am Konsens. Dabei wäre es angesichts der offenbaren Tragödie wahrscheinlich leicht, sogar ein Mandat der Vereinten Nationen für effektive Küstenwache in Libyen und Grenzkontrollen im Sahel zu bekommen. Drastische Strafen für Schleuser und eine ehrliche Verteilung der Flüchtlinge in der ganzen EU - nicht nur illegal in Italien und Griechenland sowie legal in Deutschland, Benelux und Schweden - könnte man ebenso hurtig beschließen wie einst die Rettung bankrotter Großbanken. Wenn es denn einen Willen gäbe, das Problem an der Wurzel zu packen. Aber wieder einmal hat in der Europäischen Union der Egoismus von Nationalstaaten gesiegt. Großbritannien, das immerhin an vorderster Front Gaddafis Libyen ins Chaos bombardierte, vereitelte kurz vor den Wahlen jede gemeinsame Intervention. Und ärmere Staaten im Baltikum oder im Osten wollen partout keine Flüchtlinge aufnehmen, erst recht wenn diese ohnehin nach Deutschland oder England streben.

So führen vollgestopfte Flüchtlingsboote uns ein Europa vor Augen, das dem Schreckbild eines Brüsseler Superstaates hohnspricht. Wir haben zu wenig Europa, nicht zu viel. Wer vom idyllischen Nationalstaat träumt, der kann sich angesichts der ungesteuerten Zuwanderung ausmalen, wie effektiv man auf nationaler Ebene andere Herausforderungen - Klimawandel, Währungsspekulation, Überfischung, Steuerflucht - lösen könnte: gar nicht. Tragischerweise führen uns die abgekämpften Migranten vor, dass ein großes Europa des gemeinsamen Rechtes und Wirtschaftens nicht nur ihr Schicksal ist - es ist auch unseres. Wir sitzen alle in einem Boot. Nur dass die einen sterben und die anderen dabei wegschauen.

Einstweilen geht es so weiter: Ausgerechnet in den ärmsten Zonen Italiens, nämlich in Süditalien und Kalabrien, müssen die Helfer in den Auffanglagern erstes massives Auftreten von Krätze und Infektionen bekämpfen, während draußen die Bürger protestieren, denn sie sehen nicht ein, warum gerade vor ihrer Haustür der Strom Tausender Verwundeter, Verlauster, Verarmter, Verzweifelter strandet. Die italienischen Behörden werden, alleingelassen von der verlogenen Solidarität Europas, mit Laxheit auf die Misere reagieren und die Menschen wie bisher nach Norden ziehen lassen, wo sie dann mit mehr oder weniger Glück in die Illegalität oder in solidere Sozialsysteme einsickern können. Und ebendort, also in Deutschland oder Benelux, investiert die Mafia das einkassierte Geld der Flüchtlinge lukrativ. Die nächsten Flüchtlingsboote, übervoll wie die "Wilhelm Gustloff" vor siebzig Jahren in der Danziger Bucht, stechen täglich wieder in See.

Wollen wir Europäer uns mit dieser unerträglichen Lage tatsächlich abfinden? Wer aus Mitgefühl an Europas Pflicht glaubt, verfolgten Minderheiten, Gefolterten oder Menschen aus Kriegsgebieten Asyl zu bieten, kann das grausame Todesroulette der Seelenverkäufer nicht tatenlos mit ansehen. Und wer an Europas Recht glaubt, etliche Migranten allein schon wegen ihrer schieren Anzahl wieder nach Afrika zurückzuschicken und die Ankömmlinge gerecht zu verteilen, der kann die ungebremste Völkerwanderung ebenso wenig befürworten. Menschlichkeit wie Eigennutz gebieten, dass Europa die Zuwanderung selbst plant und zugleich seine Grenzen schützt. Sonst kommt das Chaos immer näher.

Europa spricht dem Schreckbild eines Brüsseler Superstaates Hohn. Wir haben zu wenig Europa, nicht zu viel

Original Gesamtseiten-PDF

Wir sitzen alle in einem Boot Europas Solidarität mit den Flüchtlingen ist verlogen. Immer noch regieren nationalstaatliche Interessen, und es wird weggeschaut.....

## Graphic

---

Axel Springer SE

**Load-Date:** May 5, 2015

---

End of Document

**Von Lesbos zurück in die Türkei; Mit dem Start des Abkommens mit der Europäischen Union gilt die Route über die griechischen Inseln als geschlossen. Kaum Syrer unter den Abgeschobenen**

Die Welt

Dienstag 5. April 2016

Copyright 2016 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

# DIE WELT

**Section:** POLITIK; Politik; S. 6; Ausg. 79

**Length:** 970 words

**Byline:** Deniz Yücel

## Body

---

Dikili

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihr Ziel erreicht: Die **Flüchtlingsroute** über die griechischen Inseln kann als geschlossen gelten. Gegen neun Uhr vormittags legte die erste Fähre mit **Flüchtlingen** von der griechischen Insel Lesbos im Hafen des türkischen Küstenortes Dikili an. An Bord nach Angaben der EU-Grenzschutzbehörde Frontex: 68 Menschen, vornehmlich aus Pakistan und Bangladesch. Eine zweite Fähre mit 61 Personen war unterwegs. Zudem kam ein weiteres Boot mit 136 **Flüchtlingen** von der Insel Chios an.

Bis vor ein paar Wochen war die Gegend um Dikili, rund 130 Kilometer nördlich von Izmir, eine der wichtigsten Durchgangsorte für **Flüchtlinge**. Am Montagmorgen warteten am Hafen Hunderte türkische und ausländische Journalisten auf das erste Boot, mit dem das Abkommen zwischen der Türkei und der Europäischen Union in Kraft trat. Gemäß dieser Vereinbarung werden so viele Syrer aus der Türkei legal nach Europa reisen dürfen, wie die Türkei illegal ausgereiste syrische **Flüchtlinge** aufnimmt. Diese syrischen **Flüchtlinge** sollen auf die EU-Mitgliedsstaaten verteilt werden. Doch unter den 338 Menschen, die heute in Dikili erwartet wurden, sollen sich nur zwei syrische Staatsbürger befinden, für die das Abkommen dann gelten würde.

Die Menschen aus Afghanistan, Pakistan, dem Irak und anderen Herkunftsländern wollen weder die EU-Staaten noch die Türkei. In der Vergangenheit hatten die türkischen Behörden auch nicht syrische Staatsangehörige, die bei der illegalen Ausreise aufgegriffen oder aus Seenot gerettet worden waren, in den allermeisten Fällen laufen lassen - sodass sie anschließend einen neuen Versuch unternehmen konnten einzureisen.

Das soll sich nun ändern. Wer nicht aus Syrien stammt, sollte heute am Hafen registriert und sofort mit den bereitgestellten Bussen in Abschiebezentren in Izmir und Kırklareli bei Istanbul gebracht werden. Die Syrer hingegen sollen in die Flüchtlingslager in der Nähe der türkisch-syrischen Grenze geschickt werden. Am



Von Lesbos zurück in die Türkei Mit dem Start des Abkommens mit der Europäischen Union gilt die Route über die griechischen Inseln als geschlossen. Kaum Syrer u....

Wochenende hatten, angeführt von ihrem sozialdemokratischen Bürgermeister, mehrere Tausend Bewohner von Dikili gegen ein Flüchtlingslager demonstriert.

Am Montag warteten neben den zahlreichen Journalisten und einer Handvoll Aktivisten, die ein Transparent mit der Aufschrift "Stop deportations - open borders" (Stoppt Abschiebung - öffnet Grenzen) entrollt hatten, Hunderte von türkischen Polizisten, Mitarbeitern der Migrationsbehörde und medizinisches Personal auf die Ankunft der Flüchtlinge. Außerdem war die Küstenwache mit Booten und Hubschraubern präsent. Welcher Gegensatz zu der Szenerie, die sich ihnen geboten haben muss, als sie die gefährliche Überfahrt antraten. Trotz der Risiken und Kosten werden sich für diese Menschen die Hoffnungen auf ein besseres Leben in Europa nicht erfüllen.

Auch im Hafen von Mytilini auf Lesbos wurde gegen die Abschiebungen demonstriert. Die Organisation Pro Asyl forderte einen sofortigen Stopp. "Das sind Massenabschiebungen, bei denen der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt wird", kritisierte Geschäftsführer Günter Burkhardt. Die Türkei sei kein sicherer Drittstaat, der Flüchtlinge schütze. Kanzleramtsminister Peter Altmaier sieht die Türkei hingegen als sicheren Drittstaat für Schutzsuchende. Die "übergroße Mehrheit" der Flüchtlinge könne dort sicher leben, sagte er am Montag auf einer Konferenz des Europaparlaments zur Flüchtlingskrise.

Auch nach dem Inkrafttreten des Abkommens am 20. März waren jeden Tag mehrere Hundert Menschen auf den Inseln angekommen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks befinden sich derzeit rund 6100 Flüchtlinge auf Lesbos, Chios und den übrigen Inseln. Rund 850.000 Menschen kamen dort im vergangenen Jahr an; in diesem Jahr waren es rund 150.000. Und auch am Montag riskierten Flüchtlinge die gefährliche Überfahrt. Griechische Patrouillenboote retteten erneut mehr als 50 Flüchtlinge aus Seenot, darunter viele Frauen und Kinder, die versuchten, Lesbos zu erreichen. Firad, ein syrischer Kurde, sagte: "Wir wollen unsere Chance nutzen. Wir sind sowieso tot." Dass auch Syrer von Griechenland zurück in die Türkei geschickt würden, wisse er nicht. Insgesamt kamen den griechischen Behörden zufolge innerhalb von 24 Stunden 339 Flüchtlinge an und damit deutlich mehr, als aus dem Land gebracht wurden.

Die Abschiebungen in die Türkei hätten auf freiwilliger Basis stattgefunden, sagte EU-Kommissionssprecher Margaritis Schinas. Am Montag hätten sich noch keine Syrer unter den Abgeschobenen befunden, weil deren Fälle noch geprüft würden. Der türkische Minister für EU-Angelegenheiten, Volkan Bozkir, bestätigte dies. Die Syrer, die künftig ausgewiesen würden, sollten in der Stadt Osmaniye im Süden untergebracht werden - etwa 40 Kilometer von der syrischen Grenze entfernt. Nichtsyrer sollen in ihre Heimatländer zurückkehren. Deutschland will zunächst 1600 Menschen über das Programm aufnehmen und hat weitere 13.500 Plätze in Aussicht gestellt.

Auch andere EU-Staaten wollen in diesen Tagen Syrer aufnehmen, etwa die Niederlande, Frankreich und Finnland. Außenminister Frank-Walter Steinmeier warnte davor, nach dem ersten Tag der Umsetzung schon Schlüsse zu ziehen: "Es ist viel zu früh jetzt zu beurteilen, ob das, was wir vereinbart haben, funktioniert."

Der kroatische Außenminister Miro Kovac sah eine Schwierigkeit bei der Verteilung der Flüchtlinge aus der Türkei auf EU-Länder. Nach Einschätzung von Kovac wird es nicht einfach sein, die Migranten nach der Umverteilung in den Aufnahmeländern zu halten. Die meisten Migranten wollten nach Deutschland, Österreich, Schweden oder den Niederlanden. Zugleich forderte Kovac eine engere Abstimmung unter den EU-Staaten. Das gelte zumal für Grundsatzentscheidungen wie die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen. "Wir leben in einer Schicksalsgemeinschaft", so der Außenminister.

Original Gesamtseiten-PDF

## Graphic

---

Von Lesbos zurück in die Türkei Mit dem Start des Abkommens mit der Europäischen Union gilt die Route über die griechischen Inseln als geschlossen. Kaum Syrer u....

Türkische Polizei begleitet Flüchtlinge von Bord des Schiffes in der Küstenstadt Dikili

MURAD SEZER

**Load-Date:** April 5, 2016

---

End of Document

## De Maizières neuer Manager für die Krise; BA-Chef Weise will Asyl schneller prüfen lassen

Die Welt

Dienstag 22. September 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Politik; S. 4; Ausg. 221

**Length:** 692 words

**Byline:** Manuel Bewarder

### Body

---

Es ist gerade ein paar Tage her, dass der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA) zusätzlich in eine Schlüsselposition in der **Flüchtlingskrise** berufen wurde. Frank-Jürgen Weise nimmt an diesem Dienstag seine Arbeit als Leiter des Bundesamtes für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) auf. Am Montagmorgen traf sich Weise mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zu einem ersten Arbeitsgespräch in Berlin. Anschließend gab er erste Hinweise auf seine Lösungsvorschläge.

Das BAMF hat es zwar geschafft, die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines **Asylantrags** von mehr als sieben Monaten auf fünf Monate zu verkürzen. Angesichts der Rekordanstiegs der **Flüchtlingszahl** in diesem Jahr ist der Stau im Amt aber deutlich größer geworden: Bei 53 Prozent der etwa 276.000 Altfälle steht eine Entscheidung über den Antrag seit einem halben Jahr aus. 25 Prozent der Anträge wurden sogar vor mehr als einem Jahr gestellt. Diesen Stau will Weise vor allem angehen. Er spricht von einem Problem, "dass sich in der Zahl und Dimension nicht steuern lässt". Vor allem die Zahl der sogenannten Entscheider soll erhöht werden. Weise sicherte zu, dass die freien Stellen im Bundesamt besetzt würden. Dafür kämen etwa befristete Mitarbeiter und Studenten mit Bachelor-Examen aus der Bundesagentur für Arbeit infrage. Die BA müsste hier aber zunächst einwilligen. De Maizière erklärte zudem, dass das BAMF weitere Stellen benötige.

Für eine schnelle Bearbeitung der Asylanträge ist nicht nur eine Erhöhung der Mitarbeiter im BAMF notwendig. Wichtig ist zudem, dass die Asylbewerber lange genug in zentralen Aufnahmeeinrichtungen in den Ländern bleiben und erst später auf die Kommunen verteilt werden. Weise hat sich bereits eine Übersicht zusammenstellen lassen, in der die Unterschiede zwischen den Ländern von der Registrierung über die unterschiedlichen Verfahren beim Umgang mit Asylbewerbern festgehalten werden. Weise möchte die Abläufe straffen, um "einen möglichst schnellen Durchlauf zu erreichen".

Auch bei der IT-Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden gibt es derzeit erhebliche Mängel. Am Wochenende hatte die "Welt am Sonntag" berichtet, dass etwa Bundespolizei und die Länderpolizeien ihre Datensätze aufgrund von fehlenden oder unübersichtlichen Schnittstellen nicht elektronisch mit dem BAMF

## De Maizières neuer Manager für die Krise BA-Chef Weise will Asyl schneller prüfen lassen

austauschen könnten. Weise soll die IT der unterschiedlichen Bereiche konsolidieren. Eine wichtige Rolle dabei soll ein langjähriger Wegbegleiter Weises spielen: Klaus Vitt ist gerade erst vom Posten des Generalbevollmächtigten für Informationstechnologie und Prozessmanagement bei der BA ins Innenministerium als Staatssekretär gewechselt. Dort ist er vor allem für das Sicherheitsnetzwerk der Bundesregierung und dessen Konsolidierung zuständig.

Am Donnerstag will Weise beim Spitzentreffen von Bund und Ländern im Kanzleramt erste konkrete Vorschläge vorstellen. Bei dem Gespräch sollen die Weichen für Gesetzesänderungen gestellt sowie Finanzierungsfragen geklärt werden. Am Sonntagabend hatten sich Union und SPD im Bund auf einen Gesetzentwurf geeinigt, den die Länder nun beraten. Das Paket wurde an einer entscheidenden Stelle entschärft. Im ursprünglichen Entwurf des Bundesinnenministeriums war vorgesehen, dass über ein EU-Mitgliedsland eingereiste Flüchtlinge und Asylbewerber weder Geld- noch Sachleistungen bekommen, sondern Proviant und eine Fahrkarte zur Rückkehr in das EU-Land, über das sie erstmals in die EU eingereist sind. Diese Regelung soll nun nur für diejenigen gelten, die nach einem Asylverfahren ausreisen oder sich über einen EU-Verteilmechanismus eigentlich in einem anderen Land aufhalten müssten.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl sagte der "Welt" zur Vereinbarung: "Das wird ein gutes Paket, mit dem wir die Beschlüsse des Koalitionsausschusses umsetzen." Das Wichtigste sei, dass die Dauer der Asylverfahren auf drei Monate verkürzt werde. Anders als de Maizières sieht Högl noch Verhandlungsbedarf: Offen sei, wie weit man bei der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen tatsächlich gehen wolle. "Das können wir nur in enger Absprache mit den Ländern entscheiden", sagte Högl.

Original Gesamtseiten-PDF

**Load-Date:** September 22, 2015

**Politik Kompakt; Gesetzespaket: Bundesregierung beschließt  
"Bürokratiebremse" ++ Verfassungsgericht: Präsident Voßkuhle bittet  
eindringlich um Entlastung ++ Zuwanderung: EU gibt 1,8 Milliarden Euro für  
Migrationspolitik ++ Ukraine: Präsident Poroschenko entlässt Oligarchen ++  
China: Liste mutmaßlich korrupter Kader an USA übergeben ++ Syrien:  
Aufständische nehmen historische Stadt Bosra ein ++ Tunesien: Nach  
Tunis-Attentat - Kopf von Terrorzelle geschnappt**

Die Welt

Donnerstag 26. März 2015

Copyright 2015 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 72

**Length:** 1081 words

## **Body**

---

### Gesetzespaket

Bundesregierung beschließt "Bürokratiebremse"

Die Bundesregierung verordnet sich eine "Bürokratiebremse". Mit dem am Mittwoch vom Kabinett in Berlin beschlossenen Gesetzespaket sollen Belastungen für die Wirtschaft durch überbordende Regelungen begrenzt werden. Geplant ist unter anderem, dass für jede neue Verordnung innerhalb eines Jahres eine alte abgeschafft werden muss. Dieses sogenannte "One-in, One-out-Prinzip" soll ab Juli eingeführt werden. Ein weiterer Gesetzentwurf von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sieht vor, mittelständische Unternehmen, Existenzgründer sowie Wachstumsfirmen von Pflichten zu befreien und sie so auch finanziell zu entlasten. Die Wirtschaft hält die "Bürokratiebremse" für zu schwach und plädiert dafür, die Deckelung früher einzuführen. Im Oktober 2014 hatte der für Bürokratieabbau zuständige Normenkontrollrat kritisiert, dass die Folgekosten von Gesetzen für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung in den vergangenen zwölf Monaten per Saldo um 9,2 Milliarden Euro gestiegen seien.

### Verfassungsgericht

Präsident Voßkuhle bittet eindringlich um Entlastung

Bundesverfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle hat einen Hilferuf an die Politik zur Entlastung des Gerichts gesandt. Ansonsten liefen "das Bundesverfassungsgericht und seine Rechtsprechung Gefahr, ernsthaft

Politik Kompakt Gesetzespaket: Bundesregierung beschließt "Bürokratiebremse" ++ Verfassungsgericht:  
Präsident Voßkuhle bittet eindringlich um Entlastung ++ Zuwa....

Schaden zu nehmen". Es sei höchste Zeit, Vorschläge für eine deutliche Entlastung zu entwickeln, sagte Voßkuhle am Mittwochabend in Karlsruhe. Hintergrund von Voßkühles Vorstoß ist eine erneute Zunahme der Verfahren im Vorjahr. Die Zahl stieg im Vergleich zu 2013 um zwei Prozent auf insgesamt 6811. Das sind 22 Prozent mehr als ein Jahrzehnt zuvor. Vier Jahrzehnte früher gab es 1637 Eingänge - das ist noch nicht einmal ein Viertel der Fälle von 2014. Auch die Zahl komplizierter Fälle wie etwa das NPD-Verbotsverfahren oder die Frage des Länderfinanzausgleichs steigt. Die ganz überwiegende Mehrheit der Karlsruher Verfahren sind Verfassungsbeschwerden: Bei den 6292 Verfahren dieser Art gaben die 16 Richter der beiden Senate in 121 Fällen den Verfassungsbeschwerden statt. Das ist ein Anteil von 1,92 Prozent.

## Zuwanderung

EU gibt 1,8 Milliarden Euro für Migrationspolitik

Die EU-Kommission unterstützt die Arbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Asyl, Migration, Integration und Sicherheit mit 1,8 Milliarden Euro. Mit dem Geld sollen unter anderem Projekte zur Erhöhung der Aufnahmekapazitäten von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die Verbesserung der Asylverfahren und die Nachhaltigkeit der Rückkehrprogramme gewährleistet werden, wie die EU-Kommission in Brüssel mitteilte. Bisher seien 22 nationale Programme genehmigt worden, weitere 36 Programme sollen in diesem Jahr folgen, so die EU-Kommission. Deutschland werde aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) rund 221 Millionen Euro erhalten, weitere 134 Millionen Euro sagte die EU-Kommission Deutschland aus Fonds für die Innere Sicherheit (ISF) zu.

## Ukraine

Präsident Poroschenko entlässt Oligarchen

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat in einem Machtkonflikt den einflussreichen Milliardär Igor Kolomoiski als Gouverneur der Industrieregion Dnipropetrowsk entlassen. Bei einem Treffen mit dem Staatschef habe der Oligarch selbst um seine Entlassung gebeten, teilte die Präsidialverwaltung am Mittwoch in Kiew mit. Kolomoiski gilt als einer der wichtigsten Finanziere der ukrainischen Truppen im Kampf gegen die prorussischen Separatisten. Der Milliardär war zuletzt unter Druck geraten, weil seine bewaffneten Einheiten die halbstaatlichen Energieunternehmen Ukrnafta und Ukrtransnafta in Kiew besetzt hatten. Kolomoiski wollte Berichten zufolge dort die Absetzung des Managements verhindern. Kommentatoren meinten nun, dass sich Poroschenko in dem Machtkampf mit dem Oligarchen durchgesetzt habe.

## China

Liste mutmaßlich korrupter Kader an USA übergeben

China hat den USA einem Medienbericht zufolge eine Liste früherer Kader übergeben. Diese sollen sich in ihrer Heimat bereichert haben und dann in die USA geflohen sein, meldete die staatliche Zeitung "China Daily". Peking habe Washington in Bezug auf die "Dringlichkeitsliste mutmaßlicher korrupter chinesischer Vertreter" um Unterstützung gebeten, zitierte das Blatt den Leiter der staatsanwaltlichen Antikorruptionsbehörde, Xu Jinhui. Bei den meisten Gesuchten handele es sich um Regierungsvertreter und Direktoren staatlicher Firmen, die verdächtigt würden, Schmiergelder angenommen oder Steuergeld unterschlagen zu haben, sagte Xu. Weitere Einzelheiten nannte er nicht. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hatte eine landesweite Kampagne gegen Korruption angestoßen. Ziel sind auch Tausende Kader, die sich in den vergangenen 20 Jahren vermutlich nach Übersee abgesetzt haben. Beliebtestes Fluchtziel: die USA.

## Syrien

Aufständische nehmen historische Stadt Bosra ein

Syrische Rebellen haben nach Angaben der Opposition eine strategisch wichtige Stadt eingenommen, die zum Unesco-Weltkulturerbe gehört. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete am Mittwoch, nach

Politik Kompakt Gesetzespaket: Bundesregierung beschließt "Bürokratiebremse" ++ Verfassungsgericht:  
Präsident Voßkuhle bittet eindringlich um Entlastung ++ Zuwa....

viertägigen Kämpfen hätten die Aufständischen im Süden Bosra al-Scham eingenommen. Bei den Gefechten seien 21 Rebellen getötet worden. Ein Vertreter des syrischen Militärs bestätigte zwar heftige Kämpfe, erklärte jedoch, die Lage vor Ort werde untersucht. Bosra war in der Antike die Hauptstadt der römischen Provinz Arabia. Wegen seiner archäologischen Schätze gehört der Ort zum Weltkulturerbe. Die Region in der heutigen syrischen Provinz Daraa ist wegen der Nähe zur Hauptstadt Damaskus sowie zu Israel und Jordanien von großer militärischer Bedeutung. Zu den Aufständischengruppen dort gehören der Al-Qaida-Ableger Nusra-Front und nichtislamistische Gruppen.

Tunesien

Nach Tunis-Attentat - Kopf von Terrorzelle geschnappt

Tunesische Sicherheitskräfte haben den Kopf einer Terrorzelle geschnappt, die hinter dem blutigen Attentat auf das Nationalmuseum in Tunis stecken soll. Die Gruppe bestehe aus insgesamt 16 Extremisten, sagte ein Sprecher des Innenministeriums der Zeitung "al-Maghreb". Zwei von ihnen seien aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Tunesien zurückgekehrt. Weitere Einzelheiten nannte der Ministeriumssprecher nicht. Drei Attentäter hatten vor einer Woche das Nationalmuseum in der Hauptstadt angegriffen und 21 Menschen getötet, darunter 20 Touristen. Auch zwei der Angreifer starben. Ein dritter Mann ist laut dem Innenministerium weiter auf der Flucht. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) bekannte sich zu dem Attentat.

**Load-Date:** March 26, 2015

---

End of Document